

**POLITISCH-HISTORISCHE BEITRÄGE ZU
LUDWIG ERHARDS KANZLERSCHAFT UND STURZ**

PETER GÖLLNER

1986

Politisch-historische Beiträge zu
Ludwig Erhards Kanzlerschaft und Sturz

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von

Peter Göllner
Hochfellnstr. 13
8094 Edling

Referent: Prof. Dr. Dr. Franz Schneider

Koreferent: Prof. Dr. Dieter Grosser

Tag der mündlichen Prüfung: 17.2. und 19.2.1986

Inhaltsverzeichnis

Seite

<u>Einleitung</u>	3
1 Beschreibung und Eingrenzung des Untersuchungs- gegenstandes	3
2 Zur Gliederung	4
3 Hinweis zu den Quellen	5
<u>Teil I: Ludwig Erhard und sein Politikverständnis</u>	7
1 Grundsätzliche Positionen	7
2 Prägende Voraussetzungen in Ludwig Erhards Persönlichkeit	10
3 Erhards abstraktes und visionäres Denken	16
4 Erhards Einstellung zu den politischen Parteien und organisierten Interessensgruppen	24
5 Erhards Regierungsstil	27
6 Erhards Regierungstechnik	29
<u>Teil II: Die fortschreitende intraparteiliche Iso- lierung des Bundeskanzlers Ludwig Erhard</u>	35
1 Anlaß, Verlauf und Ausgang der sogenannten "Prä- sidentschaftskrise"	40
2 Die Bundestagswahlen von 1961 und ihre Auswirkun- gen	48
3 Koalitionsverhandlungen zwischen der Union und der SPD im Gefolge der "Spiegel-Affäre"	53

	Seite
4 Die Lösung des Nachfolgeproblems im Frühjahr 1963	56
5 Das erste Kabinett Erhard im Spiegel intraparteilicher Kritik	63
6 Das Wahljahr 1965 - Wahlkampf, Wahlausgang, Regierungsbildung	92
7 Das zweite Kabinett Erhard - intraparteiliche Kommunikationsstörungen bis zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 10. Juli 1966	111
8 Das Ende der Kanzlerschaft Ludwig Erhards	118
Resümee	150

Anmerkungen

Einleitung	159
Teil I	161
Teil II	172

Bibliographie

265

Archivalien

271

Einleitung

1 Beschreibung und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes

"Intriganten bleiben Intriganten, die Böswilligen bleiben böswillig. Jetzt lassen sich plötzlich Dinge durchführen, die zu meiner Zeit teilweise von meiner Partei, teilweise von der Opposition heftig bekämpft wurden Wenn all das zu meiner Regierungszeit geschehen wäre, hätte man mich erschlagen." (1) Dies erklärte Ludwig Erhard etwa drei Monate nach seinem Sturz in einem Interview mit dem Schweizer Journalisten Michael K. Caro. Er fand sich mit seinen Ausführungen in Übereinstimmung mit dem Publizisten Paul Sethe, der am 10. Februar 1967 in der Allgemeinen Zeitung Mainz festgestellt hatte: "Er hat eine der Ursachen seines Sturzes wahrheitsgetreu geschildert, als er in diesen Tagen Journalisten erzählte, daß er das Opfer von Intrigen geworden sei. Wenn so vieles auch noch undurchsichtig ist in den Vorgängen des letzten Herbstes, so viel ist sicher, daß einige zielbewußte Politiker, die ihm eigentlich hätten verbunden sein müssen, auf seine Entmachtung hingewirkt haben. Wenn Ludwig Erhard und Ministerialdirektor Hohmann einmal ihre Memoiren schreiben, wird man manches darüber lesen und wenig wird erbaulich sein." (2) Dieser bisher nur wenig erörterte Aspekt der intraparteilichen kommunikativen Isolierung des zweiten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland wird von anderen Ursachen, die fraglos auch den Sturz Erhards erklären helfen, überdeckt. .

In der einschlägigen Literatur wird als Hauptursache für das Scheitern der Regierung Erhard angeführt, daß die Kleine Koalition, bestehend aus CDU/CSU und FDP, an politischen Sachfragen, die gemeinsam nicht mehr gelöst werden konnten, zerbrach. (3) Am deutlichsten zeigt sich dieser Erklärungsversuch in der Verlautbarung, die Rainer Barzel in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 8. November 1966 vortrug. Barzel erklärte damals, daß die Koalition an den ungelösten Haushaltsproblemen zerbrochen sei. (4) In diesem Zusammenhang wies Barzel dem kleinen Koalitionspartner die Hauptschuld am Scheitern der Haushaltsberatungen zu. (5)

Es liegen aber auch Analysen des Kanzler-Sturzes vor, die zu

dem Ergebnis kommen, daß Erhard gezielt durch seine eigene Partei zu Fall gebracht wurde. Zum einen sei dies aus Gründen der Staatsräson geschehen, weil durch "Führungsschwäche und Autoritätsverfall" die "Leistungsfähigkeit und Legitimität des politischen Systems" tangiert wurden. (6) Zum anderen habe die schwindende Zustimmung der Wählerschaft zur stärksten Regierungspartei die innerparteiliche De-Nominierung des Kanzlers aus Gründen der Parteiräson erfordert. (7)

Schließlich wird in einer weiteren Version zaghaft aufgezeigt, daß Ludwig Erhard außer an externen Faktoren und eigenen Führungsschwächen vorwiegend an den Kritikern in seiner eigenen Partei, die selbst die politische Macht anstrebten, gescheitert sei. (8)

Der Sturz Erhards soll in der vorliegenden Arbeit in Form einer Entscheidungsanalyse unter der besonderen Berücksichtigung des intraparteilichen kommunikations- und machtpolitischen Aspekts untersucht werden. Das spezielle Untersuchungsziel lautet deshalb: Ein divergierendes Politikverständnis, mangelnde Loyalität gegenüber dem Kanzler und wachsende politische Detailkritik in den Reihen der Union minderten die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit des Regierungschefs in Partei und Öffentlichkeit und trugen wesentlich zu seinem Sturz bei. Ein Bundeskanzler, der wie Erhard letztendlich abgeschnitten von Mitarbeitern und Informationen zu regieren hat, kann sich als Regierungschef auf die Dauer nicht im Amt halten. (9)

2 Zur Gliederung

Die Arbeit besteht aus zwei Teilen.

Im ersten Teil wird das Politikverständnis Erhards herausgearbeitet, das bei den Bonner Berufspolitikern niemals über jeden Zweifel erhaben war. (10) Im zweiten Teil werden die aus Erhards Politikverständnis zwangsläufig erwachsenden intraparteilichen Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Amtsführung und der politischen Zielsetzungen zwischen dem Kanzler und einflußreichen Unionspolitikern seit dem Jahre 1959 chronologisch aufgezeigt und ausgewertet. (11)

3 Hinweise zu den Quellen

Die Quellenlage für das vorliegende Thema erwies sich als problematisch, weil viele politische Weggefährten Erhards nicht bereit waren, dem Verfasser Auskünfte zu erteilen. (12) Andere, wie beispielsweise Eugen Gerstenmaier, rieten dem Verfasser entschieden von der Bearbeitung des Themas ab. (13)

Als ergiebige Quellen sind dennoch die Presseauschnittssammlungen des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn zu nennen. Für den Zeitraum von 1959 - 1966 wurden diese Sammlungen durchgearbeitet und vor allem für die Zeit der Kanzlerschaft Erhards systematisch ausgewertet. Besondere Berücksichtigung fand dabei die Bonner Berichterstattung (14) der renommierten Tageszeitungen: Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung (15), Frankfurter Rundschau (16), Süddeutsche Zeitung (17), Münchner Merkur und Neue Züricher Zeitung (18). Für den Zeitraum von Oktober 1963 bis einschließlich Dezember 1966 wurden sämtliche Einzelnummern des Münchner Merkurs nachgelesen, um keine Informationslücken entstehen zu lassen. Ferner wurde zur Bearbeitung des Themas eine Vielzahl weiterer überregionaler und regionaler Tageszeitungen hinzugezogen, die nachfolgend mit vollem Namen zitiert werden. Handelt es sich nicht um einen Bonner Korrespondentenbericht einer Zeitung, wird, wenn zutreffend, die entsprechende Agenturmeldung genannt.

Als weitere Quellen dienten dem Verfasser die Anhänge zur Kommentarübersicht (19) des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Rundfunk- und Fernsehinterviews im Wortlaut) und die Stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Bundestages. (20)

Ferner wurden, soweit es die Thematik erforderte, die nachfolgend aufgeführten publizistischen Organe der Vereinigungen der CDU/CSU ausgewertet: Soziale Ordnung (Arbeitnehmergruppe), der Mittelstandsbrief (Diskussionskreis Mittelstand), Die Entscheidung (Junge Union), sowie die Politisch-Soziale-Korrespondenz, der Bayern-Kurier und der Deutschland-Union-Dienst (Pressedienst der CDU/CSU Deutschlands). Außerdem wurden zahlreiche Wochenzeitungen, Illustrierten und Zeitschriften durchgearbeitet. (21)

Als wichtigste Quelle für die Endphase der Kanzlerschaft Ludwig Erhards gelten die Protokolle der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, die in der Konrad-Adenauer-Stiftung archiviert sind. Sie wurden für den Zeitraum von September 1966 bis einschließlich November 1966 systematisch analysiert. Eine wörtliche Abdruckgenehmigung konnte dem Verfasser allerdings weder von der Konrad-Adenauer-Stiftung noch von der Fraktion CDU/CSU erteilt werden.

Sehr aufgeschlossen für die Thematik zeigte sich die Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn, die dem Verfasser Einblick in den Nachlaß Erhards gewährte.

Viele informelle Gespräche und Briefwechsel mit den engsten Mitarbeitern Erhards im Bundeskanzleramt, vor allem mit Ministerialdirektor a.D. Dr. Karl Hohmann und Bundestagsabgeordneten der damaligen Zeit konnten bei der Bearbeitung des Themas berücksichtigt werden.

Abschließend wird auf das Verzeichnis der einschlägigen Fachliteratur hingewiesen.

Teil I: Ludwig Erhard und sein Politikverständnis

1 Grundsätzliche Positionen

Als Ludwig Erhard am 16. Oktober 1963 nach jahrelangem zähen Kampf als Bundeskanzler die Nachfolge Konrad Adenauers antrat, verknüpften sich mit diesem Kanzlerwechsel große Erwartungen auch an einen neuen, demokratischeren Stil des Regierens in Bonn.

Der erste deutsche Regierungschef, Konrad Adenauer, galt in seinem Führungsverhalten als autoritär. Er schreckte als Vollblutpolitiker nicht vor taktischen Winkelzügen und kommunikativ fragwürdigen Methoden zurück, um seine politischen Zielvorstellungen durchzusetzen. (1)

Politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung wurde während Adenauers Kanzlerschaft im engen vertrauten Kreis betrieben, Politik war deshalb wenig transparent. Adenauers autoritärer Regierungsstil wird besonders deutlich, wenn wir die Art und Weise, wie er Kabinettsitzungen leitete, betrachten. "Bei Adenauer gab es nur autoritäre Kabinettsitzungen, deren Szenario er allein bestimmte und festlegte. Er ging mit seinen Ministern um wie ein Dozent mit seinem Seminar. Wirklich diskutiert wurde unter den Ministern nur in seltenen Fällen, nämlich dann, wenn Adenauer selbst unsicher war. Adenauer hielt stets lange Monologe, besonders wenn es ihm darauf ankam, unangenehme Themen, die auf der vorbereiteten Tagesordnung standen, nicht mehr anschneiden zu müssen oder wenn heikle Fragen wegen Zeitmangels nur noch ganz kurz behandelt werden sollten. Wenn er von Auslandsreisen zurückkam, unterrichtete er die Minister über seine Gespräche mit ausländischen Staatsmännern nur summarisch und in Gemeinplätzen. Seine Berichterstattung ging oft kaum über die von der Presse gebrachten Mitteilungen hinaus." (2)

So war es nicht verwunderlich, daß weite Kreise in der CDU/CSU ein größeres Mitsprache- und Mitwirkungsrecht in der Bewältigung anstehender politischer Probleme forderten. Der Abgeordnete Müller-Hermann etwa stellte Anfang 1963 fest, daß die CDU/CSU-Fraktion durch Adenauers Führungsverhalten "an der Entfaltung gehemmt" worden sei. (3) In demselben

Sinn ist die Äußerung des Abgeordneten Bert Even, damals Vorsitzender des Jungen Union, zu verstehen, der engagiert verlangte, in der Union sollte auf allen Stufen der Hierarchie diskutiert werden. (4)

CDU/CSU-interne Forderungen nach einem Regierungsstil, der mehr Diskussion zulassen sollte (5), wurden auch durch CDU/CSU-externe Stimmen unterstützt, insbesondere durch die sozialdemokratische Opposition.

"Ihre gegen den Kanzler gerichteten Vorwürfe bezogen sich einmal auf die Art und Weise, in der Adenauer mit seinem Kabinett sowie mit der ihn stützenden Fraktion und Partei umsprang." (6)

Zwei entscheidende Ereignisse, die Präsidentschaftskrise 1959 und die Spiegelaffäre 1962, hatten wesentlich dazu beigetragen, Adenauers Führungsstil im politischen Bonn, aber auch in der Öffentlichkeit, als bedenklich, gar als "undemokratisch" zu interpretieren. (7)

Zusätzlich massive Kritik in der in- und ausländischen Presse (8) verstärkte die Forderung nach fairen politischen Umgangsformen, geprägt von einem Regierungsstil "der Hilfsbereitschaft, der Redlichkeit, der Sachlichkeit (und) der Duldsamkeit." (9)

Ludwig Erhard schien in den Augen vieler, auch über die Fraktionen hinweg, die Gewähr dafür zu bieten, diese hohen kommunikativen Forderungen erfüllen zu können, hatte er sich doch des öfteren öffentlich dazu bekannt, einen liberalen, sich auf Vertrauen, Anstand und Kollegialität gründenden Regierungsstil zu pflegen.

In einem Fernsehinterview von Günter Gaus befragt, welches Talent das wichtigste für einen Politiker sei, antwortete Erhard: "Für einen richtigen Politiker, so wie ich ihn erkenne, ist die Gesinnung das Maßgebende: die Redlichkeit und die Wahrhaftigkeit, mit der er seine Arbeit anpackt und mit der er auch dem Volke begegnet. Ich weiß, daß diese Kriterien nicht allgemein anerkannt werden, daß viele glauben, der Politiker müßte mit Taktiken und Praktiken arbeiten und müßte in allen Schlichen bewandert sein. Das ist nicht mein Stil, ich sage es ganz offen und ich glaube, wir werden auch in der Zukunft da-

mit nicht mehr zurechtkommen. Jedenfalls ich werde es nicht tun, und wenn ich weiter wirke, dann wird sich vor allen Dingen dieser Stil wandeln." (10)

Und mit dem Hinweis auf seinen Amtseid fügte Erhard hinzu: "Was ich geschworen habe, das etwa schwebt mir vor als politischer Stil: Gerechtigkeit zu üben gegen jedermann und das deutsche Volk vor Schaden zu bewahren." (11)

Ein politischer Stil, wie Erhard ihn praktizieren wollte, setzte Gesprächs- und Verhandlungspartner voraus, die im fairen und sachlichen Austausch vernünftiger Argumente die bestmögliche Lösung zu suchen bereit waren. "Ludwig Erhard hat ein langes Leben an das Gute im Menschen geglaubt", schrieb der Publizist Paul Sethe 1966 in der Illustrierten "Stern" (12) und unterstrich damit die Aussage Karl Hohmanns, einem der engsten Berater Ludwigs Erhards, der formulierte: "Sein Glaube an die Vernunft des Menschen und ihre Macht war unzerstörbar." (13)

In dieser Hinsicht gingen die Vorstellungen Adenauers und Erhards sehr weit auseinander. "Während Erhard an ein gewisses Maß von menschlicher Güte, aber vor allem an die Vernunft der Menschen glaubt, war der erste Bundeskanzler von beidem keineswegs so fest überzeugt. Er hielt die menschliche Natur für komplexer und komplizierter, und seine Methoden im Umgang mit Politikern waren deshalb oft weniger geradlinig als die Erhards." (14)

Diese völlig konträre Sicht des Menschen erklärte die unterschiedliche Auffassung vom kommunikativen Umgang und prägte den Regierungsstil der beiden Politiker entscheidend. "Ludwig Erhard versuchte, "Politik mit Anstand" zu betreiben" (15) und entsprach damit zumindest bei seiner Amtsübernahme dem Wunsch seiner eigenen Partei, der Opposition und großer Teile der Bevölkerung. (16) Die positive Grundeinstellung Erhards zum Menschen und somit zur politischen Kommunikation findet ihre Erklärung am eindrucksvollsten in der Persönlichkeitsstruktur des zweiten deutschen Bundeskanzlers. Dies verlangt, kurz auf Erhards Wesen und, punktuell, auf seinen Werdegang einzugehen. Damit ist aber nicht gemeint, an dieser Stelle eine weit-schweifige Biographie zu erstellen. Vielmehr sollen die persönlichkeitsprägenden Einflußfaktoren aus Kindheit, Jugend und

beruflichem Werdegang im Zusammenhang mit Erhards Wesen aufgezeigt werden, sollen gleichsam als hypothetischer Überbau das Verständnis für seine Auffassung von Politik erleichtern. (17)

- 2 Prägende Voraussetzungen in Ludwig Erhards Persönlichkeit
- Ludwig Erhard, am 4. Februar 1897 in Fürth geboren, verbrachte dort eine glückliche und sorglose Kindheit. Das Verhältnis zu seinen Eltern, die ein Textileinzelhandelsgeschäft führten, war komplikationsfrei, die Beziehung zu seiner Mutter galt als besonders herzlich und innig (18). "Ja, ich habe die Erinnerung an gütige Menschen, die uns Kindern ein schönes Heim gegeben haben und auch Behaglichkeit und Sicherheit." (19) Dies macht deutlich, daß Ludwig Erhard sehr früh in einer harmonischen und herzlichen Familienatmosphäre ein gesundes Selbstwertgefühl entwickeln konnte. Hohmann schrieb dazu: "Eine bestimmende Grundlage für Erhards Leben war zweifellos sein Elternhaus. Die evangelische Mutter und der katholische Vater erzogen ihre Kinder im evangelischen Glauben. Von dort scheint das Erlebnis der Toleranz, dem Ludwig Erhard auch in seiner Heimatstadt mit den friedlich zusammenlebenden Bürgern verschiedener Religionen eindrucksvoll begegnete, prägend für sein Leben geworden zu sein." (20)
- Dies zeigt sich in bemerkenswerter Weise in Erhards selbstbewußtem Denken über seine damaligen beruflichen Zukunftsaussichten. (21) Von Günter Gaus in einem bewußt unterschwellig provozierenden Ton gefragt, ob eine mittlere Schulbildung mit anschließender Lehre für ihn nicht eher unterqualifiziert gewesen wäre, antwortete Erhard bestimmt: "Um Gottes Willen, nein, ich hatte keine Komplexe, und mir schien, das auch kein unwürdiges Dasein zu sein." (22)
- Schwere Verwundungen im Ersten Weltkrieg machten den Plan, ins väterliche Geschäft einzutreten, zunichte. Erhard nahm zunächst als Gasthörer, später als voll eingeschriebener Student, das Studium der Volkswirtschaftslehre an der neugegründeten Handelshochschule Nürnberg auf, das er 1922 erfolgreich abschloß. Wissenschaftliche Neugier veranlaßte ihn, an die

Universität Frankfurt zu gehen in der Hoffnung, dort über den Bereich der reinen Ökonomie hinausgehende Impulse zu erhalten. In Frankfurt lernte er den Berliner Nationalökonom, Philosoph und Arzt Franz Oppenheimer kennen, der den als private Stiftung eingerichteten ersten Frankfurter Lehrstuhl für Soziologie übernommen hatte. Mit dem Namen Franz Oppenheimer, der ein gemäßigter Sozialdemokrat war, verbindet sich die Lehre vom "liberalen Sozialismus". (23)

"Erhards "sozialer Liberalismus" ist ohne Privateigentum nicht denkbar. Und doch läßt sich einiges, was Erhard nach dem Zweiten Weltkrieg als Wirtschaftspolitiker zu verwirklichen suchte: Wettbewerb, soziale Verantwortung, Kampf gegen Kartelle und Monopole, Abbau der Handelsschranken zwischen den Staaten, freier Geld- und Kapitalverkehr und seine Vorstellung von einem geeinten Europa, bei dem er oft die Wendung vom "Europa der Freien und Gleichen" gebrauchte, aus den Einflüssen seiner Lehrer, insbesondere Oppenheimer, ableiten. Oppenheimer sprach von einer "Gesellschaft der Freien und Gleichen", die es zu verwirklichen gelte." (24)

Ludwig Erhard promovierte am 12. Dezember 1925 bei Franz Oppenheimer zum Dr. rer. pol. und wurde ab 1928 Assistent am Nürnberger Institut für Wirtschaftsberatung, Mitarbeiter des bedeutenden Marktforschers Wilhelm Vershofen, mit dem er vertrauensvoll und engagiert vierzehn Jahre zusammenarbeitete. "Während sich Erhard von Beginn seiner Arbeit im Institut an mit großem Engagement den neuen Aufgaben widmete, war ein weiteres Feld seines politischen und beruflichen Interesses entstanden: die Wirtschafts- und Währungspolitik der Reichsregierung. Es war die Zeit der großen Krise, die die gesamte Weltwirtschaft erfaßt hatte und sich auch im Deutschen Reich mit vielen tausend Firmenzusammenbrüchen und sechs bis sieben Millionen Arbeitslosen zu einer sozialen und politischen Katastrophe auswuchs. Erhard erlebte, welche Folgen das Versagen der Führung des Reiches in der Wirtschafts- und Währungspolitik hatte. Immer größere Teile der Bevölkerung entschieden sich in den Wahlen für die radikalen Links- und Rechtsparteien. Hitlers Ernennung zum Reichskanzler durch Reichspräsident von Hindenburg war im Grunde eine verhängnisvolle

Konsequenz des wirtschaftlichen Niedergangs. Die Wirtschaft wurde den Deutschen zum Schicksal. Seit den Jahren der großen Krise läßt sich bei Ludwig Erhard nachweisen, daß er gute Wirtschaftspolitik als besonderen Ausweis hoher Staatskunst ansah. Sein ganzes Leben orientierte sich an dieser Maxime." (25)

Erhard stand in kritischer Distanz zum Nationalsozialismus und pflegte ab 1937 Kontakt mit dem zurückgetretenen Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler, der später als Widerstandskämpfer hingerichtet wurde. Erhard blieb bis zur Jahreswende 1942/43 in der Geschäftsführung des Instituts für Wirtschaftsordnung. Nach wiederholter Aufforderung, der Deutschen Arbeitsfront und dem NS-Dozentenbund beizutreten, schied er wegen Spannungen mit Vershofen und dem Nürnberger Oberbürgermeister Anfang 1943 aus dem Institut aus. (26) Zu diesen Vorgängen äußerte sich Erhard später wie folgt: "Es gab für mich nicht eine Sekunde eine Überlegung, ob ich einen Kompromiß schließen könnte, etwa um einer wissenschaftlichen Karriere willen. Ich wollte mich habilitieren und wollte Hochschullehrer werden, aber dazu hätte ich zum NS-Dozentenbund gehen müssen. Das ist mir überhaupt nicht in den Sinn gekommen. Ich habe seinerzeit keine Kompromisse geschlossen, keine Kompromisse, die ich nicht vor meinem Gewissen und vor meiner Ehre hätte verantworten können." (27)

Erhard gründete daraufhin mit Unterstützung befreundeter Persönlichkeiten der Reichsgruppe Industrie in Nürnberg eine neue Forschungsstätte unter dem Namen "Institut für Industrieforschung". Er beschäftigte sich dort insbesondere mit dem Problem, wie auf der Basis der Marktwirtschaft die Folgen des Krieges bewältigt werden könnten. (28)

Nach Kriegsende berief ihn der amerikanische Militärgouverneur im Oktober 1945 zum Minister für Handel und Gewerbe in der Bayerischen Landesregierung, die von dem Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner geführt wurde. Erhard, der parteilos war, wurde in der Kabinettsliste mit der Bezeichnung "Linkedemokrat" geführt. (29) "Erhard hatte 1945 in Fortführung seiner Denkschrift von 1943/44 eine Studie ausgearbeitet, die sich konkret mit Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus

beschäftigte. Sie war für Wissenschaftler, Politiker und die Militärregierung bestimmt. An der Jahreswende 1945/46 erklärte er, eine nur bayerische Wirtschaftspolitik könne die anstehenden Probleme nicht lösen, dies sei nur im deutschen Rahmen und in einer Zusammenarbeit über Deutschlands Grenzen hinaus möglich. Für eine Reihe bayerischer Politiker waren diese Worte eine Kampfansage. Erhard isolierte sich immer mehr. Es kam auch zu Klagen über die Führung des Ministeriums. Nach den Landtagswahlen vom Herbst 1946 wurde eine neue Landesregierung unter Ministerpräsident Erhard (CSU), an der sich die SPD und die WAV beteiligten, gebildet, der Erhard nicht mehr angehörte. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß sollte die gegen Erhard erhobenen Vorwürfe, Unregelmäßigkeiten bei der Verteilung von Warenbezugsscheinen nicht verhindert zu haben, untersuchen. Der Abschlußbericht des Ausschusses enthielt eine Ehrenerklärung für Erhard. Das Verfahren verlief im übrigen im Sande." (30)

Entlastet von politischen Ämtern, fand Erhard jetzt die Zeit, sich als Honorarprofessor der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität München auf die Konzeption einer neuen Wirtschafts- und Währungsreform zu konzentrieren. "Zwischen vielen deutschen Fachleuten, die sich Gedanken über die Neuordnung der Wirtschaft nach dem Kriege machten, und den zuständigen alliierten Behörden, die die oberste Macht in Deutschland darstellen, bestand Übereinstimmung darüber, daß die Reform der Währung am Anfang stehen müsse. Über den Weg dorthin wurde im Frankfurter Wirtschaftsrat erbittert mit dem Ergebnis debattiert, eine besondere Behörde bei der Verwaltung für Finanzen zu bilden, die - besetzt mit den besten Fachleuten - die deutschen Vorschläge für eine Währungsreform formulieren sollte. So entstand mit Sitz in Bad Homburg die Sonderstelle Geld und Kredit unter Vorsitz von Prof. Erhard." (31)

Am 2. März 1948 wurde Ludwig Erhard zum Direktor der "Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt am Main gewählt, eine Position, die es ihm ermöglichte, der Neuordnung der westdeutschen Wirtschaft seinen Stempel aufzudrücken. "Zusammen mit wenigen vertrauten Mitar-

beitern bereitete er die notwendigen administrativen Maßnahmen vor, die von seinen Gegnern, aber auch von vielen seiner Freunde und manchen Fachleuten als eine riskoreiche Radikalkur eingeschätzt wurden. Es kam ihm auf die güterwirtschaftliche Absicherung der Währungsreform an. Nur so könne die Inflation überwunden werden. Er vertraute ganz auf die Kräfte, die Wettbewerb und Leistungsstreben entfachten. Der Durchbruch zu dieser Politik fand in den Sitzungen der Vollversammlung des Wirtschaftsrates am 17. und 18. Juni 1948 durch die Annahme des sog. Leitsatzgesetzes statt, das Ludwig Erhard zusammen mit seinem Mitarbeiter Leonhard Miksch entworfen hatte. Mit diesem Gesetz wurde den Kräften des Marktes eindeutig der Vorrang vor behördlichen Interventionen gegeben. Bevor die Alliierten das Inkrafttreten des Gesetzes genehmigten, hob Erhard am 20. Juni 1948, am Tage der Einführung des neuen Geldes, der D-Mark, ohne Rücksprache mit den Alliierten den größten Teil der Preis- und Bewirtschaftungsvorschriften auf. Neunzig Prozent der Preisvorschriften wurden außer Kraft gesetzt, der Preisstop, der seit 1936 gegolten hatte, aufgehoben und kurze Zeit später die Gewerbefreiheit wieder eingeführt und der Lohnstop beendet. Die Währungsreform wurde so durch eine Wirtschaftsreform ergänzt und damit zu einem Erfolg. Die Nichtbeteiligung der Alliierten an den Preis- und Bewirtschaftungsfreigaben führte zu Verstimmungen, die allerdings durch General Lucius D. Clay, dem amerikanischen Militärgouverneur, zugunsten von Erhard entschieden wurden. Als historische Aussage von Erhard ist aus dem Gespräch mit Clay der Satz erhalten geblieben: "Ich habe die Vorschriften nicht geändert (was ihm nur mit alliierter Genehmigung erlaubt war), ich habe sie außer Kraft gesetzt" (was nicht ausdrücklich geregelt war)." (32)

Am 14. August 1949 wurde Ludwig Erhard als Direktkandidat der CDU im Wahlkreis Ulm in den ersten Deutschen Bundestag gewählt und Bundesminister im ersten Kabinett Adenauer. Es gelang ihm, seine als Wissenschaftler erworbenen Einsichten praktisch umzusetzen in ein Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das er zusammen mit Wissenschaftlern wie Prof. Müller Armack federführend entwickelt hatte. In der Folge wurde die

Bundesrepublik in die Weltwirtschaft integriert und somit der schnelle wirtschaftliche Wiederaufstieg bewirkt. (33)

Dieser kurze Exkurs verfolgte den Sinn, auf unser Thema zurückzuführen, also Charakter- und Wesenszüge, die im Werdegang Erhards herausgebildet und geprägt wurden, in Beziehung zu seinem Politikverständnis zu sehen. (34) Diese Eigenschaften ergaben mit seinen typischen, genetisch bedingten Wesenszügen (35) seine spezifischen Begabungen: "wissenschaftliche Phantasie, unverkennbare Intuition für das sich Anbahnende und dickfelliges Abwartevermögen, die ihn in der Gründerzeit der Bundesrepublik reüssieren ließen." (36) Rüdiger Altmann und Johannes Groß formulierten diesen Gedanken wie folgt aus: "Die Nichtentscheidung, das Nichthandeln, das war Erhards Stärke, wenn andere handeln wollten. Er war eben, wenn man das vergleichen will, ein Steuermann, kein Ruderer. Die Ruderschläge lagen ihm nicht. Er wollte das Schiff in der Strömung steuern. Das war sein Ziel, das war seine Leidenschaft. Daraus erklärt sich sein tiefer Affekt gegen allzu viele Statistiken, gegen technische Manipulationen, gegen alles Technokratische. Er wollte die Richtung, die Tendenz sehen, sich ihr einfügen und in großen Zügen von da aus gestaltend einwirken." (37)

Die oben erörterten wesentlichen Grundvoraussetzungen in Ludwig Erhards Persönlichkeit bestimmten maßgeblich sein Verhältnis zur Macht, das er wie folgt beschrieb. "Ich übe natürlich Macht aus. Aber Macht ist zu häufig mit der Vorstellung des Mißbrauchs der Macht verbunden. Der Politiker unterliegt zu leicht der Versuchung, sie einseitig auszuüben und auszunutzen. Das lehne ich entschieden ab. Das schließt natürlich nicht aus, daß der Politiker gegebenenfalls ein Taktiker sein muß." (38) Im Sinne Max Webers sah Erhard die Gefahren der Manipulation, der Willkür und der Unkontrollierbarkeit von Machtausübung und folgerte daraus für seine Person: "Die Macht ist in meinen Augen immer öde, sie ist gefährlich, sie ist brutal, und sie ist im letzten Sinne sogar dumm." (39)

Erhards Neigung, Leitideen und Grundsätze der politischen Macht überzuordnen, erklärte seine Vorstellungen vom Führungsstil des Bundeskanzlers. "Der Ruf nach einem starken Kanzler,

der befehlen soll, bedeutet allen leicht die bequeme Flucht aus der eignen Mitverantwortung. Wohin das führen soll, wissen wir aus schrecklichem Erleben. Dennoch verkenne ich nicht: Die Forderung, hart zu sein, ist bis zu einem gewissen Grad berechtigt. Aber eben nur bis zu einem gewissen Grad! Und so weit sperre ich mich keineswegs gegen dieses Gebot." (40) In der Tat kannte Erhard, so Hohmann, die Regeln und auch die Tricks des politischen Geschäfts. "Man muß sich allerdings davor hüten, in diesem Bemühen das Handeln eines Mannes zu sehen, dem nicht die Regeln und Tricks des politischen Geschäfts bekannt gewesen wären. Es ist daran zu erinnern, daß er mit solchen ihm unterstellten Eigenschaften wohl kaum Bayerischer Staatsminister für Handel und Gewerbe, Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Bundeswirtschaftsminister und Bundeskanzler geworden wäre, gegen große Widerstände und Angriffe aus allen Richtungen, um dabei gleichzeitig Aufgaben zu lösen, die von vielen für unlösbar gehalten wurden." (41)

In seinem Verständnis zur Macht unterschied sich Erhard von den meisten Politikern. "Er strebte nicht nach Macht. Es ging ihm um die große Sache, nicht um Macht, schon gar nicht um persönliche Macht." (42) Diese Feststellung von Karl Carstens traf den Kern des Erhardschen Selbstverständnisses als Politiker. "Ich bin ... Politiker aus Leidenschaft und nicht in dem primitiven Sinne eines politischen Ehrgeizes, sondern ich bin Politiker aus Überzeugung heraus, daß mir die Gabe verliehen ist, das Schicksal eines Volkes doch gnädig zu gestalten." (43)

3 Erhards abstraktes und visionäres Denken

Nicht nur Ludwig Erhards besonderes Verhältnis zur Macht, sondern auch sein abstrakt-philosophisches, zuweilen visionäres Denken bestimmten sein politisches Handeln. Überzeugungen, die er einmal für richtig befunden hatte, zog er im Zweifelsfalle immer Kompromissen vor, beharrte auf grundsätzlichen Positionen. (44) Diese Prinzipientreue beraubte ihn oftmals der Chance, durch taktisches Manövrieren in seinem Entscheidungsspielraum flexibler zu sein. (45) Ausgehend vom Theorem der Sozia-

len Marktwirtschaft entwickelte Erhard eine Konzeption, die eine Synthese verschiedener heterogener Einflüsse und Elemente bildete. "Die systematischen Folgerungen eines Rieger, der liberale Sozialismus eines Oppenheimer, Vershovens Befangenheit in psychologischen Imponderabilien, Webers Freiheit des Individuums und Euckens sozialer Liberalismus ..., sie alle waren Teile eines Geduldspiels, die Erhard logisch zusammenfügte."

(46) Den Kern dieser Konzeption beschrieb er so: "Wenn der Staat darüber wacht, daß weder gesellschaftliche Privilegien noch künstliche Monopole den natürlichen Ausgleich der wirtschaftlichen Kräfte verhindern, sondern daß dem Spiele von Angebot und Nachfrage Raum bleibt, dann wird der Markt den Einsatz aller wirtschaftlichen Kräfte in optimaler Weise regulieren und damit auch jede Fehlleitung korrigieren. Die staatliche Befehlswirtschaft (dagegen) führt, konsequent zu Ende gedacht, zur Aufhebung des Marktes und der freien Konsumwahl."

(47) Erhard wollte diese Konzeption aber nicht nur auf den Bereich der Wirtschaft beschränkt wissen. In dem Interview mit Günter Gaus führte Erhard dazu aus: "Ich habe mich nie nur allein als Wirtschaftsminister gefühlt, sondern ich sah in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und Sozialpolitik einen Schlüssel zu einer Neuordnung unseres politischen Lebens überhaupt. Insofern war meine Vorstellung von einer sozialen Marktwirtschaft nicht eng wirtschaftlich begrenzt, sondern von viel weitergehenden Vorstellungen getragen." (48) Die Parole Erhards "Wohlstand für alle" ging weit über den materiellen Aspekt hinaus; sie kann als wirtschaftsethische Vorstellung interpretiert werden, wie der Auszug aus einem Brief an Wilhelm Vershoben, Erhards alten Lehrer und Kollegen, aus dem Jahre 1957 deutlich macht. "Der Sinn von "mehr Wohlstand", wie ich ihn verstehe, ist der, dem Einzelnen reichere, bessere und freiere Lebensmöglichkeiten und damit überhaupt neue Perspektiven der Lebensführung zu eröffnen. Alles, was auf dem Gebiet der Erziehung, der Schulung, der Bildung an Mehr gewonnen werden kann, was durch Wissen und Erkenntnis uns zu bereichern vermag, was uns für Werte und Werke der Kunst, der Kultur und des Geistes aufgeschlossen sein läßt, was an echter Muße und Erholung uns zu innerer Ausgewogenheit verhelfen kann, - das

alles gehört in die weitgespannte Skala menschlicher Bedarfsdeckung, und es gehört in eine wirtschaftliche Betrachtung dazu, weil uns das alles ja auch nicht geschenkt wird, sondern erarbeitet werden muß." (49) Diese Grundüberzeugung Erhards, die sein ganzes politisches Denken gleichsam hypothetisch überlagerte, beeinflusste sein politisches Handeln entscheidend. So war für Erhard beispielsweise die Bildung einer Großen Koalition mit den konstitutiven Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und mit seinem Demokratieverständnis nicht vereinbar. (50) Sehr früh erkannte er die Gefahren, die der materielle Wohlstand im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs mit sich brachte. In diesem Sinne waren seine direkt an die Bürger gerichteten "Maßhalte-Appelle" und seine Forderung nach Wertbesinnung und Wertorientierung zu verstehen. "Ich sehe als die Zukunftsaufgabe an, die Politik überzeugender darzustellen und neben den rein materiellen Dingen auch dafür zu sorgen, daß die Werte in einem Volke wieder richtig gesetzt und zueinander geordnet sind." (51) Erhards Neigung, grundsätzliche Überzeugungen den in harten und kontroversen Verhandlungen erwirkten Kompromissen den Vorrang zu geben, erklärte seine Scheu vor dem Konflikt und sein tiefes Mißtrauen in die Auffassungen anderer. Dazu führte Walter Scheel aus: "Die Fruchtbarkeit, ja die Notwendigkeit des Konflikts in einer Demokratie, in einer pluralistischen Gesellschaft, hat er nicht so recht wahrhaben wollen. Das heißt nicht, daß er in der politischen Auseinandersetzung nicht seine Auffassung mit Elan, ja mit Leidenschaft vertreten hätte. Er war ein Mann der Synthese, der Harmonie. Aber er wollte diese Harmonie vor dem Konflikt - anstatt sie dahinter zu verlegen. Bezeichnend für dieses Streben ist sein Ideal der "Formierten Gesellschaft", einer Gesellschaft, in der jeder aus Einsicht freiwillig das Richtige tut. In einer solchen Gesellschaft sind Parteien, wie wir sie verstehen, nahezu überflüssig. Hier könnte man die entscheidende Schwäche seines Denkens sehen. Ich glaube nicht, daß jeder vernünftige Mensch, der über das Wohl des Ganzen nachdenkt, ist er nur vom Druck einzelner Interessengruppen frei, zu den gleichen Ergebnissen kommt. Erst indem man den fundamental Andersdenkenden und seine Gedanken als gleichberechtigt anerkennt

und im Meinungsstreit mit ihm um die Mehrheit kämpft, erfüllt man die großen Möglichkeiten der Demokratie. Die Demokratie ist die Harmonie einander widerstreitender Kräfte, nicht die Harmonie gleichgerichteter Kräfte." (52) Diese Haltung Erhards wurde vor dem Hintergrund seines Persönlichkeitsbildes verständlich, barg aber die Gefahr in sich, von politischen Pragmatikern als verträumte Vision abqualifiziert zu werden. (53) Erhards unerschütterlicher Glaube an die Vernunft und Harmoniebereitschaft des Bürgers spiegelte sich deutlich in dem Modell der "Formierten Gesellschaft", einem neuen, modernen "Ausdruck gesellschaftlicher Harmonie auf der Basis des Wohlstandes, den es zu verteidigen galt," wider (54). Von Gaus am 10. April 1963 im Deutschen Fernsehen befragt, vertrat Erhard die Meinung, daß neben aller Bedeutung der Außenpolitik "der Gesamtbereich der Innenpolitik neu geordnet, neu geformt und neu durchdacht werden muß und daß wir wegkommen müssen von der Idee, das Leben eines Volkes ließe sich in Kästchen aufspalten und jedes einzelne bedeute ein Ganzes für sich." (55) Dies erfordere, so Erhard damals, ein Umdenken in vielen wichtigen Bereichen der Politik und die Entwicklung eines grundlegenden langfristigen Programms. "Vergleicht man die Programmatik des Wirtschaftsministers mit den Programmvorstellungen des Kanzlers Erhard, so erweist sich das Konzept der "Formierten Gesellschaft" - innenpolitisch gesehen - als therapeutischer Entwurf, von dem sich der Kanzler eine Überwindung des vom Wirtschaftsminister diagnostizierten "Kästchen-Denkens" versprach. Die Subjekte der zu überwindenden Denkhaltung wurden von Erhard in Gestalt der Interessengruppen namhaft gemacht." (56) Diese gesellschaftspolitischen Vorstellungen Erhards konkretisierte der Ende 1964 eingesetzte "Sonderkreis" unter der Leitung von Rüdiger Altmann. Erhard präsentierte sie in den Modellen der "Formierten Gesellschaft" und des "Deutschen Gemeinschaftswerkes" der Öffentlichkeit auf dem CDU-Parteitag am 31. März 1965 in Düsseldorf. In seinem Grundsatzreferat führte der Bundeskanzler damals aus: "Es heißt, daß diese Gesellschaft nicht mehr aus Klassen und Gruppen besteht, die einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen, sondern daß sie, fernab aller ständestaatlichen Vor-

stellungen, ihrem Wesen nach kooperativ ist, das heißt, daß sie auf dem Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen beruht. Diese Gesellschaft, deren Ansätze im System der "Sozialen Marktwirtschaft" bereits erkennbar sind, formiert sich nicht durch autoritären Zwang, sondern aus eigener Kraft, aus eigenem Willen, aus der Erkenntnis und dem wachsenden Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit Ergebnis dieser Formierung muß sein ein vitales Verhältnis zwischen sozialer Stabilität und wirtschaftlicher Dynamik, die Konzentration auf eine fortdauernde Erhöhung der Leistung, die Sicherheit einer expansiven Weiterentwicklung der Wirtschaft sowie auf die Förderung und Nutzbarmachung des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts. Es ist eine Gesellschaft des dynamischen Gleichgewichts." (57) Erhard wies auch auf die Auswirkungen der "Formierten Gesellschaft" hin. Die parlamentarische Demokratie darf nicht länger den organisierten Interessen unterworfen sein; im Gegenteil verlangt dieser bewußte Schritt die größere Autonomie unseres Parlamentarismus." (58) In diesem Zusammenhang würdigte Erhard die Arbeit der Ausschüsse im Deutschen Bundestag, sprach aber auch sehr direkt die seiner Meinung nach bestehende Negativseite an: "Aber damit ist offensichtlich auch die Gefahr verbunden, daß sich in diesen Ausschüssen Gruppeninteressen bedenklich verdichten, weil man dort eben allzu sehr "unter sich" bleibt. Darunter leiden dann allzu leicht die gesamtpolitischen Aspekte, denen das Parlament als Ganzes verpflichtet sein muß. Vielleicht brauchen wir ein neues Spezialistentum, nämlich Spezialisten für allgemeine Interessen." (59) Das Modell der "Formierten Gesellschaft", so Erhard damals, könne auch als Modell für Europa und andere Völker der Welt gelten. "Die "Formierte Gesellschaft" ist auch kein Modell, das etwa nur im Gehäuse des Nationalstaates funktioniert. In ihr kann sich vielmehr das Bild eines geeinigten Europas prägen. Sie ist darüberhinaus geeignet, eine Leitidee für die Neugestaltung unseres Erdteils wie auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung anderer Völker zu sein." (60)

Im Rahmen der Innenpolitik forderte er, daß nach Überwindung der größten Kriegsschäden, man sich auch wieder auf immate-

rielle Werte besinnen sollte, was eine Reform der deutschen Demokratie bedeute. "Die Bundesrepublik soll - darin sehe ich meinen Auftrag - ein Land werden, in dem Staat und Gesellschaft sich zu einem weitausgreifenden Fortschrittswillen vereinen und versöhnen. Der Staat soll nicht autoritär planen und die Gesellschaft darf nicht eine chancenreiche Zukunft für eine bessere Gegenwart des bloßen Konsums preisgeben. Wir wollen - um mit Eugen Gerstenmaier zu sprechen - mehr sein als ein Konsumverein. Öffentliche Voraussicht und private Initiative müssen sich verbünden, um Deutschland gegen Krisen gefeit sein zu lassen und für die Mehrung seiner politischen Kraft, seiner geistigen und technischen Leistung, seines ökonomischen Fortschritts eintreten zu können. Kurzum: Wir haben in der Ordnung unserer Gesellschaft die Voraussetzungen für eine neue kulturelle und zivilisatorische Höhe unseres Staates und unseres Volkes zu bereiten." (61) Die konkrete Realisierung dieser Ideen verlangte nach Erhard eine optimalere Ausnutzung des Grundgesetzes, worunter er folgendes verstand: "In Zukunft werden die Kompetenzen des Grundgesetzes voll ausgenutzt werden müssen, die dem Bund in der Justiz, im wirtschaftlichen und sozialen Leben, in der Gesundheitspolitik, der Raumordnung und dem Verkehr sowie hinsichtlich der Förderung von Bildung und Forschung und der inneren Sicherheit zu Gebote stehen. Eine Bundesreform wird sich aber nicht nur auf die Bundeskompetenzen stützen können, sondern sie muß dazu auf die vertrauens- und verständnisvolle Mitarbeit der Länder bauen können." (62) In der Sozialpolitik forderte Erhard Augenmaß und Zielgerichtetheit, nämlich, "daß moderne Sozialpolitik - soll sie wirklich Stabilität und Sicherheit gewährleisten - eine dynamische fortschreitende Wirtschaft zur Voraussetzung hat und darum jeder Schritt auf diesem Wege der Synchronisierung mit der Wirtschaft bedarf, Eine wesentliche Gefahr - gestehen wir es - liegt auch heute noch nicht zuletzt darin, daß wir vielleicht zu oft versucht sind oder auch gezwungen werden, Sozialpolitik als die Befriedigung organisierter Interessen gelten zu lassen. Aber noch so gut gemeinte soziale Wohltaten, die an dem Kern der Aufgabe vorbeigehen, sind unverhältnismäßig teuer und schwächen die

Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft in besorgniserregendem Maße. Sie stärken darüber hinaus nicht das Gefühl sozialer Sicherheit, sondern schwächen es." (63) In einer freien Gesellschaft sei die Verantwortlichkeit des einzelnen Priorität. "Wohl aber fordert es die Solidarität einer modernen "Formierten Gesellschaft", daß die Gemeinschaft angesichts der Abhängigkeit aller von allen die soziale Bürgschaft für den einzelnen übernimmt." (64) Zur Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben schlug Erhard die Gründung eines "Deutschen Gemeinschaftswerkes" vor. "Das "Deutsche Gemeinschaftswerk" soll hierbei eine wichtige Hilfestellung leisten. Es ist eine neue Form, Gemeinschaftsaufgaben zu erfüllen. Eine Konzeption, die den föderativen Gegebenheiten der Bundesrepublik und den veränderten gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten Rechnung trägt. Das Gemeinschaftswerk wird dazu beitragen, die für die Entfaltung unserer Gesellschaft angemessenen Rahmenbedingungen zu schaffen und die Entwicklung zu einer sozial stabilen und wirtschaftlichen dynamischen "Formierten Gesellschaft" zu beschleunigen.

Die Idee des Gemeinschaftswerkes resultiert vornehmlich aus der Erkenntnis und Erfahrung, daß die großen vor uns liegenden Gemeinschaftsaufgaben mit den bisherigen Methoden allein nicht zu bewältigen sind. Sie können nur gelöst werden, wenn Bund, Ländern und Gemeinden ein gemeinsames Instrument zur Verfügung steht, das in seiner Zwecksetzung gesetzlich gebunden wird. Zur Finanzierung sollen in erster Linie die über den realen Zuwachs des Bruttosozialproduktes hinausgehenden Steuereinnahmen des Bundes und der Länder verwendet werden. Damit wird das "Deutsche Gemeinschaftswerk" auch zu einem wesentlichen Bestandteil der geplanten Finanzreform und zu einem Instrument der Konjunkturpolitik. Selbstverständlich werde ich die Ministerpräsidenten der Länder zu einem Gespräch über diese Fragen einladen. Des weiteren müssen auch die rechtlichen Grundlagen für das Gemeinschaftswerk eingehend erörtert werden. So glaube ich, daß wir der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Gemeinschaftsaufgaben am besten gerecht würden, wenn wir ihre Finanzierung über ein autonomes Sondervermögen in der Verfassung verankern. Das "Deutsche Gemeinschaftswerk" soll

mit Steuermitteln des Bundes und der Länder in der Größenordnung von mindestens 1 v.H. des Bruttosozialproduktes finanziert werden. Als weitere Finanzierungsquellen kämen Erlöse aus der Privatisierung von Bundesvermögen und Kapitalmarktmitteln in Betracht. Natürlich ist es unumgänglich, den auf 160 Mrd. DM geschätzten öffentlichen Investitionsbedarf in den nächsten acht bis zehn Jahren allein über das Gemeinschaftswerk zu finanzieren. Aber bei dieser in der Fragestellung genannten Summe handelt es sich um den gesamten öffentlichen Investitionsbedarf, von dem nur Gemeinschaftsaufgaben, die von überragender Bedeutung sind, über das Gemeinschaftswerk voll oder teilweise finanziert werden sollen. Ich denke dabei vornehmlich auch an Sozial-Investitionen. Die Masse der öffentlichen Investitionen sind auch weiterhin entweder von Bund und Ländern gemeinsam oder von Bund, Ländern und Gemeinden in eigener Verantwortung und mit eigenen Mitteln zu finanzieren. Ich halte eine möglichst rasche Verwirklichung des "Deutschen Gemeinschaftswerkes" für unbedingt notwendig und werde deshalb die Vorarbeiten an diesem Projekt schon in dieser Legislaturperiode so weit wie möglich vorantreiben. Ganz sicher wird das "Deutsche Gemeinschaftswerk" ein wesentlicher Programmpunkt einer neuen Regierung Erhard sein." (65)

Ähnlich visionär wie Erhards gesellschaftspolitische Ideen waren seine Vorstellungen von einem geeinten Europa. "Er sah vor allem die großen politischen und wirtschaftlichen Chancen, die mit einer Einigung Europas verbunden waren, konnte aber zugleich seine Sorgen, die ihn im Blick auf die ordnungspolitische Gestaltung bewegten, nicht unterdrücken. Hierzu gehörte die Besorgnis, daß planwirtschaftliche Ideen in das europäische Einigungswerk Eingang finden könnten. Vor allem sah er die Gefahr, daß Europa sich in besonderem Maße in Gestalt wachsender Bürokratien und neuer Ämter manifestieren würde. Er wollte dagegen mehr die integrierende Wirkung einer freien internationalen Ordnung mit konvertiblen Währungen und die Freizügigkeit des grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Kapitalverkehrs für Europa nutzen." (66) Er begrüßte zwar die am 25. März 1957 gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, wies aber schon zu Beginn ihres Bestehens darauf hin, daß die

EWG nicht Selbstzweck sein sollte, sondern der Kern einer späteren, weit größeren Wirtschaftseinheit. (67) In diesem Sinne war seine im Herbst 1959 geprägte Formel " $6 + 7 + 5 = 1$ " zu verstehen, die das Ziel und die Notwendigkeit sichtbar machen sollte, "daß das Europa der Sechs mit den sieben der Freihandelszone und den fünf nicht gebundenen Staaten zusammengehen sollte, um einen Handelskrieg zu vermeiden." Für diese Politik warb Erhard damals mit großen Anzeigen in vielen deutschen Zeitungen. (68)

Erhards außenpolitische Zukunftsvision eines Europas "der Freien und der Gleichen" (69), stand in einem fundamentalen Gegensatz zu den pro-französisch orientierten Realpolitikern um Konrad Adenauer. Erhard lehnte jedoch den deutsch-französischen Bilateralismus ab, weil er die Hegemonie Frankreichs befürchtete (70). Zusammen mit seinem Außenminister Gerhard Schröder entschied er sich für einen atlantisch orientierten Kurs, der im Zuge der Entspannungspolitik der Amerikaner auch Initiativen in der Ostpolitik ermöglichte. (71)

4 Erhards Einstellung zu den politischen Parteien und organisierten Interessengruppen

Erhards besonderes Verhältnis zur Macht erklärte wohl auch, daß es lange dauerte, "bis er ein Verhältnis zu Parteien, auch zu seiner eigenen Partei fand." (72) Dazu schrieb Günter Gaus: "Aber seine wichtigsten Grundvorstellungen vom Wesen der Politik scheinen sich zu einer fast instinktiven Abneigung gegen den praktisch-politischen Umgang mit den Parteien, einschließlich seiner eigenen zu summieren. Zu den Grundvorstellungen, die dies bewirken, gehören vor allem die erwähnte Selbstinterpretation seiner Aufgabe als einer Mission und Erhards Bedürfnis nach einer ungeteilten Gesellschaft als Adressaten seiner Politik. In einem solchen Bild ist kaum Platz für organisatorische Gemeinschaften wie Parteien, die eine Mittlerrolle spielen". (73) In diesem Sinne äußerten sich auch Rüdiger Altmann und Johannes Gross. "Sicher ist, daß er ein Verhältnis zur Parteilendemokratie der Weimarer Republik nicht gehabt hat, daß er überhaupt kein Verständnis gehabt hat für faschistische Parteien, und daß er auch kein eigenes Verhältnis zu den Partei-

gruppierungen hergestellt hat, wie sie sich nach 1949 ergeben haben. Das Zentrum, das ja in der Weimarer Republik gar keine eigenständige Politik verfolgte, außer der Loyalität zur Verfassung und der Vertretung spezifisch katholischer Interessen, lag völlig außerhalb seines Gesichtskreises. Ebenso wie er jede Art von Sozialismus nicht nur eigentlich bekämpft, sondern als etwas seiner Mentalität völlig Fremdes behandelt hat." (74) Erhards Skepsis mochte wohl auch in seiner Abneigung gegen die in den Parteien agierenden "Berufspolitiker" begründet sein. Anlässlich seines 80. Geburtstages äußerte er sich dazu sehr freimütig: "Ich bin vielleicht kein bequemer Zeitgenosse. Gerade erst in diesen Tagen sagte ich, daß es verschiedene Kategorien von Menschen gibt, mit denen ich nicht umgehen kann. Eine davon sind die Pragmatiker. Selbstverständlich weiß auch ich, daß man nicht mit dem Kopf durch die Wand gehen kann, aber Pragmatismus als System halte ich nicht für der Weisheit letzten Schluß. Dann gibt es die Opportunisten, die stehen noch eine Stufe tiefer, und noch weiter unten stehen die Konformisten. Hier ist dann die Büchse der Pandora geöffnet, Raum für vieles, aber auch für jeden Mißbrauch." (75)

Diese Einstellung mag auch ein Grund mit dafür gewesen sein, daß sich Erhard erst sehr spät entschließen konnte, auch formell in die CDU einzutreten. (76) Erhards Distanz zur Parteidemokratie veranlaßte ihn schon früh, seine politischen Ideen und Leitvorstellungen in direkter Ansprache an die Bevölkerung zu richten. Günter Gaus bezeichnete Erhard deshalb als einen Politiker, der seine Aufgabe als Mission versteht. (77)

Kurt Georg Kiesinger charakterisierte ihn als den großen Überzeuger. (78) In der Tat suchte Erhard von Anbeginn seines politischen Wirkens immer wieder den direkten Kontakt mit dem Bürger. "Im Verhältnis zu den Bürgern der Bundesrepublik suchte er neue Wege. Er war und ist davon überzeugt, daß die demokratische Massengesellschaft unserer Zeit auf die direkte Ansprache durch die politischen Repräsentanten, denen sie das Mandat gegeben hat, nicht verzichten kann. Auch und gerade die freie Gesellschaft braucht Führung; Führung durch Information, Antworten auf die Fragen nach dem Warum und mehr noch nach dem Wohin und schließlich das Vermögen, als Ergebnis der politi-

schen Willensbildung im Parlament als Staat nach innen und nach außen handlungsfähig zu sein." (79) An anderer Stelle schrieb Hohmann: "Erhard wandte sich an den selbstverantwortlichen Bürger. Er sollte sich seines Einflusses stärker bewußt werden - auch gegenüber den Verbänden und den kollektiven Großorganisationen. Die Einladung an den Bürger zum Mitdenken und zur Teilhabe am Entscheidungsprozeß machte einen wesentlichen Teil der politischen Wirkung Erhards in diesen Jahren aus. Wirtschaftspolitik brauchte nach seiner Meinung Öffentlichkeit. Sie verlange Diskussion, öffentliche Zustimmung oder Ablehnung." (80) Dies galt nicht nur für die Appelle via Medien, sondern auch für die vielen Wahlkampfveranstaltungen, auf denen Erhard in erster Linie grundsätzliche, sachbezogene Ausführungen der Propaganda für seine eigene Partei vorzog. (81)

Diese Form der politischen Kommunikation gehörte zweifelsohne zu den Stärken Erhards. Die Deutschen, überzeugt von Erhards Wirtschaftspolitik, konnten sich mit seinen Vernunftappellen und seiner hinlänglich bekannten Abneigung gegen die Parteipolitik weitgehend identifizieren. (82) Stackelberg stellte dazu fest: Erhards Image erlaubt es den Wählern, die Augen vor der Härte der gegenwärtigen politischen Situation zu verschließen. Es verlockt sogar dazu. Mit Erhard kann man einen Unpolitischen, gleichsam die Schweiz, wählen." (83)

Hierin lag wohl das Geheimnis der großen Wähleranziehungskraft Erhards bis in die Mitte der sechziger Jahre. Erhards geringes Interesse an der Parteiarbeit zeigte sich auch darin, daß er zu Beginn seiner Kanzlerschaft signalisierte, daß er nicht beabsichtige, für den Parteivorsitz in der CDU zu kandidieren. (84) Ferner traf er keine Vorkehrungen, sich in Partei, Fraktion und Kabinett eine Hausmacht zu schaffen. (85) Erhard wollte, das betonte er gleich zu Beginn seiner Amtszeit, Kanzler des ganzen Volkes sein: "Ich habe heute meinen Diensteid geleistet, der mich verpflichtet, Gerechtigkeit zu üben gegen jedermann. Dazu verspreche ich, über alle Schichtungen, Gruppierungen und Parteilagen unseres Volkes hinweg mit letzter Hingabe treu, gewissenhaft und redlich dem Gesamtinteresse unseres Volkes zu dienen und seinen Nutzen zu mehren. Ich fühle

mich nicht nur den in den Grenzen der BRD lebenden Deutschen verpflichtet, sondern dem ganzen Deutschland. Meine Politik wird darauf gerichtet sein, das nationale Bewußtsein des deutschen Volkes zu stärken und zu beleben, aber es zu verbinden mit einer Politik der Weltoffenheit und der Friedensliebe. Ich werde mit allen zusammenarbeiten, die guten Willens sind." (86)

Erhards Neigung zum "Überparteilichen Volkskanzlertum" prägte wesentlich sein Verhältnis zu den organisierten Interessensgruppen. "Das Verhältnis des Wirtschaftspolitikers Ludwig Erhard zu den großen Verbänden in Wirtschaft und Gesellschaft ist im wesentlichen nicht durch ein theoretisch gelerntes, geschlossenes Gedankengebäude bestimmt worden. Man muß in den menschlichen und beruflichen Werdegangs Erhards zurückgehen, um das Muster zu erkennen, nach dem sich die später für ihn so wichtig werdenden Beziehungen entwickelten." (87) Düren wies in diesem Zusammenhang auf Erhards Erlebnisse und Erfahrungen in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus hin. (88) Die tiefe Skepsis gegenüber den organisierten Interessensgruppen konnte Ludwig Erhard zeit seines Lebens niemals richtig überwinden. Es gelang ihm nicht, sich mit den "ebenso problematischen wie unumgänglichen" Zwischenmächten der parlamentarischen Demokratie "zu arrangieren". (89) Immer wieder warnte Erhard vor einem zu mächtigen Einfluß der Verbände und ihren zum Teil überzogenen Forderungen. (90) Gerade in der letzten Phase der Regierungszeit Adenauers hatte die "Gefälligkeitsdemokratie", wie Erhard die Politik zwischen Staat und Interessensgruppierungen zu bezeichnen pflegte, Auswüchse angenommen, die ihre Finanzierbarkeit in Frage stellte. (91) Deshalb sprach er dieses Problem in seiner ersten Regierungserklärung sehr prononciert an. (92) Er plädierte dafür, interessensgruppenbedingte Ausgaben sehr eng an die ökonomische Entwicklung anzupassen, nach dem Grundsatz: es durfte nur so viel verteilt werden, wie vorher erwirtschaftet wurde. (93)

5 Erhards Regierungsstil

"Parlamentarische Regierung ist immer Regierung durch Rede" (94), sagte Erhard einmal und meinte damit die intensive, ver-

nunftbetonte Diskussion in allen institutionalisierten Einrichtungen des parlamentarischen Systems. Erhard besaß zweifelsohne die Begabung, auf Massenveranstaltungen die Zuhörer zu begeistern. "Er war ein großer Redner, dessen Reden im Parlament und in der Öffentlichkeit seine Zuhörer in ihren Bann schlugen". (95) Dies zeigte aber nur die eine Seite von Erhards rhetorischer Begabung. In Reden und Ansprachen, auch auf Wahlkampfveranstaltungen, erfuhr Erhard nur insofern eine Rückkopplung als er es verstand, die Stimmungslage seiner Zuhörer zu treffen und diese seinen Ausführungen applaudierten. (96) Erhard brillierte als mitreißender Redner auf Veranstaltungen, aber nicht in einem kleinen Kreis von Teilnehmern. (97) Ähnlich wie seine programmatische Abstraktheit war Erhards Sprache mitunter unscharf. "Subjektiv von hoher Wahrhaftigkeit wurde diese Sprache auch von aufrichtigen Bewunderern seines Wollens häufig als zu undeutlich empfunden." (98) Erhard praktizierte als "primus inter pares" einen menschlichen und kollegialen Führungsstil (99), der aber auch Gefahren in sich barg. (100) "Was er sich vorstellt, ist ein Kabinett von gestandenen, unabhängigen Männern, die als Herren zusammen arbeiten" (101), sagte Westrick und charakterisierte den Regierungsstil Erhards als "einen Wandel vom überbetonten Kanzlerprimat zur Mitbestimmung des Kabinetts." (102) Diese Art der Kabinettsberatung erforderte allerdings einen großen Zeitaufwand. "Getreu seinen Vorstellungen von der Heilbarkeit schier aller Dinge durch das Zusammenwirken gutwilliger und vernunftbegabter Menschen, hat Erhard drei- bis vierstündige Kabinettsitzungen zur Regel werden lassen. Der Diskussion ist jeder Raum geboten. Die Möglichkeit für einzelne Kabinettsmitglieder, Themen außerhalb der ordentlichen Tagesordnung anzuschneiden, ist praktisch kaum begrenzt. Das Abkanzeln der Minister, wenn sie weitschweifig werden oder Spezialinteressen vertreten, ist nach allen Berichten nicht mehr kabinettsüblich. Erhard, der sich seine Meinung lieber durch Vortrag und Diskussion bildet als durch Lektüre von Depeschen und Akten, schätzt selbst ausführliche Sitzungen. An dieser neuen Kabinettsführung ist nichts auszusetzen, solange sichergestellt ist, daß dem Kanzler durch die heute möglichen Überraschungs-

taktiken einzelner Ressorts keine unvorbereiteten Entschlüsse aufgenötigt werden." (103)

6 Erhards Regierungstechnik

"Verwaltungsmäßige Arbeit gehört nicht gerade zu meinen ausgesprochenen Leidenschaften, aber dazu hat ein Minister ja seine Beamten. Im Übrigen lernt man auch das kennen, es ist keine Geheimwissenschaft." (104) Alle, die eng mit Erhard zusammenarbeiteten, wußten, daß ihm die bürokratische Steuerung nicht lag. (105) Bereits in seiner Zeit als bayrischer Wirtschaftsminister kam es zu Klagen über die Führung des Ministeriums. Auch das Bundeswirtschaftsministerium wurde nicht straff geführt, sondern, wie Hennis feststellte, "mit einem kleinen Stab von Vertrauten, abgeschottet gegen das Riesenheer der übrigen Abteilungsleiter und Referenten verwaltet." (106) "In einem Ressort, das nur wenig eigene Verwaltungsaufgaben hat, mag das hingehen. Für den Bundeskanzler ist es eine sich sehr wenig empfehlende Praxis. Zu den elementaren Bedingungen des Bestimmens der Richtlinien würde ich also rechnen die Offenhaltung des Entscheidungszugriffs nach unten und zur Seite. Man kann sich mit einem Schwarm von Beratern, Gedankenproduzenten, braintrusts etc. umgeben, wie es Roosevelt und Kennedy getan haben, aber um Macht zu delegieren ist das Amt zu verantwortungsvoll." (107) Erhard richtete "seine Aufmerksamkeit vorrangig auf abstrakte, der Kabinettsberatung entzogene Ziele" und hatte "aus diesem Grunde von vielen ihm zweitrangig erscheinenden Problemen keine detaillierten Kenntnisse." Deshalb gab er oft die Diskussion frei und verzögerte damit die Entscheidungsprozesse. (108) Johannes Gross stellte fest, daß Erhard jedenfalls im Vergleich zu Adenauer und Strauss kein intensiver Arbeiter war. (109) In der Tat schätzte Erhard das intensive Aktenstudium nicht. Zu Beginn der täglichen Arbeit konferierte er in der Regel ausführlich mit seinen engsten Mitarbeitern. In der "kleinen Lagebesprechung", so Hohmann, wurden die wichtigsten Informationen ausgetauscht, Probleme analysiert und Lösungsstrategien diskutiert. Auch für kompliziertere Fragen zog Erhard mündliche Besprechungen umfangreichen Dossiers vor. (110) Sein Sekretariat stellte ihm täglich

ein circa fünfzig Seiten umfassendes Papier mit wichtigen Presseinformationen und Aktenvorgängen zusammen, das er im Laufe des Arbeitstages durcharbeiten versuchte. Erhard beherrschte die Technik des schnellen Überfliegenden Lesens nicht. Er las sehr langsam, versah die Schriftstücke mit Randnotizen und rief oft seine Sachverständigen zu Besprechungen zu sich. (111) Da Erhard sich nie besonders für administrative Vorgänge begeistern konnte (112), lag ihm daran, seinen Mitarbeitern im Bundeskanzleramt und dem Kabinett insgesamt mehr Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit zu gewähren. (113) Erhard galt als Einzelgänger, der weder im Bundeskanzleramt noch in der Parteiführung enge Freunde besaß. Sein in der Öffentlichkeit gezeigtes joviales Verhalten im Umgang mit seinen Kollegen erweckte einen falschen Eindruck. (114) Nach innen gerichtet und manchmal scheu im Umgang mit Menschen, war ihm daran gelegen, mit bewährten und langjährig vertrauten Mitarbeitern zusammenzuarbeiten. Deshalb "begleiteten ihn außer seinem Staatssekretär Dr. Ludger Westrick, der Ministerialdirektor Dr. Karl Hohmann, der persönliche Referent Ministerialrat Dr. Dankmar Seibt, der Pressereferent Hartmuth Bebermeyer, die seit dreißig Jahren für ihn arbeitende Privatsekretärin Frau Ella Muhr, Frau Else Wilhelm (Seibts Sekretärin) und der Chauffeur", die sogenannte "Brigade Erhard", ins Palais Schaumburg. (115) Das Bundeskanzleramt unter Adenauer war "mit seinen verschiedenen, den jeweiligen Ressorts zugeordneten Abteilungen und Referenten eine Art Überministerium. Der Kanal, durch den die Vorhaben der Ressorts ins Kabinett gelangten, war eng. Der von den kanzleramtseigenen Fachleuten sorgfältig unterrichtete Staatssekretär Globke entwarf die Tagesordnungen des Kabinetts ausschließlich nach den Bedürfnissen des Kanzlerprimats." (116) Erhard änderte bei seinem Einzug vorerst nur wenig. Die Chefs der beiden Hauptabteilungen, die Ministerialdirektoren Mercker und Praß, blieben ebenso in ihren Ämtern wie der Leiter des Außenpolitischen Büros, Ministerialdirigent Osterheld. (117) Das Außenpolitische Büro führte ein wichtiges Eigenleben. Seine Aufgabe bestand in der parallel zum Auswärtigen Amt laufenden Sammlung ausführlicher Informationen über alle Vorgänge der Weltpolitik. (118) Die "Brigade Erhard" war

ein ausgezeichnet eingearbeitetes Team, deren uneingeschränkter Loyalität der Kanzler gewiß sein konnte (119). Ludger Westrick und der Leiter des neugeschaffenen Kanzlerbüros, Karl Hohmann, waren Erhards wichtigste Ratgeber. Westrick, der erst im Alter von 57 Jahren Ende März 1951, als sehr erfolgreicher Konzernmanager aus der Industrie in die Politik übergewechselt war, wurde seinerzeit zunächst Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Ursprünglich hatte ihn nicht Erhard, sondern Adenauer ausgewählt, in der Absicht, "Westrick zu einer Art von Aufpasser bei Erhard zu machen, denn er erkannte schon recht früh, daß ihm die wachsende Volkstümlichkeit des Bundeswirtschaftsministers eines Tages gefährlich werden könnte." (120) Dieser Plan scheiterte jedoch an Ludger Westrick, der den Gedanken weit von sich wies, seine Loyalität zu teilen. "Nachdem er einmal der Staatssekretär Erhards, den er bereits aus dessen Zeit als bayrischer Wirtschaftsminister her kannte, geworden war, wollte er diesem und nicht zwei Herren gleichzeitig dienen. Das hat Westrick dem Bundeskanzler Adenauer eines Tages sehr aufrichtig erklärt. Ein Staatssekretär kann und darf nicht auf zwei Schultern tragen, war seine Meinung. Adenauer schätzte solche freimütigen Äußerungen wenig, da sie seinem Regierungsprinzip, dem Divide et impera, und seinen Herrschaftsmethoden widersprachen. Seitdem kam es zu einer gewissen Abkühlung im Verhältnis der beiden Männer. Adenauer, an geistige Unabhängigkeit in seiner eigenen Umgebung wenig gewohnt, war sichtlich enttäuscht, daß Westrick niemals bereit war, eine Doppelrolle zu spielen." (121) Die gemeinsame erfolgreiche Arbeit, auch in schweren Zeiten, führte Erhard und Westrick immer enger zueinander. "Erhard weiß, daß ich einer Illoyalität unfähig bin, und ich weiß es von ihm. Das begründet unser gegenseitiges Vertrauensverhältnis. Aber es erlaubt mir auch, ihm manches zu sagen," (122) so umschrieb Westrick seine zwischenmenschliche Beziehung zu Erhard. Als Westrick im Jahre 1959 als Staatssekretär die Beamtenaltersgrenze von 65 Jahren erreichte, erwirkte Erhard durch Ausnahmegenehmigungen, viermal eine jeweils um ein Jahr verlängerte Amtszeit. Mitte Juni 1964 beförderte Erhard den parteilosen Westrick zum Bundesminister für besondere Auf-

gaben. (123) Da es Erhard im Rahmen des Koalitionsabkommens mit der FDP und gegen den Widerstand einiger Unionspolitiker 1963 nicht gelungen war, Westrick als seinen Nachfolger im Bundeswirtschaftsministerium durchzusetzen (124), ernannte er diesen zu seinem Chefberater und Vertrauensmann im Kanzleramt, "eine Stellung, in der Westrick den übrigen Kabinettsmitgliedern an Einfluß und Macht weit überlegen" war. (125) Westrick trug wesentlich dazu bei, ein bürokratisches und organisatorisches Chaos im Bundeskanzleramt zu verhindern, war aber aus Neigung und Temperament ebensowenig Verwaltungsmann wie Erhard. "Der Kanzler und sein Minister im Kanzleramt ergänzen sich nicht in dem Sinne, daß ihre Begabungen zusammengenommen alle Spielarten moderner Regierungstechnik decken. Eher treffen sich die beiden fast gleichaltrigen Männer auf der Basis übereinstimmender Auffassungen vom Wesen des Politischen und dem Idealbild des Politikers." (126) Immerhin erkannte Westrick mit Scharfsinn und Weitblick, daß genügend Kommunikations- und Informationsstrenge in das Palais Schaumburg hineinführen mußten. "Aber an welchem Schreibtisch sie enden - an dem Westricks oder Erhards - ist, anders als zu Adenauers Zeiten, ungewiß. Westricks Treue zu Erhard erlaubt keine Zweifel an der Bereitschaft des Ministers, dem Regierungschef alle Informationen zugänglich zu machen. Die beiden Männer kennen einander aber auch so gut, daß eine von Westrick kenntnisreich vorgenommene Auswahl des Materials nicht ausgeschlossen erscheint. Wie immer das sein mag: Ludwig Erhard hat als Bundeskanzler bisher auch die Notwendigkeit nicht erkannt, gegenüber allen politischen Kräften als der voll unterrichtete und zuletzt allein entscheidungsfähige Chef der Exekutive aufzutreten." (127) Da Westrick den Regierungschef auf allen Auslandsreisen als engster Berater begleitete, fehlte der Ministerialbürokratie des Bundeskanzleramtes oftmals der dauernde persönliche Rückhalt gegenüber den Ressorts, der durch die permanente Anwesenheit des Behördenchefs garantiert gewesen wäre. (128) Der kleinen Gruppe von langjährigen Mitarbeitern um Erhard wurde oft vorgeworfen, dazu beigetragen zu haben, Erhard gegenüber seinen Ministern, den Parteiführern und Lobbyisten zu sehr abzuschirmen. (129) Ein weiterer Vorwurf lautete: "Wenn das

Kanzleramt heute trotzdem kaum noch eine Kontrollbehörde für die sachliche und zeitliche Koordination der Regierungsarbeit ist, so hat dies zwei Gründe: Erstens ist der Weg zur Kabinettsberatung der Ressort-Themen dank Erhards Kollegialprinzip breiter geworden. Zweitens scheint die Spitze des Palais Scheumburg nicht zu der kontinuierlichen Schreibtischarbeit zu neigen, die zur sachgerechten Verwendung der vom bürokratischen Unterbau nach wie vor qualifiziert vorbereiteten Expertisen nötig ist." (130) Als Mann des Gesprächs, der aus weit-ausholender Unterhaltung seine Impulse holte, mußte sich Erhard auf intensivere Kommunikationstechniken umstellen. Erhard nahm, wenn er nicht gerade beruflich verhindert war, an den Sitzungen des Bundesvorstandes, des Präsidiums, des Fraktionsvorstandes, der Fraktion der Union und des Kabinetts regelmäßig und engagiert teil. (131) Zudem sah der normale Wochenfahrplan für den Montagvormittag das Koordinierungsgespräch zwischen Erhard, Krone, Westrick, Barzel und Strauß, die sogenannte Montagsrunde, vor. (132) Diese wurde im September 1966 um die FDP-Politiker Mende und Kühlmann-Stumm erweitert. (133) Am Dienstagvormittag fanden in der Regel die Koalitionsbesprechungen mit Vertretern der FDP statt. (134) Über den institutionalisierten Rahmen hinaus suchten Erhard und sein Team weitere Kommunikationsmöglichkeiten. So wurde beispielsweise die von Adenauer initiierte Kanzler-Teerunde, an der ein sich ständig wechselnder Kreis von 20 bis 30 Personen, vornehmlich Journalisten, Publizisten und Wissenschaftler, teilnahm, beibehalten. (135) Erhard, der den Dialog zwischen den Regierenden und den intellektuellen Schichten der Bevölkerung besonders zu fördern gedachte, lud aus diesem Grunde erstmals am 23. Juli 1964 namhafte Vertreter aus der Kunst, Wissenschaft und Publizistik zu einer Diskussion über das Thema "Deutschland in innerer und äußerer Sicht" ein. Es folgten weitere Gespräche. (136)." Hatte Jürgen Habermas, der intern als links-liberal eingestuft wurde, auch abgesagt, so war das Spektrum der anwesenden Vertreter doch erstaunlich breit, ja repräsentativ. Neben Verlegern wie Josef Witsch und Siegfried Unseld konnte Erhard Schriftsteller und Publizisten wie Ernst Jünger, Rolf Schroers, Rudolf Walter Leonhardt, Rüdiger Altmann und

Johannes Gross, den Benjamin der Runde, ebenso wie Gelehrte vom Range des Juristen Ulrich Scheuner, des Wirtschaftswissenschaftlers Alfred Müller-Armack und des Politologen Karl Dietrich Bracher begrüßen, um nur einige der Anwesenden "Männer des Geistes" beim Namen zu nennen. Das Treffen sollte einen neuen und positiven Auftakt zur Verbesserung der in Deutschland traditionell schwierigen Beziehungen zwischen Politik und Intelligenz, Macht und Geist markieren und für die neue Atmosphäre der "liberalen Ära" kennzeichnend werden, die dann so unerwartet rasch zu Ende ging." (137) In den Monaten vor Erhards Kanzlerschaft wurde auch darüber diskutiert, ob sich Ludwig Erhard als Bundeskanzler einen besonderen Beraterstab - einen "brain-trust" nach amerikanischem Vorbild schaffen werde. Rüdiger Altmann, damaliger Zeit-Mitarbeiter und Verfasser des Buches "Das Erbe Adenauers", trat nachdrücklich für den "brain-trust" ein, während andere, wie beispielsweise der Politologe Böckenförde, eine solche Institution aus verfassungsrechtlichen Gründen ablehnten. (138) Im Oktober 1964 nahm die Idee Erhards konkrete Gestalt an, als im Hinblick auf die Bundestagswahl und durch einen plötzlich einsetzenden Popularitätsschwund Erhards verursacht, der sogenannte "Sonderkreis" gegründet wurde. Ihm gehörten neben Erhard nahestehenden Politikern wie Hohmann, Kraske, von Hase und Donath auch die Publizisten Rüdiger Altmann, Johannes Gross, Rudolf Wildenmann und Manfred Koch an. Dieser Sonderkreis sollte die Politik Erhards nach außen hin formulieren helfen (139). Diese Form, politische Leitlinien zu artikulieren, stieß bei vielen Unionspolitikern auf tiefe Skepsis. Das Politikverständnis Erhards veranlaßte Eugen Gerstenmaier, diesen als einen "Realist(en) anderer Art" (140) zu bezeichnen, der in dem festgefügt und bewährten parlamentarischen System der Bundesrepublik auf Widerstände stoßen mußte. Dieser Aspekt soll unter der besonderen Berücksichtigung intraparteilicher Kritik im nachfolgenden Kapitel belegt werden.

Teil II - Die fortschreitende intraparteiliche Isolierung des
Bundeskanzlers Ludwig Erhard

"Meine lieben deutschen Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Ich werde dem Bundespräsidenten meinen Rücktritt als Bundeskanzler erklären. Der Deutsche Bundestag wird danach einen neuen Bundeskanzler wählen. Am Vorabend des zweiten Kanzlerwechsels in der Nachkriegsgeschichte des freien Teiles Deutschlands möchte ich Ihnen, meine lieben Mitbürger und Mitbürgerinnen, denen ich mich gleichermaßen verbunden wie verpflichtet fühle, in gewohnter Offenheit sagen dürfen, welche Gedanken mich in dieser Stunde bewegen." (1)

Ludwig Erhard führte weiter aus:

"In einer innen- und außenpolitisch so schwierigen Zeit wie der gegenwärtigen wird das politische Handeln nicht immer vom Glanz großer Bewegungen überstrahlt, sondern mehr von harter, mühevoller Alltagsarbeit geprägt." (2) In einer so angespannten Situation, fuhr Erhard fort, stehe die freiheitlich rechtsstaatliche Demokratie vor einer entscheidenden Bewährungsprobe für alle Schichten und Gruppen unserer Gesellschaft. Ein "ohne-mich" in einem freiheitlichen Staat wie dem unseren unterhöhlt seine Ordnung und gibt nur den Weg für Elemente frei, die da glauben, das im Staat geordnete Ganze vergessen und nur noch an sich und an eigene enge Interessen denken zu dürfen. Gerade weil ich die Sorgen des deutschen Volkes teile, wünsche ich nichts sehnlicher, als daß es sein Leben auch für die Zukunft auf stabile politische Verhältnisse stützen und fortgestalten kann. Mir liegt deshalb daran, daß der Übergang der Staatsgeschäfte auf einen neuen Bundeskanzler ein Beispiel dafür bietet, wie fest die Demokratie in Deutschland gefügt ist und solche Vorgänge unser Staatswesen nicht zu erschüttern vermögen." (3) "In der Weltpolitik", erklärte Erhard in seiner Abschiedsansprache, die über alle Sender der Bundesrepublik ausgestrahlt wurde, "ist es zusehends schwieriger geworden, das vornehmste Ziel aller deutschen Politik, die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu erreichen. Daraus die Folgerung zu ziehen, es bedürfe

eben nur einer grundlegenden Änderung unserer bisherigen Deutschlandpolitik, um schneller und leichter ans Ziel zu gelangen, ist darum gefährlich, ja, leichtfertig. Die deutschen Interessen erfolgreich zu wahren, verlangt vielmehr in erster Linie Stehvermögen, Beharrlichkeit und Geduld. Ich kann nur warnen, zu glauben, Politik bestehe darin, sich jeden Tag etwas Neues einfallen zu lassen. Nicht die Zahl und die Größe von Schlagzeilen, die ein Politiker macht, sind Gradmesser für eine richtige Politik." (4)

In diesem Zusammenhang stellte er sehr deutlich seine Positionen zur Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik dar. "Vergessen wir auch nicht, daß der Eckpfeiler unserer Deutschlandpolitik und inneren Sicherheit das westliche Bündnissystem sein und bleiben wird. Noch heute gilt das gleiche, was ich vor drei Jahren in meiner Regierungserklärung gesagt habe, dies nämlich, daß es für die deutsche Politik keine Wahl, oder gar eine zwingende Alternative zwischen seinen wichtigsten Partnern und Freunden geben kann und auch nicht geben darf. Washington und Paris haben diese Thesen seinerzeit auch anerkannt, und ich leugne heute nach wie vor, daß wir uns so oder so entscheiden müssen." (5)

Zur wirtschaftlichen Situation sagte Erhard, es habe den Anschein, daß die Geister allenthalben zur Besinnung gekommen seien. "Diese Anpassungsschwierigkeiten als Staatsbankrott zu bezeichnen, ist ebenso falsch wie verantwortungslos. Das Fundament unserer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, die soziale Marktwirtschaft, steht auf festem Grunde. Unser in 18-jähriger gemeinsamer Arbeit geschaffener Wohlstand muß mit Umsicht verwaltet, erhalten und gemehrt werden. Die von mir geführte Bundesregierung hat während der letzten drei Jahre gegen starken Widerstand eine Politik verfochten, die auf eine Übereinstimmung des wirtschafts- und gesellschaftspolitisch Wünschbaren und Notwendigen mit dem ökonomisch und finanziell Möglichen beruhte. Die von der Bundesregierung und der Deutschen Bundesbank beharrlich verfolgte Stabilisierungspolitik ist in ihrem Erfolg trotz ausgelöster Gegenkräfte seit Sommer dieses Jahres jedermann offenkundig geworden. Nur eine freiheitliche Gesellschaftsordnung gewährleistet den Bürgern Unabhängigkeit vom Staat." (6)

Nach einem entschiedenen kritischen Hinweis auf neue nationalistische Tendenzen in Deutschland dankte Erhard anschließend für das Vertrauen, das ihm das deutsche Volk so eindrucksvoll in den vergangenen Jahren entgegengebracht habe.

"Meine Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Keine Demokratie gedeiht ohne Toleranz. Wo politischer Widerstreit immer gleich zum Freund-/Feindverhältnis entartet, nimmt die Demokratie Schaden. Wer den anderen nicht durch das bessere Argument widerlegen, sondern innenpolitisch nur noch verketzern will, trifft nicht den Gegner, sondern zerstört das zuletzt doch gemeinsame Fundament. Bei meiner Übernahme des Kanzleramtes im Jahre 1963 habe ich versprochen, mein Amt in der mir gemäßen Art zu führen, die Sie seit vielen Jahren kennen. Mein ganzes Wirken war immer darauf gerichtet, neben der Mehrung von Wohlstand und Sicherheit der Freiheit und Würde des Menschen zu dienen. Ich danke heute Ihnen allen, meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger, für Ihr Vertrauen, das Sie mir in all den vielen Jahren und dies besonders bei den so erfolgreichen Bundestagswahlen am 19. September 1965 entgegengebracht haben. Ich danke Ihnen allen noch einmal von Herzen für das überreiche Maß an Zustimmung und Zuneigung, das mir in diesen Wochen zuteil wurde." (7)

Erhard schloß seine Ansprache mit den Worten:

"Immer aber werden Sie mich an der Seite jener finden, die die Interessen des Ganzen und das Wohl unseres Volkes höher einschätzen als ihre persönlichen Anliegen, die eintreten für Freiheit in allen Lebensbereichen des Einzelnen, der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung. Meine Liebe und meine Kraft werden immer dem ganzen deutschen Volk gehören. Gott schütze unser Vaterland!" (8)

Mit dieser Rede verabschiedete sich Ludwig Erhard am 30. November 1966, einen Tag vor seinem formellen Rücktritt, als Bundeskanzler öffentlich vom deutschen Volk. Seine Kanzlerschaft, die kurze "Ära Erhard" (9) hatte nach drei Jahren und knapp zwei Monaten Dauer ein abruptes Ende gefunden. Der Bundeskanzler, den die Delegierten auf dem Bundesparteitag der CDU am 23. März 1966 in Bonn mit großer Mehrheit zu ihrem Vorsitzenden gewählt hatten und der im Jahr zuvor für die Unionsparteien einen Über-

wältigenden Wahlsieg (10) errungen hatte, war faktisch am 10. November 1966 intraparteilich denominiert worden.

"Höhepunkt und Tiefpunkt in Ludwig Erhards politischer Laufbahn liegen nur 417 Tage auseinander: der 19. September 1965 und der 10. November 1966. Es waren der Tag, an dem das Volk Ludwig Erhard zum Bundeskanzler wählte, und jener Tag, an dem seine Fraktion und seine Partei ihn von diesem Amt abwählten." (11)

Die 56. und zugleich letzte Kabinettsitzung unter der Leitung Ludwig Erhards wurde am 30. November 1966 zu einem bewegenden Abschiednehmen. Erhard dankte sämtlichen Ministern seines verbliebenen Minderheitskabinetts für die gemeinsame Zusammenarbeit "in langer Kameradschaft". (12) Als dienstältestes Kabinettsmitglied würdigte Verkehrsminister Seehofer Erhard als einen Mann, der einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung der Wirtschaft und des Vaterlandes geleistet habe. (13)

Auch Heinrich Krone als Senior des Kabinetts dankte dem scheidenden Kanzler und sagte: "Was Sie an menschlichen Werten in die harte Politik eingeführt haben, muß geachtet werden. Sie haben an den Menschen geglaubt. Es war gut, daß Sie das getan haben." (14)

In der Tat sprach Krone mit seiner Würdigung dieser honorigen Charaktereigenschaft Erhards doch den zentralen Aspekt an, der im Frühjahr 1963 den wohl entscheidenden Ausschlag für die Nominierung Erhards als Bundeskanzler gegeben hatte.

"Seine großen politischen und menschlichen Vorzüge waren eben unbestreitbar. Im In- und Ausland galt er nach wie vor als Verkörperung des Wirtschaftswunders. Man hoffte darauf, daß er in seiner Eigenschaft als Ökonom auch für die jetzt anhebende Phase wirtschaftlicher Entwicklung, die im außen- wie im binnenwirtschaftlichen Bereich durch geringeres Wachstum und stärkere Komplexität gekennzeichnet war, die richtigen Konzepte entwickeln würde." (15)

Es erhebt sich nun die Frage, warum der trotz einiger Skepsis führender Unionspolitiker bezüglich seiner Kanzlereignung (16) so beliebte und geschätzte neue Bundeskanzler Ludwig Erhard, der im Oktober 1963 angetreten war, Politik mit Anstand (17) zu praktizieren, in den letzten Wochen und Monaten seiner Amtszeit

so sehr in die intraparteiliche Isolierung geraten konnte. Neben politischen Fakten trugen, diese These sei gewagt, kommunikative Störungen und Schwierigkeiten zwischen Erhard und Politikern der Union erheblich zur Eskalierung und letztlich zum Scheitern des Kanzlers bei.

Seinem Nachfolger Kurt Georg Kiesinger wünschte Erhard vor allem, daß ihm während seiner Amtsführung Widerstände aus der eigenen Partei erspart blieben. Es sei dies "eine Beanspruchung der Arbeitskraft, die einfach mit den Aufgaben, mit der Erfüllung der Aufgaben eines Kanzlers nicht in Einklang zu bringen sei." (18) In der Tat hat wohl die fortschreitende partei-interne Kritik an Erhard entscheidend zu seinem Sturz beigetragen. (19)

In diesem Sinn sind wohl auch Kiesingers Worte in seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 zu verstehen: "Der Bildung dieser Bundesregierung, in deren Namen ich die Ehre habe zu Ihnen zu sprechen, ist eine lange, schwelende Krise vorausgegangen, deren Ursachen sich auf Jahre zurückverfolgen lassen. Ihr offener Ausbruch erfolgte kaum ein Jahr nach den Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag, die einen eindrucksvollen Vertrauensbeweis für meinen Vorgänger, Professor Ludwig Erhard, erbracht und den Parteien der bisherigen Regierungskoalition deren Fortsetzung ermöglicht hatte. In der Folge belasteten innenpolitische Schwierigkeiten, innerparteiliche Auseinandersetzungen und außenpolitische Sorgen die Arbeit der Regierung, bis schließlich die Uneinigkeit über den Ausgleich des Bundeshaushalts 1967 und über die auf lange Sicht notwendigen finanzpolitischen Maßnahmen zum Auseinanderbrechen der bisherigen Koalition und zu einem Minderheitskabinett führten. Aus den dadurch notwendig gewordenen Koalitionsverhandlungen ist die neue Regierung der Großen Koalition hervorgegangen. Die Verhandlungen der Parteien haben zu der wohl bisher gründlichsten Bestandsaufnahme der Möglichkeiten und Notwendigkeiten deutscher Politik vor der Regierungsbildung geführt. Zum ersten Mal haben sich die Christlich-Demokratische und Christlich-Soziale Union und die Sozialdemokratische Partei auf der Ebene des Bundes zur Bildung einer gemeinsamen Regierung entschlossen. Das ist ohne Zweifel ein Markstein in der Geschichte der Bundesrepublik, ein Ereignis

nis, an das sich viele Hoffnungen und Sorgen unseres Volkes knüpfen." (20)

Die Ausführungen Kiesingers meinen zum einen wohl politische Versäumnisse und Fehler der Regierungsparteien und ihrer Bundeskanzler, weisen aber zum anderen auch deutlich auf den Beziehungskonflikt zwischen führenden Unionspolitikern und Erhard hin, der in seiner vollen Schärfe bereits im Jahre 1959 ausbrach, als Ludwig Erhard zum ersten Mal als Kanzlernachfolger Adenauers diskutiert wurde. In einem Gespräch mit Karl-Georg von Stackelberg bemerkte Erhard dazu: "Auseinandersetzungen während der vierzehn Jahre, die ich als Wirtschaftsminister unter Adenauer tätig war, spielten sich jedoch stets auf der Ebene einer im Grunde fruchtbaren Zusammenarbeit ab. Echte Gegensätze ergaben sich erst ab 1959, als es Adenauer bewußt wurde, daß ich der Nachfolger sein würde, den er nicht haben wollte." (21)

1 Anlaß, Verlauf und Ausgang der sogenannten "Präsidentschaftskrise".

Im Sommer 1959 stand die Wahl des Bundespräsidenten an. Der bisherige Bundespräsident Prof. Theodor Heuß, der im Inland und Ausland großes Ansehen genoß und als Bildungsbürger mit professoraler Souveränität und mit der reichen Erfahrung seines politischen Lebens das neue demokratische Deutschland verkörperte, konnte de jure nicht für eine dritte Amtsperiode kandidieren. "Hätte das Grundgesetz eine nochmalige Wiederwahl nicht unmöglich gemacht, so wäre es nicht schwer gefallen, alle Parteien für eine weitere Amtsperiode zu gewinnen." (22) So war es nicht verwunderlich, daß seit der zweiten Jahreshälfte 1958 von führenden Politikern aller Couleur öffentliche Überlegungen darüber angestellt wurden, ob und wie durch eine Grundgesetzänderung eine Amtsverlängerung für Heuß durchgesetzt werden könnte. Heuß selbst zeigte sich nicht direkt abgeneigt, unter bestimmten Bedingungen nochmals zur Verfügung zu stehen. "Zu diesen Bedingungen gehörte aber wohl die einmütige Wahl durch alle Parteien wie auch eine Grundgesetzänderung, die in seinem Fall keine einfache Verlängerung der Amtszeit ohne Neuwahl beinhaltet hätte." (23)

Die SPD stand jedoch einer Grundgesetzänderung ablehnend gegenüber. Als die Führungsgremien der Sozialdemokraten am 12. Februar 1959 beschlossen, mit Prof. Carlo Schmid einen eigenen bürgerlich sehr respektierlichen und aussichtsreichen Kandidaten zu präsentieren, war die Frage nach der dritten Amtszeit von Heuss damit automatisch negativ entschieden. (24)

Die Kandidatur Carlo Schmidts fand in der Presse ein überaus positives Echo und löste auf Seiten der Unionsparteien ein gewisses Unbehagen aus, das zu der Überlegung führte, für die anstehende Bundespräsidentenwahl ebenfalls einen eigenen Kandidaten zu nominieren. Aus Kreisen der norddeutschen CDU, der CSU, und von prominenten evangelischen Unionspolitikern wurde der Name Heinrich Krone in die Diskussion gebracht. Krone jedoch, dem das Repräsentieren nicht lag und der seine Aufgaben in der aktiven Partei- und Fraktionspolitik sah, winkte ab. (25) Für kurze Zeit wurde nun der angesehene, damals erst 46-jährige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Kai-Uwe von Hassel, von Adenauer und Krone für das höchste Amt im Staate favorisiert. (26)

"In diesem Augenblick aber brachte Bundesinnenminister Schröder in einem Gespräch mit dem Kanzler nachdrücklich den Namen Ludwig Erhards ins Spiel. Er konnte sich auf ein längeres Gespräch mit diesem berufen. Dabei hatte sich Erhard trotz inneren Widerstrebens wohl die Äußerung entlocken lassen, man könne über seine Kandidatur sprechen, wenn Adenauer, die Partei und die Fraktion gemeinsam auf ihn zukämen." (27)

Im Februar 1959 war ein Gremium von 16 CDU-Politikern, bestehend aus Repräsentanten des Parteivorstandes, des Kabinetts, der Fraktion und der Landesverbände einberufen worden, um einen Wahlvorschlag auszuarbeiten. Krone schlug von Hassel, Schröder Erhard vor. Nach ausgiebiger Diskussion sprach sich die Mehrheit, vor allem aber Adenauer selbst, für Erhard aus. "Jetzt unterbrach der Kanzler die Sitzung, um mit dem Bundeswirtschaftsminister, der sich eben zu einer Kur in Glotterbad aufhielt, direkt zu telefonieren. Offenbar hat sich Erhard auch bei diesem überraschenden Telefonat ziemlich gewunden, gab aber schließlich mit dem Bemerken sein Jawort, er werde nicht nein sagen, wenn ihn die zuständigen Parteigremien darum bitten würden. Die entscheidende Frage ist nicht aufklärbar, ob er - wie er gleich da-

nach der dpa erklärte - auf einer einstimmigen Nominierung bestanden hat oder, wie es der Kanzler bald danach darstellte, darauf abhob, die zuständigen Gremien müßten in ihrer Mehrheit dafür sein. Jedenfalls hat auch ein so aufmerksamer Beobachter wie Heuss, mit dem Erhard wenige Tage danach ein Gespräch führte, den Eindruck gewonnen, daß sich der Bundeswirtschaftsminister bereithielt." (28) Als Adenauer, ohne Zustimmung Erhards (29), dessen Kandidatur verkündete, löste diese in der deutschen Öffentlichkeit, aber vor allem in großen Teilen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion große Bestürzung aus. Ihr Vorsitzender, Heinrich Krone, der sich darüber ärgerte, daß Adenauer von der zuvor abgesprochenen Lösung von Hassel abgewichen war, hielt die Entscheidung schlichtweg für falsch, weil er der Auffassung war, daß auf Erhard als Wahllokomotive für den Wahlkampf 1961 nicht zu verzichten sei. (30)

Eine Gruppe vorwiegend evangelischer Abgeordneter unter Führung des Hamburger Verlegers Gerd Bucerius, des Münchengladbacher Industriellen Gert Becker, des Abgeordneten Müller-Hermann aus Bremerhaven, des Vorsitzenden des Rechtsausschusses Matthias Hoogen und des CSU-Abgeordneten Hermann Höcherl sprach sich schon damals dafür aus, Erhard für die aktive Politik zu erhalten, um später die Nachfolge Adenauers antreten zu können. So erklärten Ende Februar 1959 etwa 70 Abgeordnete der Union, daß sie aus diesen Gründen Erhard in der Bundesversammlung nicht wählen würden. (31) Erhards engste Mitarbeiter im Bundeswirtschaftsministerium, Ministerialdirektor Wolfram Langer, Ministerialrat Karl Hohmann und der persönliche Referent des Bundeswirtschaftsministers Dankmar Seibt - die sogenannte "Brigade Erhard" - bestärkten ihren Chef in seinen ohnehin schon bestehenden Zweifeln an der Richtigkeit der Kandidatur und gaben der Presse entsprechende Signale. (32) Unter diesen Umständen war es verständlich, daß Erhard eine Kandidatur öffentlich ablehnte. (33)

Innerhalb kürzester Zeit entwickelte sich aus der Personaldiskussion um die Präsidentschaftskandidatur ein handfester Konflikt zwischen Adenauer und der Fraktion, der in seiner Heftigkeit bald zum Rücktritt Krones geführt hätte. (34) In der Tat hatte Adenauer bereits seit seiner schweren Krankheit im Jahre

1955 vor allem mit seinen engsten Vertrauten Hans Globke, Heinrich Krone und Robert Pferdmenges die Frage der Kanzlernachfolge erörtert. Dabei drehten sich die Überlegungen nicht nur um Personen, sondern auch um das Problem der Verbindung von Parteivorsitz und Kanzleramt. Adenauer und Krone stimmten darin überein, daß die Parteiführung auf absehbare Zeit noch bei den weltanschaulich zuverlässigsten und zahlenmäßig stärksten Formationen liegen müsse: also bei den Katholiken. In der Kanzlerfrage wollte Adenauer aber keine konfessionellen Überlegungen gelten lassen. Hier konnte nur der Gesichtspunkt politischer Befähigung maßgebend sein. Sein Nachfolger, meinte Adenauer bei einem dieser Gespräche, müsse ein klarblickender, fester und harter Politiker sein. (35) Als Wunschkandidat Krones, Globkes und auch Adenauers galt ab 1956 Franz Etzel, der 1957 aus der Hohen Behörde der Montanunion in den Deutschen Bundestag zurückgekehrt war und das Bundesfinanzministerium übernommen hatte. (36)

Da Adenauer aber nicht nur auf einen Nachfolgekandidaten festgelegt war, wurden damals im Vorfeld der Präsidentschaftskrise als weitere mögliche Aspiranten auch Gerhard Schröder und Heinrich Krone ins Gespräch gebracht. (37) Bereits Anfang Januar 1959 machte aber Krone den Kanzler darauf aufmerksam, daß sich die Fraktion dann, wenn die Stunde der Entscheidung gekommen sei, für Erhard aussprechen werde. (38)

Der entscheidende Protest der Fraktion gegen eine Präsidentschaftskandidatur Erhards hatte Krones Situationsgefühl bestätigt. Anfang März 1959 kam die SPD mit ihrem Deutschlandplan heraus, der von der Bundesregierung scharf abgelehnt wurde, weil er ihrer Meinung nach Neutralismustendenzen enthielt und als Signal für die Bereitschaft der Anerkennung der DDR interpretiert wurde. Carlo Schmid, der sich als Verfechter des Deutschlandplans engagierte, war nunmehr als möglicher Bundespräsident für die Union nicht mehr tragbar. (39)

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen hatte sich Adenauer "nach Beratung mit einigen politischen Freunden und bestärkt durch die Meinung seiner eigenen um seine Gesundheit besorgten Familie entschlossen" (40), selbst eine Kandidatur für das höchste Amt des Staates ins Auge zu fassen. Adenauer, der anfänglich noch schwankte, erkannte bei einer Besprechung am

6. April 1959, an der die Ministerpräsidenten von Hassel und Meyers, für die Fraktion Krone und Hücherl sowie der Staatssekretär im Bundeskanzleramt Globke teilnahmen, daß "wichtige Granden seiner Partei in einem konzertierten Vorstoß respektvoll, aber entschieden auf seine Kandidatur zu drängen begannen." (41) Am 7. April 1959 wurde Adenauer auf der Sitzung des Findungsgremiums unter der geschickten Regie Eugen Gerstenmaiers Überraschend schnell zum Präsidentschaftskandidaten bestimmt. (42)

"Während er aber deutlich machte, daß er mit Blick auf die künftigen Befugnisse als Präsident "absolut für eine extensive Interpretation des Grundgesetzes" sei, versäumte er es, auch nur mit einem Wort auf die Kanzlerfrage einzugehen. Aufgeräumt und wenigstens vorerst wie von einem schweren Druck befreit, verabschiedete er sich dann von Theodor Heuss, dem er die Nachricht doch persönlich Übermitteln wollte, und fuhr anschließend in den Urlaub nach Cadenabbia." (43) Als Adenauer im Abstand vom Bonner Betrieb in der Ruhe seines Urlaubsortes einsehen mußte, daß seine Interpretation des Grundgesetzes nicht in reale Politik umzusetzen sei, meldete "auch schon Vizekanzler Erhard intern seinen Anspruch auf das Bundeskanzleramt an." (44)

Gegen dessen Kandidatur hatte Adenauer erhebliche Bedenken, weil er ihn für nicht hart genug hielt und kein Vertrauen in seine außenpolitischen Fähigkeiten setzte. (45) "Während aber Adenauer aus der Ferne immer deutlicher erkannte, daß er sich verkannt hatte, liefen in Bonn die Vorbereitungen auf den Kanzlerwechsel schon auf vollen Touren. Die Anhänger Erhards in Fraktion und Publizistik waren bereits während der Präsidentschaftskandidatur des Bundeswirtschaftsministers ihrer Stärke inne geworden. Sie warben nun offen für einen Kanzler Erhard, der im In- und Ausland das Wirtschaftswunder verkörperte. Auch die CSU-Landesgruppe entschied sich mehrheitlich für die Kanzlerschaft ihres fränkischen Landsmannes." (46)

In der Tat hatte sich auch Krone, der die Zustimmung für Erhard in Partei und Fraktion genau erkannte, mit einer Kanzlerkandidatur des populären Wirtschaftsministers abgefunden. In seinem Tagebuch vermerkte Krone dazu: "Erhard werde dann Kanzler, und ich müsse, wo Erhard in Politik und Verwaltung nicht sonderlich

zu Hause sei, damit rechnen, Vizekanzler zu werden." (47)

Als Adenauer nach seiner Rückkehr aus Gadenabbia erkannte, daß er seinen Nachfolgefavoriten Franz Etzel in der Fraktion nicht durchzusetzen imstand war, (48) entschied er sich, seine Einwände gegen die Kanzlereignung Erhards schriftlich zu fixieren. Am entschiedensten bezweifelte Adenauer Erhards Führungsgeschick in außenpolitischen Fragen. Er traute dem Wirtschaftsfachmann ein erfolgreiches Agieren "auf dem so empfindlichen und gefährlichen Gebiet der Außenpolitik" nicht zu. (49) Zudem mißtraute er (Adenauer) in hohem Maße einem Mann, der "bisher gegenüber der Integration Europas eine wenig freundliche, wenn nicht gar ablehnende Stellung eingenommen habe." (50)

In der Zwischenzeit mehrten sich allerdings, wenn auch nicht sehr zahlreich, Stimmen, die ebenfalls die Kanzlereignung Erhards in Zweifel zogen. Dazu zählten in erster Linie der Adenauer-Intimus Robert Pferdmenges, Walter Hallstein und Hans Globke. Letzterer formulierte in einem Brief an Krone sehr drastisch: "Ich bin nach gewissenhafter Prüfung nach wie vor der Überzeugung, wenn Erhard Kanzler wird, dann kann nur die Gnade Gottes das deutsche Volk noch retten." (51)

Adenauer war, um Erhard als Kanzler zu verhindern, fest entschlossen, seine Präsidentschaftskandidatur zurückzuziehen. Die Begleitumstände, unter denen der Kanzler seinen Rücktritt von der Kandidatur bekanntgab, trugen wesentlich dazu bei, daß künftig "die Gegensätze zwischen den beiden Politikern unheilbar waren." (52)

Erhard wurde am 1. Juni 1959 von Adenauer zu einer Amerikareise verabschiedet, ohne daß ihn dieser vorher über seinen Entschluß, auf die Kandidatur zu verzichten, unterrichtet hatte. (53)

Am 5. Juni 1959 nahm Adenauer seine Präsidentschaftskandidatur offiziell zurück, eine Entscheidung, die eine eindeutige Brückierung gegen den in der Fraktion mehrheitlich unterstützten Erhard darstellte. (54)

Drei Tage später, am 8. Juni 1959, fand eine Sitzung des Vorstandes der CDU/CSU-Fraktion statt, auf der Adenauer seinen Verzicht ausführlich begründete. (55)

Als Ludwig Erhard in den USA von Adenauers Verzicht erfuhr, bedauerte er diese Entscheidung, weil sie kein gutes Licht auf die "demokratischen Gepflogenheiten des Landes" werfe. (56)

Nach Erhards Rückkehr aus den USA wurde das Einvernehmen zwischen den beiden Kontrahenten mühsam wieder hergestellt. (57)

Am 19.6.1959 war dieses jedoch wieder zerstört, nachdem Adenauer in einem Interview mit der amerikanischen Journalistin Flora Lewis von der New York Times ganz unverblümt Erhards außenpolitische Fähigkeiten wiederum angezweifelt hatte. (58)

In den folgenden Tagen gelang es allerdings der Fraktionsführung unter aktiver Mitwirkung der beiden Staatssekretäre Hans Globke und Ludger Westrick, eine zweite Versöhnung herbeizuführen. Adenauer willigte in einen Briefwechsel ein, der Erhard Genugtuung verschaffen sollte. In seinem Brief vom 23. Juni 1959 beteuerte Adenauer, daß es ihm ferngelegen habe, Erhard zu kränken oder dessen Ansehen herabzusetzen. Überdies fuhr der Kanzler fort: "Ich möchte Ihnen die Versicherung geben, daß Sie als Politiker und als Mensch meines vollen Vertrauens gewiß sein können, und daß ich die großen Verdienste dankbar anerkenne, die Ihrem politischen Handeln im gesamten beschert waren und die sich besonders auf den speziellen Gebieten Ihres Ressorts, insbesondere der Wirtschaftspolitik und der europäischen wirtschaftlichen Verflechtung, ergaben. Ihr Wirken auf diesen Gebieten, auf denen noch so vieles zu tun übrigbleibt, muß auch für die Zukunft im Rahmen der Ihnen bei der Regierungsbildung übertragenen Zuständigkeiten gesichert bleiben. Ich werde Ihren Rat nicht missen wollen und freue mich auf die Fortsetzung bzw. Wiederaufnahme unserer freundschaftlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit. Mit besten Grüßen Ihr Adenauer" (59)

Beide Briefe trugen wesentlich zur Beruhigung in der Fraktion bei, obwohl Adenauer seine Zweifel über Erhards Eignung als Außenpolitiker in keiner Weise zurückgenommen hatte.

"Langfristig zog Ludwig Erhard aus den Differenzen im Frühjahr 1959 den größten Nutzen - wenn man es wirklich als Gewinn für ihn betrachtet, daß es ihm schließlich doch gelang, Adenauers Einschätzung seiner Eignung zum Kanzler einem empirischen Test zu unterziehen. Seitdem sich dieser Erhards Marsch ins Palais

Schaumburg so erbarmungslos in den Weg gestellt hatte, konnte der Vater des Wirtschaftswunders seine ohnehin schon große Sympathie in der Öffentlichkeit durch das Mitleid mehren, das ihm jetzt von allen Seiten entgegenschlug," schreibt Hans-Peter Schwarz und fügt hinzu: "selbst diejenigen, die an Erhards Befähigung zum Bundeskanzler zweifelten, beeindruckte doch die noble Haltung, in der er dem älteren Kanzler trotz aller Kränkungen damals wie später entgegentrat und zur fairen Zusammenarbeit bereit blieb. Er galt von jetzt an als verfolgte Unschuld, wann immer Adenauer die Vorbehalte wiederholte, die er ihm erstmals 1959 geballt entgegengehalten hatte." (60)

Der Verlauf der Präsidentschaftskrise zeigte zum ersten Mal in aller Schärfe die Problematik der Kanzlernachfolge auf und kristallisierte sehr deutlich den Wunsch der Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion heraus, den populären und beliebten Wirtschaftsminister Ludwig Erhard zum Nachfolger des ersten Bundeskanzlers zu wählen. Adenauers Verhalten war in erster Linie damit zu erklären, Erhard vom Palais Schaumburg fernzuhalten. "Im Falle von Gerstenmaier, der sich energisch gegen einen evangelischen Bundespräsidenten aussprach, vermutete nicht nur Heuss, daß er damit für 1961 entweder für sich selbst oder für Erhard das Bundeskanzleramt sichern wollte; im letzteren Fall mit dem Ziel, unter einem Kanzler Erhard ins Auswärtige Amt überzuwechseln." (61)

Schröder habe, so vermutete Krone, mit der Benennung Erhards einen potentiellen Konkurrenten um die Kanzlernachfolge ins Amt des Bundespräsidenten wegloben wollen. (62)

In den Augen der Öffentlichkeit ging Ludwig Erhard als der moralische Sieger aus diesen intraparteilichen Auseinandersetzungen hervor, eine Tatsache, die seine Popularität noch weiter steigerte. In diesem Zusammenhang merkte Johannes Gross jedoch kritisch an: "So nahm er in der Öffentlichkeit kaum Schaden, aber er verlor noch mehr an Ansehen bei den Bonnern: Und die sind es, die den Regierungschef bestimmen, nicht die Meinungsforscher im Lande und die Blätter Axel Springers." (63)

Im kritischen Rückblick auf die Präsidentschaftskrise räumt Arnulf Baring unter dem Gesichtspunkt einer möglichen Präsidentschaftskandidatur Erhards und einer Kanzlerschaft Schrö-

ders ein, "daß die Kombination eines Bundespräsidenten Erhard mit einem Bundeskanzler Schröder wahrscheinlich die damals bestmögliche Lösung gewesen wäre. Sie hätte vermutlich der CDU/CSU viele der Schwierigkeiten erspart, die Erhards Kanzlerschaft ab 1963 für sie heraufbeschwor und die 1966, nach seinem Sturz, zur teilweisen, 1969 dann zur völligen Vertreibung von den Hebeln und Pfändern der Macht führen sollten."

(64)

Aber vor allem die Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU (65) wollten Erhard als Kanzler, den Adenauer, um mit Baring zu sprechen, "politisch für völlig unfähig" (66) hielt. Obwohl es bis nach den Bundestagswahlen von 1961 zu keinem Aufbegehren gegen Adenauer bezüglich der Kanzlernachfolge mehr kam, war diesem doch gegenwärtig, daß an der Kandidatur des Wirtschaftsministers kaum ein Weg vorbei führen würde.

Um Erhards Position zu schwächen und seine Aussichten auf eine Kanzlerschaft zu mindern, wandte Adenauer im Kampf gegen den Bundeswirtschaftsminister in der Folgezeit subtilere Methoden an. In diesem Sinne sind auch "gelegentliche Eingriffe Adenauers in das Wirtschaftsressort" in den Jahren 1959 bis 1961 zu sehen. (67)

Im Vorfeld der Bundestagswahlen 1961 traten beide Politiker im Sinne der Parteigeschlossenheit gemeinsam und für die breite Öffentlichkeit scheinbar versöhnt auf.

2 Die Bundestagswahlen von 1961 und ihre Auswirkungen

Im Frühjahr 1961 hatte es den Anschein, daß ein relativ langweiliger Wahlkampf ins Haus stünde. Unter dem starken Eindruck der Berlin-Krise hatten sich die außenpolitischen Vorstellungen der großen staatstragenden Parteien weitgehend angenähert. Auch im innenpolitischen Bereich gab es keine gravierenden Meinungsunterschiede. (68)

Die Frage, wer Adenauer als Kanzler nachfolgen würde, wurde sorgsam ausgeklammert bzw. dergestalt offen gehalten, daß Adenauer feststellte, daß es in der Union mehrere Männer gäbe, "die sich durchaus dafür eignen, Bundeskanzler zu werden". (69)

Auf diese Art und Weise entzog sich der greise Kanzler einer

Festlegung auf Erhard, mit dem er unter dem Wahlkampfslogan der CDU "Adenauer, Erhard und die Mannschaft" um die Gunst der Wähler warb. (70)

Adenauer selbst hatte nur sehr widerstrebend in dieses Motto eingewilligt (71), weil dadurch der Eindruck entstehen konnte, daß durch die Nennung Erhards der Mann bestimmt war, der im Falle seines Ausscheidens als Kanzler automatisch sein Nachfolger würde. (72)

Die Umfrageergebnisse Anfang 1961 hatten jedoch den Wahlkampfstrategen der Union nahegelegt, den in der Wählergunst absinkenden Adenauer durch die "Wahllokomotive" Erhard zu verstärken. (73) Auch Erhard hatte gegen den Wahlkampfslogan und die so demonstrativ zur Schau getragene Einigkeit seine Bedenken. (74) Dennoch engagierte er sich mit dem ihm eigenen Enthusiasmus und Missionseifer im Wahlkampf und trug so wesentlich zu dem respektablen Abschneiden der CDU/CSU bei, die allerdings die absolute Mehrheit verlor. (75)

"Theoretisch gab es nach den Bundestagswahlen vom 17. September 1961 fünf denkbare Modelle für die Regierungsbildung: eine Koalition zwischen CDU/CSU und FDP; eine Allparteienkoalition; eine schwarz-rote Koalition CDU-SPD; eine SPD-FDP-Koalition (der Begriff sozial-liberale Koalition war noch nicht gebräuchlich) und eine Minderheitsregierung der CDU/CSU." (76)

Eine große Mehrheit auf Seiten der Unionsparteien befürwortete ein Zusammengehen mit der FDP und verband damit gleichzeitig das Bestreben, schon jetzt den Kanzlerwechsel von Adenauer zu Erhard zu vollziehen. (77) "Die schwarz-rote Koalition CDU-SPD war im Sommer 1961 mehr eine Denkmöglichkeit als eine aussichtsreiche Option. Sowohl Wehner wie Krone hätten ihr wohl gegebenenfalls den Vorzug vor einer Allparteienkoalition gegeben. Aber da die Widerstände in der Union sowohl beim Erhard-Flügel als auch auf Seiten der CSU sehr stark waren, hätte ein solches Regierungsmodell allenfalls auf dem Umweg über die Allparteienkoalition angestrebt werden können". (78)

All diejenigen, die davon ausgingen, Adenauer würde sich einer Ablösung widersetzen, hofften auf die Absätze drei und vier des Artikels 63 des Grundgesetzes, die besagen, daß im Falle eines Scheiterns des Kandidaten im ersten Wahlgang, eine beliebige An-

zahl von Wahlgängen innerhalb einer Frist von 14 Tagen stattfinden können. Kommt eine Wahl des Kanzlers innerhalb dieser Frist nicht zustande, so findet unverzüglich ein neuer Wahlgang statt, in dem gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. "Für diesen Fall schienen sowohl Kandidaturen Erhards wie Gerstenmalers denkbar." (79)

Schon in der Wahlnacht gab Strauß die Entscheidung der CSU, die sich eindeutig für Erhard ausgesprochen hatte, bekannt. (80) Auch Gerstenmaier räumte noch in derselben Nacht ein, daß er sich durchaus eine Koalition zwischen CDU/CSU und FDP unter einem anderen Bundeskanzler als Adenauer vorstellen könnte. (81)

Das Bestreben der Unionsparteien, Adenauer einen honorigen Abgang zu verschaffen, schloß von vornherein allerdings eine Kampfkandidatur aus. Adenauer, der dies genau wußte, erklärte selbstbewußt am 18. September 1961 vor der Presse: "Für mich ist das wichtigste und wesentlichste, daß die Außenpolitik so, wie sie von der CDU/CSU geführt worden ist, ungebrochen, stark, in der gleichen Richtung weitergeht." (82) Damit schloß er implizite die Kanzlerschaften Gerstenmaiers als Kanzler einer Allparteienregierung sowie Erhards als Kanzler einer bürgerlichen Koalition praktisch aus. Nach Gesprächen mit Gerstenmaier und Erhard, die ihm versicherten, nicht gegen ihn anzutreten, gab Adenauer auf der Sitzung des Bundespartei Vorstandes der CDU zusammen mit seinem Votum für eine Koalition mit der FDP bekannt, daß er "etwa in der Mitte dieser vier Jahre ... zurücktreten würde, um einem anderen Platz zu machen, damit sich der neue Mann bis zu den Wahlen 1965 einarbeiten kann ..." (83)

So beschloß der Bundespartei Vorstand der CDU in Anwesenheit des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß, Adenauer möge mit der FDP Koalitionsverhandlungen aufnehmen und sich erneut als Kanzler zur Verfügung zu stellen. (84)

Zur selben Zeit sprachen sich sowohl Bundespartei Vorstand als auch Bundestagsfraktion der FDP am 19. September 1961 öffentlich gegen eine erneute Kanzlerschaft Adenauers aus und favorisierten eindeutig Erhard als Nachfolge kandidaten. (85) Adenauer reagierte prompt und kündigte gegen den erbitterten Widerstand von Strauß Koalitionsverhandlungen mit der SPD an, um eine

glaubhafte Alternative zur bürgerlichen Koalition präsentieren zu können. Weiten Teilen der SPD würde sicherlich eine Mitwirkung in einem Kabinett Adenauer schwer gefallen sein; es setzte sich jedoch bei den Parteiführern der Sozialdemokraten allmählich der taktische Gesichtspunkt durch, "aus zwingenden sachlichen, daß heißt außenpolitischen Gründen, eine Regierung auf möglichst breiter Basis zu verlangen, über deren Führung zunächst gar nicht gesprochen wird." (86)

Diese taktische Finesse verfolgte wohl den Wunsch, zumindest was die Vorstellungen Herbert Wehners anlangte, die SPD regierungsfähig zu machen. Adenauer, der diese Haltung in der SPD wohl instinktiv erspürt haben mag, lud am 25. September 1961 Ollenhauer, Brandt und Wehner zu einem Gespräch ein, ohne den Parteivorsitzenden der FDP, Erich Mende, vorher davon in Kenntnis gesetzt zu haben. (87)

Strauß und Mende, die nun erkannten, daß es Adenauer mit der eventuellen Bildung einer schwarz-roten Koalition ernst war, versuchten einzulenken, zumal sich keine echte Alternative zu Adenauer anbot, nachdem Erhard am 27. September 1961 auf der Fraktionssitzung der CDU/CSU klargestellt hatte, "er werde sich an die Beschlüsse des Partei- und des Fraktionsvorstandes halten, also nicht gegen Adenauer kandidieren." (88)

Als in dieser Situation vor allem zahlreiche CDU-Mitglieder die Fraktion aufforderten, an Adenauer als Kanzler vorerst festzuhalten, hatte dieser auf dem Höhepunkt seiner taktischen Meisterschaft (89) die Entscheidung wieder einmal zu seinen Gunsten herbeigeführt. In Koalitionsverhandlungen mit der FDP, der von nun an das Odium des "Umfallens" auch für zukünftige Zeiten als Trauma anhing, wurde in Chefgesprächen zwischen Adenauer und Strauß einerseits und Mende und Weyer andererseits, in denen vor allem die außenpolitischen Fragen erörtert wurden, relativ rasch eine Übereinstimmung erzielt. (90) Ernste Meinungsverschiedenheiten über den Koalitionsvertrag und eine flexiblere Deutschlandpolitik stürzten die Koalitionsverhandlungen letzten Endes doch noch in eine Krise, die nur dadurch beigelegt werden konnte, daß Heinrich von Brentano aus Gründen der Koalitionserbison von seinem Posten als Außenminister zurücktrat. (91) Sein Nachfolger wurde Gerhard Schröder, der in seiner neu-

en Position von nun an als ernster Konkurrent Erhards für die Kanzlernachfolge zu gelten hatte. Heinrich von Brentano übernahm den Fraktionsvorsitz von Heinrich Krone, den Adenauer als Sonderminister in das Kabinett holte und später, kurz vor seinem Abgang, auch zum Vorsitzenden des Bundesverteidigungsrates bestellte, wohl mit dem Hintergedanken, diese Position rechtzeitig für Ludwig Erhard zu blockieren. (92)

Nachdem die FDP mit dem Rücktritt Heinrich von Brentanos und dem schriftlich fixierten Versprechen Adenauers, nicht die gesamte Legislaturperiode über im Amt zu bleiben (93), einen vermeintlichen Tellerfolg errungen zu haben glaubte, belastete in der Endphase eine weitere Auseinandersetzung die Koalitionsverhandlungen. Ludwig Erhard sträubte sich energisch gegen die Errichtung eines Entwicklungshilfeministeriums, für das das Wirtschaftsministerium entscheidende Kompetenzen abgeben sollte.

"Kurze Zeit sah es jetzt so aus, als ob nach von Brentano auch Erhard das Kabinett verlassen würde. Adenauer dachte bereits daran, den früheren Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, Fritz Hellwig, mit dem Amt zu betrauen." (94)

Doch bald erkannte Erhard, daß Unnachgiebigkeit in diesem Falle fehl am Platze war, wollte er sich nicht aller Möglichkeiten für eine Kanzlernachfolge berauben. Zum anderen sah er auch ein, daß die Einrichtung eines Ministeriums, das sich in erster Linie mit den Belangen und Problemen der Völker in der Dritten Welt zu befassen hatte, nicht von der Hand zu weisen war. Die Kanzlerwahl gewann Adenauer am 7. November 1961 im ersten Wahldurchgang mit einem hauchdünnen Vorsprung von acht Stimmen, "Eigentlich hätten es 52 Stimmen sein müssen!" (95)

Ludwig Erhard, der bereits im Herbst 1961 seine Chance gehabt hätte, taktierte, so Johannes Gross, zu loyal und zögerte zu lange, denn "hätte er sich am 18. September der Presse gestellt und nicht der Bundeskanzler, hätte er seine Absichten dargelegt, entschlossene Bereitschaft bekundet, für das Amt des Kanzlers zu kandidieren - er wäre heute Bundeskanzler." (96)

Die Realität jedoch machte deutlich, daß sich die Position des Bundeswirtschaftsministers bezüglich seiner Kanzlerambitionen verschlechtert hatte, zumal Adenauer mit Heinrich Krone einen

Mann zum Sonderminister machte, der in erheblich größerem Maße sein Vertrauen genoß als Erhard. (97) Ferner war dem Bundeswirtschaftsminister mit dem neuen Bundesaußenminister Gerhard Schröder ein Kontrahent erwachsen, dessen "Stern" erst noch aufgehen sollte. (98)

Schließlich war Erhards politischer Einfluß noch dahingehend gemindert worden, daß unter der Leitung von Walter Scheel ein Entwicklungshilfeministerium errichtet worden war. In der Tat wurde Erhards noble Haltung in der Öffentlichkeit gewürdigt, seine Eignung als Kanzlernachfolger dürfte wohl von den Bonner Vollblutpolitikern stark in Frage gestellt worden sein. So tat er, Erhard, "das Klügste, was ihm übrig blieb, verhielt sich ruhig und loyal, spielte nicht noch einmal die Rolle des Frondeurs, bei dem es zu einer rechten Fronde doch nicht langt." (99)

In diesem Sinne war wohl auch Erhards Zurückhaltung während der sogenannten "Spiegel-Affäre" zu erklären.

3 Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD im Gefolge der Spiegel-Affäre

Nach der Wahl von 1961 bekundete Adenauer immer wieder in Zeitungs- und Fernsehinterviews, daß für ihn sowohl der Zeitpunkt seines Rücktritts, als auch die Nachfolgefrage ungelöst seien. (100)

Dies sollte sich teilweise durch die turbulenten Ereignisse um das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" im Herbst 1962, die zum Rücktritt von Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß und zum Bruch der bürgerlichen Koalition führten, ändern. (101)

In der verworrenen Situation, nach dem Rücktritt der FDP-Bundesminister, wurden mit Billigung Adenauers zwischen dem CSU-Abgeordneten Freiherr von und zu Guttenberg und Wohnungsbauminister Paul Lücke auf der einen und Herbert Wehner auf der anderen Seite erste geheime Gespräche bezüglich der Bildung einer Großen Koalition geführt. (102) Die wichtigsten Gesprächskontakte entwickelten sich zwischen Guttenberg, der im übrigen in schärfstem Gegensatz zu seinem Parteivorsitzenden Franz-Josef Strauß stand, und Herbert Wehner. Beiden Politikern ging es in

erster Linie um die Realisierung eines Sachprogramms mit den folgenden Schwerpunkten: "Einführung des Mehrheitswahlrechts in Einerwahlkreisen; Fortführung der bisherigen Sicherheits- und Außenpolitik; Inflationsbekämpfung." (103) Guttenberg kam es auch darauf an, "Strauß aus dem Kabinett zu entfernen und Erhard als Kanzler zu verhindern." (104)

Auf dem Höhepunkt der "Spiegelkrise", einen Tag nach der für die CSU und Franz Josef Strauß so günstig verlaufenen Landtagswahl in Bayern, fand ein erstes Gespräch zwischen Paul Lücke und Herbert Wehner über die Bildung einer Koalition zwischen CDU und SPD statt. Als Bedingungen nannte Lücke: "Adenauer Bundeskanzler, Mehrheitswahlrecht, Notstandsgesetze, Finanzreform." (105)

Nach einem dreistündigen Gespräch, in dem Wehner durchaus weitere Gesprächsbereitschaft signalisierte, informierte Lücke Adenauer, Krone, Globke und von Brentano, die letztlich die Auffassung vertraten, "daß die Erhaltung der Einheit der Partei und eine dauerhafte Stabilisierung der Demokratie wohl nur über ein Mehrheitswahlrecht möglich sei." (106)

Die Strategie, nunmehr nicht nur mit der FDP, sondern auch mit der SPD zu verhandeln, rief zwar den entschiedenen Widerstand der Erhard-Anhänger in Partei und Fraktion hervor, wurde jedoch schließlich gebilligt. (107)

Als Franz Josef Strauß am 30. November erklärte, nicht mehr ins Kabinett zurückzukehren, (108) waren die Weichen in Richtung schwarz-rote Koalition günstig gestellt. Daß diese letztendlich doch scheiterte, lag daran, daß man sich über das Schlüsselproblem "Mehrheitswahlrecht" und die weitere Kanzlerschaft Adenauers nicht einigen konnte.

"Adenauers Reaktion auf die Widerstände bei der SPD ließen an Promptheit und Härte nichts zu wünschen übrig. Als der Kanzler am Abend des 5. Dezember von der hinhaltenden Taktik der SPD-Fraktion unterrichtet wurde, sagte er das vorgesehene Koalitionsgespräch mit der SPD unverzüglich ab. "Es hat keinen Sinn mehr", meinte er beim Eintreffen der Nachrichten zu Krone, Lücke und Guttenberg. Auch in der Union hatte sich der Widerstand inzwischen voll formiert. Die Anhänger Erhards waren ebenso gegen eine schwarz-rote Koalition wie Strauß mit einer

Mehrheit der CSU. Viele CDU-Abgeordnete zitterten für den Fall einer Wahlrechtsreform um ihr Mandat." (109)

So scheiterte der Versuch, eine Große Koalition zu bilden, an der Wahlrechts- und Kanzlerfrage. Die Vorgänge zeigten jedoch deutlich, daß führende und einflußreiche Politiker der Unionsparteien wie Adenauer, Krone, (110) Kiesinger, Lücke, Freiherr von und zu Guttenberg, (111) Gerstenmaier, Dufhues und Globke, um nur einige Namen zu nennen, dieser politischen Konstellation durchaus nicht abgeneigt gegenüberstanden. Vorerst jedoch wurde die bürgerliche Koalition noch einmal gekittet. Adenauer kündigte, um den freien Demokraten die Rückkehr in die Koalition zu erleichtern, am 6. Dezember 1962 seinen Rücktritt für das Ende der parlamentarischen Sommerpause 1963 an. (112)

"In der CDU drängte aber vor allem Krone darauf, das Kabinett von Anfang an so zusammenzusetzen, daß es ohne große Änderungen von Erhard übernommen werden könnte. Die Konturen des alten Einrahmungskonzepts zeichneten sich nun deutlich ab. Mit Bruno Heck und Rainer Barzel sollten unverbrauchte junge Kräfte, zugleich aber auch weltanschaulich verlässliche Katholiken, das protestantische Übergewicht ausbalancieren helfen." (113)

Rolf Dahlgrün von der FDP wurde im neuen Kabinett Adenauer Starker Nachfolger im Bundesfinanzministerium, Mende war wie bereits 1961 nicht bereit, ein Ministeramt zu übernehmen, obwohl ihm Adenauer das Innenministerium angeboten hatte. "In beiden Koalitionsfraktionen erweckte die Zusammensetzung des neuen Kabinetts keine große Begeisterung. Bei der CDU verstimmte besonders der Umstand, daß aufgrund der in Bonn offenbar ganz unvermeidlichen Indiskretionen die neue Ministerliste - und damit das Ausscheiden der altgedienten Minister Siegfried Balke, Ernst Lemmer, Hans-Joachim von Merkatz und Franz-Josef Wuermeling - bekannt geworden war, bevor der Bundeskanzler die Ausscheidenden über ihr Schicksal persönlich informieren konnte. Am unzufriedensten war die CSU. Das Bundesschatzministerium, das an den in der Fraktion sehr angesehenen Werner Dollinger fiel, und das Bundesratsministerium für Alois Niederalt erschienen nur als Trostpreise für das Bundesverteidigungsministerium." (114)

Die Zeichen für Ludwig Erhard, die Nachfolge Adenauers anzutre-

ten, standen gut, wenn es ihm gelänge in den verbleibenden Monaten eine politisch überzeugende Figur abzugeben. (115)

4 Die Lösung des Nachfolgeproblems im Frühjahr 1963

Adenauer bestritt, wie wir gesehen haben, in erster Linie Erhards handwerkliches Können als Politiker und seine außenpolitischen Fähigkeiten. Die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten auf außenpolitischem Gebiet zeigten die Vorgänge um die Entstehung des deutsch-französischen Vertrages. Dieser Vertrag über eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit, dem Adenauer eine große politische Bedeutung beimaß (116), stand unmittelbar vor seiner Unterzeichnung, als die Verhandlungen über den britischen Beitritt zur EWG in ihr entscheidendes Stadium traten. "Als im Oktober 1961 von Großbritannien der Antrag auf Mitgliedschaft in der EWG gestellt wurde, begrüßte Erhard diesen Schritt mit offener Begeisterung und versprach für Deutschland, den englischen Beitritt nach Kräften zu fördern." (117) Adenauer hingegen meldete, wohl beeinflusst vom französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle, von Anfang an Zweifel an Großbritanniens Beitragswunsch an, die er zumindest in der zweiten Jahreshälfte 1962 unverblümt öffentlich äußerte. (118)

Schröder, der außenpolitisch für eine "praktische Mittellinie" im Verhältnis zu Frankreich einerseits und den USA und Großbritannien andererseits plädierte, "stellte ganz klar, daß man sich auf keinen Fall auf Manöver einlassen dürfe, die eine Ratifizierung des Vertrages gefährden, und äußerte Zweifel, ob ein deutsches Drängen nach dem Beitritt Großbritanniens die Kräfte Bonns nicht übersteige." (119)

Als de Gaulle am 14. Januar 1963 auf einer Pressekonferenz den Beitritt Großbritanniens zur EWG ablehnte, plädierte in dieser Situation nur Erhard "im Kabinett wie im Fraktionsvorstand für einen harten Kurs gegen de Gaulle. Auch er wollte zwar eine Ratifizierung nicht verhindern, machte aber doch in längeren Ausführungen wieder einmal deutlich, daß "Kleineuropa" nicht den deutschen Interessen entspräche und daß die Bundesrepublik auch aus wirtschaftlichen Eigeninteressen größten Wert auf den britischen Beitritt legen müßte." (120)

Nachdem die Beitrittsverhandlungen Großbritanniens auf Verlangen Frankreichs am 29. Januar 1963 endgültig abgebrochen worden waren, reagierte Erhard in der Kabinettsitzung am 30. Januar noch heftiger. "Vor dreißig Jahren, erklärte er auf einer Kabinettsitzung am 30. Januar, habe Hitler die Deutschen unter sein Joch gezwungen. Gestern habe de Gaulle ein gleiches mit Europa getan. Als das Kabinett über eine Resolution beschließen wollte, in der die Fortführung der bisherigen Europapolitik mit dem Ziel eines britischen Beitritts festgestellt wurde, war ihm dies viel zu wenig. Er erhob sich, um die Sitzung zu verlassen, beruhigte sich aber wieder, als ihm der Kanzler gut zu redete. Kurze Zeit spielte er sogar mit dem Gedanken, aus der Regierung auszusteigen." (121) Einige Tage später gab Erhard in einem Interview mit dem Chefkorrespondenten der Süddeutschen Zeitung, Ulrich Kemski, seiner Empörung Ausdruck. (122) Dieses Interview, das in der Öffentlichkeit eine große Beachtung fand, blieb letztlich folgenlos (123).

Adenauer, der keinen Zweifel daran gelassen hatte, daß er im Falle eines Scheiterns des deutsch-französischen Vertrages zurücktreten werde, mußte nun erkennen, daß die grundsätzliche Bereitschaft der Partei, den Vertrag zu ratifizieren zwar bestand, daß weite Kreise in der Union jedoch auf "eine demonstrative Kundgebung für die Nato, für die EWG und für die Sache des britischen Beitritts" drängten. (124)

Erhard, der sich in bilateralen Gesprächen mit Regierungsvertretern der EWG-Partnerländer in Brüssel von dem in der momentanen Form vorliegenden deutsch-französischen Vertrag distanzierte, geriét darüber erneut in einen heftigen Streit mit Adenauer, der sich sogar mit dem Gedanken trug, Erhard aus dem Kabinett zu entlassen. (125)

Als sich mit Politikern wie Walter Hallstein, Heinrich von Brentano und Herbert Blankenhorn weitere Politiker skeptisch gegenüber dem deutsch-französischen Vertragswerk zu Wort meldeten, setzte sich die Idee durch, dem Vertrag eine Präambel voranzustellen, die, auf Seiten der Union stark beeinflusst von dem Abgeordneten Kurt Birrenbach, de Gaulle in deutlicher Form signalisieren sollte, "daß sein Konzept im Bonn des Frühjahrs 1963 bei allen Parteien mehrheitlich auf Ablehnung stieß, also:

Partnerschaft mit den USA, NATO-Integration, Einigung Europas durch die EWG, Beitritt Großbritanniens, Bekenntnis zu den Zielen der Kennedy-Runde. Nie seit seinem Amtsantritt im Jahre 1958 hat der General eine derartige diplomatische Ohrfeige erhalten. Nie hat sich auch Adenauer bei seiner Außenpolitik einer so starken innerparteilichen Fronde gegenübergesehen." (126)

In der Folgezeit begannen sich die pro-französischen Kräfte, wie Franz Josef Strauß, Bruno Heck und Guttenberg, vernehmlicher zu Wort zu melden; der Beginn der Auseinandersetzung zwischen "Atlantikern" und "Gaullisten" innerhalb der CDU/CSU kündigte sich an, "die die Regierungspartei ernsthaft schwächen sollte ..." (127) Ludwig Erhards wohl überzogene Reaktionen im Frühjahr 1963 kosteten ihn damals parteiintern viele Sympathien. (128) Nach seinem Vorstoß in der Außenpolitik übte Erhard während der Diskussionen über eine flexiblere Deutschland- und Ostpolitik, die durch Impulse der nun beginnenden behutsamen Entspannungspolitik der Amerikaner unter Präsident John F. Kennedy belebt wurde, Zurückhaltung. (129) Dennoch konnte sich Erhard, dessen Zustimmungskurven bei Meinungsumfragen nicht zuletzt durch sein außenpolitisches Engagement und die unverblümmte Kritik Adenauers an ihm eine leicht fallende Tendenz aufweisen, gute Aussichten auf die Kanzlernachfolge ausrechnen. (130) Konrad Adenauer war bereit, sein am 7. Dezember 1962 gegebenes Versprechen, im Herbst 1963 als Bundeskanzler zurückzutreten, aus Gründen der Koalitionsräson einzuhalten. (131)

"Aufgrund ihrer Erfahrung und ihres politischen Profils gab es in der Union sechs Spitzenpolitiker, die prinzipiell als Bundeskanzler in Frage kamen: Ludwig Erhard, Gerhard Schröder, Franz Josef Strauß, Heinrich von Brentano, Heinrich Krone und Eugen Gerstenmaier. Franz Etzel war schon von einer schweren Krankheit gezeichnet. Kiesinger, der in Stuttgart als Ministerpräsident amtierte, wurde - wenn überhaupt - nur ganz selten genannt. Von Hassel hatte sich gerade erst voll auf der Bonner Bühne etabliert." (132)

Ludwig Erhard, der einzige innenpolitisch geprägte Nachfolgekandidat (133), wurde von Adenauer systematisch und unerbittlich bekämpft. Ansonsten meldeten aber nur sehr wenige Unions-

politischer öffentlich Bedenken gegen eine Kandidatur des Bundeswirtschaftsministers an, obwohl gerade die Spitzenpolitiker in der Union, die jahrelang mit ihm zusammengearbeitet hatten, über seinen politischen Werdegang genau informiert und sich deshalb über "die Grenzen seiner politischen und administrativen Talente ebenso ... wie über einen gewissen Mangel an Finesse in der Außenpolitik im klaren waren." (134) Erhards menschliche Qualitäten und seine Zugkraft als "Wahllokomotive" waren so unbestreitbar, daß in großen Teilen der Union das Experiment mit einem Bundeskanzler Erhard in einem gut zusammengesetzten Team erfolgversprechend erschien. (135) Dennoch gab es für Erhard ernstzunehmende "lautlose Gegner", wie Johannes Gross sie nannte, die seinem Griff nach der Kanzlerschaft ablehnend, zumindest jedoch sehr reserviert gegenüberstanden. Dazu gehörten neben Konrad Adenauer diejenigen Unionspolitiker, die eher einer Koalition mit der SPD zuneigten - Heinrich Krone, Paul Lücke und Heinrich von Brentano. (136) Ferner erhoben einflußreiche Mitglieder aus den Sozialausschüssen um Bundesarbeitsminister Blank sowie führende Repräsentanten aus dem bäuerlichen Bereich im Bundestag offene Einwände. (137)

Nach dem enttäuschenden Abschneiden der CDU bei den Wahlen für das Berliner Abgeordnetenhaus am 17.2.1963, das unter anderem auch mit dem ungelösten Nachfolgeproblem erklärt wurde, kam es am 19. Februar 1963 auf einer Fraktionsvorstandssitzung in Anwesenheit des Kanzlers zu einer ersten internen Rebellion, bei der Schmücker, Gerstenmaier und der niedersächsische Abgeordnete Stecker das Wort führten. (138) Auf der Fraktionssitzung am 5. März wurde der Fraktionsvorsitzende Heinrich von Brentano ohne Gegenstimme beauftragt, "mit der Fraktion, mit dem Bundespartei Vorstand und mit dem Vorstand der CSU "Gespräche zu führen, in denen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollen, daß der Fraktion ein Vorschlag gemacht werden kann, der getragen ist von einer großen Zahl Verantwortlicher ..." (139) Brentano wurden vom Parteivorstand der geschäftsführende Vorsitzende Dufhues und später der CSU-Vorsitzende Strauß zugeellt.

Die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz bescherten der CDU ein enttäuschendes Ergebnis, so daß Anfang April aus allen Gruppie-

rungen der Union der Ruf nach der "Wahllokomotive" Erhard laut wurde. (140) Adenauer, der sich darüber im klaren war, daß kein Weg an seinem Rücktritt im Herbst vorbeiführen würde, versuchte von seinem Urlaubsort Cadenabbia, Erhards starke Position zu ignorieren. Vor Journalisten erklärte er: "Ich wäre dankbar, wenn ich einen Nachfolger gefunden hätte, dann würde ich auch jederzeit sofort aufhören." (141) Heinrich von Brentano, der Adenauer in Cadenabbia besuchte, warnte vor solchen Praktiken "und sagte exakt voraus, daß sich die Fraktion in einem Verhältnis von 70 : 30 für Erhard aussprechen werde." (142) Aus seinem Urlaub zurückgekehrt, versuchte Adenauer dessen ungeachtet, die Nachfolgefrage mit den verschiedensten Argumenten noch bis Oktober/November 1963 hinauszuschieben, um Außenminister Schröder für eine ernstzunehmende Kandidatur aufbauen zu können. Eine Initiative des Abgeordneten Prof. Süsterhenn kurz vor der entscheidenden Fraktionssitzung am 23. April 1963 zugunsten Schröders scheiterte. (143) "In seiner Not konnte der Kanzler nun nur noch mit dem Argument arbeiten, eine so frühzeitige Designation würde das Vorschlagsrecht des Bundespräsidenten präjudizieren." (144)

Die entscheidende Fraktionsvorstandssitzung fand am 22. April 1963 statt, auf der Heinrich von Brentano Adenauer eröffnete, daß nur ein Kandidat, Erhard, in Frage komme. Adenauer erwiderte, indem er an das Gespräch mit von Brentano in Cadenabbia erinnerte, seiner Meinung nach kämen vier Kandidaten in Frage: Erhard, Schröder, Krone und von Brentano. Außer Erhard verzichteten alle drei von Adenauer erwähnten Kandidaten; Schröders Verzicht klang allerdings verklausuliert und wenig überzeugend. (145)

Am nächsten Tag startete Adenauer einen allerletzten Versuch, die Kanzlerschaft Erhards zu verhindern, indem er vor der Fraktion Schröder und Krone nachdrücklich bat, "es doch zu machen". (146) Die CDU/CSU-Fraktion entschied sich jedoch auf der Sitzung vom 23. April 1963 in einem einzigen Wahlgang für Ludwig Erhard. Von 250 stimmberechtigten Abgeordneten nahmen 225 an der Abstimmung teil. 159 stimmten für den Bundeswirtschaftsminister, 47 entschieden sich gegen ihn, 19 enthielten sich der Stimme. (147) Nach Erhards Dankesworten stellte Adenauer fest,

daß Erhard eine große Mehrheit bekommen habe und erklärte: "Was unser persönliches Verhältnis betrifft, Herr Kollege Erhard, so bin ich absolut willens, nach besten Kräften mitzuarbeiten und Ihnen alles weiterzugeben im Interesse unseres deutschen Volkes." (148) Bis zum Kanzlerwechsel kam es zu keinen Auseinandersetzungen mehr zwischen Adenauer und Erhard, zumal es dem Bundeswirtschaftsminister gelang, die Wahl in Niedersachsen für die CDU sehr positiv zu beeinflussen (149) und als geschickter Vermittler im baden-württembergischen Konflikt der Metallindustrie einen vernünftigen Kompromiß zu initiieren. (150)

Als Ludwig Erhard am 16.10.1963 zum neuen Bundeskanzler gewählt wurde, erwarteten viele einen neuen "demokratischen" Regierungsstil und kraftvolle innovative Perspektiven zur Bewältigung der anstehenden politischen Probleme. (151) Mit Klaus Günther können wir die These aufstellen, daß trotz einer nicht zu unterschätzenden Anzahl von politischen Gegnern in der eigenen Partei, allerorts die Bereitschaft bestand, "ihm einen Vertrauensvorschuß zu geben. Sie beruhte einmal auf der Wertschätzung seiner menschlichen Qualitäten; zum anderen auf der Autorität des ihm zugedachten und dann von ihm übernommenen Amtes." (152)

In einem Interview mit der Deutschen Zeitung würdigte Franz Josef Strauß am Tage vor Erhards Wahl zum Bundeskanzler die Verdienste des scheidenden Bundeswirtschaftsministers, ohne die seiner Meinung nach eine erfolgreiche Politik Konrad Adenauers nicht denkbar gewesen wäre. (153) Erhard habe in der schwierigen wirtschaftlichen Aufbauphase der Bundesrepublik mit Einführung der Sozialen Marktwirtschaft Weitblick und Durchsetzungsvermögen, auch gegen Widerstände aus den eigenen Reihen, bewiesen. Daß er (Erhard) in den letzten Jahren in den Ruf gekommen sei, eher eine "weiche Persönlichkeit" zu sein, begründete Strauß folgendermaßen: "Nun, es liegt einmal sicherlich daran, daß Ludwig Erhard bei verschiedenen Gelegenheiten Konrad Adenauer nachgegeben hat, einfach deshalb, weil er von Natur und durch zunehmende Enttäuschung immer weniger kämpferisch wurde und es das Schicksal aller Minister zu sein pflegt, gegenüber dem Kanzler den kürzeren zu ziehen, gleichgültig, wer recht hat. Ja, es schien manchmal so, als wenn der Kanzler geradezu

eine heimliche Freude daran hätte, seinen Stellvertreter und mutmaßlichen Nachfolger seine Macht fühlen zu lassen, je mehr dieser Anzeichen von Resignation scheinbar zu erkennen gab. An dieser Stelle muß auch die Frage beantwortet werden, warum Konrad Adenauer sich so lange gegen einen Nachfolger Ludwig Erhard gewehrt hat. Ich glaube, daß Konrad Adenauer gegen jeden Nachfolger Vorbehalte gehabt hätte, ganz einfach deshalb, weil er überzeugt war, die großen außenpolitischen Probleme selbst am besten meistern zu können. Allerdings hatte er gegen Erhard besonders viele Vorbehalte. Seine reservierte Haltung dem neuen Kanzler gegenüber erwuchs aber sicherlich auch aus einer gewissen Geringschätzung des großen Außenpolitikers gegenüber der Innenpolitik, so wie etwa ein Chirurg ein wenig von oben auf den Internisten herabsieht, obwohl beide für die Gesundheit der Menschen gleich wichtig sind." (154)

Ähnlich wie Eugen Gerstenmaier (155) räumte Strauß ein, daß Ludwig Erhard seine Chance als Kanzler redlich verdient habe, erwartete aber von ihm, "daß der neue Kanzler in Zukunft auch beweist, daß er mit harter Hand das Notwendige zu tun bereit ist. Bei den Auseinandersetzungen im Bundestag, bei seinen gelegentlichen Zweikämpfen mit dem Kanzler, bei seinen Verhandlungen mit den Sozialpartnern und Verbänden hat sich eine weitere Eigenschaft des künftigen Kanzlers offenbart, die Stärke und Schwäche zugleich sein kann: seine absolute Ehrlichkeit, die keine taktischen Winkelzüge kennt. Sie zahlt sich immer dann aus, wenn auch der Gegner mit den gleichen Waffen kämpft; sie wird dann leicht als Schwäche und Naivität ausgelegt, wenn der Verhandlungspartner oder Gegner mit allen Wassern politischer Taktik gewaschen ist. Wir schätzen Ludwig Erhard gerade deswegen, weil kein Falsch an ihm ist. Aber wir erwarten auch, daß er als Kanzler bereit ist, mit jenen Waffen zu fechten, die ihm der jeweilige Gegner aufzwingt." (156)

Wohl wissend um Erhards Abneigung gegen Bürokratie und Verwaltung postulierte Strauß für den zukünftigen Regierungsstil des neuen Kanzlers: "Er wird systematischer regieren müssen als sein Vorgänger, gerade weil er kein Schematiker oder Bürokrat ist. Sein Vorgänger hatte mehr Einstellung für Laissez-faire, Laissez-aller, als er haben darf. Er wird mehr von der Richtli-

niengewalt des Kanzlers Gebrauch machen müssen. Die Zeit der genialen Improvisation der durch Instinkt, Erfahrung und Erfolg bewährten Pragmatik geht zu Ende. Programm, Schwerpunkt, Prioritäten sind keine abstrakten Postulate, sie sind Notwendigkeit für den neuen Kanzler, nicht zuletzt auf dem finanzpolitischen Gebiet, und die Konsequenz ist, danach zu handeln, ohne ihr Sklave zu werden. Fehler, Fehlentwicklung und Versäumnisse, die vielleicht für eine Pionierzeit des Aufstiegs und bei den gegebenen Zeitverhältnissen unvermeidlich waren, werden nur dann nicht mit potenziierter Wirkung auf Erhard hereinbrechen, wenn er gleich von Anfang an den Mut und die Kraft hat, Bilanz zu ziehen, die Passiva abzubauen, die Aktiva zu verstärken. Dazu gehört auch, daß er in der Außenpolitik den aufkommenden Dualismus überwindet, in der Methode Neues bringt, in der Sache dem Alten treu bleibt." (157)

5 Das erste Kabinett Erhard im Spiegel intraparteilicher Kritik

Am 16. Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard vom Deutschen Bundestag im ersten Wahlgang zum Bundeskanzler gewählt. 279 Abgeordnete stimmten für ihn, 180 votierten gegen ihn, 24 enthielten sich der Stimme. (158) Der Stimmzettel des SPD-Abgeordneten Peter Jacobs aus Trier, der den Namen Adenauers aufgeschrieben hatte, war selbstverständlich ungültig. (159)

Gehen wir davon aus, daß die 180 Nein-Stimmen wohl von der geschlossenen gegen Erhard votierenden Opposition stammten, dann waren die Enthaltungen der Koalition zuzurechnen. "Die Versicherung der Freien Demokraten, bis auf einen Abgeordneten, der seine abweichende Haltung zuvor erklärt habe, und bis auf ein abwesendes Mitglied der Fraktion, für den neuen Kanzler gestimmt zu haben, erschien glaubwürdig, galt der liberale Erhard doch nicht von ungefähr manchem in Bonn und im Lande als "Kanzler der FDP." (160)

Die Enthaltungen kamen demnach also fast ausschließlich aus den Reihen der CDU/CSU und spiegelten deutlich die Ressentiments einiger Abgeordneter in der Union gegen eine Kanzlerschaft Erhards wider. Erklärungsversuche über die relativ hohe Zahl der Stimmenthaltungen wurden auch dahingehend angestellt, daß Verstimmung darüber herrschte, daß Erhard dem CDU-Bundesminister

Rainer Barzel das Gesamtdeutsche Ministerium genommen und dem FDP-Vorsitzenden Erich Mende zugeschlagen hatte, der den festen Willen bekundete, nun in das Kabinett Erhards einzutreten. (161)

Insgesamt gab es im Herbst 1963 im Kabinett keine großen Veränderungen. "Aus der ursprünglich zur Straffung der Arbeit geplanten Kabinettsreduzierung war nichts geworden. Die sommerlichen Beratungen am Tegernsee waren in dieser Hinsicht ergebnislos verlaufen. Mit wenigen Ausnahmen blieb Erhards Kabinett dasjenige seines Vorgängers. Plausibel begründete er diesen nicht ganz freiwillig gefaßten Entschluß zur Kontinuität damit, daß jeder "Ministerwechsel ... Einarbeitung in die Materie" erfordere und daß solche Energieaufwendung angesichts der Bundestagswahlen 1965 zu unterbleiben habe, um eingespielt und geschlossen auftreten, kämpfen und gewinnen zu können." (162)

Kurt Schmücker, der die Phalanx der Befürworter einer Kanzlerschaft Erhards angeführt hatte, erhielt wohl nicht zuletzt aus Dankbarkeit als Nachfolger Ludwig Erhards das Bundeswirtschaftsministerium (163), der erfolgreiche Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Kai-Uwe von Hassel, wurde Chef des schwierigen Verteidigungsressorts. Das im Rahmen der Koalitionsarithmetik freigewordene Vertriebenenministerium übernahm nach der Ablehnung von Barzel, der seine politischen Wirkungsmöglichkeiten zukünftig vornehmlich in der Fraktion sah, der Vertriebenenpolitiker Hans Krüger. (164)

So waren maßgebliche und einflußreiche Politiker wie Rainer Barzel, Franz Josef Strauß und Eugen Gerstenmaier nicht im ersten Kabinett Erhards vertreten. Zudem "beließ Erhard es unter anderem bei der bisher praktizierten Regelung, Heinrich Krone als Sonderminister mit der ständigen Vertretung des Bundeskanzlers im Vorsitz des Bundesverteidigungsrats zu beauftragen und mithin einem der engsten Vertrauten Konrad Adenauers die Schlüssel-funktion für die Koordinierung der Außen-, Sicherheits- und Innenpolitik nach wie vor einzuräumen." (165)

Als Resümee der Kabinettsumbildung bleibt jedoch festzuhalten, daß mit dem neuen Bundeskanzler, Bundesaußenminister Schröder und Bundesverteidigungsminister von Hassel drei protestantische und sehr prononciert "atlantisch" orientierte Unionspolitiker

in Schlüsselpositionen des Kabinetts vertreten waren. (166)

Am Abend nach seiner Wahl zum Bundeskanzler erläuterte Erhard in einem Interview im Deutschen Fernsehen mit Peter von Zahn die Grundsätze seiner Innen-, Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik sowie seine Vorstellungen von einem neuen Stil des Regierens. (167) Diese grundsätzlichen Gedanken legte Erhard am 18. Oktober 1963 ausführlich in seiner Regierungserklärung dar, die, oftmals unterbrochen vom Beifall der Regierungsparteien und auch der Opposition, insgesamt sehr positiv aufgenommen wurde. (168)

Von der Maxime, "Ich werde aus christlicher Gesinnung und Verantwortung handeln. Ich fühle mich der Demokratie und der tragenden Kraft des Geistes verpflichtet. Meine Politik ist eine Politik der Mitte und der Verständigung. Unser Weg in die Zukunft wird uns weiter aufwärts führen, aber er bleibt voller Gefahren. Bezeugen wir Mut, Gewissen und Solidarität!" (169), ausgehend, richtete Erhard seinen Dank zunächst an seinen Vorgänger Konrad Adenauer für dessen Verdienste um den Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland, verbunden mit dem Versprechen, die Kontinuität seiner Politik zu wahren. (170)

In seiner Darstellung des Bildes "des öffentlichen Lebens" appellierte Erhard leidenschaftlich an den Leistungswillen des deutschen Volkes und mahnte Parlament und Regierung, sich über egoistische Interessenwünsche hinwegzusetzen und sich entschließen "den prinzipiellen Fragen der Politik zuzuwenden." (171)

Im weiteren forderte Erhard die Vertiefung des Kontaktes zwischen den Regierenden und "den geistig und kulturell führenden Schichten unseres Landes" (172) und appellierte an die Jugend, über das reine Wohlstandsdenken hinweg nach werthaltigen Perspektiven der Lebensgestaltung zu suchen.

Im außenpolitischen Teil seiner Rede legte Erhard ein eindeutiges Bekenntnis zum westlichen Bündnis ab. (173)

Im Zusammenhang mit der Deutschland- und Berlin-Frage führte er aus: "Die Vorstellungen der Bundesregierung von der Lösung der deutschen Frage gehen von der Überlegung aus, daß alle Schritte notwendig mit Maßnahmen auf dem Gebiet der Sicherheit verbunden sein müssen. Wir sind uns bewußt, daß dabei auch die Interessen anderer Völker und Länder berührt werden. Ebenso wie wir von

unseren Nachbarn erwarten, daß sie Verständnis für unser Verlangen nach Freiheit und Wiederherstellung der Einheit unseres Volkes aufbringen, wollen und müssen wir bereit sein, ihren berechtigten Interessen Rechnung zu tragen. Da die vier Mächte nach dem Kriege Verpflichtungen in bezug auf Deutschland als Ganzes übernommen haben, fallen ihnen bei der Regelung der Deutschland- und Sicherheits-Frage besondere Aufgaben zu. Diese könnten durch Bildung eines Gremiums der vier Mächte wahrgenommen werden, das seine Funktionen bis zu dem Zeitpunkt einer endgültigen Friedensregelung ausüben würde. Mit diesem Gedanken würde zugleich dem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 9. Oktober Rechnung getragen werden." (174)

Hinsichtlich der europäischen Integration erklärte Erhard weiter, daß der deutsch-französische Vertrag über gegenseitige Konsultation und Zusammenarbeit mit mehr Leben zu erfüllen sei und setzte in diesem Zusammenhang große Hoffnungen in die Tätigkeit des deutsch-französischen Jugendwerkes. (175)

"Mit der Pflege und dem Ausbau unserer Beziehungen zu Frankreich müssen einhergehen freundschaftliche Beziehungen zu den anderen europäischen Staaten, wie vor allem zu Großbritannien, das uns durch Bündnisverträge, durch die Anwesenheit seiner Truppen zum Schutze unseres Landes und durch eine gemeinsam mit uns vereinbarte Deutschland- und Berlin-Politik verbunden ist. Wir erachten die Bemühungen, die innereuropäischen Bande zu Großbritannien zu intensivieren, als einen wesentlichen Teil unserer europäischen Politik. Wer eine europäische Aufgabe darin erkennt, in der weltweiten Auseinandersetzung unserem Kontinent den gebührenden Rang zu sichern und stärkeres Gewicht zu verleihen, sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Felde eine Politik zu bejahen, die sich die Einigung aller freien Völker Europas zum Ziele setzt. Dabei sind wir uns bewußt, daß jedwede Stärkung Europas zugleich der Festigung der freien Welt zu dienen hat." (176)

Ferner kündigte der Bundeskanzler eine Auflockerung der Außenpolitik gegenüber den osteuropäischen Staaten an. (177)

Für die überaus schwierigen Verhandlungen über den Haushaltsplan für 1964 forderte Erhard energisch Augenmaß und den Willen zur Sparsamkeit, denn "würde sich diese meine Erwartung nicht er-

füllen, dann erwächst mir aus meinem Dienst die Verpflichtung, um das deutsche Volk vor Schaden zu bewahren, den Artikel 113 des Grundgesetzes anzuwenden. Vor seiner Anwendung werde ich gewiß nichts unversucht lassen, die Fraktionen zu einer maßvollen, die Stabilität gewährleistenden Ausgabenwirtschaft zu bewegen, aber ich würde mich auch nicht scheuen, den zunächst vielleicht unpopulär anmutenden Weg des Einspruchs zu beschreiten. Schließlich hat die Bundesregierung die Verantwortung gegenüber jedem Bürger und damit auch gegenüber jedem Sparer." (178)

In diesem Zusammenhang appellierte er an die Vernunft und das Verantwortungsgefühl der Tarifpartner sowie an "eine klare Abgrenzung der Finanzverantwortlichkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden" sowie an "eine angemessene Verteilung der Steuereinnahmen auf alle Gebietskörperschaften." (179)

Im sozialpolitischen Teil seiner Regierungserklärung sprach Erhard besonders deutlich die Probleme des Ausbaus des Familienlastenausgleichs (180), "der Vor- und Fürsorge für Ältere und alte Menschen" (181) und "der sozialen Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge, Kriegssachgeschädigten, der ehemaligen Kriegsgefangenen und der politischen Häftlinge" an. (182)

Diese vielfältigen und schwierigen Aufgaben ließen sich allerdings nur dann, so Erhard, zu aller Zufriedenheit lösen, wenn sie solide finanzierbar seien. Dies erfordere eine weiterhin blühende Wirtschaft mit der Konsequenz: "Wir müssen uns entweder bescheiden oder mehr arbeiten. Die Arbeit ist und bleibt die Grundlage des Wohlstandes." (183) Nach einem Überzeugenden Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft (184) und mit dem Versprechen, "der Landwirtschaft entschlossen zur Seite zu stehen" (185), sprach Erhard zum Schluß seiner Rede noch einmal das Problem des Interessenegoismus an und forderte energisch: "Wir sind zu bewußter Solidarität aufgerufen. Gerade die Industriegesellschaft braucht einen starken Staat. Je größer der Druck der Verbände und Gruppen auf den Gang der Politik, je ungehemmter der Egoismus von Teilgewalten sich entfesselt, um so unterschiedener ist es allen verantwortlichen Kräften - und in besonderem Maße der Bundesregierung - aufgegeben, für die Respek-

tierung des Gemeinwohls Sorge zu tragen. Wir werden die großen Zukunftsaufgaben der deutschen Politik nur meistern können, wenn die gesellschaftliche Kraft der Verbände nicht ausschließlich den eigenen Interessen nutzbar gemacht wird. Es würde einen gewaltigen Fortschritt in den öffentlichen Dingen unseres Staates bedeuten, wenn die große Macht und der Sachverstand der Interessengruppen und die Fülle der Talente auch für die allgemeinen Aufgaben des Gemeinwesens zur Verfügung stünden." (186)

Sich diesen großen Aufgaben der Politik zuzuwenden, bedeutete für Erhard, "nicht in erster Linie als Repräsentant einer Koalitions- oder Regierungspartei zu wirken." (187) Auch diese Absicht brachte er deutlich in seiner Regierungserklärung zum Ausdruck. "Gewiß gehört es zum Wesen der parlamentarischen Demokratie, daß sich der Bundeskanzler auf eine Fraktion der Koalition stützt, die im Parlament über die Mehrheit verfügt. Mit seiner Wahl aber hat er sich über alle Parteilagen hinweg als Sachwalter des ganzen deutschen Volkes zu fühlen und aus dieser Verantwortung heraus zu handeln. Zur Wahrung dieses Grundsatzes bekenne ich mich vor dem Hohen Haus ausdrücklich. So erblicke ich denn auch in der Opposition einen notwendigen und vollwertigen Bestandteil des parlamentarisch-demokratischen Systems und erwarte, daß unsere gewiß unvermeidlichen Auseinandersetzungen von diesem Geist getragen sein werden." (188)

Die Debatte über die Regierungserklärung, die einige neue Akzente im Bereich der Innenpolitik setzte, verlief am 24. Oktober 1963 eher zurückhaltend. Sowohl weite Kreise der Union als auch die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten stellten ein hohes Maß an Übereinstimmung mit den Ausführungen des Kanzlers fest. (189)

Dennoch darf die These gewagt werden, daß gerade zu den außen- und haushaltspolitischen Passagen in der Regierungserklärung sowie in Erhards Bekenntnis zu einem "überparteilichen Volkskanzleramt" Kritik aus den eigenen Reihen zu erwarten war. (190)

Erhard, der dies wohl einkalkuliert hatte, formulierte seine politische Haltung gegenüber potentiellen Kritikern zu den Kernfragen seiner Politik auf dem Parteitag der rheinischen

CDU in Wuppertal einige Tage nach seinem Amtsantritt wie folgt: "Ich werde kein bequemer Kanzler sein, sondern dem deutschen Volk in jedem Augenblick schonungslos die Wahrheit sagen." (191)

In der Tat dauerte es nur etwa zwei Wochen, bis Ludwig Erhard zum ersten Mal nach seiner Wahl aus Kreisen der eigenen Partei dezent, aber unmißverständlich kritisiert wurde. In der Novemberausgabe der "Sozialen Ordnung", dem Organ der dem linken Flügel der CDU zuzurechnenden Sozialausschüsse, wurde dem Kanzler dessen Neigung vorgehalten, über die "Parteien hinweg zu regieren." (192)

Damit wurde offen ausgesprochen, was einige Christdemokraten seit geraumer Zeit bewegte, nämlich die Tatsache, daß sich der liberale Professor, der offiziell erst ein halbes Jahr vor seinem Wechsel ins Kanzleramt in die CDU eingetreten war, seiner Partei nicht in dem zu erwartenden Maße verbunden und verpflichtet fühlte. (193)

In dem Artikel in der "Sozialen Ordnung" erinnerte der Autor an den Appell Erhards in seiner Regierungserklärung: "Ich rufe die schöpferischen Menschen in der Bundesrepublik zur Mitarbeit an diesem Staate auf" (194) und zog daraus den Schluß: "Erhard hat bewiesen, daß er nicht weniger als Adenauer willens ist, die starke Stellung, die unsere Verfassung dem Kanzler einräumt, voll auszunutzen. Erhard will führen - aber auf der Grundlage einer breiteren Mitwirkung des Staatsbürgers und im Sinne einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Über den Rahmen des Sachverständes, der den Parteien zur Verfügung steht, will er einen engen Kontakt zur Wissenschaft und den Repräsentanten des geistigen Lebens überhaupt suchen. In der Tat wird damit eine empfindliche Lücke geschlossen, die ihre deutlichen Spuren in der innenpolitischen und vor allem der gesellschaftspolitischen Entwicklung der vergangenen Jahre hinterlassen hat. Überdies liegt in einer breiteren Mitwirkung des Bürgers am Staat die einzig solide Möglichkeit, das Staatsbewußtsein des einzelnen auf die Dauer zu stärken. So vorbehaltlos man dem Inhalt dieses Appells also an sich zustimmen möchte, so ernsthaft muß die darin enthaltene Tendenz zum direkten Dialog zwischen Regierungschef und Volk daraufhin überprüft werden, in-

wieweit hier, von Erhard sicher unbeabsichtigt, dem Sog einer Entwicklung nachgegeben wird, die die verfassungsmäßige Funktion der Parteien als Organ der politischen Willensbildung schwächt. Aus sehr wohlherwogenen Gründen und bestärkt durch die Erfahrungen der Weimarer Republik hat der Grundgesetzgeber das plebiszitäre Element in unserer parlamentarischen Demokratie weitgehend ausgeschaltet. Sicher haben in den letzten Jahren die Parteien im Schatten des Bundeskanzlers gestanden. Das war jedoch eine Ausnahmeerscheinung, eine zwangsläufige Folge seiner überragenden Persönlichkeit, die überdies eine gewisse innere Berechtigung zu einer Zeit hatte, als unser demokratisches Staatswesen in den Kinderschuhen steckte. Es sollte unbedingt bei dieser Ausnahmeerscheinung bleiben, man sollte nicht der SPD folgen, die im Bundestagswahlkampf 1961 mit der Verlagerung der politischen Repräsentanz von der Partei auf die Persönlichkeit einen ersten entscheidenden Schritt getan hat, diese Ausnahme zu einer Gewohnheit werden zu lassen, die auf die Dauer die verfassungsmäßige Stellung der Parteien und damit die Verfassung unserer parlamentarischen Demokratie aushöhlen muß." (195)

Erhard müsse, so der Autor weiter, selbst einen entscheidenden Beitrag zur Reform der Partei leisten, damit diese wieder attraktiv werde, denn er (Erhard) müsse jetzt bereits an die Zeit denken, die seiner Kanzlerschaft folgt. (196)

Der Artikel schließt mit einer ernsthaften Erinnerung an den Bundeskanzler, seine Parteipflichten im Rahmen der institutionalisierten Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gewissenhaft wahrzunehmen. (197)

Ebenfalls Anfang November 1963 erregte Altbundeskanzler Adenauer mit einem Interview, das er der amerikanischen Zeitung "Newday" gab, Aufsehen. Er vertrat in schroffem Gegensatz zur Regierungsmeinung (198) die Auffassung, die Amerikaner trügen die Verantwortung für den Bau der Mauer in Berlin, weil sie nichts zu deren Verhinderung unternommen hätten. (199)

Mit den Worten "Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik" und dem Hinweis auf Erhards Regierungserklärung sowie dessen Interview mit der amerikanischen Gesellschaft Columbia Broadcasting System distanzierte sich der amtierende

Regierungssprecher am 4. November 1963 von den Äußerungen Adenauers. (200) ,

Die Kritik des ehemaligen Bundeskanzlers am Verhalten der Amerikaner veranlaßte die SPD-Bundestagsfraktion, eine große parlamentarische Anfrage im Bundestag einzubringen, um der Bundesregierung die Möglichkeit zu geben, sich vor dem Parlament von den Äußerungen Adenauers zu distanzieren. (201)

Am 11. November 1963 erregte Adenauer, dessen Äußerungen weltweit nicht nur als Bundestagsabgeordneter, sondern in erster Linie als Vorsitzender der CDU interpretiert wurden, erneut Aufsehen, als er in einem Gespräch mit zwanzig amerikanischen Geschäftsleuten, die sich auf der Rückreise von einem Besuch in Moskau in Bonn aufhielten, zur Frage der amerikanischen Weizenlieferungen in die Sowjetunion Stellung nahm. Er schlug vor, die Weizenkäufe von konkreten Zugeständnissen der Sowjets abhängig zu machen. Ansonsten bestünde die Möglichkeit, bei Nichterfüllung dieser Forderung die Sowjetunion auszuhungern. (202)

Schon bald nach seinem Amtsantritt hatte sich Erhard, wie bereits in seiner Regierungserklärung angesprochen, mit der von Konrad Adenauer aufgeschobenen Reform der Kriegsopferversorgung auseinanderzusetzen. (203)

"Der Kanzler war entschlossen, das ihm überzogen vorkommende Verlangen der mächtigen Interessenvertreter mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Ohne Zweifel war es in diesem Fall besonders schwierig, einer des Mitleids der Bevölkerung sicheren Minderheit mit der gegenüber organisierten Ansprüchen nun einmal notwendigen Härte entgegenzutreten. Erhard, aus dem Ersten Weltkrieg selbst als Kriegsbeschädigter zurückgekehrt, war durchaus bereit, mit einer differenzierenden Lösung besonders Bedürftigen unter den Kriegsversehrten Zugeständnisse zu machen. Aber er wehrte sich prinzipiell gegen die für alle Rentenempfänger angemeldeten linearen Erhöhungsforderungen der von ihm nicht eben geschätzten Gruppenvertreter." (204)

Am 11. November 1963 teilte Bundespressechef Karl-Günther von Hase mit, daß Vertreter der Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP unter dem Vorsitz von Erhard "volle Einigung" über die Kriegsopferversorgung erzielt hätten. (205) Diese sah Verbesserungen

in Höhe von 1,2 Milliarden DM für die rund 2,95 Millionen Kriegsbeschädigten im Jahr vor, die in zwei Abschnitten realisiert werden sollten. (206)

Die Kriegsopferexpertin der Union, die CSU-Abgeordnete Maria Probst, erhob, unterstützt vom CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, entschiedenen Widerspruch gegen den Stufenplan des Kanzlers und drang auf die sofortige volle Reform in einem Zuge. (207)

Als auch der Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands (VdK) entschiedenen Protest ankündigte, verwarf der Landesausschuß der bayerischen CSU den von Erhard unterstützten Stufenplan endgültig (208), eine Entscheidung, die in Bonn Überraschung auslöste, weil die CSU-Minister zuvor im Bundeskabinett keine Einwände gegen den Zweistufenplan des Bundeskanzlers vorgebracht hatten. (209)

Das Bundeskabinett billigte jedoch am 19. November den Stufenplan und beschloß, für die Verbesserung der Kriegsopferversorgung 650 Millionen DM im Etat für 1964 bereitzustellen. (210) Das Präsidium des VdK entschied daraufhin, Anfang Dezember einen außerordentlichen Verbandstag in Bonn abzuhalten. (211)

Am 27. November gab die Koalition den Stufenplan zugunsten einer Reform in einem Zuge, die allerdings später inkraft treten sollte, auf. In CDU-Kreisen wurde sogar öffentlich bedauert, daß Erhard sich auf die Einschränkung der Kriegsopferreform auf nicht mehr als 650 Millionen DM im Haushaltsjahr 1964 festgelegt hatte. (212)

Nachdem die Bundesregierung am 30. November 1963 im Einvernehmen mit den Vertretern aller drei Fraktionen festgestellt hatte, daß Umstellungen im Haushalt 1964 bezüglich einer Finanzierung der Reform nicht möglich seien, rückten die Sprecher der CSU und FDP am 1. Dezember wieder von dieser Erklärung ab.

(213) Nach heftiger Debatte entschied sich die CDU/CSU-Fraktion schließlich dafür, die Beratungen über die Kriegsopferreform auf Ende Januar 1964 zu vertagen und benannte den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ernst Lemmer und die CSU-Abgeordnete Maria Probst als Sprecher für das "Kriegsopferparlament", das am 4. Dezember 1963 in der Bonner Beethoven-Halle stattfand. Ganz im Sinne der Fraktion lehnten Ludwig Erhard und Bun-

desarbeitsminister Theodor Blank die Teilnahme dort ab, weil sie nicht unter Druck verhandeln wollten. (214)

Die Lage spitzte sich zu, als am 10. Dezember 1963 etwa 35.000 Demonstranten in einem Schweigemarsch durch die Bonner Innenstadt für eine bessere Versorgung demonstrierten und nach Abschluß des Demonstrationszuges Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier eine Petition an den Bundestag überreichten, die Reform noch im laufenden Kalenderjahr zu verabschieden. (215)

Am 18. Dezember 1963 einigte sich der Vermittlungsausschuß des Bundestags und des Bundesrates auf einen Kompromiß in der Frage der Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern. Die frei werdenden Mittel ermöglichten, so der Vorsitzende des Vermittlungsausschusses, der hessische Ministerpräsident Zinn, eine befriedigende Regelung der Kriegsopferversorgung in einem Zuge. (216)

Am 27. Februar 1964 wurde die zweite Novelle zum Kriegsopferecht, die neben einer durchschnittlichen Rentenerhöhung von etwa zwanzig Prozent einen verbesserten Berufsschadensausgleich und Ausgleichsrenten für die Schwerbeschädigten garantierte, im Bundesgesetzblatt verkündet. (217)

Erhard blieb der Vorwurf nicht erspart, Härte am falscher Stelle gezeigt zu haben, um keinen Bezugsfall für egoistische Gruppeninteressen zu schaffen. (218) "Bitter hatte der Kanzler wieder einmal zur Kenntnis nehmen müssen, was ihn seit Jahren mit Sorge erfüllte: Die Macht der Verbände beeinflusste die politischen Parteien in ihrer Willensbildung über Gebühr. Dagegen galt es nach Erhards Urteil etwas Grundsätzliches zu unternehmen, um den Boden der wirtschaftlichen Vernunft nicht immer weiter zu verlassen. Eindringlich warnte er daher seine Fraktionskollegen zu Beginn des neuen Jahres 1964 im Zuge einer allgemeinen Ortsbestimmung der wirtschaftlichen Lage, die unter anderem durch erhöhten privaten Konsum, verringerte eigene Arbeitsleistung der Bundesdeutschen und eine beständig zunehmende Zahl von Gastarbeitern charakterisiert war: "Wir sind dabei, unsere Zukunft zu verfrühstücken." (219)

Die Auseinandersetzungen um die Kriegsopfereform fanden vor dem Hintergrund des Baus eines Bungalows, den Erhard im Park des Palais Schaumburg errichten lassen wollte, statt. (220)

Erhard, der in eher bescheidenen Verhältnissen in einem kleinen Einfamilienhaus auf dem Bonner Venusberg wohnte, wollte mit diesem von dem Münchner Architekten Prof. Sep Ruf entworfenen avantgardistischen Bau (221) ein Wohn- und Arbeitshaus schaffen, das den vielfältigen repräsentativen Pflichten eines Bundeskanzlers angemessen war. "In finanzieller Hinsicht stellte der Bau für die führende Wirtschaftsmacht Westeuropas natürlich eine Lappalie dar. In psychologischer Beziehung bot er seinen Kritikern ein ergiebiges Feld für moralisierende Attacken, obwohl die propagandistisch rührige Umgebung des Kanzlers dem durch allerlei populäre Aufklärung durchaus entgegenzuwirken verstand." (222) Vor allem die Sozialpolitiker beider großer Parteien, denen die Maßhalteappelle Erhards oftmals suspekt erschienen (223), hielten mit Kritik, die von der Publizistik unterstützt wurde, nicht zurück. (224) "Allen voran kritisierte Konrad Adenauer die ihm nicht behagende Funktionalität, Sachlichkeit und Kühle des sehr modern gehaltenen und ebenso eingerichteten Bungalows ..." (225)

Die Antinomie von "Maßhalten" und den erheblichen Kosten für den Kanzlerbungalow rief sowohl bei Erhards Parteifreunden, seinen politischen Gegnern sowie in breiten Teilen der Bevölkerung Mißtrauen hervor und beeinträchtigte somit die Glaubwürdigkeit des Bundeskanzlers nicht unwesentlich. (226)

Anfang des Jahres 1964 suspendierte Erhard den Bundesminister für Vertriebene, Hans Krüger, auf dessen eigenen Wunsch vom Dienst. (227) Krüger, seit 1959 Präsident des Bundes der Vertriebenen, ein Amt, das er jedoch seit seiner Ernennung zum Bundesminister im Oktober 1963 nicht mehr ausübte (228), wurde vorgeworfen, er hätte während der Zeit des Nationalsozialismus bei einem Sondergericht in Konitz an Todesurteilen gegen Polen mitgewirkt. Hans Krüger, so erfuhr man, war Oberamtsrichter und NSDAP-Ortsgruppenleiter im Gebiet des polnischen Korridors gewesen. Als man ihn mit den vom sowjetzonalen Propagandacheft Norden vorgebrachten Anklagen konfrontierte, machte er die unvorsichtige Bemerkung: "Wissen Sie, ein Todesurteil, das macht ein Richter doch routinemäßig." (229)

Erhard ordnete eine Untersuchung der politischen Vergangenheit Krügers an, die von Sonderminister Krone, Bundesjustizminister

Bucher und Bundesratsminister Niederaalt geleitet wurde. (230) Diese ergab, daß sich die Behauptung Krügers, niemals Sonder-richter gewesen zu sein, als falsch herausstellte, nachdem die Staatsanwälte Carlos Foth und Gerhard Ender aus Ost-Berlin im Wege der gegenseitigen Rechtshilfe der Staatsanwaltschaft in Bonn Belastungsmaterial, darunter Originalakten, übergeben hatten. (231)

Daraufhin, um keinen Anlaß für Angriffe auf Erhard und die Bundesregierung zu liefern, bot Krüger seinen Rücktritt an, den Erhard ohne zu zögern annahm, weil er erkannte, daß ein Mann wie Krüger eine schwere Belastung für das neu gebildete Bundeskabinett darstellte. (232) Erhard mußte sich allerdings trotz seiner unverzüglichen Entscheidung nicht nur von der Opposition den Vorwurf gefallen lassen, im Vorfeld der Ernennung Krügers zum Minister sei nicht sorgfältig genug recherchiert worden. (233)

Im Januar 1964 behandelte Konrad Adenauer vor dem Deutschlandrat der Jungen Union das deutsch-französische Verhältnis und beklagte, daß einige Politiker der Union nicht mit der "notwendigen Herzenswärme" an die Realisierung des deutsch-französischen Vertrages herangingen. Adenauer forderte deshalb die aktive Unterstützung der deutsch-französischen Freundschaft, ohne die seiner Meinung nach eine politische Union Europas nicht denkbar sei. (234) In diesem Zusammenhang räumte der Altbundeskanzler ein, der erste Schritt hin zu einer westeuropäischen Union könne auch ohne Großbritannien getätigt werden und setzte große Hoffnungen in die Reise Erhards nach Paris, die Mitte Februar 1964 stattfand. (235)

In Interviews mit Günter Gaus und Peter Scholl-Latour zu den deutsch-französischen Gesprächen in Paris erteilte Erhard einem deutsch-französischen Bilateralismus allerdings eine klare Absage (236) und stellte bezüglich des Verhältnisses der Bundesrepublik zu Washington und Paris unmißverständlich fest: "Wir stehen vor keiner Entscheidung. Ich lehne diese Fragestellung mit aller Entschiedenheit ab. Sie wird weder von Washington erhoben noch von seiten Frankreichs. Und ich glaube, wie die freie Welt in sich geordnet ist, bei allen Nuancierungen, allen Variationsmöglichkeiten, ist diese Frage völlig un-

berechtigt. Es gibt keinen deutschen politischen Immobilismus. Zuviel Mobilismus würde uns sogar der Gefahr aussetzen, daß wir nicht mehr wissen, wo wir stehen. Ich glaube, wir können nur stehen treu zur europäischen Integration, treu zur atlantischen Gemeinschaft und treu zum Bündnis, das die freie Welt zu schützen hat." (237)

Diese für die pro-französisch orientierten Kräfte in der Union wohl unbefriedigenden Ausführungen Erhards hatten keine unmittelbaren negativen Auswirkungen. Dies darf wohl mit der Tatsache erklärt werden, daß wenige Wochen vor dem CDU-Parteitag in Hannover, auf dem Adenauer erneut für den Vorsitz kandidierte und auch gewählt wurde, eine Kontroverse mit dem Kanzler wohlweislich verhindert werden sollte. (238)

Knapp vier Wochen nach diesem Ergebnis flammte jedoch der Streit um die außenpolitische Linie der Bundesregierung wieder auf. Den Anlaß dafür lieferte ein Artikel des CSU-Vorstandsmitgliedes Hans Neuwirth im offiziellen CSU-Organ "Bayern-Kurier", in dem Außenminister Gerhard Schröder vorgeworfen wurde, er repräsentiere in den Fragen der Außenpolitik nicht die Grundhaltung der Mehrheit des deutschen Volkes. (239) Schröder wies in einer offiziellen Erklärung die Angriffe Neuwirths energisch zurück und versicherte, daß sich die von ihm in München vorgetragenen Gedanken mit der seit Jahren von der Bundesregierung praktizierten Politik deckten und auf einstimmigen Beschlüssen des Bundestages beruhten. (240)

Ludwig Erhard, der noch am 19. Februar 1964 in einem Interview mit Günter Gaus seine volle Übereinstimmung mit Schröder in allen außenpolitischen Fragen bekundet hatte (241), stellte sich in ungewöhnlich eindeutiger Form vor seinen Außenminister und ließ durch Bundespresseechef von Hase folgende schriftliche Erklärung verlesen: "Nach Auffassung des Bundeskanzlers handelt es sich bei den Ausführungen im "Bayern-Kurier" um einen ungerechtfertigten und unqualifizierten Angriff auf den Bundesminister des Auswärtigen. Der Minister folgt in der praktischen Ausführung der Politik den vom Bundeskanzler bestimmten Richtlinien und den wiederholt mit großer Mehrheit gefaßten Beschlüssen des Bundestags. Der Bundesminister des Auswärtigen genießt das volle Vertrauen des Bundeskanzlers. In seiner Münch-

ner Rede, deren Analyse und Schlußfolgerungen von der Bundesregierung voll gebilligt werden, hat er keine Feststellung getroffen, die nicht von den Vertriebenen und den Vertretern aller Parteien auf der kürzlichen Bonner Tagung gebilligt worden wäre. Wer glaubt, die Außenpolitik der Bundesregierung nicht akzeptieren zu können, sollte sich im Übrigen an die Adresse des Bundeskanzlers wenden." (242)

Franz Josef Strauß, als CSU-Vorsitzender gleichzeitig der Herausgeber des "Bayern-Kurier", erklärte, der Artikel Neuwirths, der ihm vorher nicht vorgelegen hätte, stellte nur die Meinung des Verfassers und derer dar, die seiner Meinung wären. Dabei vermied es Strauß aber tunlichst, auf die Frage zu antworten, ob er zu diesen gehöre. (243)

In der Fraktionsvorstandssitzung am 13. April 1964 räumte der CSU-Vorsitzende ein, daß es unter den Vertriebenen in der CDU/CSU durchaus Ansichten wie die Neuwirths gäbe, stimmte aber ebenso wie der gesamte Fraktionsvorstand der Vertrauens-erklärung für Minister Schröder zu, befürwortete den umstrittenen Artikel nicht, forderte aber eine Diskussion über die Außenpolitik in den zuständigen Gremien der Partei. (244)

Die Landesleitung der CSU jedoch distanzierte sich von dem Artikel Neuwirths nicht ganz eindeutig. In einem Gespräch, an dem der amtierende Fraktionschef Barzel, Strauß, Höcherl und der stellvertretende Landesgruppenvorsitzende der CSU, Bauer, teilnahmen, sprach Erhard am 14. April 1964 der CSU-Führung und damit dem CSU-Landesvorsitzenden Franz Josef Strauß das volle Vertrauen aus und versicherte nachdrücklich, daß sich seine Erklärung vom 13. April 1964 nicht gegen Strauß, sondern gegen den Artikel Neuwirths gerichtet hätte. (245)

Ein Brief Konrad Adenauers, den dieser unmittelbar vor seiner Abreise in den Urlaub an Strauß schrieb, wurde von maßgebenden Politikern in Bonn dahingehend interpretiert, daß Adenauer Strauß in seiner Haltung bestärkte, eine außenpolitische Diskussion in den Parteigremien zu verlangen. (246)

In der Tat forderte Erhard, der wohl hinter den Vorstoßen des "Bayern-Kuriers" gezielte Aktionen des CSU-Vorsitzenden vermutet haben mag, Strauß in einem Schreiben auf, seine vom Re-

gierungskurs abweichende Auffassung zur deutschen Außenpolitik in einem direkten Gespräch darzulegen. (247)

Dies geschah, sogar in schriftlicher Fixierung, am 9. Mai 1964 in dem Leitartikel des "Bayern-Kurier". (248) Wenn der CSU-Landesvorsitzende seine Ansichten zur Außenpolitik darlege, so schrieb der Pressereferent der CSU-Landesleitung, Carl Schmüller, gehe es ihm, Strauß, allein um die Sache, nicht um Person und Amt. (249)

In Schmüllers Leitartikel hieß es weiter: "Es wäre nichts weiter als das Gebot politischer Fairneß, endlich damit aufzuhören, hinter jedem Artikel im "Bayern-Kurier", der sich mit der derzeitigen Außenpolitik beschäftigt, und hinter jeder kritischen Äußerung gegenüber dem derzeitigen Bundesaußenminister die Absicht zu sehen, Strauß als neuen Außenminister aufzubauen." (250)

An die Adresse Erhards gerichtet, stellte Schmüller fest, daß dieser nicht umhin kommen werde, "die außenpolitischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Unionsparteien noch im Verlauf des Monats Mai zu bereinigen." (251)

In der Tat konferierte der Kanzler am 19. und 20. Mai 1964 in seinem Haus in Gmund am Tegernsee mit Bundesaußenminister Schröder, der kurz zuvor auf der Nato-Konferenz in Den Haag mit persönlichem Erfolg eine erneute Willensbildung der westlichen Bündnispartner zur Wiedervereinigung und zur deutschen Frage erreicht hatte (252), dem CSU-Vorsitzenden Strauß und dem amtierenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Barzel, mit denen er zunächst Einzelgespräche geführt hatte. (253) Erhard wertete die Gespräche, an denen auch der parlamentarische Geschäftsführer der CSU, Leo Wagner, der Chef des Bundeskanzleramts, Ludger Westrick, und der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Karl Carstens, teilgenommen hatten, als Erfolg und hob hervor, daß über die in seiner Regierungserklärung niedergelegten Richtlinien völliges Einvernehmen hergestellt werden konnte. (254)

Inzwischen sorgten Äußerungen des Verkehrsministers Seehofer, die dieser beim Pfingsttreffen der Sudetendeutschen am 17. Mai 1964 in Nürnberg gemacht hatte, insofern für neuen Ärger, weil dieser in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der

Sudetendeutschen Landsmannschaft gefordert hatte, das Sudetenland an das "sudetendeutsche Heimatvolk" zurückzugeben, wobei die Frage der Staatsgrenzen nicht primär sei. (255)

Die Bundesregierung distanzierte sich am 22. Mai 1964 von den Formulierungen Seebohms, der von Erhard zu einer Aussprache zitiert worden war und bekräftigte, daß sie keinerlei territoriale Forderungen an die Tschechoslowakei erhebe. (256)

Der Juni brachte Erhard, der in diesem Monat zum zweiten Mal während seiner Amtszeit zu einem Staatsbesuch in die USA gereist war, keine spektakulären intraparteilichen Auseinandersetzungen.

Zu erwähnen ist ein Interview des CSU-Abgeordneten von und zu Guttenberg, der während der Abwesenheit des Kanzlers im Bayerischen Rundfunk die Ansicht vertrat, daß Europa "nicht auf die Dauer, nicht für die nächsten und kommenden Jahrzehnte in völliger Abhängigkeit von den Sicherheitserwägungen und Sicherheitsentschlüssen" der Vereinigten Staaten bleiben dürfte und plädierte in diesem Sinne für eine europäische Atommacht auf der Grundlage der französischen Force de Frappe. (257)

Arbeitsminister Theodor Blank kritisierte öffentlich einen Kabinettsbeschluß, der eine Erhöhung der Pflichtversicherungsgrenze in der Rentenversicherung von 1.250,-- DM auf 1.500,-- DM festsetzte, energisch. (258)

Erhard reagierte nicht. Sowohl die Äußerungen Guttenbergs als auch die Blanks standen im Gegensatz zu Erhards Regierungspolitik und trugen nicht zur Steigerung seiner Handlungsfähigkeit bei.

Diese glaubte Erhard wohl zu stärken, als er Mitte Juni 1964 seinen bisherigen Staatssekretär Ludger Westrick als Bundesminister für besondere Aufgaben durchsetzte. Die Beförderung des parteilosen Westrick, die in erster Linie beamtenrechtlich bedingt war, fand in der Union nicht den ungeteilten Beifall. (259)

Ebenfalls Ende Juni 1964 geriet der Wehrbeauftragte, Vizeadmiral a.D. Hellmuth Heye, in den Mittelpunkt einer schweren Krise, weil dieser unter seinem Namen eine Artikelserie über den Zustand der Bundeswehr in der deutschen Illustrierten "Quick"

veröffentlicht hatte. Erhard distanzierte sich spontan und stellte sich eindeutig auf die Seite der Soldaten, obwohl einige Wehrexperthen, wie z.B. Franz Josef Strauß, die Ausführungen Heyes für durchaus diskussionswürdig hielten. (260)

Am 1. Juli 1964 wurde Heinrich Lübke von der Bundesversammlung für eine zweite Amtsperiode zum Bundespräsidenten gewählt. Dazu bemerkt Hildebrand: "Die Wahl vom 1. Juli 1964 aber ist im Hinblick auf ihre Vorgeschichte und ihre Folgen symptomatisch und wichtig. Denn in diesem Vorgang verdichteten sich die für das parlamentarische System kennzeichnenden und möglichen Koalitionsvarianten der Zeit. Damals dominierende und sich abzeichnende künftige Tendenzen der Regierungsbildung traten zutage, als die Parteien und ihre sich durchsetzenden Mehrheiten sowie ihre andere Absichten verfolgenden Gruppierungen darangingen, ihre taktischen und strategischen Optionen und Ziele zu erörtern und festzulegen. Kern- und Bezugspunkt ihres Handelns war auch in diesem Fall das Streben nach Bewahrung, Teilhabe und Gewinn der politischen Macht im Staat." (261) Die Union, einschließlich Ludwig Erhard, machte schon früh, am 25. und 26. Mai 1964 klar, daß sie entschlossen war, auf einer Wiederwahl Lübkes, der als Verfechter einer Großen Koalition galt, zu bestehen. (262) Es war deshalb verständlich, daß Lübke bei der SPD nicht unbeliebt und bei der FDP, die seine Wiederwahl ablehnte, suspekt war. Die FDP versuchte in Diskussionen mit der Union, einen anderen Kandidaten der CDU/CSU zu nominieren, stieß dabei allerdings auf erbitterten Widerstand. "In gewisser Hinsicht erinnerte die Haltung der CDU/CSU an Adenauers Behandlung der FDP in den fünfziger Jahren. Sie zielte durchgehend darauf ab, die Liberalen entweder zum völligen Einlenken zu zwingen oder über strittigen Fragen zu spalten. Ob darüber hinaus, in der ersten Hälfte des Jahres 1964, mit dem Festhalten an Lübkes Kandidatur auch ein auf die Bildung einer Großen Koalition verbundenes Strategem eine Rolle spielte und ob mit der FDP zusammen auch Erhard getroffen werden sollte, drängt sich als Frage geradezu auf. Der Bundeskanzler selbst hielt sich diesem allem gegenüber ganz erstaunlich zurück. Zumindest machte er nicht entschieden Front gegen den vor allem von Barzel der FDP zugemuteten harten Kurs, der ihn als Kanzler à la longue schwächte." (263)

Am 3./4. Juli 1964 forderte der französische Staatspräsident Charles de Gaulle die Bundesrepublik bei einem Staatsbesuch in Bonn auf, sich definitiv für Paris oder Washington zu entscheiden. (264) "Sein während der gemeinsamen deutsch-französischen Beratungen vorgetragener Wunsch nach einem Zusammengehen zwischen Frankreich und Deutschland fand dabei nicht die erwünschte Resonanz. Vor allem Außenminister Schröder begegnete dem Verlangen nach so exklusiven, das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten beeinträchtigenden Beziehungen zwischen Bonn und Paris mit kühler Reserve und unverhohlener Skepsis. Er war auf keinen Fall dazu bereit, sich aus der Obhut eines machtvollen Patrons zu lösen, um sich einem unzweideutig schwächeren Hegemon anzuvertrauen und ihm auf dessen Reise "ins Unzeitgemäße" zu folgen." (265)

Konrad Adenauer versuchte später de Gaulles Verstimmung darüber, daß der deutsch-französische Vertrag nicht mit Leben gefüllt sei, damit zu erklären, daß de Gaulle während seines Staatsbesuches in Bonn zu kühl behandelt worden sei. (266)

Wenige Tage vor dem Parteitag der CSU in München, zu dem Erhard als Gastredner eingeladen war, entwarf der Bundeskanzler sein außenpolitisches Konzept von einem "Europa der Freien und Gleichen." (267) "Für den nüchternen Realisten Adenauer waren solche in die Zukunft weisenden Visionen Erhards vielleicht nicht wirklichkeitsnahe genug. Durch sie sah er seine aller-nächsten Pläne, eine festgemauerte deutsch-französische Freundschaft und enge Kooperation auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, gefährdet. In diesen seinen Sorgen wurde der Kanzler bestärkt durch die Reaktion des Generals auf Erhards Vorstellungen von einer Europäischen Gemeinschaft. De Gaulles Haltung zur Erweiterung der EWG und insbesondere zur Frage der Übertragung von nationalen Hoheitsrechten auf die Gemeinschaft war stark durch nationale, protektionistische und vielleicht auch hegemoniale Vorstellungen beeinflusst, insoweit konnte natürlich ein Einvernehmen zwischen Erhard und de Gaulle in diesen Fragen nicht erwartet werden." (268)

Auch die pro-französischen Kräfte in der Union dürften wohl mit Adenauer Übereingestimmt haben, so daß zu befürchten war, vor allem Franz Josef Strauß würde auf dem Parteitag der CSU Erhards

Ausführungen als Kampfansage der "Gaullisten" gegen die "Atlantiker" in der CDU/CSU nutzen. (269)

Nach einem Gespräch mit Heinrich Krone und Josef-Hermann Dufhues, das während Erhards Staatsbesuch in Dänemark stattgefunden hatte, durfte angenommen werden, daß die CDU Strauß empfahl, auf der bevorstehenden CSU-Landesversammlung nicht zu scharf auf eine politische Zweierunion zwischen Frankreich und der Bundesrepublik zu drängen und von persönlichen Angriffen auf Erhard und Schröder abzusehen. (270)

Über ein Gespräch zwischen Adenauer und Strauß kurz vor dem CSU-Parteitag wurde amtlich bekanntgegeben, daß "Übereinstimmung der Ansichten der Vorsitzenden der CDU und der CSU über die Frage des deutsch-französischen Verhältnisses festgestellt" wurde und ferner eine enge Zusammenarbeit auf außenpolitischem Gebiet zwischen Adenauer und Strauß vereinbart worden sei. (271)

Nach der Kabinettsitzung am 10. Juli 1964, auf der Erhard unter anderem eine umfassende Darstellung des deutsch-französischen Dialogs gegeben hatte, erläuterte Regierungssprecher von Hase das Konzept der Bundesregierung, das ein Europa der Sechs nicht als Endziel, aber als Ausgangspunkt vorsah. Um dies zu erreichen, sollte auf der Grundlage des deutsch-französischen Vertrags ein Meinungsaustausch stattfinden, mit welchen Methoden und in welchem technischen Rahmen der deutsch-französische Dialog fortgeführt werden könnte und ob, wann und wie eine Initiative für die verstärkte politische Zusammenarbeit zu entwickeln war. (272)

Strauß forderte in seiner programmatischen Rede am 9. Juli auf dem CSU-Parteitag den Zusammenschluß der sechs EWG-Länder zu einer politischen Union in Form einer Konföderation und sprach sich in dieser Frage für ein enges Zusammengehen mit Frankreich aus. (273) Strauß machte auch keinen Hehl aus seiner Enttäuschung über die unbefriedigenden Ergebnisse des Staatsbesuchs de Gaulles in Bonn und sagte: "Wir müssen die europäische Stagnation überwinden, Stagnation ist Rückfall, Rückfall ist Zerfall." (274)

Auch Dufhues und Barzel sprachen sich als Gastredner eindeutig für die Intensivierung der deutsch-französischen Freundschaft aus. (275)

Erhard, der auf dem CSU-Parteitag stürmisch gefeiert wurde, rechtfertigte in seiner Rede am 12. Juli 1964 in München seinen außenpolitischen Kurs und bekräftigte entschieden sein vom Grundgesetz garantiertes Recht, die Richtlinien der Politik zu bestimmen. "Die Außenpolitik der Bundesrepublik ist meine Politik, die Politik, für die ich die Verantwortung trage. Ich will und kann diese Verantwortung nicht aufgeben. Manche Leute sagen, wir brauchen Erhard, um die nächsten Wahlen zu gewinnen. Die begehen einen schweren Irrtum. Ich mache meine Politik nicht, um Wahlen zu gewinnen, sondern für Deutschland und für das ganze deutsche Volk. Wer eine andere Politik will, muß ein Mißtrauensvotum einbringen. Der Bundeskanzler bestimmt laut der Verfassung die politische Linie - ohne wenn und aber." (276) Der Bundeskanzler betonte weiter, daß der deutsch-französische Vertrag kein Selbstzweck sei, gestand aber ein, Europa sei ohne die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland nicht möglich, aber im Interesse der europäischen Einigung "sollten wir zunächst bei den Sechs anfangen und noch einmal durchzustoßen versuchen." (277) Der Idee von Franz-Josef Strauß, die Beziehungen zwischen Bonn und Peking zu intensivieren, um so Moskau in der deutschen Frage unter Druck zu setzen, erteilte der Bundeskanzler eine klare Absage. (278)

Guttenberg griff den Gedanken von Adenauer und Dufhues auf, einen deutsch-französischen Arbeitsausschuß zu bilden, der nach den Worten des CSU-Abgeordneten den Vorschlag einer politischen Union der sechs EWG-Länder in Form einer Konföderation ausarbeiten sollte. (279)

Die CSU trat für eine große Aussprache ein, in der mit allen für die politische Führung der Union Verantwortlichen über Initiativen in der Europapolitik diskutiert werden sollte. (280) Erhard jedoch wies die CSU-Forderung schroff zurück und ließ erklären: "Der Bundeskanzler sieht keinen Anlaß, solchen Wünschen zu entsprechen. Es bleibt bei dem von ihm vorgesehenen Teilnehmerkreis für den am kommenden Montag stattfindenden Gedankenaustausch." (281)

Im ganzen gesehen traten in diesen Tagen die außenpolitischen Gegensätze in den beiden großen Lagern der Union deutlich zutage. Sie bilden wohl auch den Verständnishintergrund für die

Telefongebührenaffäre im Sommer 1964, die Hildebrand als eine Komödie der deutschen Nachkriegspolitik bezeichnet. (282)

Um das Defizit des größten bundesrepublikanischen Dienstleistungsunternehmens, der Bundespost, auszugleichen, beschloß das Kabinett, allerdings gegen Einwände großer Teile der Freien Demokraten, noch vor der Sommerpause 1964 eine drastische Erhöhung der Telefongebühren und eine 50prozentige Anhebung der Grundgebühr im Fernsprech- und Fernschreibverkehr vorzunehmen. (283)

Die vom Bundeskabinett beschlossenen Erhöhungen stießen in der Öffentlichkeit, bei zahlreichen Organisationen sowie bei der FDP auf scharfe Kritik. (284)

Dieser schlossen sich auch Franz Josef Strauß und der Vorsitzende des Mittelstandskreises der CDU/CSU an, die in Telegrammen an Erhard ihre Bedenken dahingehend formulierten, daß eine Erhöhung der Telefongebühren zu einer außergewöhnlichen Belastung der mittelständischen Wirtschaft und des einzelnen Verbrauchers führen würde. (285)

Dessen ungeachtet bestätigte das Bundeskabinett unter der Leitung Erhards am 22. Juli 1964 einstimmig seinen Beschluß, die Telefon- und Fernschreibgebühren vom 1. August ab zu erhöhen. (286)

Als General de Gaulle am 23. Juli 1964 auf seiner elften Pressekonzferenz seit seiner Regierungsübernahme die mangelnde Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik kritisierte und betonte, daß die Führungsrolle der Vereinigten Staaten in der westlichen Welt durch die veränderten politischen Bedingungen überholt sei (287), wies die Bundesregierung mit einer scharf pointierten Stellungnahme die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten zurück, die dieser über das deutsch-französische Verhältnis gemacht hatte. (288)

Dies mag wohl ein Grund dafür gewesen sein, daß die "die deutschen Gaullisten" unterstützende Bild-Zeitung eine Woche lang systematisch und demagogisch dagegen Sturm lief, daß das Telefonieren in Deutschland pro Einheit um vier Pfennige teurer werden und anstatt der bislang zu entrichtenden 16 zukünftig 20 Pfennige kosten sollte. Die Bild-Anklagen ließen einen

Zustand wachsender Erregung aufkommen. Postminister Stücklen und seine Familie standen beim sonntäglichen Kirchgang unter Polizeischutz. (289) Als die Boulevardzeitung am 24. Juli 1964 mit der Schlagzeile forderte: "Holt den Bundestag aus dem Urlaub!", berief Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier das Parlament für den 29. Juli 1964 zu einer Sondersitzung ein und entsprach damit einem Antrag der SPD-Fraktion vom 21. Juli. (290)

Vor der Bundestagsdebatte schien es so, daß CSU und FDP mit der SPD stimmen und so der Bundesregierung eine empfindliche Schlappe beibringen könnten. (291) In der Debatte selbst verteidigte unter anderem einer der kompetentesten Anhänger Erhards, der Abgeordnete Schmidt/Wuppertal, die Erhöhung der Gebühren sehr sachverständig. (292) Mit Hilfe der Stimmen der CSU und der fünf FDP-Bundesminister entging Erhard in der Auseinandersetzung um die Telefongebührenerhöhung nur knapp einer parlamentarischen Niederlage. (293) Im Oktober 1964 jedoch gab Erhard aufgrund energischer Proteste nach und reduzierte die zunächst vorgenommene Erhöhung der Telefongebühren um zwei Pfennig (294), was den Erhard-treuen Abgeordneten Schmidt aus Wuppertal zu der Äußerung veranlaßte: "Es ist mir nicht wichtig, daß ich ... durch Ihre Entscheidung, die Telefongebühren wieder zu senken, desavouiert worden bin. Mir ist allein wichtig, daß und in welchem Maße der Glaube an Ihre politische Führungskraft dadurch gemindert worden ist." (295)

Ludwig Erhard mußte in den letzten Julitagen die bittere Erfahrung machen, nicht am Parlament vorbeiregieren zu können und auf die Unterstützung der CSU unter Franz Josef Strauß angewiesen zu sein, der sich nicht scheute, gegen die eigenen CSU-Bundesminister zu agieren. (296) Vor der CDU/CSU-Fraktion erklärte Strauß später, daß er für die Loyalität der CSU Anerkennung vom Kanzler erwarte. (297) Da diese Anerkennung als Entgegenkommen in außenpolitischen Grundsatzfragen zu sehen war, wurde deutlich, daß die Telefongebührenaftäre weit über die damit zusammenhängenden Sachfragen hinausging. (298)

Am Samstag, den 1. August 1964, wurde in der FAZ ein Leserbrief veröffentlicht, in dem Dr. Konrad Adenauer, Köln, die Ansicht vertrat, "daß der Bundeskanzler die Richtlinien der Po-

litik lediglich für sein Kabinett verbindlich bestimmen kann." (299) Diese Leserzuschrift erregte in den bundesdeutschen Gazetten großes Aufsehen, obwohl sorgfältige Recherchen ergaben, daß der Brief nicht vom CDU-Vorsitzenden, sondern von dessen Sohn Konrad verfaßt worden war. (300) Konrad Adenauer senior stellte dies auf einer Pressekonferenz am 4. August 1964 klar und erklärte dazu: "Also wissen Sie, die Frankfurter Zeitung möge es mir nicht übelnehmen, aber ich hätte ihr keinen Leserbrief geschrieben. Mein Sohn hat's getan. Er trägt meinen Namen, womit ich nicht sagen will, daß ich Söhne habe, die nicht meinen Namen tragen. Nun stand der Brief in der Frankfurter Zeitung. Da sagte man natürlich gleich wieder: Dieser nichtanutzige Konrad Adenauer (das bin jetzt ich, meine Herren!). Kaum ist der Erhard weg, da schießt er schon wieder gegen ihn. Aber mein Sohn hat mich nicht gefragt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man seine Kinder möglichst frei laufen lassen soll." (301)

Auf derselben Pressekonferenz erheiterte der Altbundeskanzler die Journalisten mit seinem Bekenntnis zum politischen Kampf, den er wunderschön finde, wenn er erfolgreich sei. (302)

Ludwig Erhard gab am 25. August 1964 dem Bayerischen Rundfunk ein Interview, in dem der Bundeskanzler vor nationalistischen Strömungen in Bayern warnte. (303) Dies führte zu erneuten Spannungen zwischen Erhard und Strauß, so daß die Landesleitung der CSU Erhard am 27. August fernschriftlich aufforderte "die mißverständlichen Passagen" zu erläutern und anzugeben, wer mit den Vorwürfen gemeint sei. (304)

Über seinen persönlichen Referenten Dankmar Selbt ließ Erhard erklären, dem Bundeskanzler sei es unverständlich, wie man aus den Formulierungen des Interviews Vorwürfe gegen Strauß herauslesen könne und entschuldigte sich für seine "unglückliche Erklärung". (305)

Am 27. August teilte die CSU-Pressetelle mit: "Diese unglückliche Erklärung des Bundeskanzlers fand eine Deutung, die der Bundeskanzler, wie er der CSU ausdrücklich versicherte, nie beabsichtigte. Im übrigen sollte die Entwicklung in den anderen Bundesländern dem Bundeskanzler mehr Sorgen bereiten als die Entwicklung in Bayern. Die kommunistische Infiltration und die

im Dienst des Ulbricht-Regimes stehenden Propagandainstrumente wären tatsächlich Anlaß für eine Besorgnis des Bundeskanzlers. Außerdem wäre es ein Zeichen für ein völlig falsches Geschichtsbild, etwa Bayern in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen als besonderen Herd des Nationalsozialismus zu betrachten. Die CSU erinnert daran, daß ihr Vorsitzender erst auf der Landesversammlung 1964 mit allem Nachdruck darlegte, daß die CSU den Nationalismus als den Totengräber Europas betrachtet und ihm die Schuld am Zusammenbruch der europäischen Staatenwelt gibt, daß sie aber die Vertretung legitimer deutscher Interessen für ein Gebot der deutschen Politik hält." (306)

Die Veröffentlichung eines angeblich geheimen Dokuments über die Deutschlandpolitik der Freien Demokraten bot der CSU Anfang September 1964 einen willkommenen Anlaß, dem Kanzler nahezulegen, er möge sich um gefährliche Strömungen bei dem anderen Koalitionspartner kümmern. Der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Leo Wagner, forderte, Erhard sollte mit den Koalitionsparteien ein Gespräch über Ostkontakte führen. Gleichzeitig forderte die der CSU nahestehende "Demokratische-Konservative Korrespondenz" Erhard auf, er solle Adenauer und Strauß mehr vertrauen als seiner Umgebung und falschen Freunden von der "heimatlosen Linken". (307) Ebenfalls Anfang September 1964 fand ein Artikel des Adenauer sehr nahe stehenden Bonner Publizisten Paul Wilhelm Wenger große Beachtung. Im "Rheinischen Merkur" übte dieser erneut harte Kritik an der Außenpolitik der Bundesregierung, vor allem aber am deutsch-französischen Verhältnis. (308)

Vor allem die scharfen Töne aus München trübten das Koalitions-klima erheblich und veranlaßten den stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Willi Weyer auf dem kommunalpolitischen Kongress seiner Partei in Detmold zu der Feststellung, es sei das wichtigste politische Anliegen der FDP für die Bundestagswahl 1965, eine Berufung von Strauß ins Kabinett zu verhindern. (309) Weyer legte ein eindeutiges Bekenntnis zu Erhard ab, brachte diesen jedoch in Schwierigkeiten, weil er auf derselben Veranstaltung von ihm forderte, sich auf eine Absage an Strauß festzulegen. (310)

In demselben Sinne äußerten sich der FDP-Vorsitzende Erich

Mende auf dem Berliner FDP-Landesparteitag und der FDP-Abgeordnete Mörsch. (311)

Strauß selbst antwortete in einem Zeitungsinterview auf die Angriffe der FDP: "Ich halte solche Forderungen für eine politische Torheit und einen Beweis dafür, daß die FDP ihre Rolle als Zünglein an der Waage auch in Zukunft mißbrauchen will." (312)

Die Koalitionskrise bot dem parlamentarischen Geschäftsführer der CSU, Leo Wagner, den Anlaß, die Eigenständigkeit der christlich-sozialen Union zu betonen. In einem Interview mit der der CDU nahestehenden "Politisch-Sozialen Korrespondenz" sprach sich Wagner jedoch für die Bildung eines gemeinsamen politischen Wahlkampfvereins mit der CDU aus und hob das "enge und vertrauensvolle Verhältnis" zwischen dem CDU-Vorsitzenden Adenauer und dem CSU-Vorsitzenden Strauß hervor, die sich in "nicht allzulangen Zeitabständen" immer wieder zu einem Meinungsaustausch trafen. (313)

Die harten Attacken von Weyer und Mende auf Strauß verstärkten die Koalitionskrise (314) und nährten Ende September 1964 Gerüchte, Erhard würde bereits vor den Bundestagswahlen 1965 als Kanzler parteiintern abgelöst. Ohne konkrete Namen zu nennen, berichteten einflußreiche, vor allem der SPD nahestehende Presseorgane, daß "CDU-Führungskreise" die Kanzler-Nachfolge als "heißes Eisen" bezeichnen (315), weil es diesem zu sehr an Führungs- und Entschlußkraft mangle. (316)

Der Bundeskanzler reagierte auf diese Meldungen prompt und trat den Spekulationen um seine mögliche Ablösung als Regierungschef entschieden entgegen. In seiner einzigen Wahlkampfrede im niedersächsischen Kommunalwahlkampf erklärte er: "Sie haben sicher nicht den Eindruck, als ob ich die Absicht hätte, hier eine Abschiedsvorstellung zu geben." (317) In Anbetracht der bevorstehenden Bundestagswahl 1965 stellte die CSU im Gefolge dieser Pressekampagne klar, daß es keine Verschwörung gegen Erhard gäbe: "Erhard ist Kanzler und bleibt Kanzler." (318)

Das wiederhergestellte Einvernehmen mit dem Kanzler zeigte sich vor allem darin, daß der außenpolitische Arbeitskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 29. September 1964 die Europa-Pläne der Bundesregierung guthieß und damit der außenpolitischen Li-

nie von Bundeskanzler Erhard und Bundesaußenminister Schröder folgte. (319)

Erhard war Anfang Oktober 1964 unter dem Eindruck des für die Union ungünstigen Ergebnisses der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen bemüht, die intraparteilichen und koalitionsbedingten Querelen baldmöglichst zu beenden, um die Wahlchancen der bürgerlichen Koalition für 1965 nicht zu mindern. (320).

Strauß nahm die Möglichkeit zu einer Aussprache mit dem Kanzler am 29. September wahr (321), sagte aber seine Teilnahme an einem "Versöhnungssessen", zu dem Erhard die Unionspolitiker Dufhues, Barzel, Strauß und Krone, von der FDP Mende, Weyer und Zoglmann sowie Bundesminister Westrick eingeladen hatte, kurzfristig ab. (322)

Am 6. Oktober 1964 nahm Strauß an einem neuen Koalitionsgespräch teil und signalisierte der FDP konstruktive Zusammenarbeit (323), äußerte jedoch in einem Interview mit der "Berliner Morgenpost", daß eine Koalition der Unionsparteien mit der SPD seiner Ansicht nach nicht grundsätzlich auszuschließen sei. (324) Die intraparteilichen Auseinandersetzungen in der CDU/CSU und das enttäuschende Abschneiden bei fünf Kommunalwahlen führten die Union und den Kanzler persönlich in der Öffentlichkeit in ein Stimmungstief (325), das die engsten Mitarbeiter Erhards im Bundeskanzleramt dazu veranlaßte, unter der Leitung von Karl Hohmann einen "Sonderkreis" einzurichten, der im Hinblick auf die Bundestagswahl 1965 die Politik der Bundesregierung, insbesondere des Kanzlers, deutlich artikulieren sollte. (326) Diesem Kreis, der am 18. Oktober 1964 seine Arbeit aufnahm und vorläufig nur bis zu den Bundestagswahlen 1965 aktiv sein sollte (327), gehörten unter anderem Intellektuelle wie Rüdiger Altmann, Johannes Gross und Rudolf Wildenmann an. (328) "An das Vorbild amerikanischer brain trusts erinnernd und durchaus zeitgemäß, sollte ihre Aufgabe weniger in operativer Planungsarbeit bestehen, wie sie für die darauffolgende Regierungszeit Kurt Georg Kiesingers charakteristisch wurde. Vielmehr waren in diesem Kreis möglichst unauffällig und diskret, informell und zwanglos, vor allem aber fernab von engstirnigen Gesichtspunkten individueller Parteizugehörigkeit, die Probleme der Zeit im allgemeinen und der Republik im besonderen zu

durchdenken. Als Integrationsmuster wurde in diesem Rahmen zum Beispiel die Idee von der "Formierten Gesellschaft" geboren. In ihr sollte die neu herausgebildete, pluralistische Leistungs- und Konsumgesellschaft bei tendenzieller Abflachung des ökonomischen Wachstums die Zunahme neuer gemeinschaftlicher Aufgaben ebenso meistern wie die Wirtschaft des Landes, deren ursprünglich auf außergewöhnlich niedrigen Löhnen beruhende Wettbewerbsvorteile schwanden, ihre Konkurrenzfähigkeit durch qualitative Innovationen aufrechterhalten mußte. Denn wie andere demokratisch-sozialstaatlich verfaßte Industriegesellschaften des Westens hatte sich auch die Bundesrepublik jetzt immer härter mit den mächtig und fordernd auftretenden organisierten Interessen auseinanderzusetzen. Die umstrittene Formel sollte nach der Vorstellung ihres geistigen Vaters, Rüdiger Altmann, nicht zuletzt auch dazu dienen, sich von der auf Anpassungskurs zur Union eingeschwenkten Sozialdemokratie, insbesondere von ihrem damals weitgehend in die Lautlosigkeit verbannten linken Flügel, phantasievoll und zukunftsorientiert abzuheben." (329)

Erhard war entschlossen, wie er in einem Fernsehinterview am 16.10.1964 anlässlich seiner einjährigen Amtszeit als Kanzler versicherte, seine Politik konsequent fortzusetzen, die Bundestagswahlen 1965 zu gewinnen und als Kanzler noch viele Jahre im Amt zu bleiben. (330)

Ob dieses auch im Sinne der beiden Parteivorsitzenden der Union Strauß, der Mitte Oktober die FDP erneut scharf wegen ihrer Wehrpolitik angegriffen hatte (331), und Adenauer sein würde, schien im Herbst 1964 mehr als fraglich. Am 1. November 1964 erklärte Altbundeskanzler Adenauer in seiner bisher schärfsten Kritik an der Regierung seines Amtsnachfolgers in einem Interview mit "Bild am Sonntag": "So schafft es Erhard nicht." (332)

Die Regierungsparteien reagierten mit Betroffenheit und Verwirrung auf dieses Zeitungsinterview, in dem Adenauer geäußert hatte, das deutsche Volk verlange eine "klare Führung". (333) Neben der unüberhörbaren Kritik an Erhards und Schröders Außenpolitik (334) fand Adenauer sehr lobende Worte für den CSU-Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß, den er eine "eminente politische Begabung" nannte. (335) Ferner deutete der 88jährige

Parteichef der CDU an, daß seine Popularität stärker als die des Kanzlers sei. (336)

Am 2. November 1964 befaßten sich die Bundesregierung und die Koalitionsparteien auf mehreren Ebenen mit der Attacke des CDU-Vorsitzenden Adenauer und kamen zu dem eindeutigen Ergebnis, daß sowohl ein Wechsel im Kanzleramt (337) als auch im Außenministerium (338) ausgeschlossen sei.

Mit einem beschwörenden Appell wandte sich Erhard am 3. November an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und forderte sie auf, jetzt endlich Geschlossenheit zu zeigen. "Das deutsche Volk ist es satt, ständig mit unseren inneren Streitigkeiten beschäftigt zu werden." (339)

Am 5. November kam es im Rahmen einer Besprechung anlässlich des bevorstehenden Besuchs Adenauers in Paris (340), an der außer Adenauer auch Barzel, Gerstenmaler, Krone und Carstens teilnahmen, zu einer notdürftigen Beilegung des Streits. (341)

Bundesaußenminister Gerhard Schröder kritisierte die Aktivität Adenauers, indem er vor zu großer Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich warnte: "Die große westliche Einigung, die Wiedererlangung der Souveränität für einen Teil Deutschlands, die Bundesrepublik als Partner der Gegner von gestern, als Partner in einer fortschrittlichen und freien Welt, das waren und sind die unbestreitbaren Verdienste Konrad Adenauers. Warum will er sie schmälern, warum den Blick verengen, warum an die Stelle des Ganzen, das im Interesse unserer Sicherheit eine gute Partnerschaft mit Washington, eine Abstimmung mit London und Freundschaft mit Frankreich erforderlich macht, nur das Detail setzen? Warum zu große Nachgiebigkeit gegenüber einem Partner? Die Geschichte geht weiter. Wir müssen geschmeidig genug sein, um auch in einer veränderten Welt unsere Ziele ansteuern zu können. Sicherheit, Wohlfahrt für die Bundesrepublik und Berlin, und die Öffnung von Wegen, die zu einem späteren Zeitpunkt einmal das große Gespräch über den Friedensvertrag und Deutschlands Einheit zulassen werden", folgerte der Außenminister. (342)

Adenauer fühlte sich durch das Interview Schröders, das ebenso wie ein Interview Gerstenmalers in der Bild-Zeitung in der

Union starke Kritik ausgelöst hatte, brüskiert. (343) Erhard versicherte jedoch, daß er an Gerhard Schröder als Außenminister festhalten werde, um die gemeinsame Politik auch in Zukunft durchzusetzen. (344)

Ungeachtet erneuter Kritik von Adenauer (345) und Strauß (346) ging Bundeskanzler und Bundesaußenminister Ende Dezember zuversichtlich in das so wichtige Wahljahr 1965, das als erstes wichtiges außenpolitisches Ereignis den Staatsbesuch Erhards und Schröders in Frankreich brachte. (347)

"Wenn Erhard trotz fundamentaler Konzeptionsunterschiede zur französischen Politik doch immer wieder um einen Ausgleich mit de Gaulle bemüht war, dann lagen die Gründe dafür nicht zuletzt im innen- und parteipolitischen Bereich. Nach den dramatischen außenpolitischen Debatten zwischen "Atlantikern" und "Gaullisten" vom Sommer und Herbst 1964 ebte dieser Streit angesichts des früh begonnenen Wahlkampfes gegen Ende dieses Jahres eher ab. Die Union schloß ihre Reihen, um das Wählervolk nicht weiter zu verwirren, sondern hinter sich zu scharen. Unter dem Einfluß seiner Ratgeber war der Bundeskanzler, ohne Illusionen über wirkliche Erfolge zu hegen, darauf bedacht, dem Verhältnis zu Frankreich freundliche Züge zu verleihen, um im Wahlkampf bestehen zu können. Daher wirkte vor allem Kanzleramtschef Westrick vermittelnd zwischen der "atlantischen" und "gaullistischen" Position innerhalb der Union und hielt den Minister des Auswärtigen behutsam dazu an, nicht allzu entschieden Front gegen de Gaulle zu beziehen. Deshalb wurde auch dem Gipfeltreffen zwischen dem französischen Staatspräsidenten und Erhard im Januar 1965 auf deutsche Anregung hin ein exklusiver Rahmen verliehen. Es fand dieses Mal nicht in Paris, sondern auf Schloß Rambouillet statt und beschränkte sich vornehmlich auf die Begegnung des Präsidenten mit dem Kanzler, während Minister Schröder in der französischen Hauptstadt weilte." (348)

- 6 Das Wahljahr 1965 - Wahlkampf, Wahlausgang, Regierungsbildung
- Nach dem erfolgreichen Staatsbesuch in Frankreich zum Jahresauftakt (349) und dem Scheitern des MLF-Projekts, das den erbitterten Widerstand des britischen Premiers Harold Wilson und

des französischen Staatspräsidenten herausgefordert hatte (350), schien vorläufig auf außenpolitischem Gebiet zwischen den führenden Unionspolitikern Einvernehmen zu herrschen. Anfang Februar 1965 attackierte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß den Vorsitzenden der Freien Demokraten, Erich Mende, sehr heftig. Mende hatte in Flensburg, auf die "Strauß-Frage" angesprochen, geantwortet: "Ich bin der Auffassung, daß die Kabinettszugehörigkeit des Landesvorsitzenden der CSU sich schon deshalb gegenwärtig nicht stellt, weil die gegen Strauß anhängigen Verfahren mit den darin enthaltenen schweren Vorwürfen noch nicht abschließend geklärt und entschieden sind. Daher ist es müßig, über diese Frage jetzt öffentlich zu diskutieren." (351) Weiter betonte Mende, daß die Vorbehalte gegen die "barocke Lebensweise" des CSU-Vorsitzenden auch dann fortbestünden, wenn sich die juristischen Vorwürfe gegen diesen als haltlos erweisen würden. (352) Strauß, für den der CSU-Generalsekretär Anton Jaumann ein Ministeramt nach der Bundestagswahl gefordert hatte, beschuldigte Mende, den Koalitionsfrieden gebrochen zu haben und warf ihm vor "keine Dummheit vergessen und keine Gescheitheit dazugelernt" zu haben. (353) Der frühere persönliche Referent von Franz Josef Strauß, Walter Oberhorner, der die Öffentlichkeitsarbeit der CSU leitete, gab nach der Mende-Äußerung die Erklärung ab: "Wer nein zu Strauß sagt, sagt auch nein zur CSU" (354). Diese stieß selbst in Kreisen der CSU auf Kritik.

Am 10. Februar warf Altbundeskanzler Adenauer in einer kritischen Analyse der amerikanischen Politik den Vereinigten Staaten in einem Interview mit der New York Times vor, von ihren Problemen in Südostasien besessen zu sein und Europa zu vergessen. (355) In dem Gespräch äußerte Adenauer weiter, daß die Sowjetunion die stärkste Macht würde, wenn Amerika den europäischen Kontinent verlöre. (356) Ferner vertrat er die Ansicht, daß in Frankreich und Italien kommunistisch geleitete Volksfrontregime an die Macht kommen und die kommunistische Bedrohung entscheidend verschärfen würden, wenn General de Gaulle von der politischen Bühne abtrete. (357) Auf die Frage des Korrespondenten, wer der bedeutendste Mann gewesen sei, den er

gekannt habe, nannte Adenauer den früheren amerikanischen Außenminister John Forster Dulles: "Er hat klar gedacht. Er hat vorausgesehen. Und er hat seine Versprechungen gehalten." (358) Dieses Interview rief bei vielen Abgeordneten und Bundesministern der christlichen Demokraten Verärgerung hervor, weil gerade Erhards Ausführungen über die deutsch-amerikanischen Beziehungen mit demselben Korrespondenten in unverkennbarem Widerspruch zu Adenauers Äußerungen standen. (359) Adenauer, der die Stimmung in seiner Partei erkannt hatte, gab noch am selben Tag eine beschwichtigende Erklärung ab: "Ich habe mit Herrn Sulzberger, den ich seit Jahren kenne, ein, wie vorher vereinbart und ausdrücklich hervorgehoben, privates, vertrauliches und darum offenes Gespräch geführt, kein Interview. Als mich Herr Sulzberger am Schluß des Gesprächs fragte, ob er etwas veröffentlichen dürfe, habe ich ihn ausdrücklich gebeten, dies nur in vorsichtiger und zurückhaltender Weise zu tun, weil ich keine Beunruhigung unserer Bevölkerung wünsche." (360) Ebenfalls rückte Adenauer von der Wiedergabe seines Gesprächs mit Sulzberger in der "Bild-Zeitung" ab. "Die Wiedergabe in "Bild" enthält schärfere und schrillere Töne, als ich sie gebraucht habe. Richtig ist, daß ich meiner ersten Sorge Ausdruck gegeben habe, daß die amerikanische Politik über Südostasien das Interesse, das sie an ihrer Stellung in Europa haben müsse, zurückstellen könnte. Diese Meinung habe ich schon seit Monaten und habe sie auch gegenüber anderen amerikanischen Persönlichkeiten, die mich besuchten, ausgesprochen." (361)

Im März 1965 wurden im Deutschen Bundestag die Debatten über die Frage einer Verlängerung der Verjährung von NS-Gewaltverbrechen geführt. "Daß es auch in diesem ungemein vielschichtigen und schwierigen, juristische, moralische und politische Gesichtspunkte nahezu unentwirrbar miteinander verknötenden Zusammenhang zu Kritik an der angeblich mangelnden Führungsfähigkeit des Kanzlers kam, wurde weder der Komplexität der Sache, die unbestritten war, noch dem Respekt gerecht, den der Regierungschef dabei gegenüber den Ministern seines Kabinetts bezeugte. Die vornehme Haltung des Bundeskanzlers in dieser Sache führte sogar dazu, daß er sich im Ministerrat überstimmen ließ und seine persönliche Entscheidung hintanstellte." (362)

Am 25. März 1965 kam es zu einer pragmatischen Kompromißlösung, die Altbundeskanzler Adenauer seit langem propagiert hatte. Der Bundestag beschloß, die Verjährungsfrist erst mit der Gründung der Bundesrepublik beginnen zu lassen, setzte den 1. Januar 1950 als Stichtag fest und verlängerte somit die Verjährungsfrist bis zum 31. Dezember 1969. (363) Erhard hatte einen späten Sieg errungen. "Es blieb jedoch unverständlich, warum er in keiner der beiden Bundestagsdebatten über die Verjährung das Wort ergriff, um als Regierungschef seinen persönlichen Standpunkt darzulegen. Das hätte seinem Ansehen gedient. Die Entschuldigung, in den zwei Sitzungen des Bundestages seien allein die Juristen zu Wort gekommen, konnte um so weniger Durchschlagskraft besitzen, als es sich genügend klar gezeigt hatte, daß es sich bei der Verjährung um ein Politikum ersten Ranges handelte. Immerhin hat sich der Bundeskanzler trotz mancher Schönheitsfehler in der Behandlung der heiklen Frage schließlich mit seiner Ansicht durchgesetzt. Er hat mehr politisch-moralischen Instinkt bewiesen, als die meisten seiner Minister und Bonner Politiker." (364) Bundesjustizminister Ewald Bucher trat unter dem Druck des auf dem Frankfurter Parteitages der FDP gefällten Beschlusses, der zuständige FDP-Minister müsse für den Fall einer Aufhebung der Verjährung demissionieren, zurück. (365)

"Noch am 25. März 1965 ersuchte Vizekanzler Mende Erhard darum, "bis zum Ende der Legislaturperiode die Verwaltung des Bundesministeriums der Justiz einem anderen, nicht der Freien Demokratischen Partei angehörenden Kabinettsmitglied zu übertragen. Mit der Berufung eines neuen Bundesministers der Justiz noch in dieser Legislaturperiode wird sich die FDP-Fraktion nicht einverstanden erklären." (366) Erhard verwarf diese Lösung und ernannte, eine Koalitionskrise nicht scheuend, den Koblenzer CDU-Abgeordneten und Justizrat Karl Weber zum neuen Bundesjustizminister. Die FDP mußte klein beigeben und zeigte sich bereit, die Koalition mit der CDU/CSU fortzusetzen. (367)

Ebenfalls im März 1965 steuerte die sogenannte Nahostkrise ihrem Höhepunkt zu. Erhard hatte als außenpolitische Hypothek von Adenauer die von israelischer und teilweise von deutscher Seite geforderte Aufnahme diplomatischer Beziehungen über-

nommen. (368) Deutsche Waffenlieferungen an Israel, die auf Anregung der Amerikaner 1962 zwischen der Bundesrepublik und Israel vereinbart worden waren, hatten gewissermaßen als Aufschub für einen Botschafteraustausch gedient, weil die Bundesregierung die traditionell guten Beziehungen zu den arabischen Staaten nicht gefährden wollte. (369) Als der amerikanische Präsident Johnson Erhard während dessen Staatsbesuch im Juli 1964 in Washington bat, die Waffenlieferungen zu intensivieren, lieferte die Bundesregierung zusätzlich Panzerchassis an Italien, wo diese umgerüstet und nach Israel weiter verfrachtet wurden. Im Herbst 1964 wurden die deutschen Waffenlieferungen an Israel in Ägypten bekannt und riefen größte Empörung hervor. (370) Bundestagspräsident Gerstenmaier reiste nach Kairo, um in offizieller Mission die Beziehungen zu "normalisieren", was jedoch nur in sehr bescheidenem Rahmen gelang.

"Während in der Bundesrepublik intensiv und öffentlich darüber diskutiert wurde, wie das Problem von Waffenlieferungen nach Israel und in Spannungsgebiete der Weltpolitik zu lösen sei, wurde am 27. Januar 1965 die für die Bonner Politik des Alleinvertretungsanspruchs bedrohliche Nachricht bekannt, Präsident Nasser habe den Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, aus Anlaß der Unterzeichnung eines Kreditabkommens über 78 Millionen Dollar zu einem Besuch nach Ägypten eingeladen. Damit war die für die Bonner Republik entscheidende Frage aufgeworfen, ob mit der Kairo-Visite des Moskauer Statthalters, wie es in der bundesdeutschen Sprache der Zeit hieß, eine Anerkennung der Zone durch Ägypten verbunden war und ob sodann umgehend, wie zuvor gegenüber Jugoslawien und Kuba, die Hallstein-Doktrin anzuwenden sei." (371) Die beiden auf dem diffizilen Terrain der Nahostpolitik existierenden Denkschulen "rangen nunmehr um die für die Bundesrepublik unter den gegebenen schwierigen internationalen und innenpolitischen Bedingungen vorteilhafteste Lösung." (372) Nachdem eine diplomatische Vermittlungsaktion, die der Ministerialdirektor des spanischen Außenministeriums Marqués de Nerva in Kairo unternommen hatte, gescheitert war, fand in der Zeit vom 24. Februar bis 2. März Ulbrichts Staatsbesuch in Ägypten statt, ohne daß es dabei zu einer formellen Anerkennung der DDR kam. (373) Altbundeskanzler Adenauer riet

Erhard dringend dazu, die Beziehungen zu Ägypten abubrechen. Im Kabinett plädierte etwa die Hälfte der Minister für den Abbruch der Beziehungen zu Ägypten, die andere sprach sich dagegen aus. Auch Bundeskanzler Erhard neigte mit der Mehrheit der CDU/CSU-Minister dazu, gegenüber Nasser hart zu reagieren, während vor allem Außenminister Schröder, Verteidigungsminister von Hassel und die der FDP angehörenden Kabinettsmitglieder dazu keinen zwingenden Grund sahen." (374)

Nach einem langen Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Rainer Barzel, der wie Erhard engagiert für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel eintrat, entschloß sich Erhard zu diesem Schritt. (375) Nach schwierigen Verhandlungen, die der CDU-Abgeordnete Birrenbach in Israel führte, wurden am 12. Mai 1965 diplomatische Beziehungen zwischen beiden Ländern aufgenommen, bei den bereits vorher eingestellten Waffenlieferungen blieb es. Die arabischen Staaten - mit Ausnahme von Marokko, Tunesien und Lybien - brachen ihre diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik ab. (376) Erhard nutzte während der Nahost-Krise die ihm vom Grundgesetz zugebilligte Richtlinienkompetenz erst nach langem Zögern. "Daher wurde ihm auch die im Grunde ja moralisch wie politisch kühne Entscheidung, mit Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen, die er, von Rainer Barzel unterstützt, gegen den Widerstand des sich sträubenden Auswärtigen Amtes fällte, nicht in erster Linie als Erfolg angerechnet. Zurück blieb vielmehr das für ihn negativ gefärbte Bild eines fatalen Hin und Her während der Nahost-Krise." (377)

Die außenpolitischen Vorgänge im ersten Quartal des Jahres 1965 führten zu erheblichen Spannungen zwischen Adenauer und Schröder, die den Altbundeskanzler fast dazu veranlaßt hätten, seine Rede auf dem 13. CDU-Bundesparteitag, der vom 28. - 31. März 1965 in Düsseldorf stattfand, abzusagen. (378) Auf dem Parteitag, der angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl weitgehende Parteigeschlossenheit demonstrierte, forderte der geschäftsführende CDU-Vorsitzende Dufhues Erhard auf, bei einer Neubildung des Kabinetts im September "eine umfassende Wachablösung" vorzunehmen, da die Union ihren politischen Führungsaufgaben nicht durch die Berücksichtigung von "Honorationsgrup-

pen" oder "politischen Erbhöfen" gerecht werden könne. (379) Dufhues nannte in diesem Zusammenhang aber keine Namen. Franz Josef Strauß, der den stärksten Beifall bekam, hielt sich als Gastredner mit Angriffen gegen die FDP, die erst kurz zuvor auf ihrem Parteitag in Frankfurt eine Zusammenarbeit mit dem CSU-Vorsitzenden abgelehnt hatte (380), entgegen allen Erwartungen zurück, warnte die Freien Demokraten jedoch davor, ihre Vorstellungen von einer Revision der Hallstein-Doktrin und der Bildung einer gesamtdeutschen Kommission ohne Rücksprache mit den Koalitionspartnern im Alleingang vorwärtstreiben zu wollen. (381)

Konrad Adenauer mahnte am Vorabend des Parteitags auf einer öffentlichen Veranstaltung in der Düsseldorfer Rheinhalle, die junge deutsch-französische Freundschaft nicht erkalten zu lassen, da das Wohl beider Völker, die Sicherheit Europas und die erfolgreiche Abwehr der ständigen kommunistischen Bedrohung von dieser Freundschaft abhingen. Adenauer lobte zwar Erhards Aktivitäten während des Staatsbesuches Anfang Januar in Rambouillet, denen aber, so der Altbundeskanzler, keine Taten gefolgt seien. Einige Politiker, so führte Adenauer weiter aus, ohne dabei Namen zu nennen, könnten viel verderben, von dem, was zwischen dem französischen und deutschen Volk gewachsen sei. (382) In seinem Referat auf dem Parteitag appellierte Adenauer an die CDU-Delegierten, sich dafür einzusetzen, daß die Union wieder als stärkste politische Gruppierung aus der Bundestagswahl hervorgehe. Die Parole, die absolute Mehrheit zu erreichen, gab er nicht aus, die Namen von Bundeskanzler Erhard und Bundesaußenminister Schröder ließ er völlig unerwähnt. (383)

Ludwig Erhard stellte auf dem Düsseldorfer Parteitag die Modelle einer "Formierten Gesellschaft" und des "deutschen Gemeinschaftswerkes" vor, die in der Tat Beachtung fanden, aber bei vielen Delegierten auf Unverständnis und Ablehnung stießen. (384) Doch die "Formierte Gesellschaft" avancierte kaum zu einem zugkräftigen Thema (385), da Erhard sich im Laufe des Wahlkampfes intensiv mit intraparteilichen Querelen auseinanderzusetzen hatte. (386)

Franz Josef Strauß, von der CSU gerade mit überwältigender Mehrheit für zwei weitere Jahre als Vorsitzender bestätigt (387),

erklärte Ende Mai vor dem Münchner Presseclub auf die Frage, ob er eine Große Koalition in Bonn nach der Wahl gutheißen würde: "Wir sollten grundsätzlich keine Kombination ausschließen." (388) Auf eine andere Frage versicherte Strauß, daß er keiner Entwicklung Vorschub leisten würde, durch die sich CDU und CSU in den einzelnen Bundesländern Konkurrenz machen würden, etwa durch Gründung von CSU-Landesverbänden in anderen Bundesländern. (389) Indirekt unterstützte Strauß auch die Forderung des geschäftsführenden CDU-Vorsitzenden Dufhues nach einer "Wachablösung" im Bundeskabinett, als er sagte: "Der nächste Bundeskanzler der CDU/CSU heißt wieder Erhard. Er wird sicher, wie vor ihm Dr. Adenauer, auf eine gewisse Verjüngung seines Kabinetts Wert legen. (390) Strauß versicherte, daß er "weder dem heutigen noch dem präsumptiven Bundeskanzler gegenüber" den Wunsch bekundet habe, ein Ministeramt in der neuen Bundesregierung zu übernehmen. (391)

Anfang Juni 1965 fühlte sich Strauß in der ersten größeren Erhard-Biographie, die der amerikanische Wirtschaftsjournalist ' Jess M. Lukomski verfaßt hatte, brüskiert. Dieses Buch, von Erhard befürwortet, enthielt, so einige Pressepublikationen, kritische und abwertende Stellungnahmen zu Strauß und Adenauer (392), so daß der Bayern-Kurier am 3. Juli 1965 eine sehr kritische Rezension des Lukomski-Buches veröffentlichte. (393)

In der Tat hatte das Bundeskanzleramt einige hundert Exemplare der Auflage der Biographie aufgekauft und als Geschenk verteilt. (394) Dies veranlaßte den Bayern-Kurier, die Frage aufzuwerfen, wer den Ankauf des Lukomski-Buches verfügt habe und stellte dazu fest: "Im Bundeskanzleramt gibt es bekannte Mitarbeiter Prof. Ludwig Erhards, die seit Jahren erfolgreich mit ihm zusammenarbeiten. Ihre Namen sind bekannt, ihr Ansehen ist groß. Zu diesen Beratern haben sich "Berater" gesellt, die nicht im Palais Schaumburg aus- und eingehen, sondern ihre Tips in den Dienst der Sache, d.h. Ludwig Erhards, stellen. Ein Mann, der nicht nur vielbeschäftigter Regierungschef, sondern in Wahlzeiten auch noch der Spitzenmann der Unionsparteien ist, benötigt einen Stab von festen und freien Mitarbeitern." (395)

In der Tendenz, so der Autor des Artikels, richtete sich dieses Buch gegen die beiden Vorsitzenden der Unionsparteien. "Dr. Kon-

rad Adenauer ist Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union. Dr. h.c. Franz Josef Strauß ist Vorsitzender der CSU. Der amerikanische Wirtschaftskorrespondent hat es nun darauf angelegt, diese beiden Politiker so darzustellen, als ob sie dem heutigen Bundeskanzler Schwierigkeiten bereitet hätten. Über Strauß sind darüber hinaus noch Falschdarstellungen enthalten, die bei sorgfältiger Arbeit hätten vermieden werden können. Aber entgegen der journalistischen Regel, nur über Vorgänge und Personen zu schreiben, die man genau kennt, hat Jess M. Lukowski die gleiche Methode angewandt, wie sie der heutige Mitarbeiter der "Frankfurter Hefte" Eugen Kogons, der ehemalige Besatzungsoffizier Samuel Wahrhaftig, in einem Buch über Strauß anwandte. Soll man über Bücher schreiben und hierdurch erst ein Interesse an ihnen erwecken? Es geht hier um eine merkwürdige und zum ersten Male angewandte Methode." (396) Das Bundeskanzleramt als vorgesetzte Dienststelle des Bundespresseamtes, das nach Recherchen des Bayern-Kurier erhebliche Bedenken gegen einen Erwerb einer Teilaufgabe angemeldet hatte, ließ das Buch fördern, was das CSU-Organ zu folgendem Kommentar veranlaßte: "Es ist eine Frage des politischen Geschmacks und der öffentlichen Mittel, die hier verwandt wurden, dieses Buch zu unterstützen. Weshalb die "Berater" der Berater des Bundeskanzlers ein Buch fördern ließen, das sich gemeinsam gegen die Vorsitzenden von zwei regierungstragenden Parteien richtet, ist unerklärlich. Die Feststellung eines Kommentators, in Bonn werde nun Politik mit Hilfe von Büchern gemacht, klingt amüsanter als sie ist. Wer hier so schlecht "geraten" hat, dem sollte durch den Titelträger des erwähnten Buches zu einem längeren Erholungsurlaub verholfen werden. Als Pflichtlektüre sei ihm das Buch von Lukowski empfohlen, und der letzte Rest seines politischen Gewissens sollte ebenfalls im Urlaubsgepäck nicht fehlen." (397)

Ebenfalls Anfang Juni 1965 kam es zu einer hitzigen Auseinandersetzung zwischen Erhard und Schriftstellern wie Rolf Hochhuth und Günther Grass, der eine "private Wahlkampagne" gegen die Union betrieb. (398) Den unmittelbaren Anlaß dazu bot ein Artikel Hochhuths im Nachrichtenmagazin "Spiegel" mit dem Titel "Der Klassenkampf ist nicht zu Ende", in dem der Autor die bestehende Wirtschafts- und Sozialordnung scharf kritisierte. (399)

Erhards Replik war an Schärfe kaum zu überbieten, als er vor dem Wirtschaftstag der CDU/CSU in Düsseldorf am 9. Juli 1965 ausführte: "Neuerdings ist es ja Mode, daß die Dichter unter die Sozialpolitiker und die Sozialkritiker gegangen sind. Wenn sie das tun, das ist natürlich ihr gutes demokratisches Recht, dann müssen sie sich aber auch gefallen lassen, so angesprochen zu werden, wie sie es verdienen, nämlich als Ba-nausen und Nichtskönner, die über Dinge urteilen, von denen sie einfach nichts verstehen. Ich habe keine Lust, mich mit Herrn Hochhuth zu unterhalten über Wirtschafts- und Sozialpolitik, um das einmal ganz deutlich zu sagen und das Kind beim Namen zu nennen. Ich würde mir auch nicht anmaßen, Herrn Professor Heisenberg gute Lehren über Kernphysik zu erteilen. Ich meine, das ist alles dummes Zeug. Die sprechen von Dingen, von denen sie keine Ahnung haben. Sie begeben sich auf die Ebene eines Parteifunktionärs und wollen doch mit dem hohen Grad eines Dichters ernst genommen werden. Nein, so haben wir nicht gewettet. Da hört der Dichter auf, da fängt der ganz kleine Pinscher an." (400) Zwei Tage später verurteilte der Bundeskanzler vor der 11. Bundestagung der Sozialausschüsse den Beitrag Hochhuths als "einen gewissen Intellektualismus, der in Idiotie umschlägt." (401) Als namhafte Autoren wie Uwe Johnson, Martin Walser, Ernst Bloch und angesehene Journalisten Erhards Stil im Umgang mit modernen deutschen Intellektuellen heftig anprangerten, mag wohl auch mancher Unionspolitiker über Erhards Überreaktionen und mangelnde Frustrationstoleranz nachdenklich geworden sein. (402)

Am 18. Juni gab Erhard der in Köln erscheinenden "Neuen Illustrierten" ein Interview, in dem er sein ausgezeichnetes Verhältnis zu Präsident Johnson und zu den USA darlegte (403) und seine Meinung zu einer Großen Koalition begründete. (404) In diesem Interview äußerte sich Erhard auch zu Willy Brandts Besuch beim französischen Staatspräsidenten in Paris, indem er erklärte: "Den nehme ich nicht für ernst." (405) Auf Brandts Kokettieren mit dem Parteivorsitzenden der CDU, Adenauer, angesprochen, sagte Erhard: "Plumper Wahlschwindel, wenn ich das ganz klar ausdrücken darf. Das ist doch die Spekulation auf eine Uneinigkeit der CDU. Da sollen "olle Kamellen" wieder zum

Leben erweckt werden." (406) Auf die Frage, ob ihm der Begriff "Volkskanzler" sympatisch sei, antwortete Erhard: "Ich habe ihn nicht erfunden", und fügte hinzu, daß er ihn aber auch nicht ablehnen würde. (407)

Erhards eindeutige Bekenntnisse zur atlantischen Gemeinschaft und zur Kleinen Koalition fanden postwendend Resonanz, als Franz Josef Strauß am 12. Juli 1965 auf der Sommertagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie in Tutzing, eine Große Koalition, wenn notwendig sogar eine Allparteienkoalition, befürwortete. (408) Strauß bezeichnete sich zwar selbst als Gegner einer Großen Koalition auf Dauer (409), billigte ihr jedoch wegen der Notwendigkeit einer Reform des Grundgesetzes auf Zeit eine Berechtigung zu. (410) Ferner empfahl Strauß die Einrichtung wissenschaftlicher Stäbe im Bundeskanzleramt, die dem Bundeskanzler bei der Erarbeitung und Festlegung der Richtlinien beraten sollen. "Die freischaffende Künstlertätigkeit, mit der derzeit Politik gemacht wird, kann nur eine Übergangserscheinung gewesen sein." (411) Im außenpolitischen Teil der Diskussion trat Strauß für ein supranationales Europa auf der Basis der bestehenden Gemeinschaften ein und forderte eine Reorganisation der Nato. (412)

Erhard wandte sich auf der Abschlußkundgebung des CSU-Parteitag entschieden gegen eine Große Koalition und richtete heftige Angriffe gegen die SPD. (413) Es erregte Erstaunen in Journalistenkreisen, daß Strauß das Kernstück seiner bereits gedruckten und an die Presse verteilten Grundsatzrede, die acht Thesen zur Deutschlandpolitik enthielt, zurückzog. (414) Anfang August sprach sich Erhard in einem Interview mit der Zeitschrift "Die Entscheidung", dem Organ der Jungen Union, mit aller Entschiedenheit zum sechsten Male, wie die SZ zu berichten wußte (415), gegen eine Große Koalition aus. (416) Dieses Interview, das am 5. August 1965 vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung verbreitet wurde, löste bei den Sozialdemokraten Empörung aus. Herbert Wehner beanstandete in scharfer Form, Erhard mißbrauche öffentliche Einrichtungen und öffentliche Gelder für Parteizwecke und kündigte an, daß die SPD alle Rechtsmittel in Anspruch nehmen werde, um diese Zweckentfremdung zu ahnden. (417) In der Bundeshauptstadt wertete man Erhards scharfe Aus-

sagen allgemein als inoffiziellen Auftakt zum Wahlkampf, der in seiner Vorphase zu Erhards Leidwesen im Zuge einer seit jeher praktizierten Gefälligkeitsdemokratie Politiker aller Couleur dazu verführt hatte, reichliche Wahlgeschenke zu machen. "Ludwig Erhard hielt dieses Vorgehen für ein ganz und gar unwürdiges Verfahren, nämlich mit "Trinkgelder(n)" Wähler gewinnen zu wollen." (418)

Als das Finanzministerium signalisierte, daß der Haushaltsausgleich für 1966 nicht mehr gewährleistet sei, beschloß das Kabinett auf Initiative Erhards, alle kostenwirksamen Gesetze daraufhin zu überprüfen, "ob sie im Rahmen einer sachlichen und politischen mehrjährigen Dringlichkeitsordnung voll oder nur teilweise aufrechterhalten werden können oder ob sie zunächst zurückgestellt werden müssen." (419)

Erhard, der auch erwogen hatte, den Artikel 113 anzuwenden (420), wies im Wahlkampf offen und ehrlich auf die Haushaltsproblematik hin, die ein Jahr später unter anderem ein wichtiger Grund für seinen Sturz werden sollte. (421)

Am 8. August 1965 startete die Union mit einer Großveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle in den Wahlkampf (422), der Erhard sechs Wochen lang, von seinem Sonderkreis unter der Leitung von Hermann Josef Dufhues generalstabsmäßig geplant, 19.247 Kilometer kreuz und quer durch Deutschland führen sollte. (423) Gleich zu Beginn seiner Wahlkampfreise mußte Erhard, der insgesamt 542 Wahlreden hielt und somit zu etwa 1,6 Millionen Bürgern sprach (424), erfahren, daß Franz Josef Strauß in einem offenen Brief, der in dem CSU-Organ "Bayern-Kurier" veröffentlicht wurde, den FDP-Vorsitzenden Mende erneut scharf attackierte. Außerdem hatte der CSU-Vorsitzende Anfang August bei der Bonner Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen Unbekannt wegen politisch übler Nachrede und Verleumdung, die er in Aussagen über seine Person in der FDP-Wahlillustrierten bestätigt sah, erstattet und damit am 4. August 1965 eine einstweilige Verfügung erwirkt. (425) In dem Brief an Mende warf Strauß der FDP eine "schizophrene Haltung", die Angst "an der für unseren Staat so heilsamen Fünf-Prozent-Klippe zu scheitern" und "destruktive Mitarbeit" vor. (426)

Am 19. August griff Altbundeskanzler Adenauer in Münster in

den Wahlkampf ein und lehnte bei seinem ersten Auftritt in ungewöhnlich scharfer Form den amerikanischen Vorschlag auf der Genfer Abrüstungskonferenz, den Kreis der Atommächte zu begrenzen, ab. (427) Auch Bundestagspräsident Gerstenmaier, Bundesminister Krone und Franz Josef Strauß stimmten Adenauer zu. (428) Die CSU bescheinigte Adenauer, er habe "immer ein Gespür für die Entwicklungen geschichtlicher Tragweiten und für heranziehende Gefahren bewiesen." (429) Erhard dagegen äußerte Genugtuung über die amerikanische Haltung auf der Genfer Abrüstungskonferenz. (430)

Adenauers schärfste Attacke gegen Erhard erfolgte, wenn auch indirekt und verklausuliert, in dem Artikel "Möglichkeiten einer Koalition", der in der vorzeitig erschienenen Monatszeitschrift "Die politische Meinung" abgedruckt wurde. (431) In seinem Aufsatz schilderte Adenauer die nächste Kabinettsbildung als besonders schwierig. (432) Die Bundesrepublik stehe vor unpopulären Reformnotwendigkeiten (433), die nur von einer breiten Mehrheit im Bundestag durchgesetzt werden könnten. In diesem Zusammenhang erörterte Adenauer auch die Einwände gegen eine Große Koalition, die seiner Meinung nach keinesfalls die "Idealform der parlamentarischen Demokratie" darstelle. (434) Nach einer sehr kritischen Anmerkung zur amerikanisch-britischen Entspannungspolitik (435) beschloß Adenauer seinen Aufsatz mit den Worten: "Nun stehen wir wieder vor unpopulären Notwendigkeiten, und keine Regierung, wie immer sie beschaffen wäre, kann sich diesen Notwendigkeiten versagen, ohne Existenzinteressen unseres Landes zu verraten. Ein Kabinett, das sich gegen den Widerstand, der zu erwarten ist, behaupten und die unerläßlichen Maßnahmen durchsetzen will, muß ein homogener Körper sein. Es darf sich nicht in Fraktionchen spalten; es darf nicht aus Ressort-Ministern bestehen, die bloß koexistieren, aber nicht eng zusammenarbeiten; es darf nicht auf Koordination verzichten; es darf sich der Richtlinienbestimmung durch den Kanzler nicht entziehen wollen. Ganz gleich, aus welchen Parteien es zusammengesetzt ist - das Kabinett kann nur Erfolg haben, wenn es geschlossen für seine Ziele eintritt. Nicht die Parteienkombination an sich macht die Qualität einer Koalitionsregierung aus. Gut ist sie, wenn sie weiß, was sie will." (436)

Es war in der Tat ein merkwürdiger Wahlkampf, den die drei zugkräftigsten Kandidaten der Union, Ludwig Erhard, Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß führten. Erhard, der im Verlauf des Wahlkampfes "ganz im Gegensatz zu seiner so oft bewiesenen noblen Zurückhaltung, in der Selbstdarstellung seiner Person und Leistung bis an die Grenze dessen, was überheblich wirkte" (437) ging, nannte in seinen Wahlreden den Namen seines Amtsvorgängers nicht einmal. (438) Adenauer führte seinen eigenen Wahlkampf, der mit den Richtlinien der Parteizentrale wohl kaum in Einklang zu bringen war. (439) Franz Josef Strauß schließlich attackierte bis unmittelbar vor dem Wahltermin den FDP-Vorsitzenden Mende und dessen Partei (440), wollte die Koalitionsfrage zumindest offen wissen (441), signalisierte jedoch, daß er gerne wieder Verantwortung hätte. (442) Selbst in den letzten Tagen vor der Wahl brüskierte Adenauer Erhard, der unter dem Motto, er sei der designierte künftige Bundeskanzler, seinen Wahlkampf führte (443), in einem von "Christ und Welt" veröffentlichten Interview mit der Feststellung: "... es ist nicht mit dem Wesen der Verfassung übereinstimmend zu sagen: "Ich werde Bundeskanzler." (444) Auf die Frage, ob sich der Bundespräsident nicht zunächst mit den Parteivorsitzenden besprechen müsse, ehe er nach Artikel 63 dem Parlament den neuen Bundeskanzler vorschlägt, antwortete der Altbundeskanzler: "Er muß das nicht, aber er wird das sicher tun. Er wird sich informieren über die Vorstellungen, die bei den Parteivorsitzenden bestehen", denn der Wähler habe ja, so Adenauer weiter, die Partei gewählt "und nicht eine Leitfigur". (445) Adenauer, der in diesem Interview die SPD-Abgeordneten Wehner, Erler und Möller als "einige Köpfe, die vorausdenken in die Zukunft", charakterisierte, sagte zur Person des Hamburger Innenministers Helmut Schmidt: "Ja, der ist sich noch am entwickeln." (446) Der CDU-Vorsitzende konnte es auch in diesem Interview nicht unterlassen, indirekte Angriffe auf die von Erhard und Schröder praktizierte Außenpolitik zu richten. (447) Franz Josef Strauß bestätigte am 16. September 1965 im Münchner Presseclub indirekt Adenauers Meinung, indem er sagte, der Bundespräsident werde nach der Wahl zunächst mit den Parteivorsitzenden der im Parlament vertretenen Parteien sprechen, bevor

er von seinem verfassungsgemäßen Recht, den Bundeskanzler vorzuschlagen, Gebrauch mache. (448)

In der Tat hatte der CDU-Mann Heinrich Lübke, der als Verfechter einer Großen Koalition galt, etwa 14 Tage vor der Wahl, getäuscht durch die Meinungsforscher, die ein "Kopf-an-Kopf-Rennen" der beiden großen Parteien vorausgesagt hatten, einen Brief an die Parteivorsitzenden gerichtet mit dem Wunsch, "in ihrer Partei darauf hinzuwirken, daß keine Vorschläge für den Kanzler gemacht und befürwortet werden, die bei der Bevölkerung Verwirrung schaffen könnten." (449) "Im Gegensatz zu den anderen führenden Instituten in der Bundesrepublik war allein der gleichzeitig zum Beraterkreis des Kanzlers gehörende Wahlforscher Rudolf Wildenmann frühzeitig vom klaren Erfolg der Union überzeugt. Aber er stand mit seiner Prognose ziemlich allein da. Sowohl "Emnid" als auch "Allensbach", mithin das der SPD nahestehende und das der CDU zuneigende Institut, hielten ein hauchdünnes Ergebnis für wahrscheinlich. Tatsächlich schienen die Parteien bis in die zweite Augushälfte hinein Kopf an Kopf gelegen zu haben. Erst in seiner allerletzten Prognose sagte "Allensbach" dann einen Überlegenen Sieg der Union voraus." (450)

Tatsächlich siegte die Union mit ihrem Kanzlerkandidaten Ludwig Erhard mit dem zweitbesten Ergebnis seit ihrem Bestehen und verfehlte die absolute Mehrheit nur um vier Mandate. (451)

Noch in der Wahlnacht, in der das Stimmungsbarometer unter den Unionspolitikern von erlöstem Jubel bis zu tiefer Betroffenheit hin ausschlug (452), bekannte sich Erhard, auf die Koalitionsfrage hin angesprochen, zur Fortsetzung der Kleinen Koalition. "Ich habe das während des Wahlkampfes deutlich genug zum Ausdruck gebracht." (453)

Die Analyse des Wahlergebnisses zeitigte zwei bemerkenswerte Fakten: die CSU erzielte mit 55,6 % der Stimmen einen hervorragenden Wahlerfolg in Bayern, die CDU büßte im Ruhrgebiet und im Münsterland, wo sich erste Anzeichen einer Rezession zeigten, durchweg Stimmen ein. (454)

Die Festlegung Erhards auf ein Bündnis mit der FDP mobilisierte die Befürworter einer großen Koalition und die "Gaullisten"

in der Union, die ihre Positionen in sachlichen und personellen Fragen der Regierungsbildung angemessen repräsentiert wissen wollten. In den Koalitionsverhandlungen kristallisierten sich in erster Linie drei strittige Fragen heraus: Erstens forderten die CSU und die pro-französischen Kräfte in der CDU die Ablösung des Außenministers Schröder, zweitens verlangte die CSU, deren Einflußmöglichkeiten nach dem großen Wahlsieg in Bayern gestiegen waren, von der FDP Genugtuung für ihren Vorsitzenden Franz Josef Strauß; drittens war fraglich, ob Erich Mende als gesamtdeutscher Bundesminister für Teile der Union noch akzeptabel sei. (455)

Im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen stellte Konrad Adenauer am 5. Oktober 1965 vor der CDU/CSU-Verhandlungskommission, die Erhard beim Entwurf seines Regierungsprogramms beriet, seine außenpolitischen Forderungen, die dem Erhard-Schröder-Kurs widersprachen, zur Diskussion. (456) Während der Verhandlungen über die Sachfragen, die tags darauf fortgesetzt wurden, antwortete Adenauer auf die Frage, ob er mit Schröders Verbleiben im Auswärtigen Amt einverstanden sei oder schwerwiegende Bedenken dagegen habe: "Bei der Außenpolitik geht es nicht nur um die Konzeption. Die Durchführung ist wichtiger. Die heutige Lage ist so unsicher, daß sich eine Änderung der Außenpolitik immer als zweckmäßig erweisen kann, wobei die Änderung nicht grundlegender Art zu sein braucht. Es geht um die Beurteilung der gesamten Lage." (457) Als Adenauer am Abend des 6. Oktobers mit Mißfallen die sich abzeichnende Kabinettsbildung - mit Schröder, den Erhard unter allen Umständen im Kabinett halten wollte - registrierte, teilte er den Beteiligten kurzfristig sein Ausscheiden aus der Verhandlungskommission mit. (458)

Vier Tage später unterstützte Adenauer in Interviews in der "Bild-Zeitung" und "Welt am Sonntag" Bundespräsident Lübke, der ebenso wie Adenauer eine Ablösung Schröders befürwortete, in dessen Auffassung, daß der Bundespräsident durchaus das Recht habe, die Vorlage einer Kabinettsliste und des Regierungsprogramms zu verlangen, bevor er dem Bundestag den neuen Kanzler zur Wahl vorschlägt. (459)

Franz Josef Strauß wich am 8. Oktober in einer Fernsehsendung der Frage aus, ob er sich einer Wiederernennung Schröders wi-

dersetze. (460) Deutlicher wurde Strauß, als er ohne Umschweife die Ablösung Erich Mendes als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen verlangte. (461)

Unter diesen denkbar schlechten Voraussetzungen begannen am 12. Oktober 1965 die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP, die sich bis einen Tag vor der Kanzlerwahl hinzogen. Nachdem es am 12. Oktober nach zähem Ringen gelungen war, zwischen FDP und CSU, die ursprünglich auf einer Ehrenerklärung für ihren Vorsitzenden bestanden hatte, einen "Waffenstillstand" (462) herbeizuführen, konnten die Sach- und Personaldiskussionen beginnen. "In den anstehenden Sachfragen, die der Bundeskanzler innerhalb der Union ausgiebig hatte vorklären müssen, kam man überraschend zügig voran. Auch Franz Josef Strauß erklärte sich im Hinblick auf die unterbreiteten Vorschläge alles in allem rasch einverstanden. In bezug auf die zwischen der FDP und der CSU umstrittene Deutschlandpolitik Mendes war das nicht gerade selbstverständlich: "Unterschiede in Nuancen", so soll der CSU-Vorsitzende sich wörtlich geäußert haben, "aber keine Koalitionsbedenken". Im übrigen sollte es auch nicht wieder ein Koalitionspapier wie 1961 geben - die ausgehandelten Ergebnisse würden in die Regierungserklärung des Kanzlers einfließen. In der Öffentlichkeit wurden freilich umgehend Bedenken laut, ob zwischen den Parteien auch wirklich alles so klar und unmißverständlich ausgetragen sei, wie es jetzt verlautete." (463)

Die Personalgespräche gestalteten sich erwartungsgemäß schwieriger. Doch es gelang Erhard, Schröder gegen den erbitterten Widerstand Adenauers, der in der Union immer mehr in die Isolierung geriet, als Außenminister durchzusetzen. (464) An den Diskussionen um das Ministeramt Erich Mendes schienen die Koalitionsverhandlungen allerdings fast zu scheitern. "Das vor allem von bayerischer Seite aus geltend gemachte Verlangen, ihm nicht erneut das Gesamtdeutsche Ministerium anzuvertrauen und einen zu maßgeblichen Einfluß der Liberalen auf die Gestaltung der Außenpolitik zu verhindern, stellte den Kanzler vor ein schwieriges Problem. Und nur durch einen "zweimaligen Unfall" des Regierungschefs wurde es schließlich behelfsweise beigelegt. Erst verstand der Kanzler sich widerwillig dazu, dieses Opfer von

der FDP zu verlangen und damit dem Willen der CSU nachzugeben. Aber nur wenige Tage darauf machte er diesen gegen seine Überzeugung gefällten Entschluß wieder rückgängig. Denn die Liberalen leisteten gegen das Ansinnen, Mende mit einem anderen Ressort zu betrauen, erbitterten Widerstand - es sei denn, so äußerten sie sich unmißverständlich, der Vizekanzler würde Außenminister werden." (465) Als die Freien Demokraten in diesem Zusammenhang ganz offen die Koalitionsfrage stellten, damit drohten, Bundestagspräsident Gerstenmaier nicht wiederzuwählen und mit der SPD zu kokettieren begannen, trug sich Erhard sogar mit dem Gedanken, eine Minderheitsregierung zu bilden. (466) Unter den gegebenen Umständen zog es Erhard vor, der Forderung der FDP schließlich nachzugeben, was den ehemaligen Familienminister Franz Josef Wuermeling zu der Äußerung veranlaßte, "daß es der FDP gelungen sei, Mendes Position in der Regierung zu erhalten. Strauß' Eintritt ins Kabinett zu verhindern und Schröders Verbleiben im Auswärtigen Amt mit durchzusetzen." (467) Erhard mußte seine Nachgiebigkeit mit der Konzession bezahlen, der CSU einen weiteren Ministerposten zuzugestehen, so daß die CSU nunmehr mit Landwirtschaftsminister Höcherl, Bundesschatzminister Dollinger, Postminister Stücklen, Justizminister Jaeger und dem Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates Niederalft über fünf Ministersessel im zweiten Kabinett Erhard verfügte. (468)

Ludwig Erhard wurde am 20. Oktober vom deutschen Bundestag mit 272 Stimmen bei 200 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen erneut zum Bundeskanzler gewählt. (469) Am Ende der Regierungsbildung hatte der strahlende Sieger der Bundestagswahl 1965 aufgrund seiner nicht immer geschickten Verhandlungsführung viel von seinem Prestige eingebüßt; das Wort von einem "Pyrrhussieg" machte die Runde. (470) Johannes Gross, der behauptete, man könne Erhards Biographie in irrationalen Konditionalsätzen schreiben (471), bemängelte, daß Erhard seinen Wahlsieg nicht konsequent genug ausgenutzt habe. "Den offiziellen Gegner konnte Erhard also nach dem siegreichen Gefecht nicht verfolgen, brauchte es auch nicht; ganz anders verhielt es sich mit den Widersachern unter den Freunden. Zwar hatten diese ihr Ziel, Erhard durch die Große Koalition auszuschalten, nicht erreicht, aber es blieb ihnen

die Möglichkeit, Erhard auf andere Weise zu lähmen, am Ende gar seine Ablösung vorzubereiten. Es ist unwahrscheinlich, daß er nicht wußte, daß nach dem 20. September die Stabilisierung des Sieges im eigenen Lager die erste Aufgabe war. Seine Ausgangsposition war glänzend, sich unanfechtbar zu etablieren, größer, als es die Adenauers nach einer gewonnenen Wahl je gewesen war. So hätte Ludwig Erhard sofort nach der Wahl eine Bewegung in der Partei autorisieren können, die zur Einberufung eines außerordentlichen Parteitags und der Ablösung Adenauers durch ihn geführt hätte. Er hätte ein Kabinett völlig nach eigenem Gusto bilden, Treue belohnen, Illoyalität strafen können, er hätte eine Regierungserklärung ganz allein entwerfen, die Opfer, von denen er spricht, tatsächlich auferlegen, die neue Außenpolitik, deren Notwendigkeit er erfühlt, verkünden können. Aber Erhard verfolgte die Geschlagenen nicht, verzichtete auf die Beute; der Lorbeer war ihm genug." (472) Dennoch habe Erhard, so Gross weiter, die Chancen seines Sieges nicht verschenkt, weil es ihm letztlich gelungen sei, "die Anschläge auf seine Position und seine Entscheidungsfreiheit" abzuwehren. (473) Während der Koalitionsverhandlungen überließ Erhard, so argumentierte Gross, unbegreiflicherweise "die Unterrichtung der Öffentlichkeit den Parteien im Streit, so daß jedermann über jedermanns Willen unterrichtet war, bloß nicht über den Kanzlers. Da jeder bekanntgab, der Kanzler habe ihm zugestimmt, mußte jedermann glauben, Erhard der Weiche, Ludwig der Gute, gäbe jedem Einfluß nach.

Noch rätselhafter scheint Erhards Verhalten nach seiner Bestätigung als Kanzler. Da niemand, außer im Rausch der Selbstzerstörung, ihn wieder hätte stürzen können, hatte er wirklich freie Hand, die Wachablösung zu vollziehen, die Regierung, die so matt und verbraucht war, die ihn selber auch gar nicht gestützt hatte in seinen zwei Jahren als Regierungschef, aufzufrischen, zu reformieren, die angekündigte Modernisierung der Regierungskunst zu installieren.

Vor der Wahl war zu hören, das Minimum der Kabinettsreform sei die Entfernung der Minister Blank, Stücklen, Schwarzhaupt; Eingliederung des Vertriebenenministeriums in das Sozialministerium, Übernahme der Koordinierungsaufgabe des Bundesratsministe-

riums durch das Bundeskanzleramt, Beseitigung der Sonderstellung Krones im Kabinett. Gleichviel, ob dieses Programm im ganzen, in seinen Teilen richtig war, es wurde nicht verwirklicht; und zwar ohne daß zur Sache Überlegungen angestellt worden wären. Nur Blank mußte gehen. In der Politik ist die Pression immer ein starkes Argument, bei der Regierungsbildung war es das einzige." (474) Eine mögliche Antwort für Erhards Zaudern und Nachgiebigkeit sah Gross darin, daß dieser keine sachlichen Ziele verfolgt, "sich in seinem Amt genießt" und in Ludwig Westrick einen Kanzleramtsminister besaß, der, Konflikte scheuend, dem Kanzler in der Zeit der Regierungsbildung suggerierte, alles sei mit Kompromissen und Ausgleich lösbar. (475)

Diese Verhandlungsführung wurde von Konrad Adenauer, der die Zusammensetzung des Kabinetts als "die denkbar schlechteste Lösung" (476) bezeichnete, scharf angegriffen, weil die CDU gegenüber den beiden Koalitionspartnern unterrepräsentiert sei. Heftige Attacken über die Zusammensetzung der Regierung richtete auch die CSU gegen Erhard (477), obwohl dieser dem CSU-Vorsitzenden Strauß, der auf dem ersten Platz der Kandidatenliste der CSU stand, bei den Gesprächen über die Regierungsbildung einen Ministerposten angeboten hatte. (478) Dieser hatte jedoch abgelehnt und mit der vielsagenden Bemerkung "diese Wahlen sind auf Wechsel gewonnen, die noch präsentiert werden," (479) vor allzu optimistischen Erwartungen gewarnt. Die Worte des CSU-Chefs mögen wohl nicht nur auf die anstehenden Haushaltsschwierigkeiten abgezielt haben.

7 Das zweite Kabinett Erhard - intraparteiliche Kommunikationsstörungen bis zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 10. Juli 1966

Die Haushaltsproblematik stellte der neugewählte Bundeskanzler neben einer gezielten Unterweisung zur Thematik der "Formierten Gesellschaft" (480) in den Mittelpunkt seiner Regierungserklärung vom 10. November 1965, die bei weitem nicht den innovativen Schwung seiner ersten Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 besaß. Im außenpolitischen Teil seiner Regierungserklärung bekannte sich Erhard zu einer entschlossenen Wiedervereinigung

gungs- und Europapolitik (481), widmete jedoch der Ausschöpfung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages nur zwei Sätze. (482)

Die Aussprache über die Regierungserklärung, die in ihrer Aussagekraft reichlichen Zündstoff für intraparteiliche und koalitionspolitische Kontroversen enthielt (483), mußte mehrfach wegen einer ernsthaften Erkrankung des Kanzlers, die zu weitläufigen Spekulationen führte, verschoben werden. (484) Aber auch Konrad Adenauer ging zumindest politisch angeschlagen aus den verblieben geführten Koalitionsverhandlungen hervor. Egon Klepach, Bundesvorsitzender der Jungen Union, forderte die Ablösung des Altbundeskanzlers als Parteivorsitzender der CDU. (485) Am 21. Dezember 1965 verzichtete Adenauer auf Drängen seiner Parteilfreunde auf eine erneute Kandidatur und sprach sich dafür aus, Kanzler- und Parteilamt von einander zu trennen. (486) Diese klare Absage an Ludwig Erhard begründete Adenauer mit dem Argument, daß sich der neue Parteivorsitzende ganz der Parteiarbeit widmen und von allen anderen Belastungen freigehalten werden müsse, nannte jedoch keine Namen möglicher Nachfolger. (487) Erhard, der die Nachricht von Adenauers Verzicht unmittelbar vor seinem Abflug zu US-Präsident Johnson erhielt, mit dem er die sich rapide verändernde außenpolitische Weltlage erörtern wollte, (488) hielt sich zunächst bedeckt.

Aber nicht nur außenpolitische Schwierigkeiten, sondern erneut aufflackernde intraparteiliche Querelen machten dem Bundeskanzler zum Jahreswechsel 1966 zu schaffen. In einem Interview mit der Schweizer Zeitung "Die Weltwoche" trat Heinrich Lübke, seine Ambitionen als politischer Bundespräsident fortsetzend, am 22.12.1965 ebenso unverblümt für die Bildung einer Großen Koalition ein (489) wie dies Konrad Adenauer in einem Interview mit der Wochenzeitschrift "Christ und Welt" tat. (490) In einem Brief an Lübke noch vor der Jahreswende zeigte sich Erhard "politisch auf das tiefste bestürzt und nicht zuletzt auch menschlich gekränkt." (481) Auf dem Neujahrsempfang des Bundespräsidenten erklärte Erhard am 4. Januar 1966, er könne es nicht zulassen, "daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, als sei die gegenwärtige Koalition bereits zusammengebrochen und es sei wünschenswert, sie abzulösen." (492) Lübke, der von seiner

Interview-Aussage nicht abwich, versicherte, das Gespräch mit der Züricher "Weltwoche" sollte keine Interview-Veröffentlichung, sondern nur eine "Rücksprache im Hintergrund" sein und sei deshalb ein "Unglückseignis". (493) Als das Bundestagspräsidium auf dem Neujahrsempfang die Glückwünsche des Bundestages überbrachte, ermunterte Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier den Bundespräsidenten, auch im kommenden Jahr die Unbefangenheit zu behalten, "das zu sagen, was Sie für notwendig halten, auch wenn es nicht allen Leuten gefällt." (494)

Obwohl führende Unionspolitiker das Interview Lübkes verurteilten (495), verstärkte sich nach der langwierigen und schwierigen Regierungsbildung und der "Interview-Politik" Adenauers und Lübkes in der Öffentlichkeit das Bild von Erhards mangelnder Führungsqualität. In Umfrageergebnissen zeigte Erhards Sympathiekurve eine rückläufige Tendenz (496), die zu Spekulationen über eine Kabinettsumbildung führte, die auch eine mögliche Rückkehr von Franz Josef Strauß ins Kabinett mit einschloß. (497) Zu einer Kabinettsumbildung kam es nicht, der Bundeskanzler entschloß sich jedoch, wohl auf Anraten seiner engsten Berater, für den CDU-Parteivorsitz zu kandidieren (498), nachdem Dufhues verzichtet (499) und Rainer Barzel auf Vorschlag der CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen seine Kandidatur angemeldet hatte. (500) Am 16. Februar beschloß der CDU-Vorstand einstimmig, Erhard solle als Nachfolger Konrad Adenauers Parteivorsitzender und Barzel erster stellvertretender Vorsitzender der CDU werden. (501)

Im Vorfeld des CDU-Parteitages in Bonn erregten zwei eminent wichtige außenpolitische Ereignisse, die zu weiteren intraparteilichen Spannungen Anlaß bieten sollten, Aufsehen. Erstens kündigte de Gaulle, der die Politik des "leeren Stuhls" im EWG-Ministerrat auf einer außerordentlichen Tagung in Luxemburg aufgegeben hatte (502), am 7. März 1966 den Austritt Frankreichs aus der militärischen NATO-Integration zum 1. Juli 1966 an. (503) Dieser Vorgang veranlaßte Altbundeskanzler Adenauer auf der Schlußkundgebung des Landesparteitages der rheinlandpfälzischen CDU in Koblenz zu der Bemerkung, die gegenwärtige außenpolitische Lage sei "die schlechteste, die wir in der Bundesrepublik seit 1945 haben." (504) Die massive Kritik, die

der scheidende CDU-Vorsitzende geübt hatte, rief in Regierungs- und CDU-Kreisen erhebliche Verärgerung hervor, ohne daß jedoch Sanktionen verhängt wurden. (505) Nach de Gaulles Ankündigung wurde von Erhard außenpolitisch fortan folgendes Kunststück verlangt. "Er hatte mit den USA an der NATO-Organisation festzuhalten, in der er in seiner Regierungserklärung vom November 1965 eine Garantie wirksamer Abschreckung gesehen hatte. Gleichzeitig jedoch galt es, das Verhältnis zu einem Partner intakt zu halten, der die bestehende NATO-Organisation untergrub."

(506) Zweitens arbeitete die Bundesregierung im engen Kontakt mit der SPD, die sich in dieser Zeit sehr effektiv in der Ost- und Deutschlandpolitik zu profilieren verstand (507), eine Note zur Abrüstung und Sicherung des Friedens aus, die als sogenannte "Friedensnote" am 25. März 1966 an alle Regierungen der Welt, mit denen die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhielt, sowie an die Regierungen der osteuropäischen und arabischen Staaten gesandt wurde. (508)

Einen Tag vorher waren Ludwig Erhard mit 413 von 548 abgegebenen Stimmen zum Bundesparteivorsitzenden, Rainer Barzel zum ersten Stellvertreter und Konrad Adenauer, der seine politische Abschiedsrede hielt (509), zum Ehrenvorsitzenden der CDU gewählt worden. (510) Trotz der empfindlichen politischen Niederlage Barzels konstatierte das CSU-Organ "Bavarn-Kurier" antizipierend einen Prestige-Erfolg des Fraktionsvorsitzenden. (511)

Erhard definierte seine Hauptziele als Parteivorsitzender wie folgt: "Zunächst kommt es darauf an, das neue Präsidium der Partei zu einem vertrauensvoll und aufgeschlossenen zusammenarbeitenden Gremium zu machen. Die Führung einer Volkspartei ist darauf angewiesen, in einem ständigen Gespräch mit allen Gruppen und Schichten der Bevölkerung zu stehen. Die Formen, in denen sich dieses Gespräch vollzieht, müssen weiter entwickelt werden. Aber nur durch einen intensiven Meinungsaustausch auch über die Grenzen der Partei hinaus wird es uns gelingen, uns das Vertrauen des deutschen Volkes zu bewahren. Ich bin davon überzeugt, daß bei ihm die zunehmende Bereitschaft besteht, sich im Rahmen einer Partei und ihrer Teilorganisationen für öffentliche Aufgaben einzusetzen. Die CDU wird dafür - vor allem in ihren Landes- und Kreisorganisationen - auf bisherigen guten

Leistungen aufbauen können. Die christliche Verantwortung und die soziale Verpflichtung, mit denen die Partei vor bald 21 Jahren angetreten ist, werden weiterhin die Grundlagen ihrer Arbeit bilden. Form und Ziele dieser Arbeit werde ich auf dem Parteitag darlegen." (512)

Nach der Ankündigung Frankreichs, die NATO-Integration zum 1. Juli 1966 zu verlassen, stellte sich für die Bundesrepublik die außenpolitisch brisante Frage, was mit den auf deutschem Boden stationierten französischen Truppen geschehen sollte. Die Franzosen forderten energisch, die Bundesrepublik möge Frankreich ersuchen, seine Soldaten im Rahmen des überkommenen Besatzungsstatus in Deutschland zu belassen. "Schröder und das Auswärtige Amt hielten hart dagegen. Der Minister spielte mit hohem Einsatz und schien entschlossen, einen Abzug der französischen Truppen hinzunehmen. Sein Kalkül war dabei zweifellos durch eine Reihe zutreffender Überlegungen bestimmt. Eine Rückkehr in die Jahre der alliierten Besatzung galt es aus innen- und außenpolitischen Gründen auf jeden Fall zu vermeiden. Denn das französische Vorgehen, sofern es von deutscher Seite aus widerstandslos hingenommen wurde, konnte ja nur allzuleicht Schule machen. Im anstehenden Fall ging es zudem darum, de Gaulles Hegemonialgelüsten zu widerstehen. Gerade in diesem Zusammenhang aber wurde im Auswärtigen Amt mit viel Berechtigung darauf spekuliert, de Gaulle sei, um für alle sichtbar als Sieger des Zweiten Weltkrieges zu erscheinen, sehr daran gelegen, französische Truppen in Deutschland stationiert zu haben, um auch in dieser Frage gleichberechtigt neben den Amerikanern, Sowjets und Briten dazustehen." (513)

Die schwierigen Verhandlungen, die bis in den Sommer 1966 andauerten und erst am 21. Dezember 1966 ihren Abschluß fanden, vertieften entscheidend die Gräben zwischen "Atlantikern" und "Gaullisten" in den Unionsparteien (514), obwohl Erhard, unterstützt von Kanzleramtsminister Westrick, einer ausgleichenden Lösung zuneigte. (515) Nicht nur die harte Haltung des innerparteilich umstrittenen Chefs des Auswärtigen Amtes gegenüber Frankreich, sondern auch dessen ost-, mittel- und südosteuropäische Umgehungsstrategie, die im Gegensatz zu innovativen ost- und deutschlandpolitischen Gedanken der FDP und SPD kaum Mobi-

lität in der Deutschland-Frage zuließ, erzeugte Unmut bei führenden Unionspolitikern. (516)

Neue deutschlandpolitische Akzente versuchte Rainer Barzel zu setzen, der am 17. Juni 1966 in einer Rede vor dem "American Council on Germany" in New York erklärte, auf dem Boden eines wiedervereinigten Deutschlands könnten im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems auch sowjetische Truppen stationiert bleiben. In derselben Rede bot Barzel der sowjetischen Regierung an, daß die Bundesrepublik das Handelsabkommen der Sowjetzone mit der Sowjetunion für die Dauer von 20 Jahren mit einer jährlichen Steigerung um fünf Prozent übernehme, wenn dies helfe, die Einheit Deutschlands zu erreichen. Ferner wandte sich Barzel gegen die Unterstellung, die Bundesrepublik wolle die Sowjetzone einvernehmen, betonte aber das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen. (517) Die New Yorker Rede Barzels fand in Bonn ein lebhaftes politisches Echo und wurde am 20. Juni 1966 im Fraktionsvorstand der Unionsparteien heftig kritisiert. Vor allem Erhard, der bemängelte, daß Barzel die Rede mit ihm nicht vorher abgestimmt habe und Schröder distanziierten sich von den entscheidenden Aussagen des Fraktionsvorsitzenden und setzten im Fraktionsvorstand ein Kommuniqué durch, das bekräftigte, an der bisherigen "grundsätzlichen Orientierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik" festzuhalten. (518)

Am folgenden Tag zeigte sich die Bundesregierung befremdet darüber, wie der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Will Rasner, die Öffentlichkeit über den Verlauf der Sitzung des Fraktionsvorstandes informiert hatte. Rasner verlas im Kommuniqué nicht enthaltene, sondern von ihm selbst handschriftlich angefügte Sätze darüber, der Bundeskanzler habe erklärt, Barzel besitze sein uneingeschränktes Vertrauen. Das Bundeskanzleramt wollte diese Ergänzung jedoch nur als eine versöhnliche Geste gewertet wissen, die an der Ablehnung in der Sache nichts Ändere, jedoch im Vorfeld des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen Parteigeschlossenheit demonstrieren sollte. (519) Die Formulierungen Rasners erweckten den Eindruck, daß Barzel als Sieger aus den Auseinandersetzungen hervorgegangen sei. Die Gesamtfraktion distanzierte sich jedoch am 21. Juni 1966 in ihrer Mehrheit von den Ausführungen ihres Vorsitzenden

und billigte das Kommuniqué des Fraktionsvorstandes in der ursprünglichen Fassung. (520)

Wenige Tage später versicherte Barzel auf einer Wahlversammlung der CDU in Bad Lippspringe Erhard pathetisch seine Loyalität. (521) Erhard, der dieser Landtagswahl eine auch bundespolitisch große Bedeutung beimaß (522), erklärte auf derselben Veranstaltung, er sei gerne in den Bundestagswahlkreis der Fraktionsvorsitzenden gekommen, um "die Mäe zu zerstören, daß das menschliche Verhältnis zwischen uns zerbrochen ist." (523)

Der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen im Juni/Juli 1966 stand ganz im Zeichen einer industriellen und wirtschaftlichen Umwälzung im Rhein-Ruhr-Revier. "Die Modernisierung als Folge des erarbeiteten und Voraussetzung des erwarteten Wohlstandes machte eine immerwährende Anpassungsfähigkeit und hohe Mobilität der Bevölkerung unumgänglich. Das waren Forderungen, die mehr und mehr auch als Opfer empfunden wurden, wenn man beispielsweise an die damals ganz akuten wirtschaftlichen Umwälzungen mit ihren sozialen und politischen Folgen denkt, die mit der Verdrängung des Energieträgers Kohle durch das Öl einhergingen und den Schlagrhythmus des industriellen Herzens der Bundesrepublik an Rhein und Ruhr so beträchtlich störten." (524) Erhard, der sich in seinem ureigensten Bereich, der Wirtschaftspolitik, herausgefordert sah, wies in seinen Wahlreden immer wieder auf diese Problematik hin, fand aber bei den Betroffenen wenig Verständnis. (525)

In der von Zechenstillegungen bedrohten Stadt Gelsenkirchen wurde der Bundeskanzler am 6. Juli 1966 von organisierten Störern niedergeschrien, verlor die Nerven und schimpfte zurück: "Ich habe keine Lust, dem organisierten Terror Wahlhilfe zu leisten" und fügte hinzu, er habe eigentlich zu den Bürgern Gelsenkirchens sprechen wollen, statt zu schamlosem "Gesindel". An die Adresse der Demonstranten richtete er folgende Worte: "Die Lümmel und Uhus wären schon in den Windeln verkommen, wenn sie nicht in dieser Zeit aufgewachsen wären." (526) Führende CDU-Kreise in Nordrhein-Westfalen fühlten sich durch Erhards Auftritt peinlich betroffen (527), die Presseorgane kommentierten das Verhalten des Kanzlers schärfer als das der organisierten Störer. (528)

Am 10. Juli 1966 gewann die SPD, der auch die katholischen Bischöfe in einem Hirtenbrief ihre Wählbarkeit attestiert hatten (529), die Wahl überzeugend, konnte die CDU/FDP-Koalition jedoch nicht von der Macht verdrängen. (530) Erhard hatte seinen Nimbus als "Wahllokomotive" eingebüßt und sah sich der Kritik ausgesetzt, das schlechte Abschneiden der CDU sei auf bundespolitische und persönliche Fehlleistungen des Kanzlers im Wahlkampf zurückzuführen. (531)

8 Das Ende der Kanzlerschaft Ludwig Erhards

Unmittelbar nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen prasselten schärfste Angriffe aus den eigenen Reihen auf den Bundeskanzler, dem die Hauptschuld an der Wahlniederlage angelastet wurde. (532) Mit der Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen beginnt für den Bundeskanzler der Prozeß, den der Münchner Politologe Franz Schneider mit dem Terminus "kommunikative Aushungierung" bezeichnet. Es kann nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden, ob vom 10. Juli 1966 an von den Erhard-Gegnern eine gezielte Strategie für den Kanzlersturz verfolgt wurde. Es läßt sich allerdings von diesem Zeitpunkt ab eine Konzeption erkennen, die deutlich macht, daß führende Unionspolitiker das Wahlergebnis als Anlaß nahmen, Erhards Sturz vorzubereiten. Dieses Ergebnis war aber nicht so katastrophal wie vielfach behauptet, da die bisherige Koalition aus CDU und FDP fortgesetzt werden konnte. Das CSU-Organ "Bayern-Kurier" deutete den Rückschlag an Rhein und Ruhr als "Vertrauenskrise auf Bundesebene" und behauptete: "Nicht der Grundgehalt der Unionspolitik, sondern manche Mythen und Legenden haben sich in einer Zeit abgenützt, wo die festen Grundlagen der Adenauer-Ära zum Teil verlassen worden sind; wo die Anpassung an die Strukturveränderungen im Inneren und an den Wandel in der Außenwelt nicht energisch und tiefgreifend genug unternommen worden ist; wo die Bundesregierung nicht als der treibende Faktor, sondern oft als ein von den Gewalten getriebenes Element erscheinen mußte." (533) Der "Bayern-Kurier" betonte weiter: "Die Zeiten der Rhetorik und der Berufung auf einst vollbrachte Leistungen sind vorbei. Das Kapital ist erschöpft. Die Politik muß wieder produktiv werden" (534) und

forderte, "daß auf billige Lösungen, Bequemlichkeitsformeln und Tabus verzichtet wird; daß keine Zuflucht in einem Flickwerk am Kabinett gesucht wird; daß die Gefahr im Verzug anerkannt wird. Die Bundesrepublik ist nach wie vor ein gesundes und florierendes Land. Das ist eine feste Grundlage. Da die große Maelaise politisch ist, von innen und von außen heraufbeschworen wird, muß auch die deutsche Politik auf eine möglichst breite Basis gestellt werden, um die notwendige Dynamik entfalten zu können. Die Fälligkeitstermine verdichten sich aber, für die Bundesrepublik und für die Union." (535)

Auch nach dieser von der CDU/CSU als katastrophal empfundenen Wahlschlappe wurde von einflußreichen Unionspolitikern eine Kabinettsumbildung diskutiert, die jedoch zu keinen konkreten Ergebnissen führte. Es fällt allerdings auf, daß Ende Juli, Anfang August 1966 in erster Linie Unionspolitiker aus dem zweiten Glied mit heftiger Kritik an die Öffentlichkeit traten. Dies mag wohl damit zu erklären sein, daß die Wahl in Nordrhein-Westfalen unmittelbar vor der parlamentarischen Sommerpause des Bundestages stattfand und die maßgeblichen Regierungskritiker die Stimmungslage in der Öffentlichkeit und bei den Abgeordneten noch nicht exakt einzuschätzen wußten. Die prominenten Kritiker in den Unionsparteien hielten sich deshalb vorläufig mit harter persönlicher Kritik am Bundeskanzler zurück. Es zeichnete sich jedoch bereits in dieser Zeit eindeutig die Tendenz ab, daß einflußreiche und kompetente Unionspolitiker außerhalb des Kabinetts wie beispielsweise Barzel, Strauß und Gerstenmaier wiederum deutlich signalisierten, nicht in die Regierung Erhard eintreten zu wollen. Der in diesen Tagen geforderten Kabinettsumbildung wäre somit kein durchgreifender Erfolg beschieden gewesen. (536)

In seinem ersten Interview nach der Nordrhein-Westfalen-Wahl räumte Erhard ein, daß die CDU und er selbst Grund zur Gewissenserforschung hätten (537), schränkte allerdings ein, alle Kritik werde bei Wahlniederlagen immer wieder an die Adresse des Kanzlers gerichtet. (538) Der SPD, von der er sich zukünftig schärfer abzugrenzen gedachte, warf Erhard vor, sie habe "die Sorge der Arbeiter im Kohlebergbau und in der Stahlindustrie ungehemmt ins Maßlose gesteigert", an der "giganti-

schen Stimmungsmache" hätten sich - wenn auch "ungebeten" - "Ostberliner Propagandamaschine und ihre westlichen Tarnorganisationen" beteiligt. (539) Die Ausführungen Erhards zu den Beziehungen mit Frankreich und Rotchina sowie zur Deutschlandpolitik deuteten keinen Kurswechsel an, ließen jedoch erkennen, daß Erhard zu entschlossenerem Handeln bereit war. (540) Es läßt sich weiterhin eine Strömung erkennen, die darauf hinauslief, die Kritik am Bundeskanzler während des "Sommerlochs" 1966 nicht abreißen zu lassen. Dabei schreckten die Initiatoren vor fragwürdigen Methoden, Intrigen und Kabbalen nicht zurück.

Am Vorabend der Verhandlungen zwischen Erhard und den Länderministerpräsidenten über das Stabilisierungsgesetz wurde in der Öffentlichkeit bekannt, daß Franz Josef Strauß in zwei Briefen an den Bundeskanzler, die beide am 5. Juli 1966 abgesandt worden waren, scharfe Kritik an dessen Wirtschaftspolitik geübt hatte. (541) Die Tatsache, daß die Briefe gerade zu diesem Zeitpunkt der Öffentlichkeit zugespielt wurden, löste in Regierungskreisen Befremden aus und erweckte den Eindruck, die Verhandlungsposition des Kanzlers in der schwierigen Frage der Haushaltskonsolidierung solle geschwächt werden. Franz Josef Strauß äußerte sich in der Fraktionssitzung am 12. September 1966, daß eine Reihe von Kollegen von den nicht polemischen Briefen Barzels und Strauß' Abschriften gewollt hätten. Er habe seinen Brief, in dem kein einziges herabsetzendes, angreifendes polemisches Wort gestanden habe, einer Reihe von Mitgliedern der zuständigen Ausschüsse zur Verfügung gestellt, damit sie bei der Beratung des Stabilitätsgesetzes Strauß' Auffassung hätten kennen können. Strauß bedauerte, daß eine Kopie des Briefes an die Presse gelangt sei. Die Schuld daran wäre jedoch nicht ihm zuzuweisen. (542)

Wenige Tage später wurde Erhard, der seine Vorstellungen zum Stabilitätsgesetz im Bundesrat durchsetzen konnte (543), mit einem Interview Adenauers konfrontiert, in dem dieser den Vereinigten Staaten empfahl, ihre Truppen aus Vietnam abzuziehen. (544) In einem weiteren Interview forderte Adenauer eine Kabinettsumbildung und eine umfassende außenpolitische Diskussion in der CDU. (545)

Als am 12. August der FDP-Schatzmeister Hans-Wolfgang Rubin unverblümt den Rücktritt Erhards forderte (546) und Erich Mende in einem Gespräch mit der Wochenzeitschrift "Der Stern" darlegte, daß "jede Partei mit jeder regierungsfähig" sei (547), brach Erhard sein Schweigen und erklärte in einem Interview mit der "Welt am Sonntag": "Diese persönlichen Angriffe sind in erster Linie Auswüchse der "Sauregurkenzeit" und die Demonstrationen eines ausgesprochen schlechten politischen Stils. Diese Kreise glauben, nicht mehr mit sachlichen, sondern nur persönlichen Angriffen gegen mich, der CDU am meisten schaden zu können. Wer aber glaubt, mich dadurch müde machen zu können, täuscht sich. Ich füge hinzu, daß Einzelgänger, die da meinen, sich an solchen Manövern beteiligen zu müssen, nicht erwarten können, von mir ernst genommen zu werden. In einer politischen Situation, in der weltweite Probleme zu lösen sind, habe ich kein Verständnis für parteipolitische Querelen. Es geht nicht um die Personen, sondern um die Sache. Die Bundesrepublik ist im besonderen aufgerufen, das eigene Haus in guter Ordnung zu halten." (548)

Die klaren Worte des Kanzlers vermochten jedoch nicht, die parteiinterne Kritik an der Arbeit der Bundesregierung zu beenden. In einem bemerkenswerten Interview am 14. August 1966 bezeichnete es Heck als "haltlose Spekulation", daß bestimmte Kreise in der Union daran dächten, Erhard "heute" abzuwählen und erklärte zur Frage einer möglichen Ablösung: "Eines kann ich für die CDU verbindlich sagen: "Wir werden uns nicht darauf einlassen, Bundeskanzler Erhard in eine ähnliche unhaltbare Situation zu bringen, wie sie seinem Vorgänger Dr. Adenauer in den letzten Monaten seiner Kanzlerschaft zugemutet worden ist." (549)

Zwei Tage später wurden in der Öffentlichkeit Einzelheiten eines Briefes von Barzel, den dieser bereits am 21. Juli 1966 an den Bundeskanzler geschrieben hatte, bekannt. (550) In diesem Brief kritisierte der Fraktionsvorsitzende, der sich von der Briefveröffentlichung distanzierte, (551) daß die Bundesregierung von der Bevölkerung Opfer verlange, ohne jedoch konkret zu sagen, wohin und zu welchen Zielen "energisch geführt" werde. (552) Der Brief Barzels, in dem der Fraktionsvorsitzende

ein "Gesamtprogramm zur Stärkung unserer Wirtschaftskraft" forderte (553), wies gewisse Parallelen zu dem zweiten Brief des CSU-Vorsitzenden Strauß an Erhard auf, der sich auch vor allem mit dem Thema der "Überfremdung" in der deutschen Wirtschaft durch ausländische Investitionen befaßte. (554) In der Öffentlichkeit mußte Mitte August 1966 durch die Veröffentlichung der Briefe von Strauß und Barzel der Eindruck entstehen, der Bundeskanzler scheitere als Wirtschaftsexperte.

Einen Tag später griff der CDU-Abgeordnete Alo Hauser aus Bad Godesberg, Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union und ihr rheinischer Landesvorsitzender, den Bundeskanzler in der Zeitschrift "Die Entscheidung" vehement an, indem er das Verhalten Erhards im nordrhein-westfälischen Wahlkampf scharf tadelte. "Ludwig Erhard, Schöpfer des Wirtschaftswunders, griff in den Wahlkampf ein, wo er am härtesten tobte. Aber dem Regierungschef fehlten die souveräne Ruhe und der erlösende Witz eines Konrad Adenauers. Von Demonstranten provoziert, reagierte der Volkskanzler sauer, bekundete unverhohlenen Ärger über Unverstand und Undankbarkeit der Volksmassen und schimpfte, statt zu überzeugen. Die Wähler sahen ihre Zweifel in die Richtigkeit der Gleichung "Wirtschaftswunder + Sicherheit = Erhard und CDU" bestätigt. Eine zerstrittene Mannschaft unter einem unsicheren Kapitän auf einem Schiff in wogender See - ein bedenkliches Bild. Und die Wahllokomotive Erhard "entgleiste" - in Gelsenkirchen, Wanne-Eickel, Moers und anderen Orten." (555) Als Resümee forderte Hauser: "Politische und personelle Konsequenzen auch in Bonn sind unausweichlich." (556)

Mitte August erschien in dem katholischen Monatsmagazin "Mann in der Zeit" ein Artikel, in dem sich ein nicht genannter Autor aus dem Führungskreis der CDU in Anbetracht der schwierigen politischen Situation für Eugen Gerstenmaier als Nachfolger Erhards aussprach. (557)

Ludwig Erhard, der am 19. August in seinem Haus am Tegernsee den CSU-Vorsitzenden Strauß zu einem politischen Gespräch empfangen hatte (558), verkündete am 20. August 1966 selbstbewußt in einem Interview in der "Welt": "Ich gehe nicht unter Zwang, ... ich gebe nicht auf. Es gibt nur ein Mittel, mich aus dem Amt zu entfernen, das ist das konstruktive Mißtrauensvotum.

Aber den Scherbenhaufen möchte ich sehen, den es dann gäbe. Es soll erst mal einer kommen, der es besser macht als ich." (559) In diesem Interview deutete Erhard auch eine Kabinettsumbildung an, die eine drastische Einsparung einiger Ministerposten mit sich bringen würde. (560)

In der Tat hatte Erhard im Interview am 20. August 1966 genau das ausgesprochen, was in seinem Bestreben, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu bleiben, als sein gewichtigster Pluspunkt zu gelten hatte: "... die Unfähigkeit seiner Rivalen, sich auf einen Nachfolger zu einigen." (561)

Konrad Adenauer und der dem Altbundeskanzler nahestehende "Rheinische Merkur" schienen dies am genauesten erkannt zu haben und reagierten prompt. Der Herausgeber des "Rheinischen Merkur", Professor Dr. Otto B. Roegele, warnte Erhard, die Kritik an seiner Person nicht als "parteilpolitische Querelen" von "Einzelgängern" abzutun und verwies in diesem Zusammenhang auf die Briefe von Strauß und Barzel. (562) Konrad Adenauer wurde noch deutlicher. In einem Gespräch mit dem Journalisten Walter Henkels bekannte der Altbundeskanzler freimütig "Ich bin für Gerstenmaier" als Bundeskanzler, eine Aussage, die als Schlagzeile in der Bild-Zeitung am 23. August 1966 abgedruckt wurde. (563). Adenauer löste damit in der Öffentlichkeit und in der Partei die Diskussionen über eine eventuelle Denominierung Erhards aus.

Wenige Tage später forderte der ehemalige Bundesfamilienminister Franz-Josef Wuermeling den Kanzlerwechsel und empfahl dem CDU-Präsidium, am 12. September einen Nachfolger für Erhard vorzuschlagen. (564)

Ende August 1966 wurde die Kritik an Erhard von der Bundeswehrkrise überdeckt, die Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel in größte Schwierigkeiten brachte. (565) Es waren in erster Linie zwei Begebenheiten, die die Krise in der Organisation der Bundeswehr auslösten und schließlich zum Rücktritt von drei hohen Generälen führten. Zum einen beunruhigte eine beängstigend anwachsende Zahl von Abstürzen des Waffensystems F 104 6 "Starfighter" die Öffentlichkeit. "Um der schlimmen Unfallserie endlich ein Ende zu setzen, verlangte die Bundesluftwaffe die Einrichtung von speziellen Arbeitstäben mit Entscheidungsbefug-

nis für den jeweiligen "Systembeauftragten". Eine solche Forderung tangierte natürlich den Gedanken der Zuständigkeit für die Gesamtstreitkräfte. Dafür erhielt der vom Verteidigungsminister am 24. Januar 1966 eingesetzte Sonderbeauftragte für den "Starfighter" auch keine Entscheidungsbefugnis. Für die Führung der Luftwaffe war das gewiß ein enttäuschendes Ergebnis." (566) Zum anderen sorgte der sogenannte "Gewerkschaftserlaß", der den Gewerkschaften eine Betätigung in den Kasernen erlaubte, für neuen Konfliktstoff. "Nicht in erster Linie der Inhalt, wohl aber die Art und Weise, wie dieser sogenannte "Gewerkschaftserlaß" zustande gekommen war, veranlaßte den Generalinspekteur der Bundeswehr, General Trettner, am 13. August 1966 dazu, um seinen Rücktritt nachzusuchen. Er warf dem Ministerium vor, nicht genügend konsultiert worden zu sein." (567) Im weiteren Verlauf dieses Streites zwischen Verteidigungsministerium und Bundeswehrspitze trat Generalmajor Pape, der Befehlshaber des Wehrbereichs II, zurück. Als in der zweiten Augushälfte bekannt wurde, daß auch der Generalinspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Panitzki, bereits am 12. August 1966 zurückgetreten war, handelte die Regierung Erhard schnell und entschlossen. General de Maizière rückte als Generalinspekteur der Bundeswehr und Generalleutnant Johannes Steinhoff als Luftwaffeninspekteur nach. (568)

Entschlossenheit und Durchsetzungsvermögen konnte der Kanzler in der Kabinettsitzung am 28. August 1966 nicht unter Beweis stellen. Er scheiterte mit seiner Forderung nach Ausgabenkürzungen im Etat 1967. (569)

Mit den ungelösten Problemen des schicksalhaften Haushalts trat Erhard am selben Tag eine Skandinavienreise an, auf der er seine wirtschafts- und handelspolitische Lieblingsidee, eine Annäherung zwischen EWG und Efta zu initiieren, voranzubringen gedachte. (570)

Während Erhards Abwesenheit erreichte die Kontroverse zwischen Union und SPD wegen der Vorgänge in der Bundeswehr einen vorläufigen Höhepunkt, als Herbert Wehner im Deutschlandfunk das Verhältnis seiner Partei zum Bundeskanzler mit den Worten charakterisierte: "Das Tisch Tuch zu diesem Mann ist zerschnitten. Wer etwas von uns will, muß ohne Erhard kommen." (571)

Ebenfalls während Erhards Staatsbesuch in Schweden meldeten sich

intraparteiliche Kritiker des Bundeskanzlers wieder zu Wort. Altbundeskanzler Adenauer sprach sich unmittelbar vor seinem Urlaub in einem Interview mit der katholischen Wochenschrift "Neue Bildpost" für einen sofortigen Kanzlerwechsel aus und stellte besorgt fest, daß sich in der CDU Anzeichen für eine Entwicklung zu einer nationalliberalen Partei und ein "verworrener Pragmatismus" (572) bemerkbar machten.

Der CDU-Abgeordnete Heinrich Dräger, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung in der CDU/CSU-Fraktion, erklärte im Saarländischen Rundfunk: "Es kann dazu kommen, daß das Amt des Bundeskanzlers zur Disposition gestellt wird." (573)

Der Bundeskanzler erregte indes Aufsehen, als er in seiner Ansprache im schwedischen Außenministerium vom Text seiner Rede abwich und für eine engere Zusammenarbeit zwischen der EWG und Efta plädierte. (574) Nach Deutschland zurückgekehrt, relativierte der Bundeskanzler auf der Präsidiumssitzung der CDU seine dortigen Äußerungen und erklärte, seine Bemühungen um die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa bedeuten "keine Absage an die bisherigen Bemühungen um eine enge politische Zusammenarbeit der sechs EWG-Länder". (575) Vor allem Franz Josef Strauß kritisierte anlässlich einer gemeinsamen Herbsttagung der Landesgruppe der CSU im Bundestag und der Landtagsfraktion in München das Abschlußkommuniqué des Schweden-Besuches Erhards. (576) Am selben Tag versicherte der erneut in die Schußlinie seiner intraparteilichen Gegner geratene Kanzler auf die Frage, ob er in den letzten Wochen an Rücktritt gedacht habe: "Nein, nicht einen Augenblick". (577)

Wie gefährdet indes die Stellung des Kanzlers war, sollte sich in der für den Sturz Erhards so bedeutsamen Fraktionssitzung vom 12. September 1966 zeigen. Rainer Barzel eröffnete die nur schwach besetzte erste Sitzung nach der Sommerpause mit einer Situationsanalyse und konstatierte, daß die Lage Konsequenzen erfordere. Sie sei nicht durch verbale und faule Kompromisse oder Gesundbetelei zu meistern. (578) Der Fraktionsvorsitzende fuhr fort, indem er sagte, daß die Diskussion offen, redlich, freimütig und ohne falsche Rücksichten geführt werden müsse. Die Mitglieder der Fraktion sollten auf alle Empfindlichkeiten ver-

zichten. Es ging um keinen von ihnen, sondern um Deutschland, und jeder sei ersetzbar. In diesem Geiste müsse sich die Fraktion Klarheit über die Lage verschaffen, die im Wahlergebnis von NRW und durch die demoskopischen Zahlen von Allensbach zum Ausdruck gekommen sei. (579) Anschließend stellte Barzel ein Fünf-Punkte-Sachprogramm vor, das schnellstens zu realisieren sei. (580) Der Bundeskanzler, der als zweiter Redner das Wort ergriff, bekannte sich zum Stabilitätsgesetz, verwies auf die wirtschaftlich erheblich schlechtere Situation in anderen europäischen Ländern und überraschte mit einer sehr unkonventionellen Erklärung für die Wahlschlappe in Nordrhein-Westfalen. (581) Es dauerte in dieser insgesamt über fünfstündigen Fraktionssitzung nicht lange, bis Erhard persönlich sehr scharf attackiert wurde. Der CSU-Abgeordnete Prinz Konstantin von Bayern erklärte, er könne heute den Wahlkampf in München nicht mehr gewinnen. Der Hauptgrund sei seiner Meinung nach der Popularitätsschwund des Bundeskanzlers. Dadurch würde auch die Partei in Mitleidenschaft gezogen. Selbst die tüchtigsten Abgeordneten könnten den Abwärtstrend in ihren Wahlkreisen nicht aufhalten. (582) Prinz Konstantin begründete seine These mit der mangelnden Führungseignung des Bundeskanzlers, dessen Unfähigkeit, die Richtlinien der Politik zu bestimmen und der Angst des Wählers vor einer wirtschaftlichen Rezession. (583) Nach einer heftigen Kritik an der Wirtschafts-, Außen- und Verteidigungspolitik der Bundesregierung fügte der CSU-Bundestagsabgeordnete noch hinzu, daß er dem Bundeskanzler die verschiedenen Gesichtspunkte darzulegen versucht habe. Er wäre glücklich, wenn der Bundeskanzler jetzt die Weichen stellen würde, die gestellt werden müssen, um die Abwendung der Wähler bis zu den nächsten Wahlen zu verhindern. (584) Erhard reagierte auf diese herbe Kritik nicht. Auch der Abgeordnete Peter Josten aus Rheinland-Pfalz kritisierte Erhards Führungsschwächen und regte unter dem Gelächter seiner Parteikollegen an, man möge bei einem guten Glas Wein alle Schwierigkeiten mit Erhard besprechen und ausräumen. (585) Sehr ironisch äußerte sich Franz Josef Strauß zu Erhards Interpretation des Wahlergebnisses in Nordrhein-Westfalen, indem er sagte, der Bundeskanzler hätte in der Deutung des Wahlergebnisses von Nordrhein-Westfalen einen Teil des Konzils in das Palais

Schaumburg verlegt. (586) Anschließend begründete Strauß auf Anfrage des Abgeordneten Josten, warum Barzel und er die Briefe an Erhard im Juli geschrieben hätten. Er führte aus, daß die Briefe weder ein Alibi noch der Ausdruck einer Distanzierung gegenüber der Regierungspolitik gewesen seien. Sie seien vielmehr der ernstgemeinte Versuch gewesen, stagnative Situationen zu überwinden. Gespräche zwischen dem Bundeskanzler, Barzel und ihm wurden in demselben Geiste am 18. und 19. Juli geführt. (587) Nach einer scharfen Kritik an der Innen-, Wirtschafts- (588) und Außenpolitik der Regierung wiederholte der CSU-Chef seine Bedenken gegenüber der Arbeitsweise des Regierungsapparates. Er kritisierte erneut Organisation und Arbeitsmethodik und stellte fest, daß der Regierungsapparat reform- und korrekturbedürftig sei. (589) Daraus folgerte der CSU-Vorsitzende, daß ein kompaktes, konstantes und konsequentes Regierungsprogramm gebraucht würde. Mit anderen Führungsmethoden müsse die Arbeit straffer verfolgt werden als bisher. Das gleiche gelte für die Überwachung der Ausführungen. (590) Abschließend stellte Strauß fest, daß der Bundeskanzler Initiative bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben ergreifen solle. Es müßten Lösungen gefunden werden, damit das Parlament wieder arbeitsfähig würde, um den Aufgaben der Zukunft genügen zu können. (591) Besonders heftig attackierte der CDU-Abgeordnete Josef Mick den Chef des Bundeskanzleramtes Westrick. Er sagte, daß größte Unzufriedenheit im Parteivolk der Christlichen Demokratischen Union herrsche, da in der allernächsten Umgebung des Bundeskanzlers ein Mann sitze, der nicht Mitglied der CDU sei. (592) Erhard griff nicht in die Diskussion ein. Der ehemalige Familienminister Franz-Josef Wuermeling wiederholte in der Fraktionssitzung seine Forderung nach einem Kanzlerwechsel. (593) Andere Abgeordnete, wie beispielsweise der Hauptgeschäftsführer des BDI, Prof. Gustav Stein, forderten eine Kabinettsumbildung, stellten die Person des Bundeskanzlers aber nicht zur Diskussion. (594) Es gab auch Stimmen, die dem Kanzler den Rücken stärkten. (595) In seinem Schlußwort stellte der Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel fest, daß es niemanden in der Fraktion gebe, der nicht bereit sei, dem Bundeskanzler bei der Lösung der anstehenden Sachfragen zu helfen. Der Bundeskanzler solle aber auch der Fraktion entgegen-

kommen, indem er in nächster Zeit Konsequenzen ziehe. Er möge auch durch das helfen, was er an Entscheidungen der Fraktion in allen angesprochenen Bereichen vorlegen wird. (596) Beim Studium des Fraktionsprotokolls fällt auf, daß der Aufforderung Barzels in der Fraktion, offen, ehrlich und hart zu diskutieren, auch weniger bekannte Abgeordnete, die ihr Mandat erst nach der Bundestagswahl 1965 erhalten hatten, nachkamen. Die Rebellen übernahmen damit die Vorreiterrolle eines Meinungstesters, die der Situationseinschätzung diene und das Strategem der prominenten Unionspolitiker festzulegen half. Der Verfasser geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Diskussionsbeiträge der Abgeordneten Prinz Konstantin von Bayern, Josten, Petersen und Mick mit den beiden Fraktionsvorsitzenden abgestimmt worden waren.

Die Fraktionsitzung am 13.9.1966 begann Barzel mit der Feststellung, daß der Montagskreis, bestehend aus den Politikern Strauß, Barzel, Krone, Heck und Erhard sowie gelegentlich Westrick, um die FDP-Politiker Mende und Kühlmann-Stumm, die die Bitte ausgesprochen hatten, nach Möglichkeit die kontroversen Interviews innerhalb der Union einzustellen, erweitert worden sei. (597) Erhard sprach sich in dieser Sitzung eindeutig gegen eine Kabinettsumbildung aus, da die vor kurzem gebildete Regierung die Zustimmung aller CDU-Gremien, einschließlich der mitwirkenden Fraktion, gefunden hätte. (598) Der baden-württembergische CDU-Abgeordnete Peter Petersen schlug die Bildung einer vertraulichen Kommission vor. Sie sollte unter dem Vorsitz von Strauß die Aufgabe haben, innerhalb kurzer Zeit ein Tableau vorzulegen, aus dem die Leitlinien zur Problemlösung auf sachlichem, organisatorischem, methodischem und personellem Gebiet ersichtlich würden. (599) Erhard wies dieses Ansinnen erbst zurück. (600)

Die Manöverkritik am 12. September 1966 hatte für Erhard verheerende Folgen. Am 15. September gab der Wirtschaftsexperte der SPD, Prof. Karl Schiller, während der Debatte über das sogenannte Stabilitätsgesetz, dem Parlament als erster die Nachricht vom Rücktritt des Bundesministers im Kanzleramt Ludger Westrick bekannt und stattete diesem den Dank der Opposition für die geleistete Arbeit ab. (601) Erst danach ergriff Erhard

das Wort und teilte dem Bundestag mit, daß ihm die Gründe des Ausscheidens von Westrick bekannt seien, aber niemand verlangen könne, daß er "vor diesem Kreis auch nur ein einziges Wort sage." (602)

Westrick begründete seinen Rücktritt vor dem CDU-Fraktionsvorstand damit, daß er den gegenüber seiner Person immer zahlreicher auftretenden Kritikern nachgebe und den Weg für ein umfassendes Kabinetttrevirement freigeben wolle. (603) In der Tat hatten Westrick die scharfe Attacke des Abgeordneten Mick auf ihn und die Tatsache, daß ihn Erhard vor der Fraktion nicht verteidigt hatte, als Anlaß gedient, sein Rücktrittsgesuch einzureichen. Die Ursache für Westricks Rücktritt bestand aber darin, daß die Auffassungen zwischen ihm und Erhard in politischen Sach- und Verfahrensfragen divergierten. (604) Westrick gelangte Anfang September zu der Überzeugung, daß ein längeres Verweilen in seinem Amt nicht mehr den Zielen förderlich sein würde, die er sich bei Amtsantritt gesetzt hatte. (605) Durch die harte, größtenteils in der Öffentlichkeit ausgetragene Kritik am Kanzler nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen wuchsen bei Westrick die Zweifel, ob der Bundeskanzler die ganze Wahlperiode im Amt überstehen würde, wenn er die kritische Aktivität innerhalb der CDU ohne energische Gegenmaßnahmen hinnehmen würde. Erhards der Verständigung, dem Kompromiß und der Solidarität zuneigendes Temperament erschwerten oder verhinderten ein entschiedenes Durchgreifen. Anregungen, die in diese Richtung gingen, konnten keine Verwirklichung finden, obwohl Erhard ohne Risiko für sich mit einer ultimativen Forderung eine grundlegende Änderung der ihm gegenüber eingenommenen Haltung zahlreicher Mitglieder der CDU hätte bewirken können. Dazu hätte es allerdings eines energischen Führungsstils bedurft. (606) Ebenfalls konnte der Kanzleramtschef in der komplizierten politischen Konstellation dem kollegialen, überaus rücksichtsvollen Regierungsstil des Kanzlers nicht mehr zustimmen. (607) Der Verfasser vertritt die These, daß die Isolierung Erhards im Bundeskanzleramt ein wichtiger Teil der Konzeption der Erhard-Gegner war. Es darf angenommen werden, daß Westrick in diese Konzeption letztendlich einwilligte, weil er Anfang September 1966 zu der Auffassung gelangt war, daß sich der Bundes-

kanzler wohl nicht mehr im Amt würde halten können.

Die große Bedeutung, die Erhard der Zusammenarbeit mit Westrick beimaß, zeigte sich darin, als er am 20.9.1966 der Fraktion mitteilte, den noch amtierenden Kanzleramtschef auf seinen Staatsbesuch in die USA mitzunehmen. (608) Erhard setzte in diese Reise, von der ihm fast alle außenpolitischen Experten der Union abgeraten hatten (609), große Hoffnungen, weil er in der Frage der Devisenausgleichsverpflichtungen (610) gegenüber den USA ein Entgegenkommen des ihm freundschaftlich verbundenen amerikanischen Präsidenten Johnson erwartete. (611)

Unmittelbar vor der Abreise in die USA kam es auf dem Bundesvertretertag des Deutschen Beamtenbundes am 22. September in Bod Godesberg zu einem Eklat, der die angegriffenen Nerven und den Autoritätsverlust des Kanzlers deutlich widerspiegelte. Der Vorsitzende des deutschen Beamtenbundes, Alfred Krause, erklärte in Anwesenheit Erhards, daß er der Bundesregierung "und an der Spitze dem Kanzler" (612) nicht für eine so erfolgreiche Beamtenpolitik danken könne, wie sie in früheren Überlegungen wenigstens im Entwurf vorgelegen hätten. Als Krause feststellte, die Beamten gäben nichts mehr um Feiertags- und Festansprachen, verließ Erhard, der eine ehrliche und letztlich wohlwollende Ansprache halten wollen, den Saal. (613) Die etwa tausend Delegierten quittierten den Auszug Erhards mit lang anhaltendem Beifall für ihren Vorsitzenden, der auch auf der anschließenden Pressekonferenz nichts von seinem Vorwurf zurücknahm. (614)

Am 24. September brach Erhard zu seinem Staatsbesuch in die USA auf, der, wie befürchtet wurde, die Erwartungen des Kanzlers nicht erfüllte. Präsident Johnson bestand, wie von dem amerikanischen Verteidigungsminister Robert Mc Namara bereits angekündigt, auf der termingerechten Einlösung der Devisenausgleichszahlungen. (615) Die Bundesregierung war bemüht, in ihrem Communiqué den Staatsbesuch nicht als Mißerfolg darzustellen, mußte aber eingestehen, daß in der wichtigen Frage des Devisenausgleichs kein Durchbruch gelungen war. (616) "Erhard indessen, der vor seiner USA-Reise daran mitgewirkt hatte, die Devisenausgleichsfrage aus dem Zusammenhang der bundesrepublikanischen Sicherheitspolitik herauszunehmen und aus ihr ein lösbares

Haushaltsproblem zu machen, konnte sich nach seinem Scheitern in Washington nicht der Anklage entziehen, gegenüber den USA die deutschen Interessen vernachlässigt zu haben." (617)

Erhards intraparteiliche Rivalen, die das Ergebnis der USA-Reise des Kanzlers mit Spannung erwarteten, zeigten sich während der Abwesenheit des Regierungschefs sehr aktiv. Seine Gegner, die ihm bis zu seiner USA-Reise eine Schonfrist eingeräumt haben mochten, nutzten diesen Mißerfolg, der die Schwierigkeiten des Haushaltsausgleichs steigerte, unverzüglich aus. Es waren für den Fall des Scheiterns dieser Reise von führenden Unionspolitikern möglicherweise verschiedene Varianten eines Kanzlersturzes durchdiskutiert worden. Die Handlungs- und Verfahrensweisen von Unionspolitikern während Erhards Aufenthalt in den USA lassen die Behauptung zu, daß sich ab Ende September 1966 geradezu ein Komplott gegen Erhard gebildet hatte.

An demselben Wochenende wie der Bundeskanzler reiste Rainer Barzel nach Cadenabbia am Comer See, um dort mit Adenauer aktuelle politische Fragen zu erörtern. (618) Daß es sich nicht nur um eine bloße politische Berichterstattung handelte, ging aus der Tatsache hervor, daß Barzel seinen Besuch um einen Tag verlängerte und ein neues Treffen mit Adenauer vereinbarte. (619)

Am 27. und 28. September 1966 fand im Jagdhaus Eugen Gerstenmaiers eine Besprechung statt, zu der der Bundestagspräsident die Landesvorsitzenden Helmut Kohl und Hermann Josef Dufhues sowie das geschäftsführende Präsidialmitglied Bruno Heck eingeladen hatte. (620) In den Gesprächen, über die Erhard vorher nicht informiert worden war (621), wurde, so die Teilnehmer, auch die Nachfolgefrage erörtert für den Fall, daß dem Bundeskanzler einmal etwas zustoßen sollte. (622) Am 29.9.1966 ließ der Bundestagspräsident energisch Meldungen dementieren, wonach im Rahmen des Treffens in seinem Jagdhaus im Hunsrück auch die Möglichkeit eines konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Erhard erörtert worden sei. (623)

Erhard, der am Nachmittag des 28. September wieder in Deutschland eintraf, erfuhr unverzüglich von dem Gespräch bei Gerstenmaier und bat Heck zu einer Unterrichtung zu sich. (624) Am Abend desselben Tages hielt Erhard eine Konferenz mit den Lan-

desvorsitzenden ab, auf der Initiativen vom Kanzler gefordert wurden. Die Landesvorsitzenden erklärten, die CDU stehe zwar loyal zum Kanzler, betrachte sich aber bei mangelnder Entschlußfreudigkeit ihres Bundesvorsitzenden keineswegs als mit ihm "verheiratet". (625)

Die Meinung Gerstenmaiers zur gegenwärtigen politischen Situation ließ sich am 30. September 1966 in einem groß aufgemachten Interview, das der Bundestagspräsident den Redaktionsmitgliedern des "Rheinischen Merkur", P.W. Wenger und Siegmars Schilling, gegeben hatte, nachlesen. Gerstenmaier erklärte wörtlich: "Ich halte mich für verpflichtet, bis zur Erschöpfung einem Mann gegenüber loyal zu sein, für dessen Kanzlerschaft ich selbst gekämpft habe." (626) In indirekter Rede formuliert, hießes in dem Artikel weiter: "Es könne - so betonte der Präsident - allerdings ein Zeitpunkt eintreten, in dem die Loyalität gegenüber dem Lande größer sein müsse als die Loyalität gegenüber einer Partei und vor allem gegenüber einer einzelnen Person. Für diesen Fall habe er präzise Vorstellungen sowohl politischer Art wie auch hinsichtlich der erforderlichen Mittel, des erforderlichen Instrumentariums. Gerstenmaier betonte, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten, in denen sich die Bundesregierung und der Kanzler ohne Zweifel befänden, Überdies keinen Anlaß böten, einem Kanzlerposten etwa entgegenzufiebern. Eine solche Haltung lasse für ihn nur den Schluß zu, daß sich ein etwaiger Kandidat der enormen Schwierigkeiten, der Aufgaben und unserer Position nicht hinreichend bewußt sei." (627) Gerstenmaier gab in dem Interview ferner zu, daß sich die Diskussion in der Union nicht mehr nur um eine Kabinettsumbildung, sondern seit etwa 14 Tagen auch um einen totalen Regierungswechsel drehe. (628) Der Bundestagspräsident lehnte die Übernahme des Verteidigungsministeriums ab, bekundete aber sein lebhaftes Interesse am Außenministerium, das ihm die Verwirklichung seiner Ideen von einer engeren deutsch-französischen Zusammenarbeit ermögliche. (629)

Es erhebt sich für uns die Frage, was der Bundestagspräsident und die ihm nahestehenden Unionspolitiker mit diesem brisanten Interview bezwecken wollten. In der Tat läßt sich aus dem Interviewtext im "Rheinischen Merkur" nur andeutungsweise die Be-

reitschaft Gerstenmaiers herauslesen, die Nachfolge Erhards anzutreten. In dieser Hinsicht argumentierte der Bundestagspräsident in der Fraktionssitzung am 4. Oktober schlüssig. Wenig Überzeugend wirkte jedoch die Art und Weise, in der er sich von der Schlagzeile im "Rheinischen Merkur", "Eugen Gerstenmaier hält sich als Kanzler bereit", distanzierte. (629 a) Es darf vielmehr angenommen werden, daß diese Schlagzeile, die weltweites Aufsehen erregte, mit den Redakteuren des "Rheinischen Merkur" abgesprochen worden war. Das Recht der Redaktion, Schlagzeilen und Unterzeilen selbst zu formulieren, sollte in diesem Falle wohl als Alibi für die Lauterkeit des Bundestagspräsidenten dienen. Der ungewöhnliche Schritt Gerstenmaiers veränderte die damalige politische Landschaft in Bonn von Grund auf. Erstmals standen in der Öffentlichkeit Alternativen personeller und sachpolitischer Art in der Kanzlerpartei zur Debatte. Es ging nicht mehr um eine Regierungskrise schlechthin, sondern um den Mann an der Spitze, um Ludwig Erhard selbst. Ein weiterer Effekt des Gerstenmaier-Interviews ist darin zu sehen, daß sich die anderen möglichen Kanzleraspiranten, wie beispielsweise Rainer Barzel, Gerhard Schröder und Kurt Georg Kiesinger, durch den Vorstoß des Bundestagspräsidenten herausgefordert sahen. Gerstenmaier, seit Jahren als Kanzlerkandidat einer Großen Koalition im Gespräch, meinte etwas ganz anderes, als er in dem Interview die Grenzen der Loyalität so präzise zu umschreiben versuchte.

Wie ist diese Aussage zu interpretieren? Der Bundestagspräsident mag eine Revolte gegen Erhard anvisiert haben und bereit gewesen sein, dabei zeitweilig eine Spaltung der Union, zumindest der Bundestagsfraktion, in Kauf zu nehmen. Die parlamentarische Mehrheit für ein konstruktives Mißtrauensvotum gegen Erhard, so mögen Gerstenmaier und die Befürworter seiner Pläne errechnet haben, könnte sich aus den Stimmen der SPD, der mit Erhard seit langem unzufriedenen CSU und den Erhard ebenfalls kritisch gegenüberstehenden Sozialausschüssen der CDU zusammensetzen. Da auch Adenauer den Auffassungen des Bundestagspräsidenten in Interviews grundsätzlich zustimmte, darf angenommen werden, daß führende Unionspolitiker bereits Ende September 1966 bereit waren, Ludwig Erhard durch ein konstruktives

Mißtrauensvotum zu stürzen.

Die Aktivitäten Gerstenmaiers führten am 30.9.1966 zu erregten Diskussionen im CDU-Präsidium, in denen das Verhalten des Bundestagspräsidenten größtenteils mißbilligt wurde. (630)

Konrad Adenauer begrüßte die Kanzler-Alternative und gestand freimütig in einem Interview mit der "Welt am Sonntag": "Es trifft zu, daß ich Herrn Gerstenmaier für ein solches Amt empfohlen habe. Aber ich habe das schon vor Wochen getan." (631)

Franz Josef Strauß äußerte sich auf den Vorstoß Gerstenmaiers angesprochen eher zurückhaltend: "Eugen Gerstenmaier ist ein Mann von hohem Verantwortungsbewußtsein. Es wäre grundfalsch, aus seinem Interview persönlichen Ehrgeiz herauslesen zu wollen." (632)

Die Interviews von Gerstenmaier, Adenauer und Strauß lösten in der Umgebung Erhards große Verärgerung aus. In einer vom Bundespresseamt veröffentlichten Erklärung bezeichnete der Bundeskanzler "eine Reihe von negativen Äußerungen, die während und kurz nach meiner Amerikareise öffentlich erfolgt sind, als widerspruchsvoll und für die Wirkungsmöglichkeiten der deutschen Politik abträglich." (633)

Um eine offene Auseinandersetzung, vor allem um das Gerstenmaier-Interview, aus der Fraktionsvorstandssitzung herauszuhalten, trafen sich Erhard, Gerstenmaier, Strauß und Barzel am 3. Oktober vor der Sitzung und gaben dem Bundestagspräsidenten Gelegenheit zu einer Stellungnahme. Dennoch wurde im Fraktionsvorstand über das Interview, aber auch über die erfolglose USA-Reise des Kanzlers hitzig diskutiert. (634) Letzten Endes kam es nicht, wie von einigen Abgeordneten und den Bundesministern Schmücker und Katzer gefordert, zu einem Vertrauensvotum für den Kanzler, sondern nur zu einer Erklärung, die Barzel der Presse bekanntgab: "Es ist die Auffassung des Fraktionsvorstandes, Professor Ludwig Erhard ist und bleibt unser Bundeskanzler. Wir wünschen die öffentliche Debatte darüber zu beenden." (635)

Die Tatsache, daß am folgenden Tage zwei renommierte deutsche Tageszeitungen in gegensätzlichen Überschriften über die Erklärung des Fraktionsvorstandes berichteten (636), veranlaßte den Bundeskanzler in der Fraktionssitzung am 4. Oktober zu einem

erregten Diskussionsbeitrag. Erhard war empört über die Art und Weise des Interviews in der Tageszeitung "Die Welt". Die Handlungsunfähigkeit jeder Regierung nach innen und außen müsse die Folge sein. Er stellte die Frage, wie ein Kanzler und seine Regierung noch überzeugend wirken können. Seine energische Forderung ging dahin, diese Form der Interviewgebung abzustellen. (637) Der Bundestagspräsident distanzierte sich zwar vor der Fraktion von der Schlagzeile im "Rheinischen Merkur", nahm aber vom Inhalt seines Interviews nichts zurück. (638) Engagiert begründete Gerstenmaier, daß er seinerzeit für die Kanzlerschaft Erhards eingetreten sei, weil er Erhard die faire Chance verschaffen wollte, der Partei und der Welt zu zeigen, daß er zu Recht Anspruch auf die Kanzlerschaft erhebe. (639) Dieses Vertrauen sei nunmehr erschüttert; deshalb habe er die allgemeine schwierige innen- und außenpolitische Situation mit Parteifreunden freimütig in seinem Jagdhaus erörtert. Bei diesem Gespräch glaubte Gerstenmaier, die typische und aufrichtige Meinung seiner Gäste erfahren zu haben und folgerte, daß eine Situation eingetreten sei, über die der Bundeskanzler nicht in einem Ton der Empörung hinweggehen könnte. Gerstenmaier forderte dazu auf, darüber nachzudenken, wie Treueschwüre dem Kanzler gegenüber, auf eine der Sache angemessene Basis gestellt werden könnten, um nicht nur Ausdruck einer momentanen Stimmung zu sein. (640) Franz Josef Strauß warnte davor, in Zukunft nur noch SPD und FDP Interviews geben zu lassen. (641) Anschließend kritisierte er mit herben Worten die Reise Erhards nach Washington und das unterkühlte Verhältnis zu Frankreich. (642) Erhebliche Kritik am Kanzler übte in dieser Sitzung der baden-württembergische Parteifreund des Bundestagspräsidenten, Häfele, der erstmals die Namen möglicher Erhard-Nachfolger vor der Fraktion nannte und vorschlug, daß die vier Kandidaten Schröder, Strauß, Barzel und Gerstenmaier sich so lange zusammensetzen sollten, bis eine funktionstüchtige Regierung gefunden sei. Häfele betonte weiter, daß seine Loyalität gegenüber dem Bundeskanzler und der Regierung erschöpft sei. (643) Die Abgeordneten Wuermeling und Hauser attackierten den Bundeskanzler ebenfalls heftig und signalisierten, daß sie der vom Fraktionsvorstand vorgeschlagenen Einigungsformel nicht zustimmen könnten. (644)

Aber der agile Fraktionsvorsitzende Barzel drängte auf ein Abstimmungsergebnis, weil er die kräftezehrenden Personaldiskussionen, auch über den Bundeskanzler, beendet wissen wollte. (645) Es wurden die Formeln "Erhard ist kein Kanzler auf Zeit" und "Erhard ist und bleibt Kanzler" diskutiert. (646) In der Abstimmung entschied sich die Fraktion bei neun Gegenstimmen und drei Enthaltungen für die zweite, von Barzel favorisierte und begründete Formel (647), die in der Formulierung "Ludwig Erhard ist und bleibt Bundeskanzler" an die Journalisten weitergegeben wurde. (648) Die gesamte EntschlieÙung teilte Barzel der Presse nicht mit. Sie war dennoch am nächsten Tag in den Zeitungen zu lesen. (649)

Der Verfasser beurteilt das Verhalten Barzels in diesem Falle anders.

Der politische Wert der Formel, die drei Tage später auch vom Bundesparteivorstand übernommen wurde (650), war mehr als umstritten. Ihre Kernaussage bestand einerseits in der Binsenweisheit, daß Ludwig Erhard Bundeskanzler ist, schrieb andererseits als futurum indefinitum fest, daß diese Kanzlerschaft von nun an jederzeit enden konnte. Den politischen Widersachern Erhards half sie Zeit zu gewinnen, um einen mehrheitsfähigen Kanzler aufzubauen.

Franz Josef Strauß, der diese Form scheinheiliger Solidaritätsbekundungen ablehnte, hielt es für geboten, noch vor den bayerischen Landtagswahlen am 20. November 1966 Änderungen in Bonn herbeizuführen, um die Wahlaussichten der CSU für die anstehende Landtagswahl nicht zu schmälern. Strauß stellte Anfang Oktober drei Vorschläge zur Diskussion: Große Distanzierung von der Politik Erhards (651), den Rückzug der CSU-Minister aus der Bundesregierung (652) und die von ihm favorisierte Strategie des Kanzlersturzes. Die resolute Lösung beschrieb der CSU-Vorsitzende am 7.10.1966 in der Landesvorstandssitzung sehr vorsichtig: "Den anderen Kurs drücke ich sehr vorsichtig aus - ich bitte um allerstrengste Diskretion ...: eine Änderung der derzeitigen Verhältnisse in capite et membris und der Methode sowie in der Programmgestaltung herbeizuführen und zu erzwingen, das ist der zweite Weg, um in der Landtagswahl vor der bayerischen Öffentlichkeit auftreten zu können und zu sagen: Als

es innerhalb der CDU, innerhalb der Koalition nicht mehr möglich war, haben wir von der CSU aus die entscheidende Wende herbeigeführt. Das erfordert ganz harte Beschlüsse, bei denen alle mitziehen müssen und die bis zur letzten Konsequenz durchgehalten werden müssen! Ich will mich auf diese Andeutungen beschränken ..." (653) Der Landesvorstand der CSU stimmte der harten Forderung ihres Landesvorsitzenden nicht zu. Mit dem leidenschaftlichen Appell an den Bundeskanzler, endlich wieder eine "von Ihnen geführte kraftvolle Politik" zu betreiben und mit dem Verlangen nach einer innen- und außenpolitischen Neuorientierung machte Strauß auf dem CSU-Landesparteitag in München am 9. Oktober 1966 deutlich, daß die CSU den Weg einer größtmöglichen Distanzierung von der Politik der Bundesregierung zu beschreiten gedachte. (654) Am 13. Oktober überbrachte Strauß in Begleitung seiner Stellvertreter Dollinger und Huber im Auftrag des Landesausschusses Erhard die sachlichen Forderungen der CSU zur Innen- und Außenpolitik. (655)

Erhard, der als Gast auf dem CSU-Parteitag in München mit freundlichem Beifall begrüßt wurde, verteidigte in seiner Rede die Politik der Bundesregierung unverdrossen und warf der SPD vor, die Krisenangst zu schüren. (656)

Während dieser Zeit bereiteten dem Kanzler in der Bundeshauptstadt personelle, außen- und vor allem haushaltspolitische Schwierigkeiten größtes Kopfzerbrechen. Trotz intensiver Suche gelang es ihm nicht, einen geeigneten Nachfolger für Westrick zu finden. Der für diesen Posten vorgesehene Bundesratsdirektor Albert Pfitzner bat Erhard, von seiner Berufung Abstand zu nehmen, nachdem bekannt geworden war, Pfitzner sei ehemaliges Mitglied der NSDAP und der SS gewesen. (657)

Am 14. Oktober 1966 referierte Staatssekretär Carstens vom Auswärtigen Amt vor dem Kabinett über die bisher verfolgte Deutschlandpolitik. (658) "Seine Ansicht faßte er dahin zusammen, daß die Bundesregierung aufgrund des Alleinvertretungsanspruchs nicht nur für kleinere Länder leicht erpreßbar sei. Vielmehr drohe ihr auch eine Isolierung vom Westen, da ihre Außenpolitik auf eine Veränderung des Status quo ausgerichtet und ihr Wiedervereinigungsverlangen mit der Abrüstungsbereitschaft gekoppelt sei." (659) Der Staatssekretär folgerte daraus, daß die

bisherige Deutschland-Politik ein hohes zusätzliches Sicherheitsrisiko bringe und empfahl eine Modifizierung. (660) Zu einer ausführlichen Diskussion über diese brisante Thematik kam es vorerst nicht, weil die Bewältigung der Haushaltschwierigkeiten den Kanzler unter Erfolgsdruck setzte.

Der CDU-Abgeordnete und Vizepräsident des Europäischen Parlaments in Straßburg, Prof. Hans Furler, kündigte am 21. Oktober 1966 auf einer CDU-Kreisversammlung in Offenburg für Weihnachten 1966 "eine neue Bundesregierung unter einem neuen Bundeskanzler" an. (661)

Staatssekretär von Hase dementierte am 24. Oktober vor der Presse die Behauptung Furlers und erklärte, Erhard wolle wenigstens bis zu den nächsten Bundestagswahlen im September 1969 im Amt bleiben. (662) Dazu bedurfte es aber eines überzeugenden Erfolges im Rahmen der Haushaltsberatungen, die ab dem 10. Oktober 1966 in eine ernste Krise geraten waren. (663)

Bei den Freien Demokraten hatten inzwischen diejenigen Kräfte die Oberhand gewonnen, die nicht mehr bereit waren, im Strudel der nahezu handlungsunfähigen Regierung Erhard mit unterzuziehen.

In dieser bedrohlichen politischen Situation schien vorsichtiges Taktieren für die Union geboten, weil auch eine SPD/FDP-Koalition zahlenmäßig möglich war. Die maßgebenden Unionspolitiker nahmen wohl aus diesem Grunde Abstand von dem Plan eines handstreichähnlichen Sturzes und entschieden sich für den Kanzlerwechsel auf Umwegen. Dies bedeutete, die schwierigen Haushaltsberatungen dafür zu benutzen, die Kleine Koalition zu zerstören und damit das für die Unionsdiadochen so dringliche Personalproblem an der Spitze der Bundesregierung gleichsam mit zu erledigen.

Im Grunde gab es zwei sich widerstreitende Auffassungen in der Koalition, die Haushaltslücke zu schließen. Die CDU/CSU faßte "neben beziehungsweise nach allen anderen erforderlichen und möglichen Maßnahmen zur finanziellen Sanierung auch Steuererhöhungen ins Auge", die von der FDP drastisch abgelehnt wurden. (664) Die Situation verschärfte sich am 17. Oktober, als bekannt wurde, daß die Steuereinnahmen um etwa eine Milliarde DM geringer als angenommen ausfallen würden. (665)

Unter diesen negativen Vorzeichen begannen am Nachmittag des 24. Oktober die Gespräche über die Haushaltssanierung im Fraktionsvorstand der Union, an denen als Gast Bundesfinanzminister Dahlgrün von der FDP teilnahm. Erhard geriet in dieser Routinesitzung sofort unter starken Beschuß, als Strauß kritisierte, Kanzler und Außenminister hätten eigenmächtig dem Umzug des Nato-Rats von Paris nach Brüssel zugestimmt und damit die Franzosen brüskiert. (666) Diese Tatsache nahm Strauß zum Anlaß, seine Teilnahme an einem Koalitionsgespräch, zu dem Erhard am Abend desselben Tages eingeladen hatte, abzusagen. (667) Die Stimmung bei diesem Treffen war nicht nur wegen der Absage des CSU-Chefs, sondern auch wegen der Äußerung Mendes in der Fernsehsendung "Panorama", eine SPD/FDP-Koalition sei durchaus denkbar, sehr gereizt. Die hitzige Diskussion ging weit über die Fragen des Haushaltsausgleichs hinaus und drohte bereits an diesem Abend die Koalition zu sprengen. (668)

Am folgenden Vormittag berichtete Barzel, der sich mit Heinrich Krone verständigt hatte, (669) vor der Fraktion ungeschminkt über den Verlauf des Koalitionsgesprächs. (670) Die Empörung der Unionsabgeordneten über das Verhalten der FDP war nahezu einmütig, sodaß vor allem Barzel und Strauß, der die harte Verhandlungsführung des Fraktionsvorsitzenden gewürdigt hatte, in den nachfolgenden Koalitionsverhandlungen das Risiko wagen konnten, das Ende der Koalition in Kauf zu nehmen. (671)

Das Koalitionsgespräch am Nachmittag des 25. Oktober brachte - diesmal war Strauß dabei - trotz intensiven Ringens um Haushaltskürzungen keine Einigung, (672) jedoch die Überraschung, daß Barzel um 17 Uhr erklärte, er sei zum Bundespräsidenten bestellt, um diesen über den Stand der Verhandlungen zu informieren. "Das mußte bei uns den Verdacht erregen", so Erich Mende, "daß es Barzel gar nicht um den Haushalt, sondern um ganz andere Dinge ging. Es war doch eine Brüskierung, am Bundeskanzler vorbei zu Lübke zu laufen." (673)

Erhard, der wohl im Verlauf der mehr als zweieinhalbstündigen Verhandlungen erkannt zu haben schien, daß nicht der Haushalt, sondern seine Person zur Disposition stand, eilte am späten Nachmittag in die Fraktionssitzung der CDU/CSU und erklärte unter dem Beifall der Abgeordneten, daß bei der Bespre-

chung seine Haltung mit derjenigen der Fraktion übereingestimmt hätte. Er betonte ausdrücklich, daß er sehr energisch und hart verhandelt habe. (674) Strauß forderte in derselben Sitzung die Zustimmung zum Unions-Konzept ohne Rücksicht auf die Fraktionen. (675) Seiner Meinung nach sollte die Bereitschaft der FDP, Steuererhöhungen in Erwägung zu ziehen, als Sprachregelung gewählt werden. (676) Bei negativer Reaktion der FDP sei der notwendige Schlußstrich unter die Koalition zu ziehen. (677)

In der FDP hatten sich in internen Beratungen inzwischen die Kräfte durchgesetzt, die eine harte Linie gegenüber der Union befürworteten. Am Vormittag des 26. Oktober beschloß die FDP-Fraktion unter dem Druck von Genscher und Friderichs ein Votum gegen Steuererhöhungen jeglicher Art und setzte dieses als Direktive für das Verhalten der FDP-Minister im Kabinett durch. (678) Gegen Mittag des 26. Oktober gaben die Freien Demokraten eine Presseverlautbarung ihres Fraktionsbeschlusses heraus, die Barzel in die Fraktionssitzung der Unionsparteien hineingereicht wurde. (679) Unmittelbar darauf verließ Barzel die Sitzung und erklärte den wartenden Journalisten: "Das ist eine Kampfansage der FDP" und erläuterte das mit folgenden Worten: "Wenn weiter hier betont wird bei dieser FDP, wir hätten also die Ergänzungsabgabe auf die Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer gewünscht, dann ist dies unrichtig. Richtig ist, daß in einem Gespräch, das ohne Tabus geführt wird und geführt werden muß - sonst geht doch gar nichts - auch von einem der Gesprächspartner der Gedanke an eine Ergänzungsabgabe in die Debatte geworfen worden ist. Mehr ist hier nicht passiert und es ist eine unrichtige Geschichte. Ich würde stattdessen den Herrn Bundesfinanzminister sehr herzlich ermuntern, endlich die mittelfristige Finanzplanung vorzulegen, damit alle Öffentlichkeit sich ein wahrheitsgemäßes Bild machen kann von der Lage der Bundesfinanzen und den Möglichkeiten, hier mittel-, kurz- oder langfristig durchzukommen. Ich möchte noch einen anderen Punkt betonen. Ich bedauere, daß die Freien Demokraten uns ihre Vorschläge bis zur Stunde nicht mitgeteilt haben. Sie haben in den bisherigen Gesprächen zwei Vorschläge angedeutet, nämlich einmal den totalen Wegfall der Ausbildungszulage, was

also auf deutsch heißt, eine Einschränkung des Familienlastenausgleichs, und zum zweiten keine Erhöhung der Grundrenten bei den Kriegsopfern. Wir werden dabei bleiben, eine Politik zu machen, die den sozialen Ausgleich sozial sucht, die, wie wir zu Anfang der Debatte sagten, die Treue zum kleinen Mann und die Rücksicht auf die besonderen Lasten der kinderreichen Familien auch dann nicht vergißt, wenn es finanzpolitisch schwierig wird. Und das ist der Punkt, um den es zur Stunde eigentlich in dieser Koalition geht." (680) Dann fuhr Barzel fort: "Wenn dies so weitergeht, gibts kein Koalitionsgespräch." (681)

Nach diesem Barzel-Statement eilte Zoglmann ins Studio des Westdeutschen Rundfunks und erklärte: "Die CDU wollte von uns nur eine einzige Erklärung: daß wir bereit seien, die Steuern mit zu erhöhen. - Zu Steuererhöhungen sind wir nicht bereit. - Wir haben immer wieder erklärt, daß wir bereit sind, die Koalition fortzusetzen. - In der CDU verfolgen bestimmte Leute Nebenüberlegungen (personeller Art) ... Ich kann dazu nur sagen, daß diese Erklärung vom heutigen Vormittag in gar keiner Weise für Herrn Barzel etwas Neues ist. In dieser Erklärung steht nicht ein Satz, ja nicht ein Wort, das Herr Barzel nicht in der genauso klaren Form gestern und vorgestern die ganze Nacht hindurch von uns gehört hat. Wenn er jetzt sagt: "Wenn das so weitergeht, dann gibts kein Gespräch mehr", dann kann ich nur sagen, hier wird der Sack geschlagen, der Esel gemeint; er meint ganz etwas anderes, als er sagt." (682) Dann erläuterte Zoglmann den Rundfunkhörern ein wichtiges Detail der Barzel-Erklärung genauer: "Ja, und der Herr Barzel hat jetzt eben in dieser Erklärung etwas Hochinteressantes gesagt: "Wenn die FDP jetzt erklärt, Einkommensteuererhöhungen und Lohnsteuererhöhungen seien geplant, dann müsse er sagen, das hätte nur ein Teilnehmer an den Gesprächen im Bundeskanzleramt so nebenher gewissermaßen erklärt, ein Teilnehmer! Ich habe mich selbst gefragt, wer war's denn? Wenn ich den Tenor noch jetzt im Ohr habe, würde ich sagen: Es kann sich nur um einen mehr oder weniger unbedeutenden Teilnehmer gehandelt haben. So hat Herr Barzel gesagt. Ich darf sagen, dieser Teilnehmer war der Herr Bundeskanzler, Professor Erhard. Wenn der sagt, er will die Einkommensteuer erhöhen, dann

ist das doch eine Aussage, die Gewicht hat; da kann man doch nicht sagen: Ein Teilnehmer hat das nur so am Rande erklärt." (683) Zoglmann verwahrte sich gegen den Vorwurf Barzels, es solle der Familienausgleich und die Kriegsopferversorgung gekürzt werden. Auf die Frage, warum die FDP durch ihre resolute Verhandlungsstrategie den Bruch der Koalition riskiere, antwortete Zoglmann freimütig: "Wir haben diese Entwicklung nicht herbeigeführt. Wir haben immer wieder erklärt und erklären das auch jetzt in dieser Stunde, daß wir bereit seien, diese Koalition fortzusetzen, und es ist auch überhaupt nicht einzusehen, weshalb man sich nicht vernünftig zusammensetzen soll und sagen soll: Was fehlt denn eigentlich, und wie wollen wir es decken? Wenn ich mich an Herrn Barzel orientiere, würde ich - er hat es ja in Berlin gesagt - Einsparungen, dann würde man sagen Wegfall von Steuervergünstigungen, und in dritter Linie können allenfalls erst solche Überlegungen hochkommen, wie sie von der CDU bereits in der ersten Phase von uns verlangt werden, nämlich Steuererhöhungen. Dazu sind wir nicht bereit. Wir haben allerdings den Eindruck, daß im Grunde genommen - ich habe es vorhin schon angedeutet mit dem "Sack" und mit dem "Esel" - in der CDU bestimmte Leute andere Überlegungen verfolgen, die jetzt bei der Gelegenheit gut zu Stuhle kommen könnten, nämlich ein Personalproblem mitzuerledigen. ... Wir wollen es beim Namen nennen; die Dinge muß man ja offen aussprechen. Sie sind ja auf dem Markt. Es ist doch so, daß in der CDU vor Wochen das Problem Erhard breit diskutiert worden ist, ob er Bundeskanzler bleiben kann oder nicht. Wenn er jetzt über eine forcierte Behandlung dieser ganzen Problematik am Ende mit einem Minderheitenkabinettt dasteht, nicht wahr, dann könnte ich mir vorstellen, ist das genau das, was manche Herren sehr gerne sehen würden, weil sich dann das Personalproblem gewissermaßen von selber löst." (684)

Am Abend desselben Tages erklärte Barzel in der Tagesschau noch einmal unmißverständlich: "Wenn dies so weiter geht, gibts kein Koalitionsgespräch. Dann ist die Koalition kaputt, wenn so durch Presseerklärungen hier gesprochen wird." (685)

Unterdessen beriet das Kabinettt in einer mehr als zehnstündigen Sitzung "vom Pennälergehalt bis zur Käsesubvention" (686) alle

Finanzierungsmöglichkeiten. Erhard, der sich als Exponent der Kleinen Koalition den Freien Demokraten gegenüber kompromißbereit zeigte, geriet mit den von Streichungen betroffenen CDU-Bundesministern Katzer und Heck hart aneinander. (687) Die resolute Haltung der beiden CDU-Minister, die im Falle von Streichungen in ihren Ressorts sogar mit Rücktritt drohten, erschwerten wesentlich eine einvernehmliche Problemlösung. Dieses Verhalten muß als Teil der Barzel/Strauß-Strategie interpretiert werden.

Um vor der eigenen Fraktion bestehen zu können, verlangte der Kanzler, der den Kürzungsforderungen der FDP weitestgehend entsprochen hatte, die Abfassung eines Kommuniqués, das folgenden Wortlaut haben sollte: "Es bestand Einvernehmen ... daß, wenn diese beiden Maßnahmen (Ausgabekürzungen und Einnahmeverbesserungen durch Abbau von Steuervergünstigungen) zur Schließung verbleibender Lücken nicht ausreichen, Steuererhöhungen in Betracht gezogen werden müssen." (688) Bundesarbeitsminister Hans Katzer riet von einem Kommuniqué ab, Bundeswohnungsbauminister Ewald Bucher von der FDP opponierte ebenfalls hartnäckig. Daraufhin brachte Bundesaußenminister Gerhard Schröder den Kompromißvorschlag, in das Kommuniqué das Wörtchen "erst" einzufügen, eine Lösung, die die einstimmige Billigung des Kabinetts fand. (689) Genscher und Zoglmann, die die FDP-Kabinettsmitglieder am 26. Oktober telefonisch und brieflich immer wieder gemahnt hatten, in jedem Fall den Satz, daß die Freien Demokraten "Steuererhöhungen" zur Zeit für nicht notwendig hielten, im Kommuniqué unterzubringen, konnten der Formulierung nicht zustimmen. (690)

Daß der Kompromiß nicht mehr dazu beitragen konnte, die Kleine Koalition zu retten, lag auch an der Tatsache, daß führende FDP-Politiker wie beispielsweise Walter Scheel schon vor den Koalitionsverhandlungen auf den Bruch mit der Union gesetzt hatten, um eine politische Umorientierung der Freien Demokraten zu ermöglichen.

Als am Morgen des 27. Oktober die Zeitungen die Kompromißformel des Kabinetts weitgehend als einen "Umfall" der FDP-Bundesminister werteten, trat Walter Scheel, der an der Kabinetts-sitzung nicht teilnehmen konnte, die Flucht nach vorne an. Er

erklärte, er hätte diesem Beschluß nicht zustimmen können und trat zurück. (691) Die drei anderen FDP-Bundesminister traten unter dem Druck der Fraktion ebenfalls zurück. Noch bevor die Presse benachrichtigt wurde, informierten die Freien Demokraten den gerade tagenden Fraktionsvorstand der Union vom Ausscheiden ihrer Minister. Reaktionen der führenden Unionspolitiker reichten von Niedergeschlagenheit bis Genugtuung. (692) Erhard erklärte, vorläufig mit einem Minderheitskabinett weiterregieren zu wollen, "obwohl der Bundespräsident ihm den Rücktritt nahegelegt zu haben scheint." (693) Unter dem Druck der Christdemokraten verwarf Erhard seine ursprüngliche Idee, die FDP-Minister, außer Dahlgrün, mit der Führung ihrer Amtsgeschäfte weiter zu betrauen. Er verfügte, die verwalteten Ressorts vorerst von CDU-Bundesministern mitverwalten zu lassen. (694) "Noch bevor der Bundespräsident die vier demissionierten Regierungsmitglieder der FDP am kommenden Tag entließ, erklärte ihr Fraktionsvorsitzender von Kühlmann-Stumm am Nachmittag des 27. Oktober bereits, man betrachte sich als in Opposition befindlich." (695)

Einen Tag später wurde zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik der Haushaltsentwurf der Bundesregierung im Bundesrat einstimmig zurückgewiesen. (696)

Bezüglich der Schuldzuweisungen für den Bruch der Kleinen Koalition zeigten sich von seiten der Union Erhard und Schröder, die eine erneute Zusammenarbeit mit der FDP für möglich hielten, und führende Persönlichkeiten der Freien Demokraten bedeckt. (697) Der Fraktionsvorsitzende Barzel äußerte sich offener. Er schlug vor, "man muß nach allen Seiten verhandeln und über die anstehenden Sachfragen sprechen", wies aber den Vorwurf, es habe ein Komplott gegeben mit dem Ziel, den Kanzler zu stürzen, als "eine böswillige" Behauptung zurück. (698) Die FDP sei für das Scheitern der Koalition verantwortlich, sagte Barzel weiter, und forderte angesichts der brennenden innen- und außenpolitischen Probleme klare, stabile und solide Verhältnisse. "Wir brauchen eine klare Majorität dafür, und ich bin wirklich zu dieser Stunde immer noch zutiefst verletzt darüber, daß die Freien Demokraten einfach, ohne Vorankündigung ihre Minister zurückzogen. Und ich finde es wirklich nicht gut, daß ... Sie

sehen, ich bin selbst ein Raucher - wenn es also meinetwegen über eine Tabaksteuer - sollte eigentlich eine Bundesregierung nicht stürzen. Ich finde dies schrecklich, denn es entspricht das nicht der Lage, in der unser Land ist und den Notwendigkeiten, die wir hier miteinander brauchen. Ich habe jetzt vielleicht etwas temperamentvoll mich dazu geäußert; ich will hier keinen verletzen, Herr Müggenburg, weil wir einen Weg nach vorn finden müssen, einen Weg, der unserem Land wieder das gibt, was es braucht: eine Regierung, die hier dieser schweren Lage aber dann auch haltbar Antwort geben kann. Und wenn die Zahlen einfach ausweisen, daß wir aus einer Fülle von Gründen, die hier nicht dargestellt werden können, vielleicht in den nächsten Jahren ohne Steuererhöhungen nicht auskommen können, dann wollen wir lieber dies tun, rechtzeitig tun, als durch irgendwelche Manipulationen, durch Vor-uns-herschieben vielleicht das gute deutsche Geld gefährden. Dies ist auch eine außenpolitische Kategorie. Wo wir bleiben mit unserer Wiedervereinigungspolitik, mit unserer Sicherheitspolitik, mit dem sozialen Fortschritt, den wir ja haben, wenn etwa das Ökonomische nicht in Ordnung kommt. Darüber brauchen wir nicht zu sprechen, das, glaube ich, sieht jedermann ein, und ich bedaure, daß in einer Zeit, wo wir (das) Stabilitätsgesetz diskutieren und eigentlich ein Stück Bewährung aller demokratischen Kräfte in unserem Lande brauchen, diesen Bruch der Koalition wirklich willkürlich vom Koalitionspartner hervorgerufen ... Entschuldigen Sie, daß ich das so sage, aber so ist mein Empfinden, und das muß so gesagt sein, wie es hier einem ums Herz ist." (699)

Erhard zeigte sich jedoch nicht zum Rücktritt bereit. Auf seiner Wahlkampfreise in Hessen betonte Erhard am 30. Oktober 1966 die starke Stellung, die das Grundgesetz dem Regierungschef zustehe und äußerte die Hoffnung, daß die Freien Demokraten unter seiner Kanzlerschaft in die Koalition zurückkehrten. (700) Barzel versicherte ebenfalls am 30. Oktober 1966 im hessischen Wahlkampf, man werde "mit dem Kanzler über die Bildung einer neuen Mehrheit" sprechen. (701) Dies bedeutete im Klartext, man werde mit Erhard über seine Denominierung sprechen.

In der Tat forderten Barzel, Heck und Krone den Bundeskanzler am 31. Oktober 1966 zum Rücktritt auf. (702) Am selben Tag bat

die Opposition den Kanzler, er solle dem Parlament alsbald die Vertrauensfrage stellen. (703)

Am 1. November sprachen sich alle Landesverbände der Union, mit Ausnahme von Hessen, gegen den Kanzler aus, obwohl der Hamburger CDU-Landesverbandsvorsitzende Blumenfeld erklärte, es werde keine Lösung gegen Erhard geben. (704) Der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe, Dufhues, forderte ebenfalls am 1. November in einem Interview mit der Bild-Zeitung unverblümt Erhards Rücktritt: "Als guter Freund Ludwig Erhards und im Interesse der CDU würde ich es sehr begrüßen, wenn der Bundeskanzler bei der Benennung seines Nachfolgers mitwirken würde. Ich weiß, daß Ludwig Erhard nicht an seinem Sessel klebt. Deshalb sollte er die seelische Kraft aufbringen, den Weg freizumachen." (705)

Die Kernaussage dieser Formulierung übernahm der engere Fraktionsvorstand der Union, der sogenannte "Elferrat", in seiner Sitzung am 2. November 1966. Dieses Gremium, das keine eigenen Beschlußfassungskompetenzen besaß, legte den Sitzungstermin so, daß Erhard und seine Protagonisten nicht anwesend sein konnten und faßte den Beschluß, der Bundeskanzler solle freiwillig zurücktreten. (706) In dieser Sitzung wurde kein Protokoll geführt; als Ergebnis der Besprechung wurde von Strauß eine Erklärung formuliert, in der Erhard gedrängt wurde, "jetzt die Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um den Übergang zu einer neuen Regierung einzuleiten." (707) Diese Erklärung wurde noch am selben Tag dem Fraktionsvorstand (708) und der Gesamtfraktion zur Beschlussfassung vorgelegt. Zu Beginn der mehr als vierstündigen sehr dramatischen Fraktionssitzung am 2. November 1966 äußerte sich Erhard zu der Erklärung des "Elferrats". Er brachte vor, daß er nicht an seinem Sessel kleben würde. Die Verantwortung, die er als gewählter Bundeskanzler und Parteivorsitzender trage, wolle er nicht abschieben. Bei weiteren Diskussionen um die Frage seiner Nachfolge, wäre es ihm nicht gleichgültig, wer Bundeskanzler würde. Das gleiche gelte für die Zusammensetzung einer neuen Koalition. Erhard versicherte, daß von seiner Seite kein Vorschlag für Neuwahlen käme, selbst wenn Art. 68 angewendet würde. (709)

Die Bundestagsabgeordnete Frau Kalincke sprach das aus, was

viele ihrer Kollegen dachten, als sie um eine offene Aussprache mit größtmöglicher Transparenz, vor allem was die Aktivitäten des "Elferrats" anging, bat. (710) Eugen Gerstenmaier antwortete ihr, daß der Elferrat sich sehr bemüht hätte, die Sitzung vorzubereiten. Das gelte auch für die Sitzung des Fraktionsvorstandes, in der auch der Bundeskanzler den Versuch unternommen hatte, eine Einstimmigkeit und eine Aktionseinheit der Partei und der Fraktion darzustellen. Dieser Versuch habe seinen Niederschlag in der von Rainer Barzel vorgetragenen Erklärung gefunden. (711)

Gerstenmaier führte aus, daß er maßgeblich an der Erklärung mitgearbeitet habe und räumte Erhard bei den weiteren Entscheidungen ein Mitspracherecht ein. (712)

Barzel, der spürte, daß die Unionsabgeordneten an den weiteren Entscheidungen beteiligt werden wollten, wies am Ende der Sitzung den Vorwurf der Manipulation energisch zurück. Er rief in Erinnerung, daß die bisherigen Vorschläge, vor allem der Häfeles, von der Fraktion nicht gutgeheißen wurden. Vorgespräche seien nötig, doch sei die Fraktion alleiniges Beschlußgremium. Sinn der momentanen Beschlüsse sei, auch die Kraft aufzubringen, die Beschlüsse zu tragen, an denen der Kanzler, der auch Parteivorsitzender ist, mitwirken will. (713)

Am selben Tag stellte die SPD offiziell den Antrag, Erhard solle im Bundestag die Vertrauensfrage stellen. (714) Franz Josef Strauß ließ am 4. November in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk keinen Zweifel daran, daß Erhard unverzüglich zurücktreten müsse und favorisierte eine Koalition mit der SPD, da es "eine ganze Reihe von Grundgesetzergänzungen oder -änderungen vorzunehmen gäbe." (715)

Die Landesverbände Baden-Württembergs, des Rheinlands, der Pfalz und des Saarlandes, die am 2. November 1966 in einem Telegramm an Erhard, Barzel, Dufhues und Strauß darum gebeten hatten, vor der Sitzung des Bundespartei Vorstandes am 8. November keine präjudizierenden Beschlüsse zu fassen, wurden ab dem 4. November als fraktionsexterne Entscheidungsgremien aktiv. (716)

"Am 4. November 1966 trafen sich die Abgeordneten aus Baden-Württemberg. Dabei ergab sich aus einer Probeabstimmung, daß

mehrheitlich eine Kandidatur Kiesingers unterstützt wurde; Gerstenmaier sollte diesem als Außenminister zur Seite gestellt werden." (717) Die Landtagswahl in Hessen brachte am 6. November (718) für die Union indes kein Debakel, beeinträchtigte aber die betriebsamen Bemühungen führender Unionspolitiker, Erhard einen würdigen politischen Abgang zu verschaffen und einen Nachfolger zu bestimmen, nicht. (719)

Am 7. November zeichnete sich ab, daß die Union mit ihrem Vorhaben, den Antrag der SPD von der Tagesordnung fernzuhalten, keinen Erfolg werde verbuchen können. (720) Sie stand nun in der schwierigen Situation, sich hinsichtlich der Vertrauensfrage; zumindest nach außen hin, vor Erhard zu stellen. "Die Verteidigung durfte freilich auch wieder nicht so Überzeugend ausfallen, daß Erhard persönlich allzu großen Aufwind erhielt und der eingeleitete Ablösungsprozeß dadurch verzögert oder gar rückgängig gemacht wurde. Denn aufgrund der in dieser Hinsicht inzwischen recht eindeutigen Haltung der Liberalen gab es für den Kanzler kaum eine reelle Chance. Selbst wenn es zu einer Neuauflage der Kleinen Koalition kommen sollte, würde wahrscheinlich nur das gleiche Schauspiel von vorn beginnen, dessen letzten Akt man soeben durchlitt." (721)

In der Fraktionssitzung am 8. November stellte Barzel eine Fünf-Punkte-Erklärung vor, die in der anschließenden Bundestagsdebatte vorgetragen werden sollte. Diese enthielt die Feststellung, daß die Koalition allein an Sachfragen zerbrochen sei. Der Fraktionsvorsitzende sagte, daß die Initiative zum tätig werden nach Artikel 68 GG allein beim Bundeskanzler liege. (722) Ferner, so stellte Barzel fest, fänden mit Zustimmung Erhards, dessen Verdienste um den Wiederaufbau Deutschlands zu würdigen seien, Koalitionsverhandlungen nach allen Seiten statt. (723) Schließlich gäbe es, so Barzel, weiter keine alleinige schuldhafte Verantwortung für das Scheitern der Kleinen Koalition. (724) Der Bundeskanzler hatte tags zuvor in der Fraktionssitzung bereits eine Erklärung abgegeben, in der er den Antrag der SPD als "Schauprozeß" abqualifiziert hatte. Erhard betonte, daß er die Debatte weder fürchte, noch zu verhindern suche, indem er Einfluß auf seine Fraktion ausübe. (725) Der SPD-Abgeordnete Ernst Mommer begründete am 8. November

1966 vor dem Bundestag den Antrag seiner Fraktion mit dem Hinweis, daß "täglich das Ansehen dieses Landes im In- und Ausland gemindert wird" und deshalb entschlossenes Handeln geboten sei. (726) "Schon mit der Annahme dieses Antrags (bei einem Stimmenverhältnis von 255 zu 244 Stimmen unter Einschluß der Berliner Abgeordneten) war dem Kanzler das Mißtrauen ausgesprochen, und hier spätestens wäre in einem nicht durch so starre Vorschriften geregelten parlamentarischen Regierungssystem der Regierungschef zurückgetreten. In der Bundesrepublik ist ein solcher Beschluß jedoch eine reine Deklaration. Es steht im Ermessen des Kanzlers, ob er das Ergebnis des Antrags berücksichtigen will oder nicht - Bundeskanzler Erhard tat es nicht und brachte keine Vertrauensfrage ein: damit war der Weg zu Neuwahlen über diese Möglichkeit versperrt." (727) Eben diese wollte die Union, die nach Umfragen in der Wählergunst auf ca. 30 Prozent abgesunken war (728), verhindern. Am selben Tag kam es zu einem Treffen der baden-württembergischen, hessischen, saarländischen und rheinland-pfälzischen Abgeordneten. (729) Am späten Nachmittag des 8. November 1966 wurde Erhard endgültig denominiert, als der rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende Helmut Kohl in der Parteivorstandssitzung die vier Nachfolgekandidaten beim Namen nannte: Barzel, Gerstenmaier, Kiesinger und Schröder. In einem Kommuniqué hieß es, die Fraktion möge ihre Entscheidung "noch in dieser Woche" treffen. (730) Am 9. November entschieden sich die Abgeordneten der CSU mehrheitlich für Kiesinger als Nachfolger Erhards. (731)

In der entscheidenden Fraktionssitzung am 10. November wurde Kiesinger im dritten Wahlgang gewählt und beauftragt, so bald als möglich eine parlamentarische Mehrheit für die Bundesregierung zu schaffen. (732) Nach der Nominierung Kiesingers zog sich Erhard auf eigenen Wunsch von der politischen Bühne Bonn zurück, was den Journalisten Hans Schuster am 16. November in der Süddeutschen Zeitung zu folgendem Kommentar veranlaßte: "Das Nebeneinander ist ohne Beispiel in der Geschichte der Bundesrepublik, ja vielleicht des Parlamentarismus: Der Kanzler regiert noch, während der Kanzlerkandidat versucht, die nächste Regierung zustande zu bringen. Die CDU/CSU-Fraktion hatte sich zwar "hinter den Kanzler" gestellt, um einen Antrag der Bundes-

tagsmehrheit abzuwehren, der Kanzler möge die Vertrauensfrage stellen. Aber wenige Stunden später sprach die gleiche Fraktion von sich aus ihrem Kanzler das Mißtrauen aus, indem sie - praktisch ohne ihn - den Nachfolgekandidaten nominierte. Das ist die Ausgangslage für die gegenwärtigen Verhandlungen. Sie spiegelt die nach wie vor unausgetragenen tiefen Sachgegensätze in den Unionsparteien wider, angefangen bei der Außenpolitik über die Ost- und Deutschlandpolitik bis zur Nuklearfrage und zur Haushaltspolitik mit dem großen Fragezeichen der Prioritäten." (733)

Am 1. Dezember würdigte Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier das politische Wirken Erhards in einer würdevollen Abschiedsrede in der Sitzung des Deutschen Bundestages, in der Kurt-Georg Kiesinger als sein Nachfolger gewählt wurde. (734)

Am 6. Dezember erhielt Rainer Barzel, der die Fraktion um die Bestätigung in seinem Amt gebeten hatte, ein Vertrauensvotum, das bei 122 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 29 Enthaltungen bei weitem nicht so Überzeugend wie bei seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden am 18. Oktober ausfiel. (735)

Ludwig Erhard, der versicherte, daß er nicht die Absicht habe, sich "auf das Altenteil zu setzen" (736), zog Anfang des Jahres 1967 in sein neues Domizil in die Bonner Johanniterstraße um.

Am 25. Mai 1967 wurde Erhard zum Ehrenvorsitzenden der CDU gewählt (737) und nahm bis zu seinem Tode am 5. Mai 1977 seine Aufgaben als Bundestagsabgeordneter und ab dem 14. Dezember 1976 als Alterspräsident des 8. Deutschen Bundestages wahr: (738)

Resümee:

Fassen wir abschließend die wichtigsten Aspekte der Kanzlerschaft und des Sturzes Ludwig Erhards zusammen und entwickeln daraus die politischen Schlußfolgerungen.

Die Antinomie zwischen Erhards gesellschaftspolitischem Aspekt sowie seinem Amtsverständnis und der Realpolitik der CDU Konrad Adenauers prägte die Regierungspolitik bis in die Mitte der 60er Jahre entscheidend. In seinem Anspruch auf ein "über-

parteiliches Volkskanzlertum" verzichtete Erhard bewußt auf eine intensive Kommunikation mit der parlamentarischen Basis. Sein mangelndes Verständnis für die Parteiendemokratie der Bundesrepublik trug dazu bei, daß es ihm nicht gelang, seine gesellschaftspolitischen Leitideen mit der machtpolitischen Realität einer modernen Industriegesellschaft zu verbinden. Da Erhard in seiner Partei keine Hausmacht besaß, stand er sehr schnell isoliert da, als der Wahlerfolg in Nordrhein-Westfalen ausblieb. Den zukunftsweisenden gesellschafts- und außenpolitischen Visionen Erhards waren bei der damaligen politischen Konstellation keine konkreten Erfolge beschieden, die ein Bundeskanzler dringend benötigt, um seine Autorität zu festigen und zu steigern.

Überdies verleitete ihn sein atypisches Verhältnis zur politischen Macht dazu, seine Kanzlerrechte, vor allem auf dem Gebiete der Information, nur unzureichend zu nutzen. Sein Glaube an einen neuen politischen Stil des Regierens erwies sich als ein verhängnisvoller Irrtum, da dieser Stil nur dann Erfolge zeitigt, wenn er von allen Beteiligten akzeptiert und mitgetragen wird. Erhards messianischer Glaube an die Vernunft und an das Verantwortungsbewußtsein der Menschen wurde in der sich verschärfenden wirtschaftlichen Krisensituation erschüttert. Die egoistischen Interessen der Gruppierungen in seiner eigenen heterogenen Partei und bei den Betroffenen in der Bevölkerung waren stärker als die Einsicht in ein wirtschaftlich vernunftbetontes Handeln. Gerade in dieser Hinsicht erwiesen sich Erhards Optimismus und seine Gutgläubigkeit als Fehlkalkulationen, die zu einem Großteil auch mit dem mangelnden Gespür des Bundeskanzlers in diffizilen politischen Situationen begründet werden darf. Als Beispiele hierfür gelten Erhards verfehlte Situations-einschätzung hinsichtlich der Kriegsopferfrage, beim Bau des Kanzlerbungalows, der Telefongebühren-Affäre und seines letzten USA-Besuches. Verschiedene Gruppierungen in der Union betrachteten die Politik Erhards von Anfang an kritisch, vor allem deshalb, weil die Christdemokraten im Gegensatz zu Erhard selbst eben nicht über ein zukunftsorientiertes Gesamtprogramm verfügten. Diese Orientierungslosigkeit in der Union sollte mit dem Aktionsprogramm Hecks, das dieser gegen Ende der Kanzlerschaft

Erhards im Auftrage der CDU erarbeiten sollte, überwunden werden. Ferner erschwerten externe Faktoren die intraparteiliche Kommunikation nicht unerheblich. Dies gilt für die sich rapide wandelnde außenpolitische Situation ebenso wie für die beginnende Phase der konjunkturellen Normalisierung, die allerdings in einigen Branchen und Regionen mit den Anzeichen einer beginnenden Wirtschaftsrezession gekoppelt war. Das Ende der Wiederaufbauphase in der Bundesrepublik und der allgemeine Aufbruch in eine "liberale Ära" in der gesamten westlichen Welt weckten in der Bevölkerung neue, zum Teil kostenintensive Bedürfnisse, die zusammen mit den aus der Adenauer-Ära übernommenen ungelösten innenpolitischen Aufgaben einen hohen Handlungsbedarf erforderten. Diese Faktoren bewirkten in der Tat, daß die Politik Mitte der sechziger Jahre objektiv komplizierter wurde. Führende Unionspolitiker, an ihrer Spitze Konrad Adenauer, trauten Ludwig Erhard die Bewältigung eben dieser komplizierten Politik nicht zu. Für sie setzte die Regierungserklärung Erhards am 18. Oktober 1963 das Signal zur Kanzler-Demontage. Ein mit großer Mehrheit ins Amt gewählter und in der Bevölkerung angesehener und geschätzter Bundeskanzler wird durch unablässige öffentliche Kritik, Intrigen, Kabbalen und Komplote seiner intraparteilichen Gegner innerhalb von nur drei Jahren derart desavouiert, daß er am Ende in seiner eigenen Partei, im Parlament und in der Öffentlichkeit ohne Mehrheit dasteht. (739)

Erinnern wir uns an die Methoden und Strategien, deren sich seine Gegner im Laufe der eskalierenden Kommunikationskrise bedienten. Im Jahre 1964 versuchten vor allem die beiden Unionsvorsitzenden den Bundeskanzler durch indirekte und direkte öffentliche Kritik auf ihren außenpolitischen Kurs einzuschwören, gegen Ende des Jahres sogar, Erhard als Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1965 in Frage zu stellen.

Im Jahre 1965 sollte die Bildung einer Großen Koalition einen auf die bürgerliche Koalition festgelegten Bundeskanzler verhindern. Fortgesetzte öffentliche Kritik führender Unionspolitiker, auch des Bundespräsidenten, an Politik und Führungsstil des Bundeskanzlers bewirkten in der ersten Jahreshälfte 1966 einen Vertrauensschwund, der auch in dem ungünstigen Wahlergebnis der CDU in Nordrhein-Westfalen zum Ausdruck kam. Die an-

schließende vernichtende persönliche Kritik an Ludwig Erhard von einem immer größer werdenden Kreis von Unionspolitikern, leitete ein Komplott ein, das schließlich zum Sturz des Bundeskanzlers führen mußte.

Es stellt sich für uns nun die Frage, wie es zu dieser Eskalation öffentlicher intraparteilicher Detailkritik kommen konnte. Ein Grund dafür ist wohl darin zu sehen, daß der Bundeskanzler kein außenpolitisches Fortune hatte, keinen greifbaren Erfolg verbuchen konnte. Er fand mit seiner gutgemeinten, idealistischen Konzeption letztendlich kein Verhältnis zur Außenpolitik. Er war nicht bereit, die Regierungspolitik in diesem Bereich zu korrigieren. Dies rief den entschiedenen Widerstand der deutschen "Gaullisten" in der Union hervor, die nahezu mit den Erhard-Widersachern identisch waren, und bestimmte deren Verhalten. Ein weiterer Grund mag darin zu suchen sein, daß sich Erhard nach der Bundestagswahl 1965 lange nicht dazu durchringen konnte, durch harte und zielstrebige Beschlüsse den Bundeshaushalt in Ordnung zu bringen, um so seinen Beitrag zur Stabilität der bundesrepublikanischen Wirtschaft zu leisten. Die verunsicherten Wirtschaftsrepräsentanten suchten in der Union andere Ansprechpartner, wie beispielsweise Rainer Barzel und Franz Josef Strauß, um ihre politischen Anliegen zu Gehör zu bringen. Es ist anzunehmen, daß bereits im Frühsommer 1966 die Kommunikation in dieser Hinsicht am Bundeskanzler völlig vorbeilief. Den entscheidendsten Grund für das Anwachsen der Kommunikationsstörungen zwischen Kanzler und Partei sieht der Verfasser jedoch begründet im Wesen Erhards. Die Arglosigkeit und seine menschlich so noblen Wesenszüge wie Ehrlichkeit, Anstand und Gütmütigkeit wurden dem Politiker Erhard zum Verhängnis. In diesem Sinne formulierte der Publizist Paul Sethe durchaus richtig, als er feststellte, daß nicht nur die Politik den Charakter, sondern manchmal auch der Charakter die Politik verderbe. Hätte der Bundeskanzler die öffentliche Kritik an seiner Politik und an seiner Person rechtzeitig, das heißt, unmittelbar nach seiner Amtsübernahme, durch ultimative Forderungen im Keime erstickt, im Frühjahr 1964 den Parteivorsitz in der CDU übernommen und bei fortschreitenden Illoyalitäten seinen intraparteilichen Gegnern mit seinem Rücktritt gedroht, wäre ihm, das sei unter-

stellt, ein solch unwürdiges Ende seiner Kanzlerschaft erspart geblieben. Dies zu tun war jedoch nicht Erhards Sache. So ließ er seine innerparteilichen Kontrahenten gewähren, die ihn aus den verschiedensten Motiven von der Schaltstelle der politischen Macht entfernen wollten.

Konrad Adenauer sah sein politisches Lebenswerk der deutsch-französischen Freundschaft gefährdet und lehnte die Liberalität des Wirtschaftsprofessors, die sich in seiner gesamten Lebensführung widerspiegelte, entschieden ab. Ferner sah der rheinische Katholik Adenauer seine Partei zu einer nationalliberalen Wirtschaftspartei degenerieren. Diese Motive reichten für den Altbundeskanzler wohl aus, unablässig gegen den ungeliebten Nachfolger zu intrigieren. Die Tatsache, daß Adenauer in seiner Partei auf Grund seines Alters für Führungsaufgaben in der Regierung nicht mehr in Betracht kam, verlieh seinem Handeln mitunter eine gewisse Narrenfreiheit.

Franz Josef Strauß dagegen fühlte sich zu verantwortlichem Handeln in der Regierungsarbeit berufen. Seine frankreich-orientierte außenpolitische Konzeption entsprang, dies sei übrigens allen engagierten "deutschen Gaullisten" in der Union unterstellt, tiefster Überzeugung und höchstem politischen Verantwortungsgefühl. Dies darf auch für seine damaligen wirtschaftspolitischen Vorstellungen und sein Gespür für die fällig gewordene Reformbedürftigkeit der deutschen Politik, vor allem im innenpolitischen Bereich, gelten. (740) Hinsichtlich Politikverständnis, Temperament und Arbeitsweise Erhard gegenüber völlig konträr, widerstrebte ihm Erhards mangelnde Entschluß- und Tatkraft. Da jedoch die FDP die Strauß-Frage zumindest seit der Fibag-Affäre zu einem Koalitionsthema hochstilisiert hatte, mußten der CSU-Vorsitzende und die Union davon ausgehen, im Rahmen einer Kleinen Koalition bei Übernahme eines Ministeramtes durch Strauß, dem entschiedenen Widerstand des FDP-Koalitionspartners ausgesetzt zu sein. Sein Eintreten für die Große Koalition ab Herbst 1964 mag deshalb wohl folgenden Motiven entsprungen sein: Strauß glaubte, die großen innen- und außenpolitischen Aufgaben, vor allem die, die einer Grundgesetzänderung bedurften, nur in Zusammenarbeit mit der großen Oppositionspartei bewältigen zu können. Dazu gehörte nach Strauß vor

allem die Wahlrechtsreform, mit der er die Freien Demokraten aus Parlament und Regierungsverantwortung eliminieren wollte. (741) Sein Kampf gegen die FDP machte es zwangsläufig erforderlich, auch gegen den von ihm als Bundeskanzler nicht sonderlich geschätzten Erhard Front zu machen und dessen politisches Ende als Kanzler bewußt in Kauf zu nehmen.

Eugen Gerstenmaier strebte ursächlich das Amt des Außenministers an, um seine Vorstellungen einer deutsch-französischen Verständigung in praktische Politik umsetzen zu können. (742) Er gelangte, davon können wir ausgehen, im Frühsommer 1966 zu der Auffassung, daß Erhard als Bundeskanzler abgelöst werden müsse. Er spielte im Rahmen des Komplotts gegen Erhard, wie wir gesehen haben, eine Schlüsselrolle.

Ähnliches gilt für Rainer Barzel. In der Tat argumentierte Hildebrand richtig, wenn er ausführt, daß Barzel in den Wirren des Herbstes 1966 Rücksicht auf die Union nehmen mußte, die in ein für die Partei bedrohliches Stimmungstief geraten war. (743) Es darf jedoch auch angenommen werden, daß es der Fraktionsvorsitzende schon Anfang des Jahres 1966 darauf anlegte, die Signale für eine eventuelle Nachfolge Erhards für sich günstig zu stellen. Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen arbeitete der Fraktionschef der Unionsparteien wohl bewußt auf die Ablösung Erhards hin, mit dem Ziel, selbst die politische Führung der Bundesregierung zu übernehmen.

Insgesamt können wir bei Strauß, Barzel und Gerstenmaier davon ausgehen, daß sie einen Interessenskonsensus gebildet hatten, der sich, unterstützt von Konrad Adenauer, daran orientierte, Erhard aus dem Amte zu entfernen. Der Drang zur Macht war aus den oben dargestellten Motiven so stark, daß zu seiner Durchsetzung Methoden und Handlungsstrategien angewendet wurden, die die Grenzen des Prinzips des politischen "Fair-play" bei weitem überschritten.

Kommen wir an diesem Punkt auf unser spezielles Untersuchungsziel zurück, das wir folgendermaßen formuliert hatten: Ein divergierendes Politikverständnis, mangelnde Loyalität gegenüber dem Kanzler und wachsende politische Detailkritik in den Reihen der Union minderten die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit des Regierungschefs in Partei und Öffentlichkeit und trugen we-

sentlich zu seinem Sturz bei. Unsere Ausführungen haben zweifelsfrei nachweisen können, daß die Ursachen für die fortschreitenden intraparteilichen Spannungen zwischen dem Bundeskanzler und seiner Partei auf beiden Seiten der an der Kommunikation Beteiligten liegen. Sie sind in erster Linie begründet in Erhards Politikverständnis, das sich, wie wir gesehen haben, in fundamentaler Weise von dem traditionellen Begriff des "Politischen" unterschied und maßgebliche Unionspolitiker zu schärfstem Widerspruch und gezielten Reaktionen provozierte. Die zahlreichen Beispiele mangelnder Loyalität und Unterstützung Erhards belegen unsere Hypothese sehr anschaulich. Die wachsende öffentliche Kritik minderte das Vertrauen in die Führungsfähigkeit des Kanzlers und drückte sich in der schwindenden Zustimmung für seine Partei und seine Person aus. Der Vertrauensschwund Erhards in der Bevölkerung ermutigte seine intraparteilichen Gegner, seine Ablösung systematisch zu betreiben. Untersuchen wir zum Abschluß dieser Arbeit die Frage, was der Sturz Erhards der Union brachte und ob die Hoffnungen, die die Hauptakteure hegten, verwirklicht wurden. Aus historischer Sicht lassen sich folgende Tatbestände festhalten. Die Gegner Erhards machten die Opposition regierungsfähig und gewährten ihr Teilhabe an der politischen Macht. In der Außenpolitik spielte zumindest nach de Gaulles resigniertem Rücktritt das Thema einer deutsch-französischen Zweier-Union keine Rolle mehr. Die heftig bekämpfte neue Ostpolitik der Regierung Erhards wurde in der Großen Koalition mit Unterstützung der Union weiterentwickelt. Auf der Basis der Sozialen Marktwirtschaft entstand unter Karl Schiller die "konzertierte Aktion", die, allerdings unter Einbeziehung der organisierten Interessen und gesellschaftlichen Gruppierungen, eben das anstrebte, was Erhard mit seinem Modell der "Formierten Gesellschaft" erreichen wollte. Wir dürfen deshalb zurecht fragen, ob die Inhalte der Politik den Erhard-Gegnern in erster Linie als Vorwand dazu dienten, gegen den Kanzler zu polemisieren, um auf diese Weise seine plebiszitäre Souveränität in Abrede zu stellen. Es ist ihnen gelungen, aber der Preis war hoch. Die Union mußte ihr Verhalten im Jahre 1966 schließlich mit dreizehn Jahren Opposition bezahlen. Das überstürzt und kommunikativ ver-

werfliche Handeln führender Unionspolitiker zeigt deutlich, daß die Union der sechziger Jahre noch nicht das Erfahrungsgut des Machterringens und des Machtverlierens besaß. In der Oppositionszeit mußten die Unionspolitiker, die in erster Linie Erhards Sturz betrieben hatten, miterleben, daß mit den Ostverträgen, der Steuerreform, der Novellierung des Abtreibungsparagrafen und des Ehescheidungsrechts, letztere im Rahmen der inneren Reformen der sozialliberalen Koalition, innen- und außenpolitische Fakten geschaffen wurden, die mit der Substanz der Unionspolitik nicht mehr in Einklang zu bringen waren. Gerade diese Politiker der CDU/CSU mögen sich im nachhinein die Frage gestellt haben, ob ihr Verhalten Ludwig Erhard gegenüber richtig war. Die Tatsache, daß später Erhard-Gegner wie beispielsweise Lücke und Guttenberg im Angesicht ihres nahenden Todes den zweiten Altbundeskanzler darum baten, mit ihm ihren Frieden machen zu dürfen, scheint unsere Aussage zu belegen. (744) Unterstellen wir, daß Erhard wohl insgesamt mit der Wahrnehmung der vielfältigen Regierungsgeschäfte als Kanzler überfordert war und daß seine Neigung zur plebiszitären Uminterpretation des Kanzleramtes den Realitäten des parlamentarischen Systems nicht Rechnung trug, dann wäre es wohl dennoch sinnvoller gewesen, ab 1967 einen Nachfolger Erhards zu benennen, diesen für die Bundestagswahl 1969 behutsam und systematisch aufzubauen, bis dahin jedoch den amtierenden Bundeskanzler Erhard loyal zu unterstützen, vor allem in den Bereichen der Politik, in denen er sich nicht zu Hause fühlte. Dies geschah jedoch nicht. Die Ungeduld einflußreicher Unionspolitiker war zu groß. Erhard selbst war über die Machenschaften seiner "Parteifreunde" zwar menschlich tief enttäuscht, der Abschied vom Amte des Bundeskanzlers fiel ihm jedoch wohl erheblich leichter, als dies beispielsweise bei einem Berufspolitiktechnokraten der Fall gewesen wäre. (745)

Die politische Entwicklung in den 70er und 80er Jahren hat im außen- und vor allem im wirtschafts- und haushaltspolitischen Bereich in vielerlei Hinsicht Erhard Recht gegeben. Die Europäische Gemeinschaft wurde im Sinne Erhards auch unter Einbeziehung Großbritanniens, dessen Beitritt in der Union lange heftig umstritten war, beträchtlich erweitert. Die enge Allianz

mit den Vereinigten Staaten wurde das bestimmende Element der bundesrepublikanischen Außen- und Verteidigungspolitik. Über die Europäische Gemeinschaft hinaus findet mit den USA ein sehr reger Wirtschaftsaustausch und Technologietransfer statt. Wie wir gesehen haben, wurde die von Erhard eingeleitete Ostpolitik fortgesetzt und ausgeweitet. Die gutgemeinten inneren Reformen der 70er Jahre konnte der Verteilerstaat zum größten Teil nur auf Kosten einer sehr hohen Staatsverschuldung finanzieren. Die von Erhard immer wieder geforderten "Maßhalte- und Sparappelle" mußten in den 80er Jahren bei haushalts- und finanzpolitischen Fragen zur Maxime erklärt werden.

Es war mit sein Schicksal, daß er instinktsicher wie kaum ein anderer Politiker, Situationen zu analysieren verstand, jedoch an dem Mißverhältnis von Diagnose und Therapie scheiterte. Was den politischen Stil Ludwig Erhards angeht, täte es den heutigen Politikern nach den Skandalen und Affären, die das Vertrauen der Bevölkerung in die Parteiendemokratie der Bundesrepublik so schwer erschüttert haben, gut, wenn wieder etwas von dem Geiste Ludwig Erhards in die Politik einzöge. Ein Stil, der den partnerschaftlichen Dialog und die kritische Diskussion betonte, ein Stil, der Politik für den Bürger transparent machen wollte.

Erhards politisches Wirken ist nicht in erster Linie an seiner kurzen Kanzlerschaft zu messen. Seine historische politische Leistung bestand darin, das System der Sozialen Marktwirtschaft in einer Zeit durchzusetzen, in der durch das Ahlener Programm der CDU und durch die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD alternative Wirtschaftssysteme zur Diskussion standen. Bis heute ist das von Erhard entwickelte Modell der Sozialen Marktwirtschaft die nicht zur Disposition stehende und bewährte Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik. Aus diesem Grunde erstaunt es nicht, daß Ludwig Erhard ein halbes Jahr vor seinem Tod von einer Gruppe bedeutender Wirtschaftstheoretiker für den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften vorgeschlagen wurde. (746)

Anmerkungen zur Einleitung

- 1 So Erhard, L., in einem Interview "Erhard bricht sein Schweigen" mit mit Schweizer Journalisten Michael K. Caro, in: Schweizer Illustrierte: 6.3.1967
- 2 So Sethe, P., Gefährliche Legende, in: Allgemeine Zeitung, Mainz, 10.2.1967
- 3 Diesen Aspekt arbeitet beispielsweise Hildebrand neben anderen Ursachen des Kanzlersturzes deutlich heraus. Vgl. Hildebrand, K., Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4, Von Erhard zur Großen Koalition, Stuttgart 1984, S. 231 ff.
Vgl. auch Altmann, R., Woran Erhard scheiterte, in: Civis, Heft 1, Januar 1967, S. 11
Vgl. auch Flach, K.H., ebenda S. 11
Vgl. auch ders.: Erhards schwerer Weg, Stuttgart 1963.
Diese Sichtweise des Sturzes Erhards ist nicht selten in den Geschichtsbüchern für die allgemeinbildenden Schulen nachzulesen. Vgl. etwa Ackermann, W., Protzner, W., Wurzeln unserer Gegenwart, München 1982; vgl. Beilner, H. (Hrsg.), Geschichte für die Hauptschule, Donauwörth 1982
- 4 Vgl. Archiv für christlich-demokratische Politik (A C D P), Bundestagsfraktion, VIII - 001 - 1011/1, S. 351
In der Tat spielten die politische Umorientierung der FDP und das taktisch kluge Verhalten der SPD in der Endphase der Kanzlerschaft Erhards eine wichtige, jedoch nicht die dominierende Rolle.
- 5 Vgl. Barzel, R., In einem Interview am 28.10.1966 mit dem Deutschen Fernsehen ("Bericht aus Bonn"), zit. nach KÜ, 31.10.1966, Nr. 189, Anhang III, S. 2 f.
- 6 Hübner, E., Oberreuther, H., Parlament und Regierung, München 1977, S. 13 ff.
Vgl. auch Gaus, G., Es geht nicht allein um den Kanzler, in: Christ und Welt, 28.10.1966
Vgl. auch ders.: Bonn ohne Regierung? Kanzlerregiment und Opposition. Bericht. Analyse. Kritik. München 1965
- 7 Vgl. von Stackelberg, K.G., Attentat auf Deutschlands Talisman. Ludwig Erhards Sturz. Hintergründe. Konsequenzen. Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1967
Es wurden auch Arbeiten verfaßt, in denen beide Aspekte, Staats- und Parteiräson, gleichwertig behandelt wurden.
Vgl. etwa Günther, K., Der Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik, Adenauer - Erhard - Kiesinger. Hannover 1970
- 8 Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 231 ff.
Vgl. auch Lukomski, J., Ohne Stütze, in: Civis, Heft 1, Januar 1967, S. 11
In diesem Sinne äußerte sich Hohmann in einem Gespräch mit dem Verfasser am 31.10.1984, als er zwar nicht von einer Verschwörung, aber von einem Interessenskonsensus gegen Erhard sprach, der das vorrangige Ziel verfolgte, selbst an die politische Macht zu gelangen.

"Leute wie Adenauer und Barzel waren zwar stets gegen mich. Wer zu unabhängig denkt, gilt nicht als parteifromm ... Ich galt immer als ein Mann, der für die Partei wenig Interesse hatte."

So Erhard, L., Erhard bricht sein Schweigen, in: Schweizer Illustrierte, 6.3.1967

Vgl. auch Mende, E., Vom "Fuchs" über den "Helden" bis zu "Plisch und Plum", in: Welt am Sonntag, 7.4.1985

- 9 Vgl. Schneider, F., Politik und Kommunikation, Mainz 1967, S. 30
- 10 Vgl. etwa Gross, J., Lauter Nachworte. Innenpolitik nach Adenauer. Stuttgart 1965, S. 49 ff.
Vgl. ders.: Vorgegebene Gründe, in: Civis, Heft 1, Januar 1967, S. 10
Konrad Adenauer beispielsweise attestierte Ludwig Erhard, unmittelbar nachdem dieser seine Anwartschaft auf die Kanzlernachfolge im Jahre 1959 geltend gemacht hatte, völlige politische Unfähigkeit.
Vgl. etwa Baring, A., Machtwecheel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982, S. 30
- 11 "Die Gründe für Erhards Scheitern standen vor seiner Kanzlerschaft fest."
So Gross, J., Vorgegebene Gründe, in: Civis, Heft 1, Januar 1967, S. 10
Ludwig Erhard selbst (vgl. S. 40) und seine engsten Mitarbeiter im Bundeskanzleramt Ludger Westrick und Karl Hohmann terminierten beispielsweise den Beginn massiver intraparteilicher Kritik an Erhards Politikverständnis auf den Zeitpunkt, an dem dieser im Jahre 1959 seinen Anspruch auf eine Kanzlerkandidatur angemeldet hatte (so Hohmann, K., und Westrick, L., in Gesprächen mit dem Verfasser am 31.10.1984 bzw. am 15.10.1977).
- 12 Dies gilt sowohl für führende Unionspolitiker, wie z.B. Kurt Georg Kiesinger, als auch für einflussreiche Repräsentanten der SPD, wie z.B. Helmut Schmidt.
- 13 So Gerstenmaier, E., am 25.11.1977 in einem Brief an den Verfasser
- 14 Im folgenden zitiert: BKB gleich Bonner Korrespondentenbericht
- 15 Im folgenden zit.: FAZ
- 16 Im folgenden zit.: FR
- 17 Im folgenden zit.: SZ
- 18 Im folgenden zit.: NZZ
- 19 Im folgenden abgekürzt: Kü, Datum, Nummer der Ausgabe, Anhang, Seite
- 20 Im folgenden zit.: Sten.Ber., WP (Wahlperiode), Sitzung, Datum, Seite
- 21 Siehe Bibliographie

Anmerkungen zu Teil I

- 1 Vgl. Günther, K., a.a.O., S. 159 f.
- 2 Caro, M.K., Der Volkskanzler Ludwig Erhard, Köln-Berlin 1965, S. 207
- 3 Müller-Hermann, E., Lehren aus einer Krise. Aufgaben der Union für 1965, in: Politisch-Soziale Korrespondenz, 1.1.1963 (Nr. 1), S. 8
- 4 Vgl. Even, B., in: Kölnische Rundschau, 15.3.1962
- 5 Vgl. Esser, L., Parteitag zwischen den Zeiten, in: Soziale Ordnung, Juli 1962 (H7), S. 117 ff.
- 6 Günther, K., a.a.O., S. 160
- 7 Umfrageergebnissen zufolge wünschte sich 1963 die Mehrheit der befragten Bundesbürger einen Kanzler, der in verstärktem Maße einen Prozeß der Diskussion und der Demokratisierung einleitet und auf heimtückische und undurchsichtige Kommunikationsmethoden verzichtet.
Vgl. von Stackelberg, K.G., a.a.O., S. 97
- 8 Vgl. Luchsinger, F., in: NZZ, 7.9.1959
- 9 So Brandt, W., in einer Wahlrede am 12.8.1961, zit. nach: "Tatsachen - Argumente" (Hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn), August 1961 (Nr. 21)
- 10 Gaus, G., Zur Person, Porträts in Frage und Antwort, München 1965, S. 57
- 11 Gaus, G., a.a.O., S. 57
- 12 Sethe, P., in: Der Stern, ref. in: von Stackelberg, K.G., a.a.O., S. 207
- 13 Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), in: Gesellschaft für fränkische Geschichte, Pfeiffer, G., Wendehorst, A., (Hrsg.) Fränkische Lebensbilder, Bd. 11, Neustadt, Alsch, 1984, S. 228
Ludwig Erhards Menschenbild ging im Sinne Rousseaus davon aus, daß der Mensch von Natur aus gut sei; in einer Rede auf der Bundestagung des evangelischen Arbeitskreises erklärte Erhard seinen politischen Optimismus mit dem Hinweis auf die Philosophie Rousseaus.
Vgl. Schmidt, O., Politik um der Sache willen, in: Schröder, G., (Hrsg.) u.a., Ludwig Erhard, Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum 75. Geburtstag, Bonn 1972, S. 617
- 14 Caro, M.K., a.a.O., S. 243
- 15 Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), a.a.O., S. 243
- 16 Die oben dargestellten Grundpositionen Erhards waren fast identisch mit den Vorstellungen, die die Bundesbürger Anfang und Mitte 1963 von einem "idealen Bundeskanzler" hatten. Dies ging aus einer Ennid-Untersuchung hervor, die nach speziellen Fertigkeiten für den "Idealkanzler" fragte.
Vgl. von Stackelberg, K.G., a.a.O., S. 118 ff.

- 17 Der Werdegang, d.h. die Darstellung der in Kindheit und Jugend verwurzelten Charaktereigenschaften, welche in erster Linie durch Erziehung und andere Umwelteinflüsse geprägt worden sind, bietet aufschlußreiche Erkenntnisse, um das kommunikative Verhalten eines Politikers zu analysieren. Viele in Kindheit, Jugend und Beruf erlittene Defizite werden im Erwachsenenalter durch Übertriebene Geltungssucht und unangemessenes Machtstreben zu kompensieren versucht. Hierauf genauer einzugehen, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Es wird hier aber die These vertreten, daß der Werdegang das Verhalten und politische Auftreten eines Politikers sehr stark mitprägt.
- 18 Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), a.a.O., S. 213
- 19 Gaus, G., Zur Person, a.a.O., S. 50
- 20 Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), a.a.O., S. 213
- 21 Ludwig Erhard sollte nach der mittleren Reife und einer abgeschlossenen Lehre das elterliche Geschäft übernehmen.
Vgl. Hohmann, K., ebenda S. 214
- 22 Gaus, G., Zur Person, a.a.O., S. 50
- 23 Vgl. Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), a.a.O., S. 214 f.
- 24 Hohmann, K., ebenda S. 215
- 25 Hohmann, K., ebenda S. 216 f.
- 26 Hohmann, K., ebenda S. 217
- 27 Gaus, G., Zur Person, a.a.O., S. 54
- 28 Unter dem Namen "Denkschrift 1943/44", die aus Anlaß seines 75. Geburtstages im Januar 1972 veröffentlicht wurde, entwickelte Erhard Ideen zur Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung.
Vgl. Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), a.a.O., S. 219
- 29 Vgl. Hohmann, K., ebenda S. 218
- 30 Hohmann, K., ebenda S. 218 f.
- 31 Hohmann, K., ebenda S. 220
- 32 Hohmann, K., ebenda S. 220 f.
- 33 Einzelnachweise für das große Lebenswerk Ludwig Erhards erübrigen sich. Sie sind in großer Zahl anläßlich seines 80. Geburtstags und in den Würdigungen zu seinem Tode vorgetragen worden.
Vgl. Hohmann, K., (Hrsg.), Erbe und Auftrag, Aussagen und Zeugnisse, Düsseldorf - Wien 1977, S. 13 ff.
Dennoch ist eine Aussage besonders eindrucksvoll: "Seine historische Leistung bestand in der Durchsetzung liberaler Grundsätze in der Wirtschaftspolitik in einem Lande, das eine fast 15jährige Phase der staatlichen Lenkung der Wirtschaft hinter sich hatte, in dem das Verständnis für die Bedeutung marktwirtschaftlicher Grundsätze weitgehend verlorengegangen war und das sich zudem nach dem verlorenen Zweiten

Weltkrieg im Zustand tiefen wirtschaftlichen und finanziellen Elends befand. Die Währungsreform 1948 und die anschließende Beseitigung der Zwangswirtschaft gegen starke innere und äußere Widerstände erscheinen als die bedeutendste Leistung seines Lebens. Er setzte damit die Kräfte frei, die den wirtschaftlichen Wiederaufstieg in unserem Lande nach dem Kriege bewirkt haben. Er tat das in langen, zähen Auseinandersetzungen mit den eigenen Freunden und Gegnern, in denen er niemals das Ziel aus den Augen verlor. Dieses Ziel lautete: Dem Menschen ein menschenwürdiges Dasein in Freiheit zu verschaffen. Dabei nahm er von Anfang an die Verpflichtung, zur sozialen Gerechtigkeit beizutragen, sehr ernst. Freie Marktwirtschaft war die eine, soziale Gerechtigkeit die andere Komponente seiner wirtschaftspolitischen Konzeption. In dem von ihm vertretenen und weltweit verbreiteten Begriff der "Sozialen Marktwirtschaft" vereinigte sich beides." So der damalige Bundestagspräsident Karl Carstens zu Beginn der 25. Sitzung des deutschen Bundestages am 5. Mai 1977, zit. in: Hohmann, K., Ludwig Erhard, Erbe und Auftrag, a.a.O., S. 14 f.

- 34 Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 31 ff.
Vgl. auch Lukomski, J., Ludwig Erhard, Der Mensch und der Politiker, Düsseldorf - Wien, 1965, S. 7 ff.
Vgl. auch Schröder, G., Er gab den Deutschen wieder Mut, in: Die Welt, 6.5.1977
- 35 Das persönliche Bild, das von Erhard in der Öffentlichkeit gezeichnet wurde, ließ sich eindrucksvoll anhand einer Studie des Bremer Instituts für Motivforschung darstellen:
"Man kann sich dem Wunschtraum hingeben, mit ihm als Kanzler durch Friedlichkeit, Güte, Warmherzigkeit und Gerechtigkeit in die Weltpolitik einzuziehen, oder dem Wunschtraum, unter seiner Obhut werde sich Politik bestenfalls im Innern, sprich: im wirtschaftlichen Bereich ereignen, nicht im Äußeren." (von Stackelberg, K.G., a.a.O., S. 98)
Eine davon unabhängige Emnid-Studie kommt zu denselben Erkenntnissen. Stackelberg faßte die Ergebnisse beider Untersuchungen folgendermaßen zusammen: "Man wählte mit Erhard Bürgerlichkeit. Man entschied sich für Frieden, für Moral, für Sicherheit. Man wählte auch in gewissem Sinne Machtlosigkeit. Man wählte "Harmonie", man entschied sich für einen "weisen Menschen, bei dem man sich aufgehoben fühlt", man votierte für den "ehrlichen Makler", ein Symbol der Sicherheit und Unerschütterlichkeit, man wählte sozusagen die Verkörperung des demokratischen Prinzips!"
Von Stackelberg, K.G., ebenda S. 100
Vgl. auch Lukomski, J., a.a.O., S. 259 ff.
Johannes Gross stellte allerdings fest, daß dieses in erster Linie von Erhards PR-Mitarbeitern erzeugte Image unzureichend, gar fehlerhaft ist. "Ludwig Erhard ist vor allem nicht der muntere Optimist, als den ihn seine Propaganda hinstellt, er sich selber gelegentlich auch. Sein Optimismus ist mehr Sache der Überzeugung als des praktischen Verhaltens. Pykniker im Sinne von Kretschmers Typologie in beinahe idealtypischer Reinheit, ist er von zyklischem Stimmungs- und Verhaltenswechsel heimgesucht, das eine Mal munter, entschlußfreudig, von behender, mitreißender Rede, ein andermal zögernd, gehemmt, depressiv." Gross, J., Lauter Nachworte. Innenpolitik nach Adenauer, Stuttgart 1965, S. 60
Dies bestätigte Hohmann dem Verfasser in einem Gespräch am 31.10.1984. Erhard selbst versuchte diese Temperamentschwankungen wie folgt zu erklären: "Während mein Vater etwas gelten wollte und in diesem Sinne

sozialen Ehrgeiz besaß, war meine Mutter fast scheu, ein stiller zurückhaltender Typ, jeder Art von Öffentlichkeit abhold. In meinem eigenen Charakter, in meinem Wesen spüre ich das Erbe einander widersprechender Elemente eines introvertierten und doch gleichzeitig extrovertierten Menschen; einerseits verlangt es mich nach Bestätigung in der Öffentlichkeit, und andererseits sehne ich mich nach Zurückgezogenheit." So Erhard, L., in: Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977) a.a.O., S. 213

- 36 So Hildebrand, K., a.a.O., S. 233
- 37 Altmann, R./ Gross, J., Gespräch über Erhard, in: Schröder, G., (Hrsg.), u.a., Ludwig Erhard, a.a.O., S. 28 f.
- 38 Erhard, L., in: Caro, M.K., a.a.O., S. 240
- 39 So Erhard, L., in: Caro, M.K., ebenda S. 241
- 40 So Erhard, L., in: Caro, M.K., ebenda S. 241
- 41 Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), a.a.O., S. 243
- 42 So Carstens, K., in: Hohmann, K., Ludwig Erhard, Erbe und Auftrag, a.a.O., S. 33
- 43 Caro, M.K., a.a.O., S. 243
- 44 Dies bestätigten dem Verfasser unabhängig voneinander Hohmann am 31.10.1984 und Westrick am 15.10.1977.
Vgl. auch Günther, K., a.a.O., S. 138 f.
- 45 Hohmann sprach in diesem Zusammenhang von der "Treue zur Idee", die die Maxime für das Handeln der sog. "Brigade Erhard" darstellte. So Hohmann im Gespräch mit dem Verfasser am 31.10.1984.
- 46 Lukomski, J., a.a.O., S. 66
Vgl. auch Gross, J., Lauter Nachworte, a.a.O., S. 65 f.
- 47 So Erhard, L., in: Lukomski, J., a.a.O., S. 66
- 48 So Erhard, L., in: Gaus, G., Zur Person, a.a.O., S. 56
- 49 So Erhard, L., in: Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), a.a.O., S. 243
- 50 Hohmann, K., Über Politisches und Menschliches in der Politik, in: Schröder, G., (Hrsg.), u.a., Ludwig Erhard, a.a.O., S. 559
Hier wörtlich zitiert: "Erhard lehnte eine Große Koalition ab. Er fürchtete negative Auswirkungen auf die innere Verfassung unseres Staates und unserer Gesellschaft; Gründe, die sich später als sehr stichhaltig erwiesen. Eine Große Koalition wäre auch damals eine Bundesregierung ohne Erhard gewesen, ein Ziel, in dem seine innerparteilichen Gegner mit der SPD übereinstimmten".
Vgl. S. 256 Anm. 347
- 51 Gaus, G., Zur Person, a.a.O., S. 62

- 52 So Scheel, W., in: Hohmann, K. (Hrsg.), Ludwig Erhard, Erbe und Auftrag, a.a.O., S. 26
- 53 Vgl. Scheel, W., in: Hohmann, K. (Hrsg.), ebenda S. 27
- 54 Altmann, R., Gross, J., Gespräch über Erhard in: Schröder, G. (Hrsg.), u.a., Ludwig Erhard, a.a.O., S. 34
- 55 Gaus, G., Zur Person, a.a.O., S. 62
- 56 Günther, K., a.a.O., S. 138
- 57 So Erhard in seiner Rede auf dem 13. Bundesparteitag der CDU am 31.3.1965 in Düsseldorf, abgedruckt in: Die Formierte Gesellschaft. Ludwig Erhards Gedanken zur politischen Ordnung Deutschland. Hrsgg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1967, S. 9 f.
Der Begriff "Formierte Gesellschaft" wurde von Rüdiger Altmann geprägt, der ihn allerdings nicht als endgültig festgelegten Terminus verstand, sondern eher als eine vorläufige Bezeichnung im Sinne einer "gereiften Gesellschaft". Vgl. ebenda S. 44
Auch Konrad Adenauer verspürte bereits frühzeitig, daß es eine Konzeption zu entwickeln galt, die neue Aspekte in der Gesellschaftspolitik zu berücksichtigen hatte. Er beauftragte deshalb im Dezember 1961 Rainer Barzel, Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU anzustellen. Einige Monate später legte Barzel dazu eine nie vollständig veröffentlichte Studie vor. Vgl. Baring, A., a.a.O., S. 78 f.
- 58 So Erhard, L., ebenda S. 10
- 59 So Erhard, L., ebenda S. 10
- 60 So Erhard, L., ebenda S. 10 f.
- 61 So Erhard, L., ebenda S. 11
- 62 So Erhard, L., ebenda S. 12
- 63 So Erhard, L., ebenda S. 13
- 64 So Erhard, L., ebenda S. 13 f.
- 65 So Erhard, L., zit. in: Bulletin der Bundesregierung, 21.4.1965, Nr. 69, S. 550
- 66 Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), a.a.O., S. 229 f.
- 67 Vgl. Lukowski, J., a.a.O., S. 175 f.
Vgl. auch Altmann, R., Gross, J., Gespräch über Erhard, in: Schröder, G., (Hrsg.), u.a., Ludwig Erhard, a.a.O., S. 26
- 68 Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), a.a.O., S. 230
- 69 Westrick, L., Adenauer und Erhard in: Blumenwitz, D., Gotto, K., Maier, H., Repgen, K., Schwarz, H.-P., (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit, Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, Stuttgart 1965, S. 174

- 70 Vgl. Westrick, L., ebenda S. 174
"Der politische Bilateralismus ist überholt. Er hat sich nicht nur in den wirtschaftlichen Beziehungen der Völker als schädlich und unfruchtbar erwiesen. Halten wir uns an Stelle einer lieb gewordenen Romantik lieber an die Wirklichkeit."
So Erhard, L., in: Von Stackelberg, K.G., a.a.O., S. 131
- 71 Schmidt, H., Zur Außen- und Sicherheitspolitik des Bundeskanzlers Erhard, in: Schröder, G. (Hrsg.), u.a., Ludwig Erhard, a.a.O., S. 395 ff.; vgl. auch Erhards Regierungserklärung am 18.10.1963, zit. in: Sten.Ber. 4. WP, 90. Sitzung, 18.10.1963, S. 4196 ff.
- 72 So Scheel, W., in: Hohmann, K. (Hrsg.), Ludwig Erhard, Erbe und Auftrag, a.a.O., S. 25
Vgl. auch Schuster, H., Erhard und seine Partei, in: SZ, 14.3.1964.
Vgl. auch "Kanzler ohne Fraktion?", in: Deutsche Tagespost, Würzburg, 3.12.1963
- 73 Gaus, G., Bonn ohne Regierung, a.a.O., S. 38
In diesem Sinne äußerten sich auch Westrick und Hohmann gegenüber dem Verfasser.
Vgl. auch Noelle-Neumann, E., in: Hohmann, K. (Hrsg.), Ludwig Erhard, Erbe und Auftrag, a.a.O., S. 350
- 74 Altmann, R., Gross, J., Gespräch über Erhard, in: Schröder, G. (Hrsg.), u.a., Ludwig Erhard, a.a.O., S. 22
- 75 So Erhard, L., zit. in: Hohmann, K., Ludwig Erhard, Erbe und Auftrag, a.a.O., S. 435
- 76 "Erhard war immer ein loyaler Protagonist der CDU, obwohl er ihr erst formell beitrug, als er schon einer ihrer prominentesten Minister in Bonn geworden war. Er hat allerdings immer in den alten Kategorien von Staat und Gesellschaft gedacht. Die Partei als organisierte, ideologisch konformierte Einheit, hat ihn innerlich wenig berührt."
Altmann, R., Gross, J., Gespräch über Erhard, in: Schröder, G. (Hrsg.), u.a., Ludwig Erhard, a.a.O., S. 22
Vgl. auch Gaus, G., Zur Person, a.a.O., S. 59
- 77 Vgl. auch Gaus, G., Bonn ohne Regierung, a.a.O., S. 29
- 78 So Kiesinger, K.G., Dank an Ludwig Erhard, in: Hohmann, K. (Hrsg.), Ludwig Erhard, Erbe und Auftrag, a.a.O., S. 91
- 79 Hohmann, K., Über Politisches und Menschliches in der Politik, in: Schröder, G. (Hrsg.), u.a., Ludwig Erhard, a.a.O., S. 560
- 80 Hohmann, K., Ludwig Erhard (1898 - 1977), a.a.O., S. 228
Vgl. auch Zeuner, B., Plebiszitäre Elemente in Erhards Politik, in: Der Monat, August 1965 (Nr. 203), S. 81 ff.
- 81 Vgl. Gaus, G., Bonn ohne Regierung, a.a.O., S. 37
- 82 Gaus, G., Bonn ohne Regierung, ebenda S. 37. Erhard "jedoch reklamiert die Überparteilichkeit für seine Arbeit nicht allein aus propagandistischer Zweckmäßigkeit. Sein Verhältnis zu den Parteien als politischen Ordnungsfaktoren scheint auf weiten Strecken geradezu dem eines

repräsentativen Querschnitts der deutschen Bürger zu entsprechen. Erhard schätzt die Parteien allesamt wenig."

An anderer Stelle merkte Gaus dazu an, daß der Identifizierungseffekt in krisenlosen Zeiten dazu führte, daß Erhards Anhänger ihm Blößen und politische Fehler nicht verübelten. Hier wörtlich zitiert: "Gerade die Blößen, die Erhard sich gibt, ermöglichen den Wählern, sich bis zu einem gewissen Grade mit ihm zu identifizieren. Kein Adenauer-Wähler konnte bei der Stimmabgabe das Gefühl haben, er übertrage die politische Macht einem Manne seinesgleichen. Die Wähler Erhards aber können sehr wohl meinen, einen aus ihrer Mitte mit der Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben zu betrauen. Können sie "den alten Fuchs", der alle in die Tasche steckt, nicht haben, so ist es für sie auch ganz schön, an der Spitze der Regierung einen Mann zu wissen, der von Parteien, Fraktionen und Funktionären so wenig hält, wie die meisten seiner Mitbürger."

Gaus, G., Bonn ohne Regierung, ebenda S. 39 f.

- 83 Von Stackelberg, K.G., a.a.O., S. 98
- 84 Vgl. Caro, M.K., a.a.O., S. 294
Erhard trat formell erst kurz vor seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten im Frühjahr 1963 in die CDU ein. Deshalb diskutierten seinerzeit Unionspolitiker darüber, ob Erhard die Parteibeiträge von 1949 an nachzahlen müsse.
Vgl. Henkels, W., Muß Erhard Parteibeiträge nachzahlen?, in: BKB, Saarbrücker Zeitung, 5.3.1966
Erhard führte 1949 die Landesliste der baden-württembergischen CDU an und wurde als Direktkandidat im Wahlkreis Ulm in den ersten Deutschen Bundestag gewählt. Dies bestätigte Hohmann dem Verfasser.
- 85 Vgl. Caro, M.K., a.a.O., S. 223 ff.
Vgl. auch Günther, K., a.a.O., S. 139
- 86 So Erhard im Deutschen Fernsehen in einem Gespräch mit Peter von Zahn am 16.10.1963, zit. nach Kü, 16.10.1963, Nr. 226, Anhang I. S. 7
- 87 Düren, A., Ludwig Erhards Verhältnis zu organisierten wirtschaftlichen Interessen, in: Schröder, G. (Hrsg.), u.a. Ludwig Erhard, a.a.O., S. 42
- 88 Die Inflation von 1923 zerstörte die Existenz des elterlichen Geschäfts in Fürth; mangelnde Einheit in der Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und Politik trugen wesentlich zum Scheitern der Weimarer Politik bei. Interessengruppierungen entarteten im Nationalsozialismus zum Werkzeug der Machtpolitik.
Vgl. Düren, A., ebenda S. 42 ff.
- 89 Hildebrand, K., a.a.O., S. 235
- 90 Vgl. Düren, A., Ludwig Erhards Verhältnis zu organisierten wirtschaftlichen Interessen, in: Schröder, G. (Hrsg.), u.a. Ludwig Erhard, a.a.O., S. 48 ff.
- 91 Altmann, R., Gross, J., Gespräch über Erhard, in: Schröder, G. (Hrsg.), u.a., Ludwig Erhard, a.a.O., S. 34. Hier wörtlich zitiert: "Er hat natürlich auch gespürt, daß in Adenauers letzter Regierungszeit nicht der Staat stärker geworden war, sondern der Pluralismus. Erhard, der, wie wir vorhin gesagt haben, in der Industriegesellschaft den harten Kern

der gesellschaftlichen Ordnung sah und nicht mehr im Staat, wollte aber nicht einen Pluralismus als neue Vermachtung der Gesellschaft akzeptieren. Dieser Vermachtungstendenz durch die organisierten Gruppen hat er mit großem Mißtrauen gegenübergestanden, ebenso einem Parlamentarismus, der sich nur noch in organisierten Parteifraktionen manifestiert."

- 92 Vgl. S. 67 f.
- 93 Vgl. Hohmann, K. (Hrsg.), Ludwig Erhard, Erbe und Auftrag, a.a.O., S. 426 f.
- 94 Caro, M.K., a.a.O., S. 222
- 95 So Carstens, K., in: Hohmann, K., (Hrsg.), Ludwig Erhard, Erbe und Auftrag, a.a.O., S. 15
- 96 In diesem Sinne äußerte sich Westrick in einem Gespräch mit dem Verfasser am 15.10.1977.
- 97 So Westrick, L., ebenda
- 98 So Scheel, W., zit. in: Hohmann, K., (Hrsg.) Ludwig Erhard, Erbe und Auftrag, a.a.O., S. 27
In der Tat gab der Redestil Erhards auch den Publizisten Anlaß, sich kritisch mit ihm zu befassen. Der Journalist Klaus Hinrich Meyer und der Korrespondent des Norddeutschen Rundfunks Karl-Heinz Wocker erstellten aus Erhard-Zitaten eine kabarettistische Phonomontage von insgesamt 6 "Gutachten zu der aktuellen Frage: Kann der Kanzler ein Volkskanzler werden?" Diese wurde zum Leidwesen des Bundeskanzleramtes als Schallplatte auf den Markt gebracht.
Vgl. Der Spiegel, Frotzeln und Fürchten, Nr. 27, 30.6.1965
Vgl. auch Moersch, K., Wolken fürs deutsche Gemüt, in: Südwest-Merkur, Stuttgart, 2.7.1965
Vgl. auch "Zwei Kanzler - zwei Redestile", in: Hamburger Echo, 20.3.1964
Vgl. auch Gross, J., Lauter Nachworte, a.a.O., S. 75
- 99 Vgl. Blank, U., Neue Spielart der Demokratie, in: Westfälische Rundschau, Dortmund, 24.10.1963
Vgl. auch Schröder, G., Mit Ludwig Erhard begann eine neue Ära, in: Die Welt, 31.12.1963
Vgl. auch Zenke, H.H., in: Hohmann, K., Ludwig Erhard, Erbe und Auftrag, a.a.O., S. 191
Vgl. auch "Erhards Start als Bundeskanzler", NZZ, 3.11.1963
- 100 Caro, M.K., ebenda S. 210
Hier wörtlich zitiert: "Gerade Erhards enge Freunde haben seit er Bundeskanzler geworden ist, seine allzu große Vertrauensseligkeit kritisiert."
- 101 Gaus, G., Bonn ohne Regierung, a.a.O., S. 53
- 102 Gaus, G., ebenda S. 46
- 103 Gaus, G., Bonn ohne Regierung, a.a.O., S. 54 f. Dazu bemerkte Erich Mende: "Mit der Wahl Ludwig Erhards zum Bundeskanzler am 16. Oktober

1963 begann ein neuer Regierungsstil, ich kann das bestätigen. Im Kabinett wurde wieder lang und breit diskutiert, weniger reglementiert. Die Kabinettsvorlagen gaben dem jeweiligen Ressortminister Gelegenheit zu ausführlichen Begründungen. Der Bundeskanzler ließ den anschließenden Erörterungen freien Lauf, es durfte - bei Adenauer undenkbar - sogar gelauscht werden."

So Mende, E., "Vom "Fuchs" über den "Helden" bis zu "Plisch und Plum", in: Welt am Sonntag, 7.4.19 5

- 104 Gaus, G., Zur Person, a.a.O., S. 56
- 105 Altmann, R., Gross, J., Gespräch über Erhard, in: Schröder, G. (Hrsg.), u.a., Ludwig Erhard, a.a.O., S. 28
- 106 Hennis, W., Richtlinienkompetenz und Regierungstechnik, Tübingen 1964, S. 35
- 107 Hennis, W., ebenda S. 35
- 108 Günther, K., a.a.O., S. 140
Vgl. auch zum Stil der Kabinettsberatung Erhards Gespräch mit dem Deutschen Fernsehen (Sendung "Monitor") am 9.9.1966, zit. nach Kü, 12.9.1966, Nr. 154, Anhang I, S. 2
- 109 Gross, J., Lauter Nachworte, a.a.O., S. 61
Die der SPD nahestehende Zeitung "Die Freiheit", Mainz, rechnete ihren Lesern im Sommer 1955 vor, daß Erhard in seiner 21 Monate dauernden Kanzlerschaft bereits 111 Tage Urlaub genommen habe.
Vgl. "Die Freiheit", Mainz 21.7.1965
Fraglos verbrachte der Bundeskanzler einen großen Teil seiner freien Zeit in seinem Haus in Gmund, wo im Ort eigens für ihn ein voll ausgestattetes Büro mit Fernschreiber und Dechiffriermaschinen eingerichtet worden war.
Vgl. Erhards Interview mit H.W. Graf von Finkenstein, in: Die Welt, 20.8.1966.
Dies bestätigte Hohmann dem Verfasser im Gespräch am 31.10.1984
- 110 So Hohmann im Gespräch mit dem Verfasser am 31.10.1984
- 111 Dies führte Hohmann in demselben Gespräch aus.
Vgl. auch Hübker, W., Die "Brigade Erhard" hält zusammen, in: Christ und Welt, 6.3.1964
- 112 Ein gewöhnlicher Arbeitstag Erhards, so wie ihn der dem Bundeskanzler wohlgesonnene amerikanische Journalist Jess Lukomski beschrieb, mag wohl weniger arbeitsintensiv als bei seinem Vorgänger gewesen sein.
Vgl. Lukomski, J., a.a.O., S. 297
Vgl. auch Grüssen, H., Ludwig Erhard ist kein Frühaufsteher, in: BKB, Mannheimer Morgen, 3.2.1965
- 113 Vgl. Lukomski, J., a.a.O., S. 298
- 114 Vgl. Caro, M.K., a.a.O., S. 210 f.
Vgl. auch Gross, J., a.a.O., S. 60
Es gab nur zwei Politiker, mit denen sich Erhard duzte: Franz Etzel und Fritz Schäffer. Dies war jedoch nicht immer der Fall. In Zeiten spürbarer zwischenmenschlicher, sachpolitisch bedingter Spannungen, griff

das "Sie" wieder Platz. Dies erklärte Hohmann dem Verfasser in dem Gespräch am 31.10.1984.

- 115 Caro, M.K., a.a.O., S. 227
Vgl. auch Höpker, W., Die "Brigade Erhard" hält zusammen, a.a.O.
- 116 Gaus, G., Bonn ohne Regierung, a.a.O., S. 55
- 117 Gaus, G., ebenda S. 55
Dies bestätigte Hohmann dem Verfasser im Gespräch am 31.10.1984
- 118 Vgl. Rausch, H., Parlament und Regierung, München 1975, S. 198
- 119 Vgl. Lukomski, J., a.a.O., S. 296
Vgl. auch Gaus, G., Bonn ohne Regierung, a.a.O., S. 55
- 120 Caro, M.K., a.a.O., S. 232
- 121 Caro, M.K., ebenda S. 232
Gerade dieses Faktum unterstrich Hohmann sehr eindringlich im Gespräch mit dem Verfasser am 31.10.1984
- 122 So Westrick, L., zit. in: Caro, M.K., a.a.O., S. 235
- 123 Vgl. S. 79
- 124 Vgl. Lukomski, J., a.a.O., S. 294
- 125 Lukomski, J., ebenda S. 294 f.
In diesem Sinne behauptete Gross: "Er ist in der Tat des Kanzlers erster Minister. Westrick, an Intelligenz, Loyalität und Diskretion Globke sehr ähnlich, administriert und exekutiert die Kanzlerdemokratie nicht kraft eigener, sondern verliehener Macht. Unter Erhard ist in die Verfassung eine neue Position eingerückt, der Premierminister des Kanzlers. Die übrigen Bundesminister haben nicht mehr zu melden als unter Adenauer. Der jetzige Vizekanzler spielt die Nebenrolle weiter, die seine Vorgänger Blücher und Erhard spielten."
Gross, J., a.a.O., S. 73
- 126 Vgl. Gaus., Bonn ohne Regierung, a.a.O., S. 56
- 127 Gaus, G., ebenda S. 57
- 128 Gaus, G., ebenda S. 56
- 129 Gaus, G., ebenda S. 55 f.
- 130 Gaus, G., ebenda S. 55 f.
- 131 So Hohmann in dem Gespräch mit dem Verfasser am 31.10.1984
- 132 So Hohmann, K., ebenda
- 133 Vgl. S. 128
- 134 So Hohmann im Gespräch mit dem Verfasser am 31.10.1984

- 135 So Hohmann, K., ebenda
- 136 So Hohmann, K., ebenda
- 137 Hildebrand, K., a.a.O., S. 119
- 138 Vgl. "Eierköpfe für Erhard?", in: Die Zeit, 22.11.1963
- 139 So Hohmann im Gespräch mit dem Verfasser am 31.10.1984
- 140 So Gerstenmaier, E., Der Mann des deutschen Wunders", in: Die Zeit, 13.5.1977

Anmerkungen zu Teil II

- 1 So Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard in seiner Erklärung aus Anlaß seines Rücktritts, abgedruckt in: FAZ, 30.11.1966
- 2 So Erhard, L., a.a.O.
- 3 So Erhard, L., ebenda
- 4 So Erhard, L., ebenda
- 5 So Erhard, L., ebenda
- 6 So Erhard, L., ebenda
- 7 So Erhard, L., ebenda
- 8 So Erhard, L., ebenda
- 9 Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 231 ff.
Der Autor versucht, neben den Begleitumständen, die zum Sturz Erhards führten, auch die Positiva während der kurzen Kanzlerschaft Erhards herauszuarbeiten und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Erfolge und Leistungen der beiden Regierungen Erhard den Begriff "Ära" durchaus rechtfertigen.
- 10 Die Unionsparteien errangen unter Führung Erhards bei der Bundestagswahl am 17. September 1965 mit 47,6 % der abgegebenen Stimmen ihr bis dato zweitbestes Wahlergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.
Vgl. Hildebrand, K., ebenda S. 150
- 11 Schneider, F., Große Koalition, Ende oder Neubeginn, München 1969, S. 28
- 12 So Erhard, L., zit. in: BKB, Rheinische Post, Düsseldorf, 1.12.1966
- 13 Vgl. Münchner Merkur (dpa), 1.12.1966
- 14 So Krone, H., zit. in: BKB, Rheinische Post, Düsseldorf, a.a.O.
- 15 Schwarz, H.-P., Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, Die Ära Adenauer, Stuttgart 1983, S. 310
- 16 Vgl. Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 310
- 17 Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), a.a.O., S. 243
- 18 So Erhard, L., im Gespräch mit dem Deutschen Fernsehen, 10.3.1967, zit. nach KÜ, 13.3.1967, Nr. 50, Anhang V, S. 3
- 19 In diesem Sinne äußerte sich Hohmann in einem Gespräch mit dem Verfasser am 31.10.1984.
- 20 So Kiesinger in seiner Regierungserklärung vom 13.12.1966, zit. in: Sten.Ber., 5. WP, 80. Sitzung, 13.12.1966, S. 3656

- 21 So Erhard, L., zit. in: von Stackelberg, K.G., a.a.O., S. 44
- 22 Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 178
- 23 Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 178
In einer Denkschrift an die Parteivorsitzenden konkretisierte Heuss Anfang Februar 1959 seine Vorstellung bezüglich einer Grundgesetzänderung, indem er einen Neugestaltungsvorschlag des Artikels 54, Absatz II, GG, seines Sohnes Ludwig Heuss vorlegte.
Hier wörtlich zitiert: "Das Amt des Bundespräsidenten dauert fünf (oder sieben) Jahre. Anschließende Wiederwahl ist nur einmal zulässig, es sei denn, sie erfolgt mit Zweidrittelmehrheit."
- 24 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 178
- 25 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 179
- 26 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 179
- 27 Schwarz, H.-P., ebenda S. 179
- 28 Schwarz, H.-P., ebenda S. 180
- 29 Vgl. Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977) a.a.O., S. 234
- 30 Vgl. Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 180
- 31 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 180 f.
- 32 Schwarz, H.-P., ebenda S. 181
Hohmann nennt weitere Aspekte, die Erhard letztendlich dazu veranlaßten, die Kandidatur nicht anzunehmen. Hier wörtlich zitiert: "Damit kam er nicht nur einem Wunsch seiner Frau nach, sondern auch dem der weitaus stärksten Teile der Union und der Bevölkerung."
Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), a.a.O., S. 234
Erhard selbst, der im Gespräch mit Karl-Georg von Stackelberg energisch bestritt, Adenauer eine endgültige, verbindliche Zusage für seine Kandidatur gegeben zu haben, (vgl. von Stackelberg, a.a.O., S. 44), begründete kurz vor seiner Wahl zum Bundeskanzler seinen damaligen Verzicht folgendermaßen: "Ich wollte in der aktiven Politik bleiben. Das war mein Anliegen. Daher komm ich schon seit dem Jahre 1945. Und ich glaube, das ist der Auftrag, den ich habe. Und es war auch der Respekt vor dem hohen Amt des Bundespräsidenten, daß ich meinte, es sollte niemand dieses Amt übernehmen, der sich nicht aus innerster Neigung und aus innerster Überzeugung dazu berufen fühlte."
So Erhard im Gespräch mit Peter von Zahl im Deutschen Fernsehen, 16.10.1963, zit. nach KÜ, 16.10.1963, Nr. 226, Anhang I, S. 1
- 33 Vgl. Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), ebenda S. 234
- 34 Vgl. Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 181
- 35 Schwarz, H.-P., ebenda S. 182 f.
- 36 Günther, K., a.a.O., S. 179, Anm. 406.
Hier wörtlich zitiert: "Angesichts der Bedeutung, die Adenauer der Europapolitik zumaß, zeigte sich sein in Etzel gesetztes Vertrauen

darin, daß er für ihn 1957 die Schaffung eines Europaministeriums vorseh. Etzel gab in Erwartung der Übernahme dieses Amtes seine Position als Vizepräsident auf und mußte mit dem Finanzministerium vorliebnehmen, als der Gedanke, ein Europaministerium zu schaffen, scheiterte. (Diese Informationen beruhen auf einem Brief Etzels an den Verf. vom 16.2.1968).

Etzel erfuhr am Tage des Bekanntwerdens der Präsidentschaftskandidatur Adenauers telefonisch durch Staatssekretär Globke, daß Adenauer an ihn als Nachfolger denke. Später fragte Adenauer Etzel dann förmlich, ob er Kanzler werden wollte (So Etzel in angegebenem Brief an den Ver.)."

- 37 Vgl. Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 183
- 38 Schwarz, H.-P., ebenda S. 183
- 39 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 181 f.
In diesem Zusammenhang erwähnt Schwarz die Reise, die Carlo Schmid zusammen mit Fritz Erler in dieser Zeit nach Moskau unternahm, auf der es zu einem längeren Gespräch mit Chruschtschow kam, sowie Carlo Schmid's Vorschlag für die Akzeptierung der Zwei-Staaten-Doktrin.
- 40 Westrick, L., Adenauer und Erhard, a.a.O., S. 175
- 41 Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 184
- 42 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 185 f.
Gerstenmaier, der an der Sitzung am 6. April 1959 nicht teilgenommen hatte, erkannte, daß Adenauers Überlegungen noch nicht ausgereift waren und drängte deshalb auf eine rasche Entscheidung. Er bat Adenauer deshalb in einer Gesprächspause, vorläufig nicht wieder vor dem Gremium zu erscheinen, in der Absicht, eine Personaldiskussion zu entfachen, die auch prompt geführt wurde.
- 43 Schwarz, H.-P., ebenda S. 186
- 44 Schwarz, H.-P., ebenda S. 187
- 45 Schwarz, H.-P., ebenda S. 183
- 46 Schwarz, H.-P., ebenda S. 187
- 47 So Krone, H., zit. in: Schwarz, H.-P., ebenda S. 183
- 48 Ende Mai 1959 lautete das Stimmenverhältnis in der CDU/CSU-Fraktion etwa: 120 - 150 Erhard-Anhänger, knapp 100 Etzel-Anhänger.
Vgl. Domes, J., Mehrheitsfraktion und Bundesregierung, Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer, Köln - Opladen 1964, S. 116
- 49 So Adenauer, K. in einem Brief vom 19.5.1959 an Krone; abgedruckt in: Erinnerungen II, Stuttgart 1967, S. 530
- 50 So Adenauer, K., a.a.O., S. 530
- 51 So Adenauers Staatssekretär Hans Globke in einem Brief an Krone, zit. in: Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 188

- 52 Westrick, L., Adenauer und Erhard, a.a.O., S. 176
- 53 Vgl. Adenauer, K., Erinnerungen II, a.a.O., S. 541
- 54 Vgl. Günther, K., a.a.O., S. 173
- 55 Vgl. Günther, K., ebenda S. 176
- 56 So Erhard in einer Sendung der CBS ("Face of the Nation"), 7.6.1959, zit. in: New York Times (Intern. Ed.), 9.6.1959
- 57 Vgl. dazu die Resolution der CDU/CSU Bundestagsfraktion vom 10.6.1959; zit. in: BKA, NZZ, 12.6.1959
- 58 Vgl. den Wortlaut des Interviews mit Flora Lewis (New York Times) in der durch das Bundespresse- und Informationsamt am 19.6.1959 bekanntgegebenen Fassung, zit. in: BKA, SZ, 20.6.1959
- 59 Vgl. den Wortlaut beider Adenauer-Briefe vom 22.6.1959 und 23.6.1959 sowie die Antwort Erhards vom 23.6.1959 in: Die Welt, 24.6.1959
- 60 Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 192
- 61 Schwarz, H.-P., ebenda S. 180
- 62 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 180
- 63 Gross, J., Lauter Nachworte, a.a.O., S. 57
- 64 Baring, A., Machtwechsel, a.a.O., S. 30
- 65 In diesem Sinne äußerte sich der damalige CSU-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Sprecher der CSU-Landesgruppe in Bonn, Josef Bauer, der dem Verfasser gegenüber am 22.12.1984 in einem Gespräch erklärte: "Die Fraktion hat Erhard geliebt."
- 66 Baring, A., a.a.O., S. 30
- 67 Gross, J., Lauter Nachworte, a.a.O., S. 57
Während der Kohlenkrise im Herbst 1959 griff Adenauer Erhard scharf an. Als am 26. September 1959 mehr als 50.000 Bergarbeiter einen schweigenden Protestmarsch auf die Bundeshauptstadt veranstalteten, forderte Adenauer im Gegensatz zu Erhard Protektionen für die Bergarbeiter und erreichte dies, indem er im Bundestag ein Gesetz durchsetzte, das Heizöle mit hohen Steuern belegte, die allerdings für die Modernisierung der Bergwerke und Umschulungsmaßnahmen für arbeitslose Bergarbeiter zurückgestellt wurden.
Vgl. Lukonski, J., a.a.O., S. 226 f.
Anfang 1960 gefährdete die neue Hochkonjunktur Preisstabilität und Zahlungsbilanz. Erhard empfahl zur Überwindung der Schwierigkeiten eine Aufwertung, die von Adenauer entschieden abgelehnt wurde. Hermann Josef Abs, der Vorsitzende des Vorstandes der Deutschen Bank und der Präsident der Deutschen Bundesbank Karl Blessing pflichteten Adenauer bei. Deutsche und ausländische Wirtschaftswissenschaftler vertraten Erhards Ansicht, der auf einer Aufwertung der D-Mark oder zumindest auf gegeninflationistischen Maßnahmen bestand, die einen vergleichbaren Effekt gehabt haben würden. Unterstützt wurde Erhard von Franz Etzel in den

Forderungen für eine zusätzliche Körperschaftsteuer sowie ein größeres Entwicklungshilfeprogramm. Adenauer sandte daraufhin eine Abschrift des Erhard'schen Briefes an den BDI-Präsidenten Fritz Berg mit der Bitte, sie der Industrie vorzulegen. Die Verhandlungen hinter dem Rücken Erhards und Etzels führten am 9. September 1960 dazu, daß die deutsche Industrie 370 Millionen Dollar zur Finanzierung der Entwicklungshilfe bereitstellte.

Vgl. Lukomski, ebenda S. 227 ff.

Als Truppen der DDR auf Weisung Walter Ulbrichts am 8. September 1960 damit begannen, den freien Zugang nach West-Berlin zu erschweren, forderte Adenauer als Sanktion die Aufhebung des Interzonenhandels. Erhard und die Mehrheit des Kabinetts rieten ab und schlugen Verhandlungen vor. Unmittelbar danach reiste Erhard zu der Jahresversammlung der Gouverneure der Weltbank und zu Staatsbesuchen nach Teheran und Kabul. Während Erhards Abwesenheit versuchte Adenauer seine Pläne in die Tat umzusetzen. Als ihn Erhard bei seiner Zwischenlandung auf dem Weg nach Kabul von Frankfurt aus anrief, erklärte ihm dieser, daß ein endgültiger Beschluß noch nicht gefaßt sei. Unmittelbar nach dem Abflug Erhards kündigte Adenauer dann das Interzonenhandelsabkommen mit Wirkung zum Jahresende.

Vgl. Lukomski, ebenda S. 231 f.

Als Anfang 1961 der Versuch des Bundesbankpräsidenten Karl Blessing, die Hochkonjunktur mittels verteuerten Geldes einzudämmen, nicht gefruchtet hatte, sah Erhard, daß eine Aufwertung der D-Mark unausweichlich wurde. "Adenauer", so Karl Hohmann, "versuchte, die Pläne des Wirtschaftsministers zu durchkreuzen. Aber als die Front der Befürworter der Aufwertung nach Erhard sowohl den Präsidenten der Bundesbank als auch den Bundesfinanzminister einschloß, mußte Adenauer zustimmen. Erhard konnte Anfang März 1961 eine fünfprozentige Aufwertung der D-Mark verkünden. Diese Aufwertung, vordergründig gesehen ein währungstechnischer Vorgang, münzte sich innenpolitisch als Sieg Erhards aus und trug zur Schaffung der inneren und äußeren Stabilität bei. Im Ausland wertete man die deutschen Maßnahmen als Zeichen internationaler Kooperationsbereitschaft."

Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), a.a.O., S. 235

68 Vgl. Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 216

69 So Adenauer, K. auf der Pressekonferenz vom 15.9.1961, zit. in: BKB, Die Welt, 16.9.1961

70 Vgl. Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 219

71 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 219

72 Vgl. Günther, K., a.a.O., S. 182

Der Autor stellte in diesem Zusammenhang einen Vergleich mit dem amerikanischen Wahlkampf an, in dem verfassungsgemäß der Präsidentschaftskandidat einer Partei mit dem Vizepräsidentschaftskandidaten zusammen kandidiert.

Vgl. auch Böhm, A., Überflüssige Sorgen. Es gibt keine Kronprinzen-Frage, in: Die Politische Meinung, Febr. 1961, Heft 57, S. 5

73 Vgl. Günther, K., ebenda S. 67 f

Von Stackelberg, K.-G., a.a.O., S. 39

Der Autor führt bezüglich der Umfrageergebnisse aus, daß Erhard vor und unmittelbar nach den Bundestagswahlen 1961 in der öffentlichen Gunst

weit vor Adenauer lag. "Seit 1961 zeigte sich dann die Abwendung der deutschen Öffentlichkeit von Adenauer zu Erhard immer deutlicher".

- 74 Vgl. Lukowski, J., a.a.O., S. 234
- 75 Die CDU/CSU erreichte 45,3 % der Stimmen und 242 Mandate, die SPD 36,2 % und 190 Mandate, die FDP 12,8 % und 67 Mandate. Alle anderen Parteien blieben unter der 5 % Klausel.
Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 406
- 76 Schwarz, H.-P., ebenda S. 225
- 77 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 225
- 78 Schwarz, H.-P., ebenda S. 227
- 79 Schwarz, H.-P., ebenda S. 228
- 80 So erklärte Strauß, die CSU erkenne "die geschichtliche Leistung des heutigen Bundeskanzlers in vollem Umfange an", und fuhr, auf die Frage der Kanzlernachfolge eingehend fort: "Es gibt eine Reihe von Persönlichkeiten; die Entscheidung der CSU aber ist gefallen: wir haben uns für Dr. Erhard entschieden".
So Strauß, F. J., zit. in: Schwarz, H.-P., ebenda S. 228
Strauß dachte wohl damals an eine auf zwölf Monate befristete Kanzlerschaft Adenauers bei gleichzeitiger Designation Erhards.
Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 228 und S. 232
Die Verlautbarung von Franz Josef Strauß in der Nacht zum 18. September 1961 überraschte nicht, weil sich die CSU und ihre führenden Repräsentanten bereits im Wahlkampf offen für Ludwig Erhard ausgesprochen hatten, ohne sich allerdings auf einen Termin festgelegt zu haben.
Vgl. die Ausführungen von Strauß im Bayer. Rundfunk ("Parteien zur Wahl"), 13.9.1961, zit. nach KÜ, 14.9.1961, Nr. 193, Anhang I, S. 1
- 81 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 228
- 82 So Adenauer, K., zit. in: Schwarz, H.-P., ebenda S. 228 f.
- 83 So Adenauer, K., in der Sitzung des Bundesparteivorstandes der CDU am 19.9.1961, zit. in: Schwarz, H.-P., ebenda S. 229
- 84 Vgl. BKB, Die Welt, 20.9.1961
- 85 Vgl. ebenda
Die FDP wollte sogar für den Fall, daß Erhard bei einem zweiten Wahlgang nicht von Seiten der Union vorgeschlagen würde, diesen selbst nominieren.
Vgl. Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 230
- 86 BKB, SZ, 25.9.1961
- 87 Vgl. Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 231
- 88 Schwarz, H.-P., ebenda S. 231 f
- 89 Vgl. Gross, J., Lauter Nachworte, a.a.O., S. 57

- 90 Vgl. Günther, K., a.a.O., S. 72
- 91 Vgl. Günther, K., ebenda S. 72
- 92 FAZ, 27.10.1966
- 93 Adenauer schrieb aus gegebenem Anlaß an Heinrich Krone und Erich Mende einen gleichlautenden Brief "in dem er so rechtzeitig zurückzutreten versprach, daß sich ein Nachfolger einarbeiten und den nächsten Bundestagswahlkampf führen könne".
Günther, K., a.a.O., S. 100
- 94 Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 236
Eine weitere Version um diese Vorgänge besagt, daß Erhard in einem Gespräch am 6. November 1961 mit Adenauer den Eindruck gewann, es werde kein Entwicklungshilfeministerium errichtet und deshalb im Kabinett verblieb. Am folgenden Tag verkündete jedoch die FDP, daß in Übereinstimmung mit Adenauer ein solches Ministerium geschaffen werde.
Vgl. BKB, Die Welt, 7.11.1961
Vgl. auch BKB, NZZ, 8.11.1961
- 95 Schwarz, H.-P., ebenda S. 236
- 96 Gross, J., Lauter Nachworte, a.a.O., S. 57
- 97 Vgl. Gaus, G., in SZ, 15.11.1961
Gaus interpretierte die Ernennung Krones als einen Versuch Adenauers, ein Gegengewicht zu Erhard zu schaffen.
- 98 In diesem Sinne äußerte sich Hohmann in einem Gespräch mit dem Verfasser am 31.10.1984.
- 99 Gross, J., Lauter Nachworte, a.a.O., S. 57
So ist wohl auch das Verhalten Erhards an seinem 65. Geburtstag zu interpretieren. Auf eine ausdrückliche Bitte von Staatssekretär Westrick besuchte Adenauer, was ganz ungewöhnlich war, Erhard im Bundeswirtschaftsministerium und hielt vor versammelter Belegschaft eine große Anerkennungsrede auf den Bundeswirtschaftsminister.
So Westrick in einem Brief vom 3. Dezember 1977 an den Verfasser.
Erhard, der wegen seiner Behandlung durch Adenauer während der Koalitionsverhandlungen noch verstimmt war, sagte darauf in seiner Erwiderung: "Wir haben uns oft gestritten, doch was darüber in der Öffentlichkeit geschrieben wurde, trifft den Kern der Sache nicht. Sie, Herr Bundeskanzler, können sich auch in Zukunft auf mich verlassen".
So Erhard, L., zit. in: BKB, Die Welt, 6.2.1962
- 100 In einem Interview mit dem Deutschen Fernsehen erklärte Adenauer beispielsweise am 8. Juli 1961, er werde dann zurücktreten, "wenn innenpolitische und außenpolitische Sachen" als in etwa abgeschlossen gelten können.
Vgl. Deutsches Fernsehen ("Anno 1962 - Filmberichte zu den Nachrichten von gestern und heute"), 8.7.1962, zit. nach Kü, 9.7.1962, Nr. 153, Anhang 7, S. 1
Mitte Dezember äußerte Adenauer gegenüber einem amerikanischen Journalisten, das Datum seines Rücktritts stehe noch nicht fest, da die Nach-

folgefrage noch nicht geregelt sei.

Vgl. das Interview Adenauers mit Schorr, D., zit. nach Gruson, S., in: New York Times (Intern. Ed.), 17.12.1962; dieses Interview stand in krassem Gegensatz zu Adenauers Erklärung vom 6.12.1962, in der er die Fraktion autorisiert hatte, seine Rücktrittsbereitschaft für Oktober 1963 zu verkünden.

Vgl. S. 55

- 101 Rudolf Augstein, der Spiegel-Herausgeber, gehörte zu den Leuten, die Strauß, der als begabteste Nachwuchshoffnung der Union galt, auf seinem, wie Augstein meinte, unaufhaltsamen Marsch in Richtung Kanzlerschaft zu stoppen versuchten. Aus diesem Grunde begann der Spiegel bereits drei Wochen, nachdem Strauß von seinem verstorbenen Amtsvorgänger Hanns Seidel den CSU-Vorsitz übernommen hatte, eine gnadenlose Pressekampagne gegen den Bundesverteidigungsminister, die bis in den Herbst 1962 andauerte. In einem außergewöhnlich massiven fünfzehnteiligen Artikel in der Ausgabe vom 15.4.1962 konkretisierte Augstein seine Befürchtungen gegen Strauß, den er als eine Gefahr für die Demokratie und als ein Friedensrisiko porträtierte. Strauß strängte daraufhin einen Privatprozeß gegen den "Spiegel" an, den er in erster Instanz gewann; ein Revisionsverfahren brachte allerdings nur noch einen Teilerfolg. Als der "Spiegel" Strauß' Namen mit einer fragwürdigen Finanzierungshilfe von Kasernenbauten für die amerikanische 7. Armee in Zusammenhang brachte, beschränkte dieser wiederum den Klageweg. Der "Spiegel" widerrief in aller Form, die SPD-Opposition verlangte jedoch die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, die die sogenannte FIBAG-Affäre prüfen sollte. Der Ausschuß gelangte zu der Auffassung, daß Strauß keine Vorteilsgewährung nachzuweisen war. Als sich jedoch die FDP entschloß, diesen Bericht, der Strauß entlastete, zurückzuweisen, und mit diesem Ansinnen beim Hammelsprung im Plenum mit einer Stimme Vorsprung Erfolg hatte, war das bis dahin relativ gute Verhältnis von Strauß zur FDP irreparabel zerbrochen. Adenauer, der zu dieser Zeit kein besonders gutes Verhältnis zu Erhard und Schröder hatte, überlegte sehr intensiv, ob er unter diesen Umständen Strauß noch im Kabinett halten sollte, entschloß sich aber letztendlich doch für eine weitere Zusammenarbeit. Das auslösende Moment zur sogenannten "Spiegel-Affäre" war ein Artikel in der Spiegelausgabe vom 10. Oktober 1962 mit dem Titel "Bedingt abwehrbereit". In diesem Artikel wurden die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr und das Führungsgeschick des Bundesverteidigungsministers in Frage gestellt. Die Kritiker dieses Berichts wiesen darauf hin, daß durch die Veröffentlichung geheimster Informationen der Bundesrepublik Schaden entstanden sei. Adenauer und Strauß ordneten an, die federführenden Autoren Rudolf Augstein und Conrad Ahlers verhaften zu lassen. Franz Josef Strauß, der in den Fragestunden des Deutschen Bundestages am 7. und 8. November 1962 die eigene Rolle bei der Verhaftung von Ahlers verschwieg, mußte schließlich als Bundesverteidigungsminister demissionieren. Am 19.11.1962 erklärten die FDP-Minister wegen der "Spiegel-Affäre" ihren Rücktritt; die bürgerliche Koalition war zerbrochen.
- In der bayerischen Landtagswahl am 25. November 1962 verbuchte Strauß einen großen Wahlerfolg, weil die bayerischen Wähler sich mit dem von "preußischen" Intellektuellen so scharf Angegriffenen solidarisierten. Mit dieser starken Hausmacht im Rücken zeigte Strauß vorerst wenig Neigung, von seinem Ministerposten zurückzutreten. Als führende CDU-Minister wie Lücke, Krone, Wuermeling und von Merkatz erkennen ließen, nicht mehr ins Kabinett zurückzukehren, dem Strauß angehörte, erklärte dieser am 30. November 1962, auf einen Posten im neuen Kabinett Adenau-

er zu verzichten.

Vgl. Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 263 ff.

- 102 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 273
Dieser Vorgang muß neben sachpolitischen Gründen auch unter dem Aspekt gesehen werden, daß Erhard und seine Anhänger in der Union eine schwarz-rote Koalition strikt ablehnten. Hohmann, einer der engsten Mitarbeiter Erhards, bestätigte dies dem Verfasser in einem Gespräch am 31.10.1984.
Hildebrand bezeichnet Ludwig Erhard sogar als den Repräsentanten der Kleinen Koalition par excellence.
Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 233
- 103 Schwarz, H.-P., ebenda S. 273
- 104 Schwarz, H.-P., ebenda S. 273
- 105 Schwarz, H.-P., ebenda S. 274
- 106 Schwarz, H.-P., ebenda S. 275
- 107 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 275
- 108 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 275
- 109 Schwarz, H.-P., ebenda S. 281
Vgl. auch: Grosser, A., Seifert, J., Die Spiegellaffäre I (Die Staatsmacht und ihre Kontrolle), Olten 1966, S. 278
- 110 Krone schrieb am 14. Dezember 1962 in einem Weihnachtsbrief an Guttenberg: "Ich war skeptisch oder sagen wir skeptischer als Sie und war mir im klaren, daß der große Gedanke, den Sie schon seit Monaten und später dann auch unser Freund Lücke aufgegriffen hatten, nicht zum Ziel kommen würde. Ich war mir im klaren darüber, als ich sah, wer alles im Wege stand. Ich brauche die Namen ja nicht zu nennen. Das alles mindert nicht die Größe der Konzeption. Sie haben mit unserem Freund Lücke zusammen Brücken geschlagen, Männer bisher konträrer Gesinnung zusammengeführt und die Erkenntnis von der Notwendigkeit lebendig gemacht, daß das Ganze mehr ist als die Teile ...".
So Krone, H., zit. in: Schwarz, H.-P., ebenda S. 286
- 111 Guttenberg kam nach den gescheiterten Verhandlungen in größte Schwierigkeiten, da Strauß gegen ihn ein Schiedsgerichtsverfahren durchgesetzt hatte, aus dem Guttenberg nur dadurch glimpflich herauskam, weil er eine Bestätigung Adenauers vorlegen konnte, die belegte, daß er im Auftrag des Bundeskanzlers gehandelt hatte.
Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 284
- 112 Heinrich von Brentano teilte dies der CDU/CSU-Fraktion am 7.12.1962 mit.
Vgl. BKB, SZ, 8./9.12.1962
- 113 Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 282
- 114 Schwarz, H.-P., ebenda S. 282
- 115 Günther, K., a.a.O., S. 165

Hier wörtlich zitiert:

"Da die Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition scheiterten, gingen aus der Spiegelkrise diejenigen Kräfte der CDU/CSU gestärkt hervor, die einer Koalition mit der SPD skeptisch oder ablehnend gegenüberstanden. Die Neubildung einer Kleinen Koalition mit der FDP war insbesondere ein Sieg des einseitig der FDP zugewandten Erhard".

116 Vgl. Westrick, L., Adenauer und Erhard, a.a.O., S. 173

117 Westrick, L., ebenda S. 173

118 Auf einer Pressekonferenz am 7. Mai 1962 in Berlin unterschied Adenauer zwischen einem britischen Anschluß an die Wirtschaftsgemeinschaft und einer Beteiligung an einer geplanten politischen Union. Das erstere befürwortete er, das letztere lehnte er ab.
Vgl. Berliner KB, Die Welt, 8.5.1962.
Diese Auffassung bekräftigte er im August 1962 auf einer Fernseh-Presse-Konferenz.
Vgl. Deutsches Fernsehen (Fernseh-Pressekonferenz), 28.8.1962, zit. nach KU, 29.8.1962, Nr. 195, Anhang I, S. 7
Kurze Zeit später meldete Adenauer auch Zweifel gegenüber Großbritanniens Beitritt zur wirtschaftlichen Union an.
"Ich bin nicht dazu da, die Interessen Englands zu vertreten, ich bin dazu da, die Interessen Deutschlands zu vertreten".
So Adenauer, L. in seiner Regierungserklärung vom 9.10.1962 vor dem Deutschen Bundestag, Sten.Ber., 4.WP, 40. Sitzung, 11.10.1962, S. 1688

119 Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 292
Schröder, der eine berechenbare, pragmatische Außenpolitik befürwortete, verwendete den Terminus "praktische Mittellinie" in seiner Rede im Bundestag am 27.6.1962.
Sten.Ber., 4. WP, 36. Sitzung, 26.6.1962, S. 1491
Als Adenauer auf einer Fraktionssitzung im August 1962 wirtschaftliche und politische Einwände gegen einen Beitritt Großbritanniens geltend machte, stieß er auf erbitterten Widerstand mehrerer Fraktionsvorsandsmitglieder.
Vgl. BKB, Die Welt, 22.8.1962
So sprach sich Schröder Anfang September 1962 unmißverständlich für einen Beitritt Großbritanniens sowohl zur Wirtschaftsgemeinschaft als auch zur politischen Union aus.
Vgl. Schröders Interview mit Seeburg, A. in: Sonntagsblatt, 2.9.1962

120 Schwarz, H.-P., ebenda S. 292

121 Schwarz, H.-P., ebenda S. 293
Am Abend des 30. Januar 1963 sprach Ludwig Erhard in der Tagesschau von einer schwarzen Stunde Europas und sagte, es bedürfe "um aus den Trümmern wieder ein neues Gebilde zum Leben zu erwecken, des entschlossenen Einsatzes".
So Erhard, L. zit. in: Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), a.a.O., S. 231

122 Bezüglich der atlantischen Gemeinschaft führte Erhard aus:
"Nach meiner Überzeugung kann von einem verantwortlichen Politiker in Deutschland überhaupt keine andere Politik getrieben werden. Es geht mir um die Ausdehnung des ganzen freien Europa und um die Sicherung

engster Verbindungen mit der atlantischen Gemeinschaft - über alle Lebensbereiche der Menschen und Völker hinweg".

Auf die europäische Zukunft hin angesprochen, antwortete Erhard:

"Für Deutschland ist die Frage klar zu beantworten. Das ganze Volk will über alle Parteien, über alle Gruppen und Interessenlager hinweg, die Aussöhnung und Verständigung mit Großbritannien als den Beginn einer gesamteuropäischen Lösung. Und das ist noch nicht einmal das Ende, das reicht bis in die atlantischen Bereiche, bis in das atlantische Bündnis herein".

Zur Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrages merkte Erhard an:

"Zunächst möchte ich sagen, daß im deutschen Volk und vor allem im Bundestag Einmütigkeit besteht in der Beurteilung der Haltung Frankreichs und des nach wie vor lebendigen Wunsches, den Beitritt Großbritanniens schließlich doch zu erreichen. Andererseits glaube ich, daß in der Frage der Behandlung der Ratifizierung Differenzierungen auftreten können - das ist evident. Um aber gleich einer Dolchstoßlegende vorzubeugen, möchte ich betonen, daß eine pflegliche Behandlung der Ratifizierung des Vertrags auf keinen Fall umgefälscht werden darf in eine feindselige Haltung gegenüber Frankreich. Das hat überhaupt nichts miteinander zu tun. Ich habe indessen den Eindruck, daß der Vertrag auf Wunsch der Fraktionen noch einmal gründlich auf alle politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aspekte und Konsequenzen hin wird überprüft werden müssen. Bitte, mißverstehen Sie mich nicht, Herr Kempski. Nichts liegt mir ferner, als die Diskussion um die Ratifizierung dieses Vertrags als Druckmittel benutzen zu wollen. Das ist gewiß nicht der Stil meiner Politik. Es würde auch sinnlos sein. Es handelt sich allein darum, den Vertrag sorgfältig zu prüfen und ihn zeitlich so einzubauen, daß eben nach Wiederherstellung einer völligen Klarheit innerhalb des ganzen Europa und Amerika dieser Schritt von Verdächtigungen und weiteren falschen Vorstellungen befreit sein wird".

Erhard forderte weiter einen Wandel des innenpolitischen Stils:

"Ich möchte wegkommen von dem Kästchen-Denken, daß jedes Ressort ein Leben in sich selbst hat. Ich möchte die innere deutsche Politik - und sie bestimmt ja unseren Alltag - begriffen wissen aus einer Zusammenschau".

Erhard schloß mit den Worten, daß er bereit sei, das Kanzleramt zu übernehmen: "Ich wäre bereit, einem Ruf als Bundeskanzler zu folgen, wenn meine Partei und der Bundestag dies beschließen. Nicht erst seit heute sollte dabei allerdings klar sein, daß ich weder aus persönlichem Übermut, noch aus kleinlichen Ressentiments heraus zu handeln bereit wäre. Dies ist ja auch der Grund, warum die so oft von Freunden an mich herangetragene Forderung nach einem demonstrativen Rücktritt oder auch nach einer harten Sprache mir aus politischer Verantwortung nie ausgereicht hat, um Entscheidungen zu treffen.

In dieser Frage, die hier zur Diskussion steht, geht es nicht um eine Person, am wenigsten um meine Person. Es geht hier um die sachlichen Fragen deutscher Politik. Ich werde es nicht an Deutlichkeit fehlen lassen, um meinen Standpunkt in der Sache zu vertreten".

So Erhard, L. im Gespräch mit Kempski, U., Wir wollen nicht auf zwei Schultern tragen, zit. in: SZ, 5.2.1963.

- 123 In der CDU/CSU fand Erhards energischer publizistischer Auftritt Zustimmung, verband sich jedoch mit der Enttäuschung darüber, daß Erhard seine Auffassungen nicht kraftvoll vor dem Parlament und vor der Fraktion vertreten hatte.

Vgl. Tenn, J., Innenpolitische Konsequenzen, in: FAZ, 15.2.1963.

- 124 Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 295
- 125 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 295
Wie ernst die Verstimmung zwischen Adenauer und Erhard war, zeigte ein Brief Adenauers vom 26.2.1963 an Erhard, in dem dieser seinem Wirtschaftsminister vorwarf, bei Besprechungen in Brüssel am 25.2.1963 seine Kompetenzen überschritten zu haben. In diesem Zusammenhang wies Adenauer unmißverständlich darauf hin, daß der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimme. Erhard erwiderte am 27.2.1963 in einem Antwortschreiben, daß die von ihm in Brüssel dargelegte positive Einstellung zum Beitritt Großbritanniens zur EWG im Einklang mit den Zusicherungen stand, die in den vergangenen Jahren in den Regierungserklärungen abgegeben worden waren.
Beide Briefe sind abgedruckt in: FAZ, 5.3.1963
Vgl. auch Westrick, L., Adenauer und Erhard, a.a.O., S. 173
- 126 Schwarz, H.-P., ebenda S. 295
- 127 Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), a.a.O., S. 230 f.
Zu den Begriffen "Atlantiker" und "Gaullisten" vgl. S.200 Anm. 269
- 128 Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 293
- 129 Vgl. Günther, K., a.a.O., S. 121 ff.
Erhard stimmte ebenfalls wie z.B. von Hassel, vor allem nach der Unterzeichnung des Atomteststopabkommens, der pragmatischen und amerikaorientierten und osteuropäisch aufgeschlossenen Außenpolitik Schröders zu, zeigte sich aber bezüglich der amerikanischen Initiativen zur Entspannungspolitik eher bedeckt. Hinsichtlich der Frage der Anerkennung der DDR, die im Zusammenhang mit dem Atomteststopabkommen diskutiert wurde, plädierten vor allem Barzel, Heck, Lücke, Stücklen, Niederaidt, Krone, von Brentano, Strauß und allen voran Adenauer für einen harten Kurs. Erhard hielt sich aus dieser Diskussion heraus.
Vgl. auch Schwarz, H.-P., ebenda S. 302 ff.
- 130 Vgl. Der Spiegel, Nr. 16, 17.4.1963, S. 18
In diesem Zusammenhang merkte Adenauer an, er werde Erhard noch "auf Null bringen".
- 131 Vgl. Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 308
- 132 Schwarz, H.-P., ebenda S. 308
Vgl. auch Günther, K., a.a.O., S. 110 f.
- 133 Vgl. Günther, K., ebenda S. 115 f.
- 134 Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 310
Einer der wenigen, die öffentlich Front gegen Ludwig Erhard machten, war: der Abgeordnete Erich Peter Neumann, der im Oktober 1962 von Erhard einen Verzicht auf die Kanzlerkandidatur erwartete, weil dieser allein "die geistige Kapazität, die Kraft, den Mut und den Optimismus mitbringe, die zur Sicherung des ökonomischen Bereiches wichtig sei". Er empfahl Erhard für 1964 als Bundespräsidenten.
Neumann, E.P., Der dritte Bundespräsident. Ein Konzept, in: Die Politische Meinung, Oktober 1962, Heft 77, S. 18
- 135 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 310

- 136 Gross, J., Lauter Nachworte, a.a.O., S. 52 f.
Krone, Lücke und von Brentano gingen wohl davon aus, daß das "unvermeidliche Experiment" mit Erhard früher oder später zum Scheitern verurteilt war, um dann neue personal- und koalitionspolitische Perspektiven zu eröffnen.
Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 311
- 137 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 311
Erhards Verhältnis zu den Vertretern der Agrarinteressen galt als belastet. Daß diese letztendlich doch für Erhard votierten, lag wohl daran, daß dieser ihnen in einem Gespräch am 19. März 1963 Zusicherungen hinsichtlich des agrarpolitischen Kurses machte, "den er beim Übergang der EWG vom Kontingentierungs- zum Abschöpfungs-system einzuschlagen gedachte".
Günther, K., a.a.O., S. 170
- 138 Am 17.2.1963 hatte Willy Brandt 61,9 % der Stimmen gewonnen (gegenüber 52,6 % vier Jahre zuvor). Die CDU sackte von 37,7 % auf 28,8 % ab.
Schwarz, H.-P., ebenda S. 312 f.
- 139 So der Beschluß der CDU/CSU-Fraktion vom 5.3.1963, zit. in: Schwarz, H.-P., ebenda S. 313
- 140 Die CDU erreichte 44,4 % der Stimmen und verlor die absolute Mehrheit.
Schwarz, H.-P., ebenda S. 409.
Der unbefriedigende Wahlausgang wurde auch im Zusammenhang mit Adenauers Weigerung, aus dem Amt auszusteigen, gedeutet.
Vgl. Günther, K., a.a.O., S. 101
- 141 So Adenauer, K. zit. nach einem Interview-Bericht vom H.-W. Graf von Finkenstein, in: Die Welt, 6.4.1963
- 142 Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 314
- 143 Vgl. Süsterhenn, A., Um die Nachfolge Adenauers, Wahl des neuen Kanzlers nach demoskopischen oder nach politischen Maßstäben, in: Rheinischer Merkur, 22.2.1963.
In einem Brief an von Brentano schlug Süsterhenn vor, neben Erhard auch Schröder als Kandidaten vorzuschlagen.
Vgl. Günther, K., a.a.O., S. 155, Anm. 309
In diesem Sinn versuchte auch Adenauer - ermuntert von Will Rasner - zu taktieren.
Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 314
- 144 Schwarz, H.-P., ebenda S. 314
- 145 Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 315
- 146 Dies erklärte Hohmann dem Verfasser im Gespräch am 31.10.1984.
- 147 Vgl. Günther, K., a.a.O., S. 23
- 148 So Adenauer, L., zit. in Schwarz, H.-P., a.a.O., S. 316
- 149 Die CDU steigerte am 19.5.1963 ihren Stimmenanteil in Niedersachsen um über 7 % auf insgesamt 37,7 %
Vgl. Schwarz, H.-P., ebenda S. 316 und S. 409

- 150 Vgl. Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), a.a.O., S. 235
- 151 Vgl. vor allem Günther, K., a.a.O., S. 158 f.
In dieser Hinsicht überdeckten die Erwartungen vieler Abgeordneter der Unionsparteien, einen "großzügigen" und zukunftsorientierten Kanzler (so der Abgeordnete Ernst Müller-Hermann, Vor der Ära Erhard , in: Politisch-Soziale-Korrespondenz, 15.7.1963, Nr. 14, S. 3) im Amt zu sehen, eben deren Befürchtungen über Erhards mangelnde Führungskraft. Die Tatsache, in Erhard ebenfalls eine zugkräftige Wahllokomotive für die nächsten Bundestagswahlen zu besitzen, die ihnen ihr Mandat und somit gleichsam ihre politische Existenz zu erhalten versprach, darf als weiteres Argument für die überwältigende Unterstützung Erhards gelten, obwohl, wie es Johannes Gross wohl überspitzt ausdrückt, "keiner der maßgebenden Männer der Partei Erhards, niemand unter seinen Gegnern, niemand unter seinen Freunden, die seine Kandidatur betreiben, ... an die Eignung Erhards zum Bundeskanzler glaubt." Vgl. Gross, J., Lauter Nachworte, a.a.O., S. 49
- 152 Günther, K., ebenda S. 198
- 153 Vgl. Strauß, F.J., Der neue Bundeskanzler, in: Deutsche Zeitung, 16.10.1963
- 154 Strauß, F.J., a.a.O.
- 155 Vgl. das Interview Gerstenmaiers mit: Allgemeine Zeitung, Mainz, ref. in: Die Welt (UPI), 19.4.1963. In diesem Sinne äußerte sich Gerstenmaier auch in seinem Nachruf auf Ludwig Erhard und fügte hinzu: "Ludwig Erhard hatte seine Chance. Er hat sie nicht vertan. Er war fleißig und unsäglich gutwillig. Er blieb, was er war: ein Leuchtturm über der niemals glatten See der deutschen und der Weltwirtschaftspolitik. Dem deutschen Bundeskanzler wird jedoch noch anderes abverlangt, auch wenn er sich jeden Tag von neuem sagen muß, daß die wirtschaftliche Stabilität und Produktivität die Grundlage des inneren Friedens und der sozialen Leistungskraft und ein wesentliches Element fruchtbarer Außenpolitik sind. Die Kritik, die Ludwig Erhard nicht zu Unrecht traf und die ihn persönlich eben deshalb tief betroffen hat, lief im Grunde darauf hinaus, daß er in der Gesamtpolitik die klare, genau durchdachte und deshalb so hieb- und stichfeste Linie vermissen ließ und die Energie der Entscheidung nicht aufbrachte, die seine Wirtschaftspolitik zu einem Glücksfall für Deutschland machte". So Gerstenmaier, E., Der Mann des deutschen Wunders, in: Die Zeit, 13.5.1977.
- 156 Strauß, F.J., Der neue Bundeskanzler, a.a.O.
- 157 Strauß, F.J., ebenda
- 158 Vgl. FR, 16.10.1963
In den großen Beifall für Ludwig Erhard mischten sich auch einige Wermutstropfen. So gratulierte Konrad Adenauer Ludwig Erhard, dessen Namen er zwar demonstrativ auf seinen Stimmzettel geschrieben hatte (vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 30), kurz und wortlos, fand sich jedoch nicht bereit, in seiner Abschiedsrede, obwohl von verschiedenen Seiten dazu gedrängt, seinem Nachfolger "weder gute Wünsche noch Ermunterungen auf seinen schweren Weg" mitzugeben. (vgl. FR, ebenda)

Die "Westfälische Rundschau", Dortmund, mußte zu berichten, daß Heinrich Krone dem neu gewählten Kanzler erst gar nicht gratulierte (vgl. BKB, Westfälische Rundschau, Dortmund, 16.10.1963).

- 159 BKB, FAZ, 16.10.1963
Hier wörtlich zitiert: "Ich stand vor der Wahl: Adenauer oder Erhard. Da wählte ich lieber Adenauer".
- 160 Hildebrand, K., a.a.O., S. 29
- 161 Erhard hatte Barzel, um diesen im Kabinett zu halten, das Vertriebenministeramt angeboten. Barzel hatte jedoch höflich, aber bestimmt abgelehnt. Vgl. Caro, M.K., a.a.O., S. 224 f.
- 162 Hildebrand, K., a.a.O., S. 36
- 163 Nicht wenige Politiker hielten diese Entscheidung für unglücklich, weil Erhard mit Schmücker, dem damaligen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, nach dem Tode Brentanos wahrscheinlich sogar dem Fraktionschef, einen Mann verlor, der ein entscheidendes Bindeglied zwischen Regierung und Fraktion hätte darstellen können.
Vgl. S. 64
- 164 Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 36
Nach Barzels Verzicht waren nunmehr vier frühere Minister in der Führung der Fraktion: Brentano, Strauß, Lemmer und Barzel (vgl. General Anzeiger, Bonn, 16.10.1963).
Barzel selbst begründete am 16.10.1963 seinen Verzicht, in einer anderen Funktion in die Bundesregierung einzutreten, mit den Worten:
"Es ging und es geht mir nicht um eine Kabinettsposition, sondern um die Sache. Die Frage ist immer, im Dienst an der Sache zu prüfen, von welcher Stelle aus man den besten Beitrag leisten kann".
So Barzel, R. zit. in: FAZ, 16.10.1963
- 165 Hildebrand, K., ebenda S. 36
- 166 Vgl. FAZ, 16.10.1963
- 167 Die grundsätzlichen Positionen Erhards zur Innen-, Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik finden sich ausführlich dargestellt in seiner Regierungserklärung, die nachfolgend in ihren wesentlichen Passagen zitiert wird. Auf seinen neuen Regierungsstil hin angesprochen, bemerkte Erhard im besonderen, daß er mit seinen Mitarbeitern ein nicht nur dienstlich gutes, sondern auch menschlich gutes Verhältnis anstrebe. Um Mißverständnissen vorzubeugen, fügte er hinzu: "Ich habe nicht die Absicht, mit lockerem Zügel zu fahren, denn es ist meine Aufgabe, die Richtlinien der Politik zu bestimmen, sie zu setzen und auch durchzusetzen. Ich habe kein Ressort mehr zu verwalten, aber ich werde meine Anstrengungen darauf richten, daß bei allen Zuständigkeiten innerhalb der Ressorts doch daraus keine Isolierung erwächst, sondern daß die Politik zu einer Zusammenschau gelangt".
So Erhard. L. im Deutschen Fernsehen in einem Gespräch mit Peter von Zahn zu aktuellen politischen Fragen, zit. nach Kü, 16.10.1963, Nr. 226, Anhang I. S. 2 f.
Erhard betonte die Bedeutung der kollegialen Zusammenarbeit, verwies jedoch auch auf die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers. "Welcher

Mann würde nicht bereit sein, einen guten Rat entgegenzunehmen oder in der Diskussion seine eigene Haltung zu festigen und neue Gesichtspunkte dabei zu gewinnen? Das schließt selbstverständlich nicht aus, ja hat sogar zur Voraussetzung, so will es unser Grundgesetz, daß dann der Kanzler, der die Richtlinien der Politik bestimmt, auch bereit ist, die letzte und volle Verantwortung zu übernehmen. Also ich bin für kollegiale Zusammenarbeit, aber ich werde die Verantwortung im Letzten nicht scheuen. Und natürlich gehört dann dazu auch die Zusammenarbeit mit dem Parlament, mit der Legislative".
Erhard im Gespräch mit Peter von Zahn, ebenda.

- 168 Vgl. vor allem die Passagen zum Interessensegoismus (Sten.Ber. 4. WP., 90. Sitzung, 18.10.1963, S. 4193), zur Kooperation mit der Wissenschaft (S. 4194), zum Deutschland-Problem (S. 4195), zur Berlin-Politik (S. 4196), zur europäischen Integration (S. 4197 f.), zur Abgrenzung der Finanzverantwortlichkeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden (S. 4200) sowie zur Sozial- (S. 4202 f.) und Verkehrspolitik (S. 4206).
- 169 Sten.Ber., a.a.O., S. 4192
- 170 Vgl. Sten.Ber., ebenda S. 4192
- 171 Sten.Ber., ebenda S. 4193
- 172 Sten.Ber., ebenda S. 4194
- 173 Vgl. Sten.Ber., ebenda S. 4196
- 174 Sten.Ber., ebenda S. 4195
- 175 Vgl. Sten.Ber., ebenda S. 4197 f.
- 176 Sten.Ber., ebenda S. 4198
- 177 Sten.Bericht, ebenda S. 4196
Hier wörtlich zitiert: "Die Bundesregierung wird der weiteren Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den osteuropäischen Staaten ihre volle Aufmerksamkeit widmen. Sie ist bereit, mit jedem dieser Staaten Schritt für Schritt zu prüfen, wie man auf beiden Seiten Vorurteile abbauen und vorhandenen Sorgen und Befürchtungen den Boden entziehen kann. Im Zuge eines solchen Prozesses ist die Bundesregierung auch bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Wirtschaftsaustausch mit diesen Ländern zu erweitern. In gleicher Weise begrüßt sie die Verstärkung kultureller Kontakte, wie sie sich mit einigen Ostblockländern bereits angebahnt haben."
- 178 Sten.Ber., ebenda S. 4199 f.
- 179 Sten.Ber., ebenda S. 4200
- 180 Vgl. Sten.Ber., ebenda S. 4202
- 181 Sten.Ber., ebenda S. 4203
- 182 Sten.Ber., ebenda S. 4203

- 183 Sten.Ber., ebenda S. 4203
- 184 Sten.Ber., ebenda S. 4205
Hier wörtlich zitiert: "Auch als Bundeskanzler verbürge ich mich dem Hohen Haus und der deutschen Öffentlichkeit gegenüber, die Politik der "sozialen Marktwirtschaft" konsequent fortzuführen".
- 185 Sten.Ber., ebenda S. 4207
- 186 Sten.Ber., ebenda S. 4207 f.
- 187 Hildebrand, K., a.a.O., S. 47
- 188 Sten.Ber., a.a.O., S. 4199
- 189 Vgl. BKB, Die Welt, 21.10.1963
- 190 Vgl. BKB, Neue Rhein- und Ruhr-Zeitung, 22.10.1963
In dem Artikel "Erhard kein CDU-Kanzler?" wurde die Meinung vertreten, daß die Regierungserklärung Erhards, vor allem ihr außenpolitischer Teil, bereits den Beifall der SPD und FDP, jedoch nicht den der CSU gefunden habe.
- 191 So Erhard vor dem Parteitag der rheinischen CDU in Wuppertal, zit. in: Welt am Sonntag, 27.10.1963. In derselben Rede machte Erhard deutlich, daß er sich nicht als Übergangskanzler betrachte.
Vgl. UPI-Meldung, z.B. in: Wasserburger Zeitung, 28.10.1963
- 192 Soziale Ordnung, Christlich-Demokratische Blätter der Arbeit, Nr. 11, November 1963, S. 211
- 193 Erhard, der diese Sensibilität in seiner eigenen Partei erspürt haben mag, präsentierte sich wohl nicht zuletzt aus diesem Grunde auf dem oben bereits erwähnten Parteitag der rheinischen CDU in Wuppertal als loyaler Parteimann und kämpferisch gesinnter, zu scharfen Auseinandersetzungen bereiter Politiker, der die "penetrante Umarmung der SPD" nicht scheue.
NZZ, "Erhards Start als Bundeskanzler", 3.11.1963
- 194 Sten.Ber., 4. WP, 90. Sitzung, 18.10.1963, S. 4194
- 195 Soziale Ordnung, a.a.O., S. 211
- 196 Soziale Ordnung, ebenda S. 211
Hier wörtlich zitiert: "Dennoch wäre es bedenklich, wenn Erhard daraus die Schlußfolgerungen zöge, über die so in ihrer Repräsentanz geschwächten Parteien hinweg zu regieren. So ungewohnt ihm, dem Liberalen, diese Aufgabe auch sein mag, Erhard muß selbst einen entscheidenden Beitrag zur Reform der Union leisten, damit die Partei wieder so attraktiv in Erscheinung tritt, daß sie wieder repräsentativ auch für Wissenschaft und Geistesleben in unserem Volk wird. Der Weg zu einem sittlich gefestigten Staatswesen führt über sittlich gefestigte Parteien und ihre Repräsentanz im Parlament. Auch Erhard muß jetzt an die Zeit denken, die seiner Kanzlerschaft folgt. Wir werden nicht immer einen Bundeskanzler haben, der über eine so eigenschöpferische geistige und sittliche Kraft und über die persönliche Ausstrahlungskraft

verfügt, ein ganzes Staatswesen nach seinem Charakterbild zu prägen. Jede Ausweitung zum Plebiszitären erweitert den Spielraum des Demagogischen und führt im gleichen Maße zu einem Funktionsverlust der Parteien und ihrer Fraktionen im Parlament".

197 Soziale Ordnung, ebenda S. 212

Hier wörtlich zitiert: "Was uns zu denken gibt und was auch ihm zu denken geben sollte, sind jedoch alle jene Versuche, ihn und seine politische Konzeption vor dem Kontrastbild seiner eigenen Partei anzustrahlen. Wenn man an ihm so über alles lobt, daß er sich und seine Vorstellungen vom Staat gegen seine Parteifreunde durchgesetzt habe, wenn man ihn gelegentlich eines Frühschoppens und an anderen Tischen rühmend mit der Regierungsmethode Kennedys vergleicht, die unter ganz anderen verfassungs-politischen und soziologischen Bedingungen ausgeübt wird, dann liegt hier wohl nichts anderes als der Versuch und vielleicht die berechnende Versuchung vor, unter Ausnutzung des Antiparteienkomplexes zu einer Wandlung zur plebiszitären Demokratie zu kommen, die unserer Verfassung fremd ist. Daß es nicht dazu kommt, dazu kann wesentlich mit die Union selbst durch eine geistige und politische Reform beitragen. Sie ist auch nach dem Kanzlerwechsel nicht, wie es hier und da den Anschein haben könnte, überflüssig geworden. Im Gegenteil. Dazu kann der Bundeskanzler beitragen, indem er seinen persönlichen Einfluß in dieser Richtung geltend macht. Dazu kann schließlich seine Politik beitragen, die in realistischer Einschätzung der gesellschaftspolitischen Situation die Verbände in der Gesellschaft fest in ihren Rechten und Pflichten verankert. Die geistige Spannweite und die innere sittliche Kraft der Union ist grundsätzlich groß genug, auch einen Kanzler Ludwig Erhard voll zu tragen. Wer das nicht wahrhaben möchte, den müssen wir daran erinnern, daß es diese Union war, die dem unbekannten Wirtschaftsprofessor die Plattform bot, seine Konzeption von der Wirtschaft zu realisieren, und zwar entgegen ihrem bis dahin fixierten politischen Programm. Diese Partei hatte die sittliche Kraft, sich von den guten Argumenten eines einzelnen überzeugen zu lassen".

Erhard hatte seine Auffassung zur Führung des Kanzleramtes folgendermaßen definiert: "Ich bin der Meinung, daß es legitim ist und daß es sogar ein gutes Prinzip bedeutet, das ja in den angelsächsischen Ländern praktiziert wurde, daß Regierung und Opposition gemeinsam den Staat tragen. Insofern nehme ich die Opposition ernst; daß da Gegensätze auftauchen, ist selbstverständlich. Man soll auch die Konturen nicht verwischen, und ein Kanzler muß zuerst einmal von der Mehrheit getragen werden. Er muß gewählt sein. Insofern hat er seine Wurzel in einer Partei und in einer Koalition. Aber in dem Augenblick, wo er dann die Staatsgeschäfte übernimmt, wo er Kanzler ist, hat er nicht mehr für Parteien zu sorgen, sondern sich verantwortlich zu fühlen für das ganze Volk. Über alle Parteien hinweg".

So Erhard, L., zit. in: Bulletin der Bundesregierung, 5.11.1963, Nr. 195, S. 1721

198 Erhard hatte noch am 1. November 1963 in der Fernseh-Diskussionssendung "Face of the Nation" der amerikanischen Gesellschaft CBS zum deutsch-amerikanischen Verhältnis erklärt: "Ich hoffe, daß es mir bald gelingt, das Gerede um Zweifel in der amerikanischen Zuverlässigkeit ein für allemal zum Verstummen zu bringen. Wir haben nicht den geringsten Grund, und ich begrüße sehr die klaren Ausführungen des amerikanischen Präsidenten wie auch die des amerikanischen Außenministers anläßlich seines Aufenthalts in Deutschland. Ich glaube,

wir stehen hier wirklich fugendicht zusammen, und jeder Zweifel ist eigentlich, möchte ich sagen, eine Sünde wider die weltpolitischen Notwendigkeiten, vor denen wir gemeinsam stehen".

So Erhard, L., zit. a.a.O. S. 1719

In demselben Interview legte Erhard noch einmal seine außenpolitischen Vorstellungen dar, d.h. über die Sechsergemeinschaft hinaus, unter Einbeziehung Großbritanniens, eine Versöhnung und Einigung der ganzen freien Völker Europas herbeizuführen. In diesem Zusammenhang begrüßte Erhard auch die "amerikanisch - sowjetischen Gespräche, weil wir überzeugt sind, daß wir uns auf Amerika verlassen können".

So Erhard, L., zit. ebenda S. 1720

- 199 So Konrad Adenauer in einem Interview mit der amerikanischen Journalistin Marguerite Higgins, das in der amerikanischen Zeitung "Newsday" erschien; auszugsweise abgedruckt in: Der Bund Bern, 7.11.1963.

Hier wörtlich zitiert: "Sechzig Stunden nachdem die östlichen Machthaber den Bau der Berliner Mauer begonnen hatten, hatte Adenauer ausgeführt, konnte der Regierende Bürgermeister von Berlin aus Washington noch keine Reaktion bekommen. Wäre irgendein Protest oder ein Eingreifen sofort erfolgt, so hätten sich die Sowjets vielleicht zurückgezogen ... Obgleich die Sowjets die Verträge gebrochen hatten und die Mauer errichteten, ließen die Amerikaner es sich gefallen. Sie versuchten sogar, uns zu erzählen, so sei es doch ganz gut, weil der Flüchtlingsstrom nun aufgehalten werde. Das deutsche Volk war entsetzt. Es war ein Riesenerfolg für Moskau. Die Amerikaner waren zu ängstlich".

Auf die Frage, ob dies nicht durch den Kuba-Erfolg wettgemacht worden sei, antwortete Adenauer mit der Gegenfrage: "War das wirklich ein Erfolg?"

Zit. in: Der Bund, Bern, a.a.O.

- 200 Vgl. BKB, SZ, 5.11.1963

Einige CDU-Abgeordnete hatten, so die SZ weiter, für Adenauers scharfen Angriff auf Kennedy nur die Erklärung, der Altbundeskanzler wollte versuchen, die innenpolitischen Verhältnisse in den USA im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl zugunsten Barry Goldwaters zu beeinflussen.

Vgl. dazu auch: Kölner Stadtanzeiger, 5.11.1963

In Kreisen der CDU/CSU wurden die Erklärungen Adenauers so interpretiert, daß der Altbundeskanzler nach seinem Ausscheiden aus dem Amt nun freier und ungezwungener werde reden können.

Vgl. Adenauer, K., Ich werde nicht still sein, in: Echo der Zeit, Recklinghausen, 20.10.1963

- 201 Vgl. BKB, FR, 6.11.1963

Im nachhinein mag die SPD in ihrem Vorhaben bestätigt worden sein, weil der Herausgeber der amerikanischen Tageszeitung "Newsday" Harry G. Guggenheim versicherte, das in seinem Blatt erschienene Interview der Kolumnistin Higgins mit dem CDU-Abgeordneten Adenauer sei "Wort für Wort richtig wiedergegeben". Damit trat Guggenheim Stimmen aus der CDU/CSU entgegen, die behauptet hatten, das Interview sei, so wie es über den Fernschreiber gelaufen sei, zu ungenau wiedergegeben worden. Vgl. SZ (UPI), 8.11.1963

- 202 Auch mit dieser Auffassung stand Adenauer im krassen Widerspruch zu Erhard, der einige Tage zuvor bezüglich der amerikanischen Weizen-

lieferungen an die Sowjetunion betont hatte: "Nein, ich glaube, das wäre gerade nicht besonders geeignet, bei den Weizenlieferungen politische Konzessionen zu verlangen".
So Erhard.L., in: Bulletin der Bundesregierung, 5.12.1963, Nr. 195, S. 1721

- 202 Vgl. Sten.Ber., 4. WP, 90. Sitzung, 18.10.1963, S. 4203
Hier wörtlich zitiert: "Die Bundesregierung hat den Vorstellungen über Verbesserungen der Kriegsofferversorgung durch den dem Hohen Haus vorgelegten Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Kriegsofferrechts Rechnung getragen. Mir ist an einer baldigen Verabschiedung dieses Gesetzes gelegen; aber auch für diesen Bereich hat der wiederholt herausgestellte Grundsatz zu gelten, die finanziellen Grenzen des Haushalts nicht zu überschreiten. Die Bundesregierung akzeptiert die rechtliche und moralische Verpflichtung des Staates, Einbußen an Leben und Gesundheit, die im Dienst für die Allgemeinheit erlitten wurden, zu entschädigen. Sie hält es aus diesen Gründen für ihre Pflicht, alles zu tun, die Kriegsofferversorgung angemessen und würdig zu gestalten".
- 204 Hildebrand, K., a.a.O., S. 126
- 205 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 12.11.1963
- 206 Vgl. BKB, Münchner Merkur, ebenda
- 207 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 16.11.1963
- 208 Vgl. BKB, Münchner Merkur (Eig. Nachrichtendienst), 18.11.1963
- 209 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 19.11.1963
Erhard reagierte auf den Beschluß der CSU schroff und kündigte an, notfalls vom Artikel 113, dem Vetorecht des Bundeskanzlers bei ausgabenintensiven Parlamentsbeschlüssen, Gebrauch zu machen.
(vgl. BKB, Münchner Merkur, ebenda).
- 210 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 20.11.1963
- 211 Vgl. BKB, Münchner Merkur, ebenda
- 212 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 27.11.1963
Bereits einige Tage zuvor hatte Franz Josef Strauß bei einer CSU-Versammlung in Miesbach zur Kriegsofferversorgung knapp erklärt, daß die bisherige Behandlung des Problems mit einem Satz charakterisiert werden könnte: "Zu wenig, zu spät und falsch". Um dem Vorwurf einer Obstruktion gegen Erhard zu begegnen führte Strauß aus: "Wir stehen hinter Erhard, aber wir wollen ihm Dinge ersparen, die sich später gegen ihn auswirken könnten".
So Franz Josef Strauß in: Münchner Merkur (eig. Bericht), 22.11.1963
- 213 Dazu sagte Franz Josef Strauß in einem Interview mit dem Deutschlandfunk (Interview der Woche) am 1.12.1963 auf die Frage: Warum lehnt nun die CSU die von der Bundesregierung vorgesehene Regelung zur Erhöhung der Kriegsofferversorgung ab und setzt sich damit in Opposition zu der Mehrheitsauffassung in der Regierungskoalition?
"Zunächst darf ich bemerken, daß die Regierung ihren eigenen Entwurf zur Verbesserung der Kriegsofferversorgung längst aufgegeben hat und

daß der von der CSU vorgeschlagene Entwurf in Verbindung mit zwei anderen Entwürfen - einem von der FDP und einem von der SPD - Grundlage der Verhandlungen geworden ist. Es geht jetzt also nur noch darum, ob der verabschiedete CSU-Entwurf, wenn ich mich so ausdrücken darf, mit allen Leistungen gleichzeitig in Kraft treten soll, oder ob verschiedene Leistungen zu verschiedenen Zeitpunkten in Kraft treten sollen. Hier allerdings glauben wir, daß man angesichts der langen Vorgeschichte, angesichts der vielen Zusicherungen und Versprechungen, die gegeben worden sind, sowohl den Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit wie auch den Gesichtspunkt der politischen Effektivität gleichermaßen im Auge behalten muß".

So Strauß, F.J., zit. nach KÜ, 1.12.1963, Nr. 259, Anhang IV, S. 1

Ferner erklärte Strauß den komplizierten Finanzierungsvorschlag zur Reform und hob die politische Eigenständigkeit der CSU hervor.

214 Vgl. BKB, Die Welt, 4.12.1963

215 Vgl. BKB, Die Welt, 11.12.1963

216 Vgl. BKB, Die Welt, 19.12.1963

217 Vgl. UPI-Meldung, z.B. in: Wasserburger Zeitung, 28.2.1964.

218 In diesem Zusammenhang sagte Walter Scheel in seiner Ansprache im Rahmen des Staatsaktes für Ludwig Erhard am 11.5.1977: "In der Frage der Kriegsofferrenten, einem wichtigen innenpolitischen Diskussionsstoff, wollte er eine soziale Lösung. Doch er schätzte die Macht der Verbände falsch ein. Ausgerechnet Ludwig Erhard wurde vorgeworfen, er sei gegen die Kriegsoffer, obwohl er doch selber eines war". So Scheel, W., zit. in: Hohmann, K., (Hrsg.), Ludwig Erhard, Erbe und Auftrag, a.a.O., S. 28

219 Hildebrand, K., a.a.O., S. 126

Vgl. dazu auch von Stackelberg, K.G., a.a.O., S. 157 ff. und Hilde Purwin, Sie ließen Erhard im Stich, Neue Rhein- und Ruhr-Zeitung, 14.12.1963.

Vgl. auch Georg Schröder, Mit Ludwig Erhard begann eine neue Ära, in: Die Welt, 31.12.1963.

220 Vgl. "Kanzler-Bungalow mit Swimmingpool und Rheinblick" in: General Anzeiger, Bonn, 14.11.1963

Vgl. auch BKB, SZ, 22.11.1963

221 Vgl. Domke, H., Ein Mann der Begegnung.

Erhard als Bauherr, in: Schröder, G., (Hrsg.), u.a., Ludwig Erhard, a.a.O., S. 537

222 Hildebrand, K., a.a.O., S. 128

In der Tat stand dem Bundeskanzler eine angemessene Amtswohnung zu. In einem vom 14. November 1963 datierten Brief stellte der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Grund fest: "Dem Bundeskanzler steht gemäß Paragraph 12 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung vom 17. Juni 1953 eine Amtswohnung mit Ausstattung zu. Der bisherige Bundeskanzler hat eine solche Wohnung nicht beansprucht. Nach dem Wechsel im Amt des Bundeskanzlers hat sich nun die Notwendigkeit zur Errichtung der Amtswohnung ergeben ...

Gemäß den Unterlagen, die dem Herrn Bundesschatzminister vorliegen, werden die Kosten für den Bau der Amtswohnung und der Repräsentationsräume auf 2.300.000 Mark und für die Ausstattung auf 317.000 Mark geschätzt. Eine entsprechende Anforderung wird in den Entwurf des Haushalts 1964 aufgenommen werden".

BKB, SZ, 22.11.1963

- 223 Vgl. Hildebrand, K., ebenda S. 126 f.
Es gab nicht wenige Unionspolitiker und Beschäftigte im Bundeskanzleramt, die Erhard etwa in punkto Kanzlersonderzug und Geldausgaben für repräsentative Zwecke zu viel Großzügigkeit attestierten. Diesen Eindruck gewann der Verfasser aus Gesprächen.
- 224 Vgl. NZZ, Kontroverse um die Amtswohnung Erhards, 7.12.1963; vgl. auch "Wirbel um das Palais Schaumburg", in: SZ, 22.11.1963.
Die parteiinterne Kritik am Kanzler, der gerade im Spätherbst 1963 eine harte Haltung in der Frage der Kriegsoffer zeigte, war sehr scharf. Dies bestätigte Hohmann dem Verfasser in einem Gespräch am 10.4.1985.
- 225 Hildebrand, K., a.a.O., S. 128
- 226 In der Tat war das, was nach den Bauplänen dem Bundeskanzler persönlich zugestanden wurde, äußerst bescheiden. Großzügig war dagegen der "Repräsentationstrakt". (Vgl. SZ, 22.11.1963). Die Baukosten in Höhe von etwa 2 Millionen Mark waren wohl für den Regierungschef eines der größten Industrieländer der Welt nicht als zu hoch bemessen, dennoch wirkte sich die Diskussion um den Bungalowbau für Erhard negativ aus, wie die Umfrageergebnisse der damaligen Zeit belegen.
Noelle-Neumann, E., Ein Mann guten Willens, in: Die Politische Meinung, 22. Jg., 1977, Nr. 170, S. 83
Hier wörtlich zitiert: "Aber nein, der Bungalow wurde nicht zum Imageelement des modernen Erhard, sondern publizistisches Angriffsziel als Beispiel für unnötige Verschwendung; eine Allensbacher Umfrage vom April 1964 bezeugt es. 42 % der Bevölkerung unterschrieben die Aussage: "Vorher hat Erhard immer vom Maßhalten gesprochen. Aber als Bundeskanzler hat er dann gleich als erstes in Bonn für sich ein Haus bauen lassen, das fast zwei Millionen Mark kostet. Ich finde das nicht richtig. Der Adenauer hat auch seine Empfänge im Palais Schaumburg abgehalten, und das war repräsentativ genug". Nur 24 % hielten dagegen: "Ich finde, es war dringend notwendig, daß für Erhard in Bonn ein Haus gebaut wurde, in dem er nicht nur wohnen kann, sondern auch Empfänge abhalten, wie es seine führende Stellung erfordert. Er hat schon recht, wenn er da nicht am falschen Platz spart".
Vgl. auch von Stackelberg, K.G., a.a.O., S. 151 ff.
- 227 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 23.1.1964
- 228 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 24.1.1964
- 229 Caro, M.K., a.a.O., S. 229
- 230 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 31.1.1964
- 231 Vgl. Caro, M.K., a.a.O., S. 215
vgl. auch Münchner Merkur, ebenda

- 232 Vgl. Caro, M.K., ebenda S. 216
- 233 Vgl. Caro, M.K., ebenda S. 216 f.
vgl. auch BKB, Münchner Merkur, 23.1.1964
- 234 "Adenauer als Mahner", in: Rheinischer Merkur, 17.1.1964
Adenauer sagte ferner, daß der französische Staatspräsident de Gaulle in zwei Telegrammen an ihn zu Weihnachten und zu seinem Geburtstag höflich, aber unmißverständlich seine Besorgnis über die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses in Deutschland zum Ausdruck gebracht habe. Es wäre möglich, daß sich Deutschland zwischen sämtliche Stühle setze.
- 235 Vgl. Rheinischer Merkur, ebenda
In einem stark beachteten Interview mit dem Publizisten Paul Wilhelm Wenger im "Rheinischen Merkur" vom 24.1.1964 begrüßte Adenauer Erhard's Zielsetzung, eine europäische Union zu initiieren, kritisierte aber scharf die britische Haltung zu dieser Frage. Hier wörtlich zitiert: "Diese Sätze in der außenpolitischen Erklärung des Bundeskanzler betreffen die Frage, an der bisher die Bemühungen um die politische Union steckengeblieben sind, nämlich die ausweichende Haltung Londons. Gerade in den letzten Wochen wurde auch in der Bundesrepublik die These vertreten, man dürfe in Europa nichts unternehmen ohne England, d.h. also bevor die englischen Unterhauswahlen vorüber sind. Man schob damit die Entscheidung über den Fortgang der europäischen Einigung auf unbestimmte Zeit hinaus. Auf den Ausgang der englischen Wahlen warten bedeute also, die Schaffung der politischen Union vorerst auf das Abstellgleis zu setzen. Dies aber würde nur Sowjetrußland zugute kommen. Bundeskanzler Erhard hat sich dazu bekannt, daß die EWG die dringlich gewordene politische Union Europas nicht ersetzen könne und daß man daher nicht auf die englischen Wahlen warten dürfe. Ich stimme diesem Entschluß als Parteivorsitzender der CDU mit Überzeugung zu". Energisch wandte sich Adenauer gegen die Ansicht, daß auf Grund des deutsch-französischen Vertrages nur regelmäßige Konsultationen und sonst nichts geplant sei.
"Eine derartige Interpretation des Paktes ist völlig falsch. Es wäre gut, wenn in der Presse ab und zu die in der "Gemeinsamen Erklärung", die bei der Unterzeichnung des Vertrages am 22.1.1963 ebenfalls von Frankreich und Deutschland unterzeichnet worden ist, fixierte Zielsetzung in Erinnerung gerufen würde. Lassen Sie mich einige Teile dieser Erklärung zitieren. "Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Konrad Adenauer, und der Präsident der Französischen Republik, General De Gaulle, haben sich in der Überzeugung, daß die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, die eine jahrhundertalte Rivalität beendet, ein geschichtliches Ereignis darstellt, das das Verhältnis der beiden Völker zueinander von Grund auf neugestaltet, in dem Bewußtsein, daß eine enge Solidarität die beiden Völker sowohl hinsichtlich ihrer Sicherheit als auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung miteinander verbindet, angesichts der Tatsache, daß insbesondere die Jugend sich dieser Solidarität bewußt geworden ist, und daß ihr eine entscheidende Rolle bei der Festigung der deutsch-französischen Freundschaft zukommt, in der Erkenntnis, daß die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerläßlichen Schritt auf dem Wege zu dem vereinigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist, mit der Organisation und den Grundsätzen der Zusammenarbeit zwischen

den beiden Staaten, wie sie in den heute unterzeichneten Vertrag niedergelegt sind, einverstanden erklärt".

Wer immer wieder schreibt, der Konsultationspakt sei dazu gut, sich alle sechs Monate gründlich die Meinung darüber zu sagen, worüber man uneinig sei, darf sich nicht wundern, wenn in Paris der Eindruck entsteht, bei uns seien Leute am Werk, die diesen Pakt systematisch abwerten wollen. Wenn dies der Fall wäre, dann wäre sehr schnell auch das Ende der moralischen Stellung der Bundesrepublik da. Eine Kündigung dieses Paktes durch Frankreich mit der Feststellung, er sei von der Bundesrepublik faktisch ausgehöhlt worden, würde alles zusammenbrechen lassen, was seit 1949 mühsam errungen wurde. Sie wäre für die Stellung der Bundesrepublik nicht nur im westlichen Bündnis, sondern nahezu in der gesamten Welt vernichtend, weil sie uns wieder mit dem Odium der Unzuverlässigkeit belasten würde. Aber auch das bloße Erkaltenlassen des Paktes würde zu demselben bösen Resultat führen, weil verspielte Freundschaft immer in ihr Gegenteil umschlägt. Wir säßen dann sehr schnell zwischen allen Stühlen".
So Adenauer, K., zit. in: Rheinischer Merkur, ebenda.

236 Vgl. Ludwig Erhard im SZ-Gespräch mit Günter Gaus, Keine Sonderbündel mit Paris innerhalb des Gemeinsamen Marktes, in: SZ, 19.2.1964

237 Ludwig Erhard in einem Interview am 15.2.1964 zu den deutsch-französischen Gesprächen im Deutschen Fernsehen mit dem Pariser Sprecher, Peter Scholl-Latour, abgedruckt in: Bulletin der Bundesregierung, 19.2.1964, Nr. 31, S. 269

238 Mit scharfen Angriffen auf die Sozialdemokraten und einem Bekenntnis "Wir stehen geschlossen hinter Bundeskanzler Erhard" eröffnete Adenauer am 14. März den Parteitag der CDU in Hannover.
So Adenauer, K., zit. in: FAZ, 16.3.1964
Auch Franz Josef Strauß, der den stärksten Beifall erhielt, und der Schwesterpartei eindringlich die Wiederwahl Adenauers empfahl (vgl. Deutsche Zeitung, 16.3.1964), betonte: "Wir wollen mit dem neuen Kanzler die alte Politik in die neue Zeit hineintragen".
So Strauß, F.J., zit. in: Rhein Ruhr Zeitung, 16.3.1964.
In einem Interview mit Werner Höfer begründete Erhard etwa zwei Wochen nach dem Parteitag in Hannover seinen Verzicht: "Ich wollte niemals Parteivorsitzender werden. 1949 war das bei Konrad Adenauer eine historische, sozusagen naturgegebene Konstellation. Die ist jetzt nicht mehr gegeben. Es imponiert mir auch nicht, wenn gesagt wird, in anderen Ländern falle Führung der Regierung und Vorsitz der Regierungspartei meist zusammen. Ich möchte auch den Schein vermeiden, als ob ich der Gefangene meiner eigenen Partei sei, obwohl ich mir bewußt bin, daß man nicht im luftleeren Raum schweben kann, wenn man sich auf eine Koalition stützen muß".
So Erhard, L., zit. in: Die Zeit, 27.3.1964

Adenauer wurde auf dem Parteitag mit 452 von 481 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Die höchste Stimmenzahl unter den wiedergewählten Präsidiumsmitgliedern Dufhues, von Hassel, Gerstenmaier, Krone und Blank erhielt Erhard mit 481 von 491 Stimmen. Dieses Ergebnis zeigte deutlich, daß auch eine Kandidatur des Bundeskanzlers für den Parteivorsitz sehr aussichtsreich gewesen wäre. Vgl. Münchner Merkur (ap/dpa), 18.3.1964

- 239 Hier auszugsweise wörtlich zitiert: "Zweifelloso eine spezielle Note erhielt die 11. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises dadurch, daß Bundesaußenminister Dr. Gerhard Schröder, sowohl als Leiter des Arbeitskreises wie als Träger eines unserer anspruchsvollsten Staatsämter, weitgehend in den Mittelpunkt der Tagung geriet. Sein ebenso breit wie gekonnt angelegtes Referat "Deutschlands Lage und Zukunft", das allerdings neben dem Generalthema irgendwie ebenso unorganisch stand, wie es das Interesse der meinungsbildenden Faktoren in Anspruch zu nehmen mußte, führte nicht zuletzt dazu, daß offenkundig mehr über Außenpolitik gesprochen wurde, als nach der programmatischen Struktur der Tagung zu erwarten war. Auffallend und typisch war dabei die Reaktion der Presse im In- und Auslande, die in geradezu klischeemäßiger Einmütigkeit Dr. Gerhard Schröder als den Repräsentanten der Politik der Entspannung in der Bundesrepublik herausstellte. Eine von der Pressestelle der Tagung ausgegebene sogenannte Kurzfassung, die dem Referat des Außenministers in keiner Weise gerecht wird, war an der Akzentsetzung in der Presse nicht unschuldig. Wer allerdings die Ausführungen Dr. Schröders sehr genau verfolgte und sich dann die Mühe nahm, den gedruckt vorliegenden Wortlaut seines Referats noch einmal zu studieren, konnte nicht im unklaren bleiben, daß Schröder doch wohl sehr bewußt seine Auffassungen - oder was er dafür gehalten haben wollte - vor einem interessierten und ansprechbaren Publikum, vor allem einer außergewöhnlich starken Anzahl von Journalisten, geschickt anzubringen mußte. Schon im Zuge der Arbeitstagung hat sich allerdings gezeigt, daß Dr. Gerhard Schröder nicht der Repräsentant der Grundhaltung der Mehrheit des deutschen Volkes zu den Fragen der Außenpolitik ist. Seine Ausführungen werden noch Gegenstand sehr exakter Analysen und nachfolgender konkreter Fragestellungen sein müssen. Der Außenminister einer demokratischen Republik unserer Zeit braucht aus Gründen der Selbsterhaltung und berechtigter Ambitionen nicht frei von innenpolitischen Rücksichtnahmen zu sein. Doch dürfen diese nicht dazu führen, daß anlässlich einer letztlich offiziellen Veranstaltung, die seinen Worten Gewicht verleihen muß, Eindrücke erweckt und Erwartungen hervorgerufen werden, die nur zu überflüssigen Schwierigkeiten führen müssen in dem Augenblick, in dem es sich herausstellt, daß eine erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes, die heute auch breite Kreise der Sozialdemokratie erfaßt, dieses Spiel nicht als das ihre anzusehen bereit ist".
- Auf die Hegemonialstrategie des Bolschewismus eingehend warnte Neuwirth: "Völlig unmöglich wäre eine deutsche Außenpolitik, die über verbindliche Formen hinweg, so nebenbei, sich auf den Boden der vom Bolschewismus strapazierten "normativen Kraft des Faktischen" stellen wollte. Sie würde die Position des wenig sinnvollen Verzichtes beziehen und entscheidende moralische Ausgangsgrundlagen unserer Gesellschaftsordnung preisgeben".
- So Neuwirth, H., Gewagte Taktik oder Irrtum, in: Bayern-Kurier, 11.4.1964
- Die umstrittene Passage in Schröders Rede vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU am 3.4.1964 in München lautete:
- Die sowjetische Propaganda stellt uns ständig als Revanchisten und Angreifer hin. Um die osteuropäischen Staaten in Furcht vor uns zu halten, behaupten sie z.B. immer wieder, wir wollten die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie zurückerobern. In Wirklichkeit haben wir oft genug erklärt, der endgültige Verlauf der deutschen Ostgrenze solle friedlich und ohne Gewaltanwendung in einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland festgelegt werden. Die Vertreibung von Millionen ostdeutscher Landsleute aus ihrer Heimat war ein schweres Unrecht. Wir

werden es jedoch nicht mit neuen Unrecht vergelten. Wir wollen nicht alte Wunden wieder aufreißen. Wir wollen ebenso wie mit unseren Nachbarn im Westen auch mit unseren östlichen Nachbarn in Frieden leben. Daher bemühen wir uns, unser Verhältnis zu den Staaten Osteuropas zu verbessern und soweit wie möglich zu normalisieren. Wir wollen auch mit ihnen Handel treiben und lange unterbrochene Kontakte wieder herstellen.

Besonders eng und fruchtbar waren früher einmal die kulturellen Bande zwischen uns und den osteuropäischen Staaten. Wir würden es begrüßen, wenn diese Bande neu geknüpft würden. Nachdem wir Handelsvereinbarungen abgeschlossen haben, ist die Bundesregierung deshalb bereit, mit den Staaten Osteuropas, die es wünschen, auch über einen intensiveren Kulturaustausch zu sprechen.

So Schröder, G., zit. in: Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1972, S. 520

240 Vgl. FAZ, 14.4.1964

241 Vgl. Ludwig Erhard im SZ-Gespräch mit Günter Gaus in: SZ, 19.2.1964

242 So von Hase, G., zit. in: dpa-Meldung, z.B. in: Wasserburger Zeitung, 14.4.1964

243 Vgl. FAZ, 14.4.1964

244 In einem Interview mit der "Rheinischen Post" erklärte der CSU-Vorsitzende, es gehöre zum Wesen der Parteipresse in einer Demokratie, daß darin auch Ansichten von Mitarbeitern wiedergegeben würden, die nicht als offizielle Parteimeinung zu gelten hätten. Er selbst habe der Erklärung des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU zugestimmt, weil er nicht in allen Passagen mit dem Artikel einverstanden sei.

Vgl. Strauß, F.J., Nichtverantwortlich, in: Rheinische Post, Düsseldorf, 14.4.1964; vgl. auch FAZ, 14.4.1964

245 Vgl. BKB, Kölner Stadtanzeiger, 15.4.1964

Die Zurückhaltung der CSU wurde in Bonn seinerzeit auch damit erklärt, daß in Bayern erfolgversprechende Verhandlungen zwischen der CSU und dem BHE stattfanden, bei denen es um eine Eingliederung der Vertriebenenpartei in die CSU ging.

Vgl. BKB, Wiesbadener Kurier, 14.4.1964

246 Vgl. BKB, FAZ, 17.4.1964

Dies bestätigte der Pressereferent der CSU-Landesleitung, Carl Schmöller, in seinem Leitartikel, Welcher Kurs wird gesteuert?, im CSU-Organ Bayern-Kurier vom 9.5.1964

"Der frühere Bundeskanzler Adenauer drückte in einem Brief, den er vor seiner Abreise in den Urlaub nach Italien Strauß zuleiten ließ, die ernste Besorgnis aus, ob seine, Adenauers, Außenpolitik ihre kontinuierliche Fortsetzung erfährt. Eine Besorgnis, die nicht unbegründet ist.

Eine Besorgnis, die nicht unbeachtet bleiben darf".

247 In einem Brief an Strauß vertrat Erhard die Auffassung, ohne das Recht zur freien Meinungsäußerung in irgendeiner Form einschränken zu wollen, die Diskussion über strittige politische Fragen innerhalb der CDU/CSU sachlich und nach Möglichkeit in den dafür zuständigen Gremien zu führen.

Vgl. BKB, FR, 7.5.1964

248 Schmüller, C., Welcher Kurs wird gesteuert?, Bayern-Kurier, 9.5.1964

249 Vgl. Bayern-Kurier, a.a.O.

250 Bayern-Kurier, ebenda

251 Bayern-Kurier, ebenda

Diese Aufforderung der CSU darf wohl auch im Zusammenhang mit dem enttäuschenden Verlauf der Reisen Erhards in die Hauptstädte der EWG-Partner-Länder gesehen werden. Von Gerhard Löwenthal in einem Fernsehinterview zum Wert dieser Reisen befragt, antwortete Erhard am 5. Mai 1964: "Ich glaub, der Wert besteht nicht darin, daß man schon eine perfekte Lösung gefunden hat. Das war auch gar nicht meine Vorstellung, daß das möglich gewesen wäre, sondern es diente eigentlich der Unterrichtung der Standpunkte und der Klärung der Positionen der einzelnen Mitgliedsstaaten".

So Erhard, L., zit. nach KÜ, 5.5.1964, Nr. 24, Anhang I

Johannes Gross sieht in den Antrittsreisen Erhards einen großen Mangel in seiner Regierungstechnik und führt dazu aus: "Daß das offizielle Ziel dieser Reisen, eine Initiative zur europäischen Einigung zu lancieren, nicht erreicht werden konnte, war im vorhinein klar. Von Reise zu Reise wurde es dem Regierungssprecher schwerer, ihren Sinn anzugeben, bis endlich die Formel "Antrittsbesuche" übrigblieb. Es ist erwiesen, daß diese Reiseserie Erhard bei der Wählerschaft geschadet hat. Es ist sträflich, eine Serie von Reisen anzusetzen (die nicht vorzeitig beendet werden kann), ohne die mutmaßliche innenpolitische Wirkung geprüft und den propagandistischen Mantel geschneidert zu haben. Im vorliegenden Falle wäre die richtige Entscheidung, die Fahrten zu unterlassen, auf dem Wege des Nachdenkens zu gewinnen gewesen".

Gross, J., Lauter Nachworte, a.a.O., S. 86

"Wir werden nicht umhin können", hatte Erhard am 9.1.1964 vor dem Bundestag gesagt, "uns ernste Gedanken darüber zu machen, wie für die Zukunft ... dieses Europa wieder von der Stelle kommen kann".

(So Erhard, L., zit. in: Sten:Ber., 4. WP, 106. Sitzung, 9.1.1964, S. 4842 f.) Konkrete Realisierungsmöglichkeiten wußte Erhard nicht aufzuzeigen.

252 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 19.5.1964

253 Vgl. Münchner Merkur (eig. Nachrichtendienst), 21.5.1964

254 Vgl. Münchner Merkur, ebenda

255 So Seehoß, Chr., zit. in: BKB, Münchner Merkur, 23./24.5.1964

256 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 25.5.1964

Die Tatsache, daß Erhard Seehoß lediglich warnte, jedoch nicht entließ, versuchte M.K. Caro wie folgt zu erklären: "Zwei Gründe waren hierfür maßgebend: Einmal wollte er Seehoß - mit ihm der dienstälteste Minister, der allen vier Bundeskabinetten seit 1949 angehört hat - keinen abrupten Abschied geben. Das mag ein verständlicher Akt der Kameraderie sein, obgleich Seehoß, wie Erhard weiß, unbeherrschbar und unverbesserlich ist. Wichtiger ist die Tatsache, daß die Vertriebenenverbände als pressure groups einen bestimmten, von den Parteien wahrscheinlich überschätzten Einfluß auf die deutsche Öffentlichkeit ausüben. Besonders die Angst vor der sozialdemokratischen Konkurrenz, de-

ren Seehoß Wenzel Jaksch ist, spielte eine Rolle. Milde und nochmalige Vergebung für Seehoß - die wievielte? - hielt Erhard deshalb für angebracht, nachdem er im Lager der Vertriebenen wegen der schnellen Absetzung Krügers bereits Minuspunkte erhalten hatte".

Caro. M.K., a.a.O., S. 217 f.

Seehoß, der sich am 11.10.1964 auf einer Rede in Burgundstadt erneut zu seiner Nürnberger Rede bekannt hatte, sollte, so Regierungs-sprecher von Hase vor der Presse, in nächster Zeit seine Auffassungen zur Sudetenfrage vor dem Kabinett erörtern.

Vgl. Münchner Merkur (ap), 13.10.1964

- 257 So Guttenberg, K.T., zit. in: dpa-Meldung, z.B. in: Wasserburger Zeitung, 12.6.1964
- 258 Vgl. UPI/dpa-Meldung, z.B. in: Wasserburger Zeitung, 26.6.1964
- 259 Vgl. S. 30 ff.
Vgl. BKB Münchner Merkur, 18.6.1964
Vgl. besonders Schröder, G., Bilanz in Bonn, in: Die Welt, 29.6.1964
- 260 Vgl. UPI/dpa-Meldungen, z.B. in: Wasserburger Zeitung, 16.6.1964 und 26.6.1964
Vgl. auch "Strauß gibt Heye in einigen Punkten recht", in: Die Welt, (dpa) 6.7.1964
- 261 Hildebrand, K., a.a.O., S. 136
- 262 Vgl. S. 112
- 263 Hildebrand, K., a.a.O., S. 140
- 264 Vgl. Hildebrand, K., ebenda S. 104
- 265 Hildebrand, K., ebenda S. 104 f.
- 266 "Je suis resé vierge" soll de Gaulle gesagt haben (Lahr, R., Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934 - 1974, Hamburg 1981, S. 403)
Konrad Adenauer sagte zur Behandlung de Gaulles während dessen Staatsbesuches in Bonn in einem Interview mit "Bild am Sonntag" am 1.11.1964: "Ich glaube, daß das Verhalten de Gaulles zum großen Teil auf die vielleicht zu kühle Behandlung zurückzuführen ist, die ihm die Bundesregierung im Juli hier in Bonn hat zuteil werden lassen. Das läßt sich ein Mann wie de Gaulle sowohl mit Rücksicht auf seine ganze Stellung in der Welt als auch im Hinblick auf seinen ganzen Charakter - und den kenne ich einigermaßen - einfach nicht gefallen".
Adenauer spielte hier, wenn er "Verhalten" sagte, auf den russisch-französischen Handelsvertrag und auf die Drohung de Gaulles, die EWG zu boykottieren und aus der Nato auszutreten, an (Anmerkung des Verfassers).
Vgl. auch Westrick, L., Adenauer und Erhard, a.a.O., S. 174
- 267 "Mir schwebt - sowohl politisch als auch wirtschaftlich - ein Europa der Freien und Gleichen vor. Die Sechsergemeinschaft habe ich daher auf lange Sicht nie als letztes Ziel angesehen. Nur ein geeintes großes Europa wird zur vollen Zufriedenheit die Probleme lösen können, die in den nächsten Jahrzehnten auf uns alle zukommen".
So Erhard, L., zit. in: Kieler Nachrichten, 7.7.1964, unmittelbar vor seiner Abreise nach Dänemark.

- 268 Westrick, L., Adenauer und Erhard, a.a.O., S. 174
Wie massiv die Frontstellung gegen Erhard und Schröders Außenpolitik geworden war, zeigte das Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes der CSU vom 10.7.1964, in der Strauß erklärte: "Adenauer habe ihm in tiefster Sorge über den Verlauf und den Ausgang der Konferenz berichtet und dabei durchblicken lassen, daß er nunmehr einen Teil seines Lebenswerkes in Gefahr sehe, und habe ihn gebeten, ihn zu unterstützen, damit diese Angelegenheit wieder in einem die Einheit der Union - den Bindestrich zwischen CDU und CSU, von Trennung könne überhaupt keine Rede sein - währenden und trotzdem der Sache dienenden Sinn weiter oder zu Ende geführt werde. Es geht jetzt um die Fundamente der Politik. Man stehe unter einem doppelten Zwang, der nicht leicht auf einen Nenner zu bringen sei, nämlich einmal vor der Notwendigkeit, die eigene Politik zu klären und dem politischen Gewissen treu zu bleiben und zum anderen aber auch die Einheit der Union, der CDU und der CSU unter Erhard für die große Auseinandersetzung des nächsten Jahres (Bundestagswahlkampf 1965 - d.V.) sicherzustellen. Diese beiden Dinge seien nicht sehr leicht.
- Zit. in: Mintzel, A., Geschichte der CSU. Ein Überblick. Opladen 1977, S. 382
- 269 Die in der Presse der damaligen Zeit und auch in der Literatur verwendeten Begriffe "Atlantiker" und "Gaullisten" sind unscharf und wenig aussagefähig. Franz Josef Strauß versuchte sie deshalb in einem Interview am 1.12.1963 zu präzisieren: "Ich benutze einmal hilfsweise diese falsche Frontziehung. Unter den sogenannten Atlantikern gibt es keinen, der nicht für ein engstes Zusammengehen mit Frankreich wäre. Unter den sogenannten Gaullisten gibt es keinen einzigen, der nicht für eine engste Anlehnung an Washington wäre. Darum sind diese beiden Ausdrücke unberechtigt.
- Es handelt sich schließlich um die Frage: "Wie, wann und auf welchem Wege eine atlantische Partnerschaft beruhend auf zwei gleichberechtigten Pfeilern - einem nordamerikanischen und einem europäischen Pfeiler - am wirksamsten hergeseilt werden kann? Oder um es auf eine einfache Formel zu bringen: Welches soll die Rolle Europas - sei es Gesamteuropas, sei es der "Sechs" sei es Kontinentaleuropas - innerhalb der atlantischen Partnerschaft gegenüber Amerika sein?"
- So Strauß in einem Interview im Deutschlandfunk am 1.12.1963, zit. nach KÜ, 1.12.1963, Nr. 259, Anhang IV, S. 7
- "Selbstverständlich aber gab es", so stellt Hildebrand fest, "trotz aller anderslautenden Dementis der Union diese beiden Gruppierungen, die ein Fundament in der weltpolitischen Konstellation besaßen. Zu den "Atlantikern", die sich nicht gegen Frankreich zu wenden gedachten, sich wohl aber gegen eine allzu exklusive Beziehung mit Paris zu Lasten der Bindung an Amerika aussprachen, zählten in jenen Tagen vor allem Bundeskanzler Erhard, Außenminister Schröder und Verteidigungsminister von Hassel. Als prominente "Gaullisten" galten Konrad Adenauer, Freiherr zu Guttenberg, Franz Josef Strauß, Josef Hermann Dufhues und Eugen Gerstenmaier.
- Daß in beiden Gruppierungen die herausragenden Repräsentanten durch charakteristische Unterschiede ihres in sich verschiedenen "Atlantizismus" und "Gaullismus" voneinander abgehoben waren, wurde in den zahlreichen vertraulichen und öffentlichen Stellungnahmen, in Vorstands- und Fraktionsitzungen ebenso wie in Reden und Interviews dieser führen-

den Politiker ein ums andere Mal deutlich. Das atlantische Lager konnte auf große Teile der CDU, der FDP und der oppositionellen SPD sowie auf Persönlichkeiten aus der Unternehmerschaft, den Gewerkschaften und der Wissenschaft zählen. Publizistische Schützenhilfe erhielten die "Atlantiker" beispielsweise vom "Stern" und von der "Zeit". Diese avancierte, 1963 Christ und Welt überholend, zur auflagenstärksten Wochenzeitung und wurde insgesamt für die Atmosphäre der sich liberalisierenden und nach links öffnenden Republik außerordentlich einflußreich. Hinter den "Gaullisten" stand neben Teilen der CDU nahezu geschlossen die vor allem Außenminister Schröder heftig und mit teilweise recht unorthodoxen Mitteln bekämpfende CSU. Publizistisch wurde ihr durch den Rheinischen Merkur Unterstützung zuteil".

Hildebrand, K., a.a.O., S. 102

Vgl. auch Schmidt, H., Zur Außen- und Sicherheitspolitik des Bundeskanzlers Erhard, in: Schröder u.a. (Hrsg.), Ludwig Erhard, a.a.O., S. 399 f.

Der Verfasser wird nach dieser Klärung die Begriffe "Atlantiker" und "Gaullisten" in dieser Arbeit weiterhin verwenden.

270 Vgl. SZ, 11.7.1964

Strauß wies in einem Interview am 12.7.1964 sämtliche Behauptungen zurück, die CSU habe beabsichtigt, auf ihrer Landesversammlung eine politische Zweierunion mit Frankreich zu fordern. Ferner sei von keiner Seite der Wunsch an die CSU herangetragen worden, politische Angriffe zu unterlassen.

Strauß dazu wörtlich: "Ich habe diese Rede mit niemandem abgestimmt als mit mir selber. Ich habe mit Adenauer über Inhalt und Tendenz meiner Rede überhaupt nicht gesprochen. Aber sicher kommt diese äußere Gleichheit und diese innere Übereinstimmung von einer politischen Übereinstimmung her, die gerade in dieser Frage zwischen Adenauer und mir besteht. Ich verrate kein Betriebsgeheimnis, wenn ich sage, daß ich am Tage, bevor ich die Rede gehalten habe, sie in Abgeschiedenheit im bayerischen Oberland, in meiner Wohnung, ins Tonband diktiert habe, sie niemanden gezeigt habe, und so wie ich sie diktiert habe, so wie ich sie dann im Reintext gefunden habe, genauso gehalten habe".

So Strauß, F.J., in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk am 12.7.1964, zit. nach KÜ, 12.7.1964, Nr. 140, Anhang II, S. 2 f.

Auf die Frage, ob Erhard auch neun Monate nach seiner Wahl zum Kanzler von der gleichen Mehrheit getragen werde, antwortete Strauß in demselben Interview: "Ich bin fest davon überzeugt. Es ist doch durchaus natürlich, daß zwischen den Kräften einer politischen Richtung, die in der Regierung stehen, und den Kräften, die im Parlament und Partei das politische Initiativrecht haben, ein positives Spannungsverhältnis besteht, das man nicht als persönlichen Streit oder als häßliches Raufen bezeichnen darf, sondern als eine durchaus gesunde und normale Entscheidung. Vielleicht hängt das Ganze aber auch damit zusammen, daß wir heute keine echte Opposition mehr haben. Ich möchte damit nicht sagen, daß die CDU und CSU nunmehr die Rolle der Opposition gegenüber der Regierung übernehmen sollen. Aber unsere Politik im Ganzen, sagen wir in ihren weiteren Konturen, hat sich so durchgesetzt, daß ihre allgemeinen Grundsätze und Ziele heute von allen politischen Kräften übernommen worden sind und vertreten werden.

Wenn die SPD ihre Funktion als Oppositionspartei erfüllen würde, würde wahrscheinlich das politische Bild anders aussehen".

So Strauß, F.J., ebenda S. 7

- 271 Zit. in UPI/dpa-Meldung, 2.8., in: Wasserburger Zeitung, 9.7.1964
Unmittelbar vor Beginn des Parteitages der CSU sprach sich Adenauer in einem Interview mit der Bild-Zeitung am 9.7.1964 für eine baldige politische Union Europas aus.
Hier auszugsweise der Wortlaut des Interviews: "Frage: "Die deutsch-französische Freundschaft scheint sich abzukühlen. Warum?"
Adenauer: "Abkühlung finde ich stark übertrieben. Auf kulturellem Gebiet und beim Jugendaustausch haben wir schon große Fortschritte gemacht. Allerdings, was die politische Zusammenarbeit anbetrifft, da ist Stillstand! Unsere Partei, die CDU und auch die CSU halten die europäische politische Union, möglichst in einem großen Kreis von Ländern, auf alle Fälle aber zwischen Deutschland und Frankreich, für eine ganz vordringliche Aufgabe unserer sehr gefährvollen Zeit. Wenn man eine Sache ernsthaft will, ist anfangen immer besser als liegenlassen. Läßt man sie liegen, schwindet das Interesse. Auch an Europa schwindet das Interesse. Das kann man leider nicht bestreiten. Aber: Europa ist heute noch notwendiger als vor drei oder vier Jahren. Europa muß eine politische Rolle spielen".
Frage: "Ist das die einheitliche Meinung von CDU und Bundesregierung?"
Adenauer (Lächelnd): "Herr Dr. Krone ist durchaus dieser Ansicht. Außenminister Schröder scheint sich zu dieser Ansicht durchzurufen".
Frage: "Wie weit stimmen Sie mit Herrn Bundeskanzler Erhard überein?"
Adenauer: "Herr Erhard hat selbst Herrn de Gaulle vorgeschlagen, diesen Weg zu gehen." (Über Paris - Bonn nach Europa).
Frage: "Und Amerika, Herr Altbundeskanzler?"
Adenauer: "Die große Politik spielt sich heute zwischen Sowjetrußland, den Vereinigten Staaten und Rotchina ab. Wo bleiben da die europäischen Staaten?"
Frage: "Aber sollte dieses Europa nur auf Frankreich und Deutschland beschränkt bleiben?"
Adenauer: "Frankreich und Deutschland sind Länder mit einer starken Wirtschaft und einer großen Bevölkerung. Beide zusammen haben über hundert Millionen Einwohner. Ihre Wirtschaftsproduktion liegt um 10 Milliarden DM höher als die der USA. Wir sind beide dem Druck vom Osten am meisten ausgesetzt. Entweder wir verlieren beide unsere Freiheit oder wir behalten sie."
Frage: "Was bedeutet das für uns?"
Adenauer: "Wir empfinden das Fehlen eines Zusammenschlusses der europäischen Länder schwer. Es würde uns stärker und widerstandsfähiger machen."
Frage: "Was können wir also tun?"
Adenauer: "Wir müssen heraus aus dem jetzigen Zustand der Nichtstuns, der Stagnation. Sonst wird der Europagedanke verwässert. Die Hauptsache ist: Anfahren!"
Frage: "Man sagt Außenminister Schröder nach, er stärke das Verhältnis zu den USA und zu England mehr als das zu Frankreich. Stimmt das?"
Adenauer: "Wenn einer gegenüber den Vereinigten Staaten aufgeschlossen ist, dann bin ich es. Ich habe doch schließlich die ganzen Verbindungen hergestellt."
Frage: "Wir fragten nach Herrn Schröder ..."
Adenauer: "Ob Herr Schröder nun etwas sehr stark anglophil (betont england- und amerikafreundlich) war, das lasse ich dahingestellt ... Aber: Wenn die Zeitungen richtig berichten, dann hat Herr Schröder gerade erst gesagt: Wir müssen eine gemeinsame französisch-deutsche Außenpolitik führen."
Frage: "Eine sensationelle Wendung, nicht wahr?"
Adenauer: "Für mich auch."

Frage: "Der SPD-Chef, Herr Brandt, hat in New York mit Blickrichtung auf de Gaulle Töne angeschlagen, die fast aus Ihrem Munde hätten kommen können."

Adenauer: "Ja, ich würde mich sehr freuen, wenn die SPD, so wie Herr Brandt das gesagt hat, den Weg über Paris nach Europa mitgehen würde."

So Adenauer, K., zit. in: Bild-Zeitung, 9.7.1964

Ebenfalls am 9. Juli erklärte Adenauer in einem Interview mit dem Pariser "France Soir": "Das deutsche Volk ist so tief vom Wunsch nach Verständigung mit Frankreich erfüllt, daß sich die Bundesregierung bei den nächsten Wahlen der Gefahr einer Niederlage aussetzen würde, wenn sie von dieser Politik abginge".

So Adenauer, K., in einem Interview mit: France Soir, Paris, ref. in: KB Paris, Die Welt, 10.7.1964

272 Vgl. BKB, München Merkur, 11./12.7.1964

273 Vgl. Münchner Merkur (eig. Nachrichtendienst), 10.7.1964

Strauß führte dazu präziser aus: "Wir sind uns ja mit Erhard hinsichtlich des Zieles, des größeren Europas, völlig einig. Ich begehe ja keine Indiskretion, wenn ich sage, daß Erhard seit Monaten sich zu der Auffassung durchgerungen hat, daß leider eine politische Union zur Zeit nicht im vollen Rahmen der EWG-Staaten möglich ist und deshalb nach anderen Lösungen gesucht werden muß..."

Ich habe eine Lösung vorgeschlagen, d.h. es sollten alle sechs Mitglieder der EWG sich zu einer solchen konföderativen Stufe zusammenschließen, die dann der Vorläufer der Föderation, der Vorläufer eines Bundesstaates werden könnte. Hier sollte eine Initiative ausgehen, diese Initiative ist aber natürlich hoffnungslos, wenn nicht in den wesentlichen politischen Fragen zwischen Frankreich und Deutschland Übereinstimmung besteht. Reorganisation in der NATO, Verhältnis Ost-West, Entwicklungshilfe, d.h. Beziehungen zur sog. nichtgebundenen Welt. Wir würden es begrüßen, aus heißem Herzen wünschen, daß alle Mitgliedsländer der EWG, alle Sechs, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Italien und Deutschland, diesen Schritt vollziehen. Ich wäre selbstverständlich gegen eine Zweierlösung, die anderen die Türe verschließt. Aber mehr kann man ja wohl nicht tun als zu sagen, nach unserem Vorschlag steht die Türe für alle Sechs offen. Wenn nicht jeder durch die Türe eintreten will, und zwar durch die Türe in einen Raum, in dem noch nicht neue Hoheitsrechte abgetreten werden, sondern nur einmal der Versuch einer Harmonisierung und Koordinierung unternommen werden soll, wenn der eine oder andere nicht eintreten will, dann darf er doch die nicht beschimpfen, die bereit sind, sich enger zusammenzuschließen. Was anders wäre eine diskriminierende Lösung, daß Frankreich und Deutschland und vielleicht noch ein drittes Land: so, wir gehen jetzt zusammen, wir schließen die Türe, und wir verweigern allen anderen den Zutritt. Das hielte ich für eine politisch falsche, politisch unglückliche und diskriminierende Lösung".

So Strauß, F.J., im Interview mit dem Hessischen Rundfunk, a.a.O., S.8 f.

274 So Strauß, F.J., zit. in: Münchner Merkur (eig. Nachrichtendienst), a.a.O.

275 Der als Schlichter nach München entsandte Josef Hermann Dufhues attackierte den Kanzler direkt, indem er ihm unverhüllt "Immobilismus" vorwarf und forderte, "die Dinge mit aller Offenheit zu diskutieren".

So Dufhues, H.J., zit. in: Jo mei, der Strauß Franz Josef, in: Die Zeit, 17.7.1964

Barzel erklärte in seinem Grußwort: "Die Zeit ist reif für eine politische Union mit Frankreich. Wir müssen mit denen abfahren, die bereit sind. Wir sind gefragt, ob wir das Herz und die Entschlossenheit haben zu handeln, gemeinsam zu handeln".
So Barzel, R., zit. in: Die Zeit, ebenda.

276 Caro, M.K., a.a.O., S. 296

277 So Erhard, zit. in: dpa/UPI-Meldung, z.B. in: Wasserburger Zeitung, 13.7.1964

278 Vgl. ebenda

279 Vgl. ebenda

280 Vgl. dpa-Meldung, z.B. in: Wasserburger Zeitung, 15.7.1964

281 So von Hase, G., zit. in UPI-Meldung, z.B. in: Wasserburger Zeitung, 16.7.1964
Gesprächsteilnehmer waren Erhard, Westrick, Barzel, Strauß, Adenauer und Schröder

282 Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 129

283 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 16.7.1964
Es wurde im Kabinett einstimmig beschlossen, das Briefporto nicht zu erhöhen, um den Briefverkehr in die Sowjetzone, wie es im damaligen Sprachgebrauch hieß, nicht zu beeinträchtigen.

284 Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 129
Vgl. auch Münchner Merkur, 17.7.1964

285 In diesem Zusammenhang mag wohl auch das Argument, ein Jahr vor der Wahl keine politisch relevanten Preise zu erhöhen, die, so Johannes Gross, in erster Linie die Klientel der Union belasteten, eine wichtige Rolle gespielt haben.
Hier wörtlich zitiert: "Eine falsch Politik hat lauter falsche Einzelschritte im Gefolge und verdirbt mit Notwendigkeit die Argumente, die sie zu öffentlicher Rechtfertigung braucht: So hätte man, wenn schon erhöht werden sollte, das Briefporto erhöhen müssen, denn nicht der Telefondienst ist defizitär, sondern die Briefzustellung; aber man wollte schlau sein, gedachte nur einen kleineren Personenkreis mit den Kosten zu belegen, um sich die Gunst des größeren zu erhalten, und damit tat man gerade das Falsche, denn die Telefonabonnenten sind in der Mehrzahl Anhänger der jetzigen Regierung. Zudem ist es eine alte Weisheit, daß es besser ist, sehr vielen sehr wenig Geld abzunehmen als vergleichsweise wenigen vergleichsweise viel. Das schmerzt jeden Monat aufs neue, wenn die Rechnung zugestellt wird, und schmerzt auch noch dann, wenn der Groschen mehr für den Brief längst vergessen wäre. Die Regierung rechtfertigt sich, indem sie die Unvermeidlichkeit ihrer Entscheidung behauptete - mit dem Briefporto hätte man doch auch den Kontakt mit der Zone getroffen und mit der Abwälzung des Defizits auf den Bundeshaushalt den Steuerzahler statt des Postbenutzers. Das erste Argument hat niemand ernst genommen; auch das zweite konnte nicht überzeugen, weil die Telefonabonnenten, in der Hauptsache die gewerbliche Wirtschaft, ohnedies die meisten Steuern aufbringen und um-

gekehrt ja der Staatshaushalt wegen der Zwangsabgabe der Post von den Postkunden profitiert".

Gross, J., Lauter Nachworte, a.a.O., S. 87
Vgl. auch BKB, Münchner Merkur, 18./19.7.1964

286 Auch die CSU-Bundesminister stimmten diesem Beschluß zu.
Vgl. BKB, Münchner Merkur, 23.7.1964

287 Vgl. Münchner Merkur (dpa/ap), 24.7.1964

288 Die Bundesregierung verlangte in ihrer Replik, daß auf beiden Seiten Anstrengungen unternommen werden sollten, um die Möglichkeiten auszu-schöpfen, die in der Präambel des deutsch-französischen Vertrages niedergelegt seien.
Vgl. BKB, Münchner Merkur, 25./26.7.1964

289 Hildebrand, K., a.a.O., S. 129

290 Bild-Zeitung, 24.7.1964

"Ja, es wurden auch Behauptungen über Kontakte zwischen Vertretern der bayerischen CSU und der Bild-Zeitung aufgestellt", so Hildebrand, "die von der Annahme einer gegen den Bundeskanzler gerichteten Kam-pagne ausgingen".

Hildebrand, K., ebenda S. 129 f.

Dies bestritt Bundespostminister Stücklen, der mit seiner Familie we-gen der Vorgänge um die Gebührenerhöhung beim sonntäglichen Kirchgang am 26.7.1964 unter Polizeischutz stand (vgl. Hildebrand, K., ebenda S. 129), entschieden und ließ mitteilen: "Das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen teilt mit: Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen verwahrt sich entschieden gegen die Behauptung der "Zeit" in ihrer Ausgabe vom 31. Juli 1964, er habe ein "Abkommen mit der Bild-Zeitung" in der Angelegenheit der Fernspreckgebühren getrof-fen. Diese Unterstellungen entbehren jeder realen Grundlage".

Bulletin der Bundesregierung, 4.8.1964, Nr. 122, S. 1159

291 Vgl. Sethe, P., Erhard im "Sturm", in: Allgemeine Zeitung, Neuer Main-zer Anzeiger, 31.7.1964

292 Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 130

293 "Sieben Stimmen haben Ludwig Erhard vor einer parlamentarischen Nie-derlage bewahrt".

Schmitz, H., Der vereinsamte Erhard, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 31.7.1964

294 Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 130

295 Hildebrand, K., ebenda S. 130

296 Vgl. Sethe, P., Erhard im "Sturm", a.a.O.

Vgl. auch Schmitz, H., Der vereinsamte Erhard, a.a.O.

Erhard begründete seine konsequente und unpopuläre Entscheidung in einem Interview mit "Bild am Sonntag" wie folgt: "Bequeme und populä-re Entscheidungen zu treffen ist zwar billig, aber vielleicht sind sie gerade deshalb nur selten richtig. Ich bin sicher, daß zuletzt auch diejenigen die Richtigkeit der Haltung der Bundesregierung aner-

kennen werden, die heute noch daran zweifeln. Der verantwortliche Politiker hat Stabilität und Sicherheit für die Zukunft und nicht "Wohltaten" für den Augenblick zu gewähren. Wer das übersieht, hält "Optik" für Politik. Ich achte das deutsche Volk zu hoch, als daß ich glaubte, daß man Volkstümmlichkeit nur durch billige Geschenke erringen könne. Geschenke, von denen im übrigen jeder Kunde weiß, daß sie sich zum Schaden der Gemeinschaft auswirken und die Erfüllung bedeutsamer anderer Aufgaben, die uns auf vielen Gebieten wie Erziehung, Wissenschaft und Forschung, Gesundheitswesen, Straßenbau usw. gestellt sind, erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen müßten".

Auf die Frage, ob er die Erfordernisse des Kanzleramtes auch zukünftig über die der Partei stellen würde, antwortete der Bundeskanzler: "Diese Fragestellung halte ich nicht für berechtigt, denn in grundsätzlichen Fragen stimmen meine Parteifreunde mit mir überein. Ich halte überdies auch die innere Diskussion für fruchtbar. Der Kanzler hat wohl dem Gesamtinteresse zu dienen, aber der Kanzler und seine Partei sind sich auch bewußt, daß der Wähler nicht nur über ihn, sondern auch über seine Partei abstimmt. Weder die CDU noch ich haben ein Schlaraffenland versprochen. Wir haben vielmehr deutlich und immer wieder gesagt, daß Wohlstand nur durch harte Arbeit und die Bewahrung der rechten Maße gesichert werden kann.

Und wir haben das nicht nur verkündet, sondern in unermüdlicher Arbeit auch erreicht. Dabei kommt es nicht auf demagogische Scheinerfolge, sondern auf wirkliche Leistungen an". Erhard setzte Vertrauen in die Vernunft des Bürgers: "... Sie fällen ihre Entscheidungen nicht nur als Telefonbenutzer oder Verkehrsteilnehmer, als Kriegsbeschädigte oder Heimkehrer, sondern als Staatsbürger ihres Landes, die verantwortungsbewußtes Handeln von parteipolitisch durchsichtiger Taktik wohl zu unterscheiden wissen. Unsere Lasten sind gemeinsame Lasten, die vom deutschen Volk in seiner Gesamtheit getragen werden müssen", und schloß, auf die Glaubwürdigkeit seiner Maßhaltspolitik hin angesprochen, mit den Worten: "Es ist höchste Zeit, einzusehen, daß wir uns alle nur selbst betrügen, wenn wir um vermeintlicher Vorteile oder einer falschen politischen Optik willen so tun, als ob die Belastung des Staatshaushalts den einzelnen Bürger nichts anginge. Es ist daher primitiv und töricht, diese mehr als fade Methode des Selbstbetrugs immer wieder oder mit dem Argument "nur noch dieses eine Mal" anzuwenden. Meine Mahnung, Maß zu halten, bedeutet in der praktischen Anwendung, daß das deutsche Volk in gegenseitiger Rücksichtnahme den jährlichen Mehrertrag der gemeinsamen Arbeit so aufteilt, daß auch diejenigen einen gerechten Anteil erringen, die nicht in den produktiven Bereichen des öffentlichen Lebens tätig sind".

So Erhard, L., Wir haben kein Schlaraffenland versprochen, in: Bild am Sonntag, 2.8.1964

Vgl. auch Melchers, A., Erhard und Strauß, in: Westdeutsche Allgemeine, 1.8.1964

297 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 31.7.1964

298 Vgl. Melchers, A., Erhard und Strauß, a.a.O.

299 Der Leserbrief hatte folgenden Wortlaut:

"In Ihrem Artikel 'Zur Führung berechtigt und verpflichtet' wird ebenso wie in früheren Äußerungen Ihres Blattes die Bedeutung der in Arti-

kel 65 des Grundgesetzes niedergelegten Kanzlerkompetenz gründlich (mit Absicht oder unabsichtlich?) mißverstanden. Die genannte Vorschrift bedeutet, daß der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik lediglich für sein Kabinett verbindlich bestimmen kann. Da unser Regierungssystem parlamentarisch ist, wird er sich bei der Aufstellung der Richtlinien stets der Zustimmung der Regierungspartei oder der Regierungsparteien bedienen müssen. (Vgl. hierzu u.a. Mangoldt, "Das Bonner Grundgesetz!")

"Ihre Ausführungen sind leider geeignet, bei harmlosen Lesern, die mit dem Grundgesetz nicht vertraut sind, Verwirrung zu stiften, da Sie glauben machen wollen, daß die Abgeordneten der Regierungspartei und damit die Fraktion der Regierungspartei politisch Abstinenz üben müssen, wenn sie einmal einen Bundeskanzler gewählt hat. Daß dies aber unrichtig ist, ergibt sich leicht daraus, daß sie das Recht hat, den von ihr gewählten Bundeskanzler durch ein konstruktives Mißtrauensvotum zu stürzen. Dann müssen aber auch die Abgeordneten der Regierungspartei - für die Abgeordneten der Opposition werden Sie es ja wohl kaum bestreiten - die Politik des Bundeskanzlers kritisieren dürfen, ohne gleich als Frondeure oder Verschwörer gebrandmarkt zu werden, wie dies in den letzten Wochen in der deutschen Presse leider geschehen ist. Meine Ausführungen sollen in gar keiner Weise eine Stellungnahme für die eine oder andere Europapolitik bedeuten, sie möchten nur die Polemik auf eine faire Diskussion der verschiedenen Auffassungen hinführen. Dr. Konrad Adenauer, Köln."

FAZ, 1.8.1964

300 Vgl. Sonntagsblatt Hamburg, "Der doppelte Adenauer", 20.8.1964. In einigen Zeitungen wurde dieser Irrtum nicht direkt aufgeklärt, sondern blieb vorerst als ein Beitrag des CDU-Vorsitzenden stehen.

301 So Konrad Adenauer senior, zit. in: BKB, Stuttgarter Nachrichten, 5.8.1964. Der Sohn Adenauers war immerhin schon fünfzig Jahre alt (Anmerkung des Verfassers).

302 Vgl. BKB, Stuttgarter Nachrichten, ebenda

303 "Ja,, das hat aber nichts mit den Wahlen zu tun. Ich meine, wenn Sie mich so fragen, dann muß ich Ihnen sagen, daß ich manchmal etwas besorgt bin, daß in Deutschland wieder ein Nationalismus hochkommen könnte, und ich hoffe, daß die Bayern diesmal standhafter sind, als das in den früheren Jahren der Fall gewesen ist. Es ist ja zwar auch von seiten der CSU eine eindeutige Absage an den Nationalismus oder sogar den nationalen Sozialismus erteilt worden, aber manchmal habe ich doch das Gefühl, daß unter dem Feigenblatt einer konservativen Politik sich wieder stark nationalistiche Strömungen entwickeln könnten, und das allerdings würde mich herausfordern zu einem harten Kampf. So Erhard in einem Interview mit Michael Stiegler im Bayerischen Rundfunk, zit. nach KÜ, 25.8.1964, Nr. 173, Anhang II, S. 4
Eine Erklärung für Erhards Interviewaussage wurde darin gesehen, daß Strauß vor dem Bundeskanzler mit Johnsons Sonderbotschafter Cabot Lodge in München konferiert hatte, bevor dieser zu politischen Gesprächen mit Erhard an den Tegernsee weiterreiste.
Vgl. SZ, 27.8.1964

304 "CSU über Erhard verärgert", in: SZ, 27.8.1964
Erhards Ausführungen lösten nicht nur bei der CSU, sondern auch bei der bayerischen SPD Empörung aus. Der ehemalige SPD-Ministerpräsident

Hoegner, einer der profiliertesten Gegner des Nazi-Regimes, verwahrte sich entschieden gegen Erhards Bemerkung: "Was die Konservativen bayerischer Provenienz anbetrifft, so können sich von dieser Kennzeichnung zwei Personenkreise besonders angesprochen fühlen. Die einen sind die Vertriebenenpolitiker um Dr. Neuwirth, die ihren politischen Standort schon dadurch namentlich festlegten, daß Neuwirth einen Informationsdienst unter dem Namen "Demokratisch-konservative Korrespondenz" herausgibt. Dieser Kreis ist bekannt dafür, daß er der CSU nahesteht. Außerdem aber sind gerade führende Politiker der CSU wiederholt unter der Begriffsbestimmung "konservativ" bezeichnet worden. Dazu gehören der Außenpolitiker von und zu Guttenberg, dazu gehört Dr. Jaeger, dazu gehört schließlich auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Ludwig Huber, der aus dem Hundhammer-nahen "Petra-Kreis" kommt. Es ist ganz verständlich, daß diese Leute sich im besonderen gemeint fühlen mußten. In weiterem Sinn betroffen ist natürlich die Partei, in der sie eine so maßgebliche Rolle spielen". So von Loewenstern, B., Erhards Entgleisung, in: Passauer Neue Presse, 28.8.1964

305 SZ, ebenda

306 Der Spiegel, Nr. 26, 2.9.1964

Das Unbehagen über Erhards Äußerungen ging so weit, daß der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel den Bundeskanzler um eine Unterredung in Erhards Haus am Tegernsee bat, zu der er seinen Justizminister Junker mitzubringen gedachte. Erhard sagte das Treffen kurzfristig ab. Vgl. FAZ, 31.8.1964

Vgl. auch Graf, L., Ludwig Erhards Donnerschlag vom Tegernsee, in: Neue Tagespost, Osnabrück, 4.9.1964.

307 Vgl. NZZ, "Erhards Schwierigkeiten mit den Bayern", 4.9.1964

Da Erhard als Verfechter der Koalition mit der FDP galt, mußte er dies auch als einen persönlichen Angriff werten.

308 Wenger schrieb am 2.9.1964 im "Rheinischen Merkur": Wenn Charles de Gaulle bei den Befreiungsfeiern in Paris die deutsch-französische Versöhnung mit keinem Wort erwähnte, so nicht zuletzt deshalb, weil am 2. August der Kanzler am Tegernsee statt in Verdun war und weil das am 3. Juni unterbreitete Angebot de Gaulles auf engste deutsch-französische Zusammenarbeit zur Befreiung Osteuropas bis zur Stunde der deutschen Antwort harrt. Weiter stellte Wenger fest: " Das kühle Schweigen de Gaulles ist daher nur als Erwiderung darauf zu verstehen, daß fast seit einem Jahr hierzulande die deutsch-französische Versöhnung als Schlußbetrug unter die Vergangenheit, nicht aber als Motor für die weitere Vereinigung Europas verstanden wird." Wenger, P.W., Läßt sich die Unionspartei Europa stehlen?, in: Rheinischer Merkur, 4.9.1964

309 "Wenn die vier Musketiere Adenauer, Barzel, Guttenberg und Dufhues und der "Bazi" Strauß wieder Einfluß gewinnen, ist es aus mit der liberalen Politik Erhards", sagte Weyer, W., zit. in: FAZ (UPI/dap), 14.9.1964

310 FAZ, ebenda

311 FAZ, ebenda

- "312 So Franz Josef Strauß, zit. in: Welt am Sonntag, 13.9.1964
- 313 So Wagner, L., zit. in: ap-Meldung, z.B. in: Wasserburger Zeitung, 9.5.1964
- 314 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 15.9.1964
- 315 Zirngibl, W., Im Notfall sogar Adenauer, in: Westdeutsche Allgemeine, 19.9.1964
Ganz im Sinne des "Schweigespiralen-Theorems" nach Elisabeth Noelle-Neumann (vgl. Mickel, W., Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1983, S. 288) wurde durch die Presseorgane ein Meinungsdruck erzeugt, ohne daß die Initiatoren namentlich genannt wurden. Es wurde damit erreicht, daß Erhards Position und damit die Kanzlernachfolgefrage in der Öffentlichkeit heftig diskutiert wurde.
- 316 Vgl. Dahrendorf, R., Die Richtlinien der Politik, in: Baseler National Zeitung, 18.9.1964
In diesem Zusammenhang wurde auch starke Kritik an Erhards engsten Mitarbeitern im Bundeskanzleramt, Westrick und Hohmann, geäußert, denen selbst CDU/CSU-Politiker vorwarfen, den Kanzler zu sehr abzuschirmen und zu einseitig zu informieren.
Vgl. "Die Männer im Hintergrund - Erhard hat schlechte Berater", in: Der Mittag, Düsseldorf, 22.9.1964
Auf die Frage: "Hat es Sie verletzt, daß man Mitarbeiter, die Ihnen nahestehen, in der Öffentlichkeit abzuwerten versucht?", antwortete Erhard: "Ich habe es jedenfalls als geschmacklos empfunden, vor allem dann, wenn diese Unterstellungen aus dem eigenen Lager kommen".
So Erhard, L., im Gespräch mit Höfer, W., "Ein Jahr Volkskanzler", zit. in: Die Zeit, 9.10.1964
- 317 So Erhard, L., zit. in: Kölnische Rundschau, 23.9.1964
- 318 Die Welt (ap/dpa), 24.9.1964
Die Überschrift "Erhard ist Kanzler und bleibt Kanzler" tauchte pikanterweise in der Formulierung "Erhard ist und bleibt Bundeskanzler" am 4. Oktober 1966 in der FAZ knapp einen Monat vor Erhards intraparteilicher Denominierung wieder auf und leitete die Endphase der Kanzlerschaft Ludwig Erhards ein.
- 319 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 30.9.1964
- 320 In dieser Hinsicht stimmten Barzel und Dufhues dem Kanzler zu.
Vgl. BKB, Münchner Merkur, 1.10.1964
- 321 Vgl. BKB, Münchner Merkur, ebenda
- 322 Vgl. Rhein Ruhr Zeitung, 3.10.1964
- 323 Vgl. Münchner Merkur (dpa), 8.10.1964
- 324 Auf die Frage: "Sind Sie grundsätzlich gegen eine Koalition der CDU/CSU mit der SPD?" antwortete Strauß wörtlich: "Ich glaube, daß eine zwingende Festlegung vor den Bundestagswahlen nicht richtig wäre, sondern daß man die Lage nach allen Seiten prüfen muß. Das ist keine Option gegen die FDP.
Aber ich habe mich vor den Wahlen von 1961 eindeutig für eine Koaliti-

on mit der FDP eingesetzt und habe dafür eigentlich nicht nur persönlich einen schlechten Dank erhalten. Ich bin damals politisch außerordentlich enttäuscht worden."

So Strauß, F.J., zit. in: Berliner Morgenpost, 8.10.1964

Vor der CDU/CSU-Fraktion dementierte Strauß energisch, daß er sich in dem besagten Zeitungsbericht für eine Große Koalition ausgesprochen habe und erklärte, die CDU/CSU werde über die Koalitionsfrage erst nach der Wahl sprechen.

Vgl. Rhein Ruhr Zeitung, 7.10.1964

- 325 Vgl. Noelle-Neumann, F., Ein Mann guten Willers, in: Die Politische Meinung, 22. Jahrgang 1977, Nr. 170, S. 82

Vgl. auch von Stackelberg, K.G., a.a.O., S. 154 ff.

- 326 Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 121

Dies bestätigte Hohmann dem Verfasser in einem Gespräch am 10.4.1985. Vgl. dazu auch Böckenförde, E.W., Eierköpfe für Erhard?, in: Die Zeit, 22.11.1963

- 327 Diese Konzeption erläuterte Hohmann dem Verfasser in dem Gespräch am 10.4.1985.

- 328 Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 121

- 329 Hildebrand, K., ebenda S. 121

- 330 Erhard bekräftigte in diesem Interview seine Konzeption eines Europas der Freien und Gleichen und schloß mit den Worten: "Wir haben noch vieles, was wir erstreben und auch was wir erreichen wollen. Über ein Jahr Bundeskanzler selbst, aus meiner Person, über mich selbst ein Fazit zu ziehen, ist außerordentlich schwierig. Ich habe auch nicht die Absicht, es bei diesem einen Jahr zu belassen, sondern ich bin überzeugt, es werden noch viele Jahre Erhard als Bundeskanzler folgen. Und dann wird man objektiver und sicherer urteilen können - auch ich selbst über meine Tätigkeit, über meine Aufgabe und über ihre Erfüllung. Ich bin mit der Übernahme dieses Amtes nicht in ein Paradies gekommen, und ich bin überzeugt, wir Menschen werden es nicht erreichen. Ich bin auch nicht, so lange ich auch Bundeskanzler sein werde, und wenn ich in dieser biblischen Sphäre bleiben darf, dann möchte ich sagen: Neben allem, was es gebracht hat, und es sind auch Erfolge dabei und hoffnungsvolle Ansätze für ein weiteres fruchtbares Wirken, - wenn es köstlich gewesen ist, dann war es Mühe und Arbeit gewesen." So Erhard, L., zit. nach KÜ, 16.10.1964, Nr. 215, Anhang I., S. 12

- 331 Vgl. BKB, FR, 15.10.1964

- 332 So Adenauer, K., zit. in: Bild am Sonntag, 1.11.1964

- 333 "Das deutsche Volk verlangt nach meinen Erfahrungen eine klare Politik und eine klare Führung. Wenn ihm die nicht gegeben wird, dann ist es unzufrieden. Ich habe mit Wählern eine ziemliche Erfahrung. Das deutsche Volk zieht auch eine Klarheit, die hart ist, einer Unklarheit vor, die weich erscheint". So Adenauer, K., zit. in: "Bild am Sonntag", ebenda

- 334 "Sie können nicht gut verlangen, daß ich meinen Nachfolger kritisieren. Aber bleiben wir mal beim Außenministerium. Ich hoffe, in diesen bewegten Zeiten hätte der Außenminister eine bessere Gesundheit und wäre an Ort und Stelle. Doch zu den Wahlen ..."
So Adenauer, K., zit. in: "Bild am Sonntag" ebenda
Bundesaußenminister Schröder befand sich zur Zeit des Interviews auf einem Kuraufenthalt im Schwarzwald (Anmerkung des Verfassers).
- 335 "Ich will Ihnen mein Urteil über Strauß sehr offen sagen. Strauß hat eine eminente politische Begabung. Er ist auch klug. Sein Hindernis ist sein Temperament. Nun meine ich, man sollte das Gute von einem Menschen nehmen und dafür sorgen - jeder Mensch hat verschiedene Eigenschaften - daß das weniger Gute zurückgeht. Nicht, indem man dem Betroffenen den Schädel einhaut, sondern indem man mit ihm spricht, wie man unter Parteil Freunden spricht, aber ehrlich."
So Adenauer, K., zit. in: "Bild am Sonntag", ebenda
- 336 "Es ist sehr komisch, aber ich meine, ich habe heute mehr Ansehen als vor einem Jahr, und das werde ich natürlich in meiner Partei einsetzen".
So Adenauer, K., zit. in: "Bild am Sonntag", ebenda
Das CSU-Organ "Bayern-Kurier" forderte aus Anlaß des Adenauer-Interviews die Bundesregierung zu einer starken politischen Führung auf. "Diese Führung muß, um die deutsche Position zu festigen und zu stärken, im Zweiklang mit Frankreich echte europäische Politik treiben". Es sei ein Gebot der Stunde "mit fester Hand und entschlossenem Willen jetzt die Weichen für die Entwicklung der nächsten Jahre zu stellen". Im großen und ganzen stimmte das CSU-Organ dem Interview Adenauers zu.
Scharnagl, W., Einheit der Unionsparteien durch freimütige Diskussionen, in: Bayern-Kurier, 7.11.1964
- 337 Adenauer versicherte am 2.11.1964 in einer Sitzung des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU, daß er die Absicht habe, die Bundesregierung zu unterstützen. Erhards erste Reaktion auf das Adenauer-Interview bestand in der Drohung, er werde aus dem Parteipräsidium der CDU austreten. Auf eine beschwichtigende Erklärung Adenauers nahm er jedoch von seinem Vorhaben Abstand. Schröder, der seine Kur unterbrochen hatte und für 24 Stunden nach Bonn gereist war, setzt sich vehement gegen Adenauers Vorwürfe zur Wehr.
(vgl. General Anzeiger, Bonn, 3.11.1964).
Bundestagspräsident Gerstermaier erklärte auf einer Pressekonferenz, ein Kanzlerwechsel käme vor der Wahl nicht in Frage.
Vgl. BKB, Münchner Merkur, 3.11.1964
- 338 Der amtierende Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel erklärte unter großem Beifall in der Fraktionsitzung und mit lebhafter Zustimmung Erhards, Bundesaußenminister Schröder genieße das volle Vertrauen der Fraktion. Vgl. BKB, FAZ, 4.11.1964
- 339 BKB, Münchner Merkur, 4.11.1964
- 340 Adenauer reiste nach Paris, wo er in die Pariser Akademie für moralische und politische Wissenschaften aufgenommen wurde. Der CDU-Vorsitzende hatte sich bei den jüngsten Diskussionen über den außenpolitischen Kurs der Unionsparteien dazu bereit erklärt, in Paris im Ge-

spräch mit de Gaulle für eine Klimaverbesserung im deutsch-französischen Dialog einzutreten. Krone begleitete Adenauer als regierungsamtliches Mitglied nach Paris. Erhard erklärte, er habe Adenauer keinen Auftrag für Paris erteilt.

Vgl. BKB, FAZ, 6.11.1964

Vgl. auch "Ein Hauch von Unsterblichkeit", in: Die Zeit, 13.11.1964

Vgl. auch Adenauers Rede vor der Akademie, "Der Vertrag ist auf lange Sicht angelegt", ref. in: FAZ, 10.11.1964.

341 Vgl. General Anzeiger, Bonn, 3.11.1964

342 So Schröder, zit. in: Allgemeine Zeitung, Mainz, Neuer Mainzer Anzeiger, 9.11.1964

343 Gerstenmaier hatte in diesem Interview mit allem Nachdruck vor einem Scheitern der deutsch-französischen Freundschaft gewarnt, weil dies seiner Meinung nach zur Isolierung der Bundesrepublik, zur Entseelung der Verträge und letztlich zur Neutralisierung Deutschland führen könne. Gerstenmaier erklärte weiter, er sei aus diesen Gründen notfalls auch für eine Zweier-Union zwischen Deutschland und Frankreich, wenn die anderen EWG-Länder einer politischen Einigung Europas nicht zustimmen. In diesem Interview wies Gerstenmaier auch Spekulationen zurück, wonach er Außenminister werden wolle. Bundesaußenminister Schröder müsse eine Chance erhalten, neue Vorschläge zu unterbreiten, sagte Gerstenmaier, und betonte dabei besonders die Regelung der Getreidepreis-Frage.
Vgl. "Bild-Zeitung", 7.11.1964

344 Vgl. Eickhoff, A., Kanzler Erhard bleibt optimistisch, ein Interview mit dem Regierungschef, in: Westfälische Nachrichten, Münster, 7.11.1964.

Vgl. auch BKB, "Erhard läßt sich nicht abschrecken: Politische Union Europas", in FAZ, 22.12.1964

Auf die Forderung der Bild-Zeitung nach Schröders Ablösung entgegnete Erhard: "Sie glauben doch nicht etwa, daß die Bild-Zeitung die Richtlinien der Politik bestimmt".

So Erhard, L., zit. in: BKB, Münchner Merkur, 12.11.1964

345 In einem politischen Grundsatzartikel warnte Adenauer in der Jubiläumsausgabe in der Monatszeitschrift "Die Politische Meinung" vor einem Alleingang Bonn - Washington und einer Isolierung Frankreichs, die unweigerlich eine Isolierung der Bundesrepublik mit unabsehbaren Folgen nach sich ziehen müßte.

So Adenauer, K., Schaut auf Deutschland, in: Die Politische Meinung, Jg. 9, 1964, Heft 100, S. 20 f.

Auf diese Weise umging der Altbundeskanzler geschickt eine Vereinbarung der CDU/CSU Bundestagsfraktion, keine dem Regierungskurs widersprechenden Zeitungsinterviews mehr zu geben.

Interview-Wünsche mußten beim Fraktionspressechef der CDU/CSU Ackermann angemeldet werden. Aktueller Anlaß dazu war seinerzeit das umstrittene Interview Adenauers mit der amerikanischen Journalistin Marguerite Higgins gewesen.

Vgl. BKE, FR, 16.11.1964

346 Unmittelbar vor seiner Reise nach Ostasien sagte Strauß am 10. November 1964 vor der Presse in Frankfurt, daß er eine Große Koalition

"zu gewissen Zeiten" und "wenn es Probleme gibt, die eine der großen Parteien allein nicht verkraften kann" für "durchaus möglich" halte. (So Strauß, F.J., zit. in: FR, 11.11.1964).

Nach seiner Rückkehr erklärte Strauß am 6. Dezember 1964, Bundeskanzler Erhard wäre "besser beraten gewesen", wenn er in strittigen Fragen auf die CSU gehört hätte und erwähnte in diesem Zusammenhang das deutsch-französische Verhältnis, die Kriegsofferrenten und die Telefongebührenerhöhung.

So Strauß, F.J., zit. in: FAZ, 7.12.1964.

- 347 Der Erfolg dieses Staatsbesuches wurde von der Tatsache begünstigt, daß am 1. Dezember 1964 zwischen dem Bundeskanzler, den Koalitionsparteien und dem Deutschen Bauernverband eine Einigung über den von Frankreich gewünschten Getreidepreis erzielt werden konnte. (vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 107)
- Nach der Einigung über den Agrarmarkt im EWG-Ministerrat äußerte Erhard die Überzeugung, daß in allen europäischen Fragen eine Verständigung nun leichter geworden sei. In demselben Interview erteilte Erhard einer Großen Koalition eine klare Absage. "Ich kann mir einen Bundeskanzler Erhard als Regierungschef einer Großen Koalition nach den nächsten Wahlen nicht vorstellen".
- So Erhard, L., zit. in: BKB, Münchner Merkur, 16.12.1964
- 348 Hildebrand, K., a.a.O., S. 106 f.
- 349 In diesem Sinne äußerte sich auch Konrad Adenauer in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung. Auf die Qualität der deutsch-französischen Beziehungen hin befragt, antwortete er: "Ich glaube, daß die Gegensätze in der Sache bis auf weiteres erledigt sind".
- So Adenauer im Gespräch mit Horlacher, W., Deutschlands politische Situation, zit. in: Stuttgarter Zeitung, 6.2.1965
- 350 Das Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht (MLF) war im Dezember 1964 von Johnson aufgegeben worden. Der Entschluß des amerikanischen Präsidenten beeinträchtigte die pro-amerikanische Einstellung der "Atlantiker" in der Union, die das Projekt befürworteten, nicht.
- Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 110
- 351 So Mende, E., zit. in: Christ und Welt, 12.2.1965
- 352 So Mende, E., der allerdings hinzufügte: "Ich möchte mich nicht festlegen; denn ich habe seit 1961 dazugelernt". Auf einer Großveranstaltung in Kaiserslautern erteilte Mende gemeinsam mit Weyer allen Spekulationen über eine mögliche Zusammenarbeit mit Strauß eine klare Absage. Weyer sagte wörtlich: "Solange die Verfahren gegen ihn anhängig sind, ist mit uns über eine Rückkehr von Strauß ins Bundeskabinett nicht zu reden". So Mende, E. und Weyer, W., zit. in: Christ und Welt, ebenda
- 353 So Strauß, F.J., ebenda
- 354 So Oberhorner, W., ebenda
- 355 Dieses Interview, das Adenauer am 10. Februar 1965 dem außenpolitischen Chefkorrespondenten der "New York Times", Sulzberger, gab, und in dem der Altbundeskanzler zum Teil wörtlich zitiert wurde, zum Teil in

indirekter Rede zu Wort kam, wurde in der New York Times, in verkürzter Form in der Bild-Zeitung und im Parlamentarischen Politischen Pressedienst (11.2.1965), abgedruckt.

- 356 Hier wörtlich zitiert: "Hier, auf diesem Kontinent ist Amerikas Achillesferse. Wenn Ihr das verliert, wird Rußland die stärkste Macht werden".
So Adenauer, K., zit. in: Parlamentarischer Politischer Pressedienst, a.a.O.
- 357 Vgl. ebenda
- 358 So Adenauer, K., ebenda
- 359 Vgl. BKB, Die Welt, 11.2.1965
Auch die offiziellen Kommentare aus Washington zeigten Verwunderung, zumal die Behauptungen Adenauers, daß eine Vereinbarung über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa bestanden, und Verteidigungsminister Robert S. McNamara eine Studie über die Konsequenzen eines Abzuges amerikanischer Truppen vorbereitet habe, nach Aussage amerikanischer Sprecher nicht der Wahrheit entsprachen. Vgl. Parlamentarische Politische Pressedienst-Dokumentation, ebenda; vgl. auch SZ (dpa), 11.2.1965.
- 360 So Adenauer, K., zit. in: BKB, Die Welt, 11.2.1965
- 361 So Adenauer, K., ebenda
- 362 Hildebrand, K., a.a.O., S. 130
Bundesjustizminister Ewald Bucher von der FDP, der in Übereinstimmung mit seiner Partei für eine Verjährung eintrat, gelang es, in der Kabinettsitzung vom 5. November 1964 mit seinen Argumenten zu überzeugen, so "daß Bundeskanzler Erhard zusammen mit den Ministern Lemmer, Blank und Lücke, die mit ihm anderer Meinung waren, von der Mehrheit überstimmt wurde".
Caro, M.K., a.a.O., S. 329
"Erhard ließ bald nach der Kabinettsitzung durchsickern, er sei überstimmt worden. Er hielt dies für einen Sonderfall und vertrat die Meinung, es sei für keinen Bundeskanzler gut, die Richtlinienkompetenz zu sehr zu strapazieren, da dadurch das Gegenteil des gewünschten Ziels erreicht würde. Natürlich dürfe der Bundeskanzler nur in Ausnahmefällen überstimmt werden, sonst leide seine Autorität. Indem er seine Haltung zur Verjährungsfrage verspätet bekanntgab, glaubte Erhard, den politischen Schaden teilweise repariert zu haben. An ihm bleibt jedoch der Vorwurf hängen, in der entscheidenden Sitzung nicht hart genug für seinen Standpunkt gekämpft zu haben".
Caro, M.K., ebenda S. 331
- 363 Adenauer hatte diese Lösung wiederholt vorgeschlagen.
Vgl. Adenauer, K., im Gespräch mit Horlacher, W., Deutschlands politische Situation, zit. in: Stuttgarter Zeitung, 6.2.1965
- 364 Caro, M.K., a.a.O., S. 334
- 365 Vgl. Caro, M.K., ebenda S. 334

- 366 So Mende, E., in einem Brief an Erhard, zit. in: Hildebrand, K., a.a.O., S. 134
In einer ungewöhnlich scharfen Erklärung warf die CSU-Landesgruppe der FDP Verantwortungslosigkeit vor und forderte Erhard auf, dem Bundespräsidenten unverzüglich einen neuen Bundesjustizminister vorzuschlagen.
Hier wörtlich zitiert: "Wenn die FDP dann ebenfalls ihre anderen Minister aus dem Kabinett zurückzieht, ist das ihre Sache und ein abermaliger Beweis für ihre destruktive Haltung". Die FDP habe aber, so der weitere Wortlaut der CSU-Erklärung, die Gelegenheit, "die bewährte Kunst des Umfallens" erneut zu praktizieren und ihre Minister im Kabinett zu belassen.
Zit. in: dpa-Meldung, z.B. in Wasserburger Zeitung, 27./28.3.1965
- 367 Vgl. Caro, M.K., a.a.O., S. 335
- 368 Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 112
- 369 Vgl. Caro, M.K., a.a.O., S. 339
- 370 Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 112 f.
- 371 Hildebrand, K., ebenda S. 114
- 372 Hildebrand, K., ebenda S. 114
- 373 Vgl. Hildebrand, K., ebenda S. 115
- 374 Hildebrand, K., ebenda S. 115
- 375 Vgl. Lahr, R., a.a.O., S. 419
Dies bestätigte der deutsche Journalist Rolf Vogel dem Verfasser in einem Gespräch am 29.10.1977. Vogel, der den CDU-Abgeordneten Birrenbach auf seinen Reisen nach Israel begleitete, merkte an, daß in Politiker- und Journalistenkreisen die Auffassung vorherrschte, die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Israel sei nicht das Verdienst Erhards, sondern Barzels.
- 376 Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 116
- 377 Hildebrand, K., ebenda S. 128
Dieses wurde noch dadurch verstärkt, daß bekannt wurde, welche Minister im Kabinett für, welche gegen die Entscheidung gestimmt hatten.
Vgl. Rausch, H., a.a.O., S. 193
- 378 Nach einer Meldung des Parlamentarisch-Politischen-Pressedienstes begründete Adenauer seine Weigerung mit dem Argument, er könne sich bei einer größeren Rede Kritik an Erhards und Schröders Außenpolitik nicht versagen. Er wolle deshalb über die Begrüßungs- und Schlußworte hinaus nur als "schweigender Gast" teilnehmen. Ob ihm das gelingen werde, könne er aber nicht garantieren.
Vgl. Parlamentarischer Politischer Pressedienst, ref. in: BKB, Stuttgarter Zeitung, 27.3.1965
- 379 So Dufhues, H.J., zit. in: Stuttgarter Zeitung, 30.3.1965
- 380 Auf einer Forumsveranstaltung teilte der Parteivorsitzende Mende

in Frankfurt mit, daß er die verbindliche Absage an eine Zusammenarbeit mit Strauß im Namen des gesamten Parteivorstandes bekanntgebe, da dieser nach Ansicht der FDP noch viele Jahre der Bewährung brauche. Willi Weyer präzierte diese Ablehnung mit dem Argument, daß es sich nicht nur um den Abschluß der anhängigen Gerichtsverfahren des CSU-Vorsitzenden, sondern um die Einschätzung seiner Gesamtpersönlichkeit handele, wobei Weyer Strauß als "Exponenten eines schlechten politischen Stils" bezeichnete. Stuttgarter Zeitung, 24.3.1965

381 Stuttgarter Zeitung, 30.3.1965

382 Stuttgarter Zeitung, ebenda

383 Stuttgarter Zeitung, ebenda

384 Vgl. S. 19 ff.

Gerade die weniger einflußreichen Abgeordneten der Union, so der stellvertretende Landesgruppensprecher der CSU, Josef Bauer, in einem Gespräch mit dem Verfasser am 23.12.1984, konnten mit Erhard's Zukunftsvisionen kaum reale Politik verbinden. Zudem wurde der Begriff "Formierte Gesellschaft" oft mißverständlich interpretiert und umgedeutet. In der Studentenschaft wurde Erhard's "Formierte Gesellschaft" als eine neue Version des Faschismus diskreditiert. (Vgl. Baring, A., a.a.O., S. 80)

In diesem Sinne äußerte sich am 30.10.1984 gegenüber dem Verfasser auch Hohmann, der einräumte, die konkreten Inhalte beider Modelle seien in der Öffentlichkeit zu wenig transparent dargestellt worden.

385 Erhard versuchte immer wieder im Dialog mit dem Bürger, die Intention der Modelle zu verdeutlichen; unmittelbar vor der Wahl in Interviews mit den Wochenzeitungen "Bunte Illustrierte", Köln, (28.6.1965), "Die Entscheidung" (13. Jg. 1965, Heft 8, S. 7 f.), "Echo der Zeit", Recklinghausen, (5.9.1965) und "Der Spiegel", Nr. 37, (6.9.1965)

386 Rüdiger Altmann wagte sogar die These, das desavouierende Verhalten einiger Unionspolitiker habe die absolute Mehrheit Erhard's am 19. September 1965 verhindert. (Vgl. Altmann, R., Gross, J., Gespräch über Erhard in: Schröder u.a. (Hrsg.), Ludwig Erhard, a.a.O., S. 31) In diesem Sinne äußerte sich auch Mende, E., vom "Fuchs" über den "Helden" bis zu "Plisch und Plum", in: Welt am Sonntag, 7.4.1985

387 Die Landesversammlung wählte Strauß mit 643 von 750 Stimmen. Vgl. Münchner Merkur, 12.4.1965

388 So Strauß, F.J., zit. in: Augsburger Allgemeine, 29.5.1965

389 Vgl. Strauß, F.J., ebenda

390 So Strauß, F.J., ebenda

391 So Strauß, F.J., ebenda

392 Das Buch "Ludwig Erhard - der Mensch und der Politiker" erschien Anfang Juni 1965 im Düsseldorf's Econ-Verlag. Hohmann versicherte dem Verfasser im Gespräch am 10.4.1985, daß Erhard die Biographie befürwortet hatte und deshalb die Passagen, in denen er zitiert wurde, sehr gewissenhaft redigierte. Dennoch wurde in kritischen Rezensionen anhand von

Belegen festgestellt, daß Adenauer und Strauß zu negativ dargestellt wurden.

Vgl. BKB, FR, 11.6.1965; vgl. auch Sobotto, J., Liebeserklärung an den Bundeskanzler, in: Rheinische Post, 19.6.1965

393 Vgl. "Die Berater der Berater des Kanzlers", in: Bayern-Kurier, 3.7.1965

394 Vgl. BKB, FR, 11.6.1965

Vgl. auch Bayern-Kurier, a.a.O.

Hohmann, als Chef des Kanzlerbüros auch für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig, bestätigte dies dem Verfasser im Gespräch am 10.4.1985, versicherte jedoch ausdrücklich, daß es sich bei diesem Buch um keine Auftragsarbeit handelte.

395 Bayern-Kurier, ebenda

396 Bayern-Kurier, ebenda

397 Bayern-Kurier, ebenda

398 NZZ, "Erhard und die Intellektuellen", 17.7.1965

399 Der Spiegel-Artikel, in dem in erster Linie die Zustände im Bonner Elendsquartier Dransdorfer Weg beschrieben wurden, ist auszugsweise abgedruckt in: Hildebrand, K., a.a.O., S. 120

400 So Erhard, L., zit. in: Hildebrand, K., ebenda S. 119 f.

401 So Erhard, L., zit. in: Hildebrand, K., ebenda S. 120

402 Vgl. Fauth, G., Wer schimpft, hat unrecht, in: Kölner Stadtanzeiger, 15.7.1965

Vgl. "Kanzler und Banausen", in: Die Zeit, 16.7.1965

Vgl. auch Stüber, J., Kanzler der starken Gesten, in: Westfälische Rundschau, 17.7.1965

Vgl. besonders Feddersen, J., Kanzler der Kunst, in: NRZ Rhein Ruhr Zeitung, 17.7.1965

Erhard schwächte seine Aussagen in einem Interview mit dem Presseorgan der Jungen Union, "Die Entscheidung", wohl auf Anraten seiner engsten Mitarbeiter (vgl. Mörbitz, E., Wenn Erhard aus der Rolle fällt, in: BKB, FR, 21.7.1965), ab und sagte: "Als ein Mann, der aus dem geistigen Leben in die Politik kam, weiß ich sehr wohl zu unterscheiden zwischen dem Verantwortungsbewußtsein geistig arbeitender Menschen gegenüber Staat und Gesellschaft und parteipolitischer Propaganda. Von mir aus können Autoren wie Grass oder Hochhuth ruhig für ein besseres Hotelfrühstück oder für die Wiederbelebung des alten Klassenkampfes öffentlich eintreten. Aber die Menschen, die sich das anhören müssen, sollen wissen, daß diese Leute das nicht als Literaten, sondern als Propagandisten für eine sozialistische Zukunft Deutschlands tun. Eine solche Ehrlichkeit scheint mir allein schon ein Gebot der Fairneß gegenüber den Dichtern, Schriftstellern und Künstlern zu sein, die dem geistigen Deutschland wieder internationalen Rang gegeben haben. Mein Ausruf in meiner Regierungserklärung zur Mitarbeit aller schöpferischen Kräfte an diesem Staat ist in der Zwischenzeit nur noch drängender und zwingender geworden. Diese schöpferische Mitarbeit aller

geistig und künstlerisch Tätigen ist eine wichtige Ergänzung der Anstrengungen der Politiker, die deutsche Zukunft glücklich zu gestalten".

So Erhard, L., Interview mit dem Bundeskanzler, in: Die Entscheidung, Jg. 13, 1965, Heft 8, S. 10

Ebenfalls zu Unstimmigkeiten kam es zwischen Erhard und Repräsentanten der Universitäten, die höhere Mittel für die Bewältigung der Aufgaben der Bildung und Forschung forderten. (vgl. etwa den offenen Brief Berliner Pädagogen an den Bundeskanzler, "Keine gleichen Bildungschancen", abgedruckt in: Spandauer Volksblatt, 14.7.1965). Erhard begrüßte zwar das Engagement der Studenten, die am 1. Juli 1965 für ihre Anliegen demonstriert hatten, gab aber zu bedenken: "Allerdings darf sich dieses Engagement nicht allein in Forderungen an den Staat und an die Gemeinschaft erschöpfen. Das Engagement wird um so glaubwürdiger und verspricht um so mehr Erfolg, je höher die akademische Jugend Anforderungen an sich selbst stellt und je größer ihr eigener Beitrag zur Lösung dieser Fragen ist.

Kennedys Wort an seine Mitbürger, mehr danach zu fragen, was sie für ihren Staat tun, als was der Staat für sie tut, gilt auch hier. Die deutschen Studenten sollten in einem modernen Sinn die jahrhundertealte Tradition fortführen, sich mitverantwortlich zu fühlen für die Entwicklung von Staat und Gesellschaft. Wenn in der "Aktion 1. Juli 1965" etwas von dieser unteilbaren Verantwortung zu spüren sein wird, kann sie einen wertvollen Beitrag zur Lösung des Bildungsproblems bieten, das sich im Übrigen ja keineswegs allein auf den akademischen Nachwuchs beschränkt".

So Erhard, L., zit. in: Bulletin der Bundesregierung, 1.7.1965, Nr. 112, S. 898

- 403 Auf die Frage, ob sein USA-Besuch nach wahltaktischen Gesichtspunkten terminiert wurde, antwortete Erhard: "Das mag mancher Politiker glauben. Ich kann jedenfalls von mir sagen, daß meine Reise nach den Vereinigten Staaten überhaupt nicht, auch nicht am Rande, im Hinblick auf die kommende Wahl angelegt war. Die weltpolitische Situation ist zu ernst, um eine für die deutsche Politik so wichtige Begegnung wie die mit dem amerikanischen Präsidenten mit Wahlen in Zusammenhang zu bringen. Auch bin ich mit Präsident Johnson zu sehr befreundet, als daß Wahlüberlegungen eine Rolle spielen könnten. Johnson und ich sind wirklich eng verbunden, wir verstehen uns ausgezeichnet. Ich wäre niemals auf den Gedanken gekommen, und er sicher auch nicht, ein Zusammentreffen zwischen uns aus irgendwelchen wahltaktischen Erwägungen heraus zu arrangieren".

So Erhard, L., im Interview mit der "Neuen Illustrierten", veröffentlicht durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 28.6.1965 (Material für die Presse).

- 404 Hier wörtlich zitiert: "Es ist meine Überzeugung, daß eine parlamentarische Demokratie nur funktionieren kann, wenn sie auf Regierung und Opposition ausgerichtet ist. Ich bin sogar der Meinung, daß beide eine gleich wichtige Funktion zu erfüllen haben. Aber das Zusammenwerfen halte ich für eine schlechte Sache. Es gibt auch in Europa Beispiele dafür, daß sich das gerade nicht sehr gelohnt hat. Wenn also kein entscheidender Zwang vorliegt - so wie in Großbritannien Churchill sich während des Krieges auch mit Labour verbunden hat -, bin ich der Meinung, daß man dieses demokratische Prinzip hochhalten sollte. Das hat mit einer speziellen Partei gar nichts zu tun, und damit ist auch kei-

ne Feindschaft ausgedrückt. Aber ich halte das Prinzip einer solchen Proportionaldemokratie für falsch."
So Erhard, L., ebenda

405 Erhard meinte wohl den Besuch, nicht die Person des SPD-Vorsitzenden (Anmerkung des Verfassers). Vgl. ebenda.
Adenauer bestätigte später, mit Brandt ein intensives Gespräch bezüglich der Bildung einer Großen Koalition geführt zu haben.

"Ich habe, es war am 18. Juni, Herrn Brandt gesprochen, das wissen Sie wohl. Er hatte um eine Besprechung gebeten. Er ist Vorsitzender seiner Partei, ich bin Vorsitzender meiner Partei. Ich habe ja auch früher mit Schumacher gesprochen und dann mit Ollenhauer. Die Notwendigkeiten ergeben sich eben, und denen muß man folgen, wenn man das Ganze nicht Schaden nehmen lassen will. Brandt hat das Gespräch ganz klug geführt. Er sagte unter anderem: Es liegen Fragen vor, die unsere Verfassung berühren, die gelöst werden müssen, anders gelöst als bisher, und ich habe den Wunsch, daß wir nach der Wahl über solche Fragen sprechen. Das habe ich ihm zugesagt und dieses Gespräch wird auch stattfinden".

So Adenauer, K., Was soll aus Deutschland werden?, zit. in: Christ und Welt, 17.9.1965

406 So Erhard, L., ebenda

407 So Erhard, L., ebenda

408 Vgl. SZ (Eig. Bericht), 13.7.1965

409 In diesem Punkt stimmte Strauß mit Adenauer überein; vgl. S. 269 Anm. 434

410 Vgl. SZ (Eig. Bericht), 13.7.1965

In einem Interview präzisierte der CSU-Vorsitzende anlässlich des CSU-Parteitages in Nürnberg seine Meinung zur Bildung einer Großen Koalition: "Sie haben meine Ausführungen vor dem politischen Club der evangelischen Akademie in Tutzing hier richtig erläutert. Ich bin gefragt worden, ob nach meiner nunmehr sechzehnjährigen Erfahrung als Mitglied des Deutschen Bundestages und vorher des Frankfurter Wirtschaftsrates mir Reformen angebracht und notwendig erscheinen. Ich habe daraufhin ausgeführt, daß das Grundgesetz zu einem Zeitpunkt geschaffen worden ist, als die ganzen wissenschaftlich-technischen, sozialen, kurzum gesellschaftlichen Umstände anders waren, als sie in der Zwischenzeit durch den raschen Fortschritt geworden sind. Ich habe in diesem Zusammenhang ausgeführt, daß ich für eine fünfjährige Legislaturperiode eintrete, für eine Reform des Wahlrechtes, für eine Finanzreform, ohne daß ich hier in die Einzelheiten gehen kann.

Ich habe ferner ausgeführt, daß ich gewisse Reformen in der Organisation der Regierung und in der Arbeitsweise der Regierung sowie in der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament für notwendig halte. Auf diesem Hintergrund habe ich erläutert, daß eine solche Reform wohl nur durchgeführt werden kann, wenn die Regierung dieser Periode eine parlamentarische Mehrheit hinter sich hat, die die erforderlichen Stimmen zur Änderung der Verfassung aufbringen kann. Ich habe im Zusammenhang damit auch gesagt, daß mir grundsätzlich eine Große Koalition nicht erwünscht erscheint, weil eine der beiden großen Parteien, die relativ stärkste, in der Regierung und die zweitstärkste in der Opposition sein soll, daß ich auch nichts halte von einem Re-

gierungssystem österreichischen Modells unter den bei uns gegebenen Umständen".

So Strauß in einem Interview mit WDR II ("Das Mittagmagazin"), zit. nach KÜ, 19.7.1965, Nr. 135, Anhang I, S. 1 f.

Zum politischen Einfluß der FDP äußerte sich Strauß wie folgt: "Ich bin ja einer der Gründer der gegenwärtigen Koalition, muß allerdings in Erläuterung dessen, was Sie hier gesagt haben, zum Ausdruck bringen, daß die FDP, von der acht Mandate zur absoluten Mehrheit der Regierungskoalition erforderlich sind, im Laufe der letzten Legislaturperiode nicht immer eine erfreuliche Rolle gespielt hat. Sie hat sich in der Erzeugung künstlicher Krisen ebenso wie in der Erzwungung oder Verhinderung bestimmter politischer Projekte hervorgetan. Ich glaube, daß eine politische Partei, eine Fraktion im Bundestag - auch wenn sie zur absoluten Mehrheit erforderlich ist - hier den ihr gezogenen Rahmen nicht überschreiten kann, ohne daß negative Urteile und gewisse Reaktionen daraus entspringen".

So Strauß, F.J., ebenda

In diesem Sinne hatte sich Strauß bereits am 15.7.1965 beim Jugendforum der CSU ausgesprochen. Vgl. Rhein Ruhr Zeitung, 19.7.1965

Am Schluß des Interviews bestätigte Strauß, daß er der erste Spitzenpolitiker der Union sei, der öffentlich erklärt habe, sich in der Koalitionsfrage alle Wege offen zu halten und fügte hinzu, "daß es auch in der CDU starke Kreise und Strömungen gibt, die genauso denken wie ich es hier ausgedrückt habe".

So Strauß, F.J., ebenda

411 So Strauß, F.J., zit.in: BKB, Stuttgarter Zeitung, 13.7.1965

412 In seinem Vortrag "Die Verantwortung der CSU für morgen" befürwortete Strauß die geschichtliche Notwendigkeit eines Zusammenschlusses Europas und ein enges Zusammengehen der Bundesrepublik mit Frankreich, lehnte jedoch die Vorstellung de Gaulles von einem Europa der Vaterländer ab. (Vgl. Augsburgische Allgemeine, 13.7.1965). Er entwickelte unter der Formel "Die Europäisierung der deutschen Frage" ein neues Konzept.

"Strauß' Vorstellung zielte vielmehr auf ein von Amerika nicht mehr allein abhängiges, aber mit den USA gleichberechtigt verbundenes Europa unter Einfluß der zum alten Kontinent gehörenden Staaten des sowjetischen Satellitenreiches. In weltanschaulicher Hinsicht war sein Entwurf weit antikommunistischer geprägt als der de Gaulles. Insgesamt hatte er ein vereinigtes Europa vor Augen, das eine dritte Kraft neben den USA und der UdSSR darstellte, dabei durchaus als Partner an der Seite Amerikas auftrat und eine weltpolitische Rolle spielte. Innerhalb einer solchen Union würde auch Deutschland seinen Platz finden, nicht als hegemoniale Macht, sondern als Faktor innerhalb eines Europa, das im übrigen auch auf modernste Waffen nicht verzichten konnte".

Hildebrand, K., a.a.O., S. 97

Diese Konzeption erforderte, darin war sich Strauß mit Adenauer einig, energische Anstrengungen, den deutsch-französischen Vertrag mit Leben zu füllen, aktive Politik zu betreiben. Eben dies traute Strauß Erhard nicht zu, der in den Sommermonaten 1965 immer wieder die Richtigkeit seiner außenpolitischen Marschrichtung beteuerte. Im übrigen ging Erhard davon aus, daß seine Aktivitäten in der Frankreichpolitik trotz

des am Widerstand der Franzosen gescheiterten Treffens der Außenminister der sechs Staaten der europäischen Gemeinschaft (vgl. Die Welt (UPI), 20.4.1965) und eines engagierten Briefwechsels mit de Gaulle, auch Adenauer hatte dem französischen Staatspräsidenten geschrieben (vgl. BKB, Münchner Merkur, 21.4.1965 und BKB, Westdeutsche Allgemeine, 12.10.1965), der von diesem aber nur unverbindlich beantwortet worden war, engagiert und effektiv waren.

Der Staatsbesuch de Gaulles am 13. Januar 1965 in Bonn fand, so Regierungssprecher von Hase, in einer "vertrauensvollen und offenen Atmosphäre" statt und wurde, gerade bezüglich der Annäherung in Fragen des Gemeinsamen Marktes von beiden Seiten positiv beurteilt (vgl. BKB, Münchner Merkur, 14.6.1965). Als de Gaulle am 30. Juni 1965 die Verhandlungen im Ministerrat über die Finanzierung der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik scheitern ließ und den folgenden Ministerratsitzungen fernblieb, stürzte die EWG in eine neue Krise (vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 107) und belastete die deutsch-französischen Beziehungen.

(Vgl. Erhard im Gespräch mit dem stellvertretenden Chefredakteur des "Münchner Merkur", Paul Noack, zit. in: Bulletin der Bundesregierung, 15.7.1965, Nr. 121, S. 973).

Vor diesem Hintergrund ist Strauß' Aussage, er wünsche sich eine entschlossenerere und härtere Bundesregierung, auch zu verstehen.

Vgl. Augsburgener Allgemeine, 13.7.1965

- 413 So warf er der SPD "Opportunismus, nicht zu Überbietende Phantasielosigkeit und kindischen Nachahmungstrieb" vor.
So Erhard, L., zit. in: Rhein Ruhr Zeitung, 19.7.1965.

- 414 Vgl. Rhein Ruhr Zeitung, ebenda

- 415 Vgl. BKB, SZ, 6.8.1965

- 416 Erhard, der der SPD vorwarf, "den Wahlkampf zu einem Reklamewettbewerb herabzuwürdigen" und die Unionspolitik zu imitieren, sagte zur Frage der "Großen Koalition":
"Die sogenannte 'Große Koalition' lehne ich ab, weil das politische Leben der Bundesrepublik Deutschland nicht in einer Proporz-Demokratie erstarren darf. Über unsere Schicksalsfragen soll nicht hinter verschlossenen Türen entschieden werden. Kein selbstbewußter christlich-demokratischer Politiker wird der SPD auf diesen Leim gehen, die den Wählern einzureden versucht, sie glauben an einen Sieg, während sie aber schon jetzt als einzigen Weg zur Macht den Umweg über diese sogenannte 'Große Koalition' einschlagen will. Ich bin überzeugt daß die SPD am 20. September von dem Traum, im Beiwagen der CDU durchs Ziel zu fahren, unsanft erwachen wird" und fügte erklärend hinzu:
"Außenpolitische Gründe sprechen genau so wie die innenpolitischen gegen eine Große Koalition. In einer gut funktionierenden parlamentarischen Demokratie ist eine lebendige Opposition auch notwendig für eine im nationalen Interesse erfolgreich angelegte Außenpolitik. Wenn die Opposition bei uns auch in dieser Rolle versagt hat, dann liegt das an der SPD. Ihr außenpolitisches Konzept besteht darin, die außenpolitische Direktive der Bundesregierung zunächst zu bekämpfen und erst dann zu übernehmen, wenn die Bundesregierung in rechtzeitiger Erkenntnis neuer weltpolitischer Konstellationen ihre Politik den neuen Erfordernissen längst angepaßt hat. Was sollten wir also

unter diesen fatalen Umständen in der Regierung mit einem Partner anfangen, der stets hinter der Entwicklung herläuft? Die deutsche Außenpolitik darf mit einem solchen Risiko nicht belastet werden. Denn: Es geht um Deutschland!"
So Erhard, L., Interview mit dem Bundeskanzler, in: Die Entscheidung, Jg. 13, 1965, Heft 8, S. 10

417 Vgl. BKB, SZ, 6.8.1965

418 Hildebrand, K., a.a.O., S. 134

419 Bulletin der Bundesregierung, 13.8.1965, Nr. 138, S. 1114
In diesem Sinne äußerte sich Erhard auch in einem Interview mit der Recklinghauser Wochenzeitung "Echo der Zeit", hier wörtlich zitiert: "Der Ausgleich des Bundeshaushalts 1966 wird Aufgabe der neuen Bundesregierung sein. Bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 1966 wird die neue Bundesregierung zur Sicherung der Stabilität der Währung und einer gesunden Wirtschaft zum Ausgleich von Mehrbelastungen schärfste Einsparungen an anderer Stelle vornehmen müssen. Ferner wird eine umfassende Überprüfung aller Ausgaben notwendig werden, wobei auch alle früher verkündeten ausgabewirksamen Gesetze sowie alle nicht auf Gesetz beruhenden Ausgaben daraufhin überprüft werden müssen, ob sie im Rahmen einer sachlichen und politischen mehrjährigen Dringlichkeitsordnung voll oder nur teilweise aufrechterhalten werden können oder ob sie zunächst zurückgestellt werden müssen".

So Erhard in dem Interview "Erhard über die großen Fragen der Politik", zit. in: Echo der Zeit, Recklinghausen, 5.9.1965
Die Notwendigkeit, die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, bezeichnete auch Strauß als dringlichstes innenpolitisches Problem. In diesem Sinne äußerte sich F.J. Strauß in einem Brief vom 12.3.1984 an den Verfasser; vgl. auch Augsburgische Allgemeine, 13.7.1965

420 Hier wörtlich zitiert: "Ich habe diesen Schritt wohl erwogen, aber es ist sehr problematisch, den Artikel 113 bei Gesetzen anzuwenden, bei denen die Regierung selbst die Initiative ergriffen hat. Die Regierung hat bekanntlich nicht die Möglichkeit, die eine oder andere durch den Bundestag vorgenommene Erhöhung von Ausgaben abzulehnen, sondern sie kann das jeweilige Gesetz entweder im ganzen annehmen oder es in Bausch und Bogen verwerfen. Das ist aber sehr bedenklich bei Gesetzen, auf welche die Regierung Wert legt. Dieser Schuß würde einem Eigentümer gleichkommen".

Erhard fügte hinzu: "Auch konnte mir nichts daran gelegen sein, einen Streit zwischen der Regierung und der Mehrheit des Bundestages zu entfachen. Die neue Bundesregierung muß jedoch das ganze, seit 1949 geschaffene Gesetzgebungswerk, soweit es Ausgaben betrifft, sorgfältig durchkämmen. Hier stecken nach meiner Überzeugung mancherlei Möglichkeiten der Einsparung".

So Erhard, L., zit. in: Der Spiegel, Nr. 37, 6.9.1965, S. 36

421 So Hohmann im Gespräch mit dem Verfasser am 31.10.1984

422 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 6.8.1965

423 Das Reiseprogramm war von den Wahlkampfstrategen des Kanzlers bis ins letzte Detail durchdacht worden. Erhard weilte jeweils einen Tag in einem bestimmten Gebiet, hielt dort zwölf bis fünfzehn Ansprachen und

legte nachts schlafend meist große Strecken zurück, um in einem ganz anderen Gebiet Wahlkampf zu führen. Damit sollte nach Ansicht der Reiseplaner der Eindruck erweckt werden, der Bundeskanzler sei "allgegenwärtig". (Vgl. General-Anzeiger, Bonn, 25.8.1965).

Hohmann bestätigte dies und ergänzte, daß sehr viele Unionspolitiker großen Wert darauf legten, daß Erhard als Wahlkampfplokomotive in ihrem Wahlkreis auftrat und die Wahlchancen steigern half. (So Hohmann im Gespräch mit dem Verfasser am 10.4.1985).

Erhards Engagement im Wahlkampf, das, so Hohmann, bis an die Grenzen seiner physischen Belastbarkeit ging, wurde von der Unionsbasis honoriert, mag aber wohl, wie es Ralf Dahrendorf gelegentlich zu bedenken gab, bei führenden Unionspolitikern auch die Frage aufgeworfen haben, wann Erhard seine Regierungsgeschäfte erledigt.

(Vgl. Dahrendorf, R., Wann regiert er?, in: NRZ, Rhein Ruhr Zeitung, 16.6.1965).

Die Antwort, wenn auch verkürzt - Erhard hatte die Möglichkeit vom Sonderzug aus, der einen komplett eingerichteten Bürowagen besaß, Dienstgeschäfte zu tätigen -, gab "Welt am Sonntag" am 22.8.1965: "Kanzler kämpft, Westrick regiert".

424 Vgl. Stuttgarter Zeitung, 20.9.1965.

In der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn befindet sich eine 20-bändige Pressedokumentation über die Wahlkampfreise Erhards im August/September 1965. Ferner warb Erhard als Spitzenkandidat der Union mit Hilfe von Zeitungsanzeigen, was ihm von Seiten der SPD den Vorwurf eintrug, er mache mit den Anzeigen des Bundespresseamtes Wahlpropaganda. Erhard äußerte sich dazu wie folgt:

"Die Opposition wird natürlich sagen: Wenn der Bundeskanzler, der mit der CDU verbunden ist, eine Aussage als Bundeskanzler leistet, dann ist das vor der Wahl gleichzeitig auch eine Parteipropaganda. Das ist natürlich Unsinn. Ich habe schon als Wirtschaftsminister unabhängig von Wahlen immer wieder in Anzeigen Informationen gegeben, weil Anzeigen ein wirksames und gutes Informationsmittel sind. Die jetzige Anzeigenserie ist bewußt aus der Zeit des Bundestagswahlkampfes herausgehalten worden. Das Erscheinen der letzten Anzeige ist bewußt hinausgezögert worden, um auch jeden Zusammenhang mit dem Landtagswahlkampf zu vermeiden. Die letzte Anzeige ist deshalb erst einen Tag nach den Wahlen im Saarland erschienen, was die Korrektheit der Aktion noch deutlicher macht".

So Erhard, L., zit. in: Bulletin der Bundesregierung, 15.7.1965, Nr. 121, S. 975

425 Vgl. Münchner Merkur, 12.8.1965

426 Hier wörtlich zitiert: "Sehr geehrter Herr Mende, Ihre Partei bildet zusammen mit der CDU und CSU eine Regierung. So eindeutig an sich dieser Sachverhalt ist, muß er doch immer wieder aufs neue ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zurückgerufen werden, denn Ihre Partei und Sie selbst haben dies offenbar vergessen. Sie haben einen Zustand herbeigeführt, wie er in der Geschichte parlamentarischer Regierungsformen wohl einmalig ist. Auf der einen Seite spielt Ihre Partei Regierung, auf der anderen Opposition. Auf der einen Seite agieren Sie als Bundesminister und Vertreter des Bundeskanzlers, auf der anderen gebärden Sie sich als Oppositionsführer. Ich verstehe diese schizophrene Haltung Ihrer Partei und Ihrer Person. Die Angst sitzt Ihnen im Nacken, die Angst, an der für unseren Staat so heilsamen 5-Prozent-Klippe zu scheitern. Die Einsicht, daß der

deutsche Wähler Ihre "destruktive Mitarbeit" am 19. September mit einem entschlossenen Nein quittieren wird, läßt Sie und Ihre Partei in Panik geraten. Für daraus resultierende Kurzschlußhandlungen habe ich volles Verständnis. Dieses Verständnis muß aber dort sein Ende haben, wo Sie, Herr Vizekanzler, Ihre letzte Zuflucht zu offensichtlichen Unwahrheiten nehmen, um Ihre "Partner" und natürlich auch mich zu diffamieren, weil Sie darin offenbar die einzige Chance politischen Überlebens für sich und Ihre Partei sehen.

Die vielzitierte freidemokratische Wahlillustrierte - eine etwas hochtreibende Bezeichnung für das nur wenige Seiten umfassende Machwerk - ist Ihr letzter Anker, den Sie auswerfen, um den politischen Grund nicht unter den Füßen zu verlieren. Doch gerade damit haben Sie sich, Herr Bundesminister, wenn nicht leichtfertig, so böswillig, auf gefährlichen Treibsand begeben.

Die 5. Zivilkammer beim Landgericht München I hat es Ihnen bestätigt, und der Gerichtsvollzieher hat Ihnen diese Bestätigung ins Haus gebracht. Durch eine gerichtliche Verfügung wird Ihnen untersagt, wahrheitswidrig und wider besseres Wissen zu behaupten, ich hätte unter Vorpiegelung falscher Tatsachen die Justiz veranlaßt, Menschen zu verhaften und Häuser zu durchsuchen.

Sie können, Herr Vizekanzler, gegen diesen Beschluß Widerspruch einlegen. Ich fordere Sie öffentlich auf, dies zu tun. Gehen Sie vor Gericht und erbringen Sie den Wahrheitsbeweis Ihrer Unterstellungen gegen mich, wenn Sie dazu in der Lage sind. Sie werden es nicht sein. Ihr und Ihrer offiziellen und inoffiziellen Freunde Anspruch, besondere Hüter von Rechtsstaatlichkeit und guter Sitte zu sein, hat sich durch Ihre Art der Wahlkampfführung selbst erledigt. Alles, was positiv am liberalen Gedanken, haben Sie, Herr Dr. Mende, durch Ihre Heckenschützertaktik, die Ihnen von den Hintermännern Ihrer Partei eingeredet wurde, verraten.

Franz Josef Strauß, Landesvorsitzender der CSU

So Strauß, F.J., F.J. Strauß an Mende - abgedruckt in: Bayern-Kurier, 14.8.1965.

427 Die Kernsätze des Altbundeskanzlers lauteten: "Das, was sich in Genf abspielt, ist eine Tragödie für uns Deutsche".

"Der amerikanische Plan ist so ungeheuerlich, so schrecklich, daß Europa den Russen Überantwortet wird, auf die Dauer gesehen."

"Ich hoffe, daß sich niemals eine solche Regierung findet, die einem solchen Vertrag, wie er von den Amerikanern vorgeschlagen wurde, beitrifft."

"Eine grauenvolle, gefährliche und grundfalsche Theorie".

"Das haben wir und das hat Europa bei Gott nicht verdient."

"Wenn dieser Vertrag zustande kommt, ist die NATO erledigt."

"Abrüstung statt Atomklub der Drei, das muß die Parole sein."

So Adenauer, K., zit. in dem Artikel "Adenauers Parforce-Ritt gegen Amerika", in: Die Zeit, 27.8.1965.

Vgl. auch Die Welt (UPI), 20.8.1965, FAZ (dpa/ap), 20.8.1965, "Der Spiegel", Nr. 36, 1.9.1965, S. 19 ff.

Adenauer erklärte später anläßlich der Eröffnung seines Wahlkampfes um das Bundestagsmandat im Wahlkreis Bonn: "Meinen Paukenschlag in Münster hat man in Washington gehört ... Genf war eine üble Sache. Mit voller Absicht habe ich auf die Pauke gehauen".

So Adenauer, K., zit. in: FR, 1.9.1965, vgl. auch Ruhr-Nachrichten, Dortmund, 20.8.1965.

Einige Tage später rechtfertigte Adenauer seine Kritik an den USA auf einer Wahlveranstaltung in Wesel noch einmal.
Vgl. Die Welt (UPI/dpa), 28.8.1965

Unmittelbar vor der Wahl relativierte Adenauer seine Ausführungen, indem er erklärte: "Ein offenes Wort unter Freunden ist für die Erhaltung der Freundschaft viel besser, als wenn man dem ausweicht. Ich habe mich an die amerikanische Öffentlichkeit gewandt, und darauf haben Rusk wie Johnson dann auch reagiert. Es war doch bezeichnend, wie die Amerikaner die Genfer Verhandlungen geführt haben. Wissen Sie, wie lange zuvor die Konsultation der NATO gedauert hat? Nur eine Stunde, ohne Diskussion. Es war eine Sünde der Amerikaner, daß sie die NATO in diesem Zusammenhang vernachlässigt hatten. Im übrigen halte ich es für richtig, daß das Auswärtige Amt eine besondere Stelle für Abrüstungsfragen geschaffen, einen Beobachter bestimmt hat, der die ganzen Verhandlungen gleich, wann und wo sie geführt werden, im Auge behält".

So Adenauer, K., Was soll aus Deutschland werden, zit. in: Christ und Welt, 17.9.1965.

428 Vgl. Die Zeit, a.a.O.

429 Die Zeit, ebenda

430 Vgl. FAZ, 20.8.1965

431 Die Diktion des von Adenauer gezeichneten Artikels deutete, so "Christ und Welt" auf den Chefredakteur des "Rheinischen Merkur", Anton Böhm, hin.
(Vgl. Christ und Welt, "Adenauers Bombe", 4.9.1965).
Dazu wußte "Der Spiegel", Nr. 37, am 6.9.1965 zu berichten:
"Eine doppelte Überraschung hat Konrad Adenauer seinen Parteil Freunden bereitet. CDU-Vorsitzende veröffentlichte in der September-Ausgabe der Zeitschrift "Die politische Meinung" einen Artikel, in dem er die Möglichkeit einer Koalition mit den Sozialdemokraten nicht ausschloß. Als sich hierauf die Gegner einer Großen Koalition innerhalb der CDU-Führung empörten, erklärte Adenauer im Parteipräsidentium, er sei durch die Veröffentlichung dieses Artikels "völlig überrascht" worden; er hätte nicht damit gerechnet, daß die Zeitschrift den Artikel "ausgerechnet im Wahlkampf hochspielen" würde. In Wirklichkeit hatte Adenauer bereits Ende Juli die "Meinungs"-Redakteure Karl Willy Beer und Anton Böhm beauftragt, den Artikel zu schreiben und ihn "bis auf Punkt und Komma abgesprochen" (Beer) rechtzeitig vor der Wahl zu veröffentlichen. In dem Artikel heißt es daher auch: "In Kürze wird das Volk über die Zusammensetzung des Bundestags entscheiden".

432 Adenauer lehnte zwar einen allzu willfährigen Koalitionspartner ab, gab jedoch zu bedenken: "Aber dieses Diskussions-Verhältnis darf nicht in eine "Opposition in der Koalition" ausarten; denn dadurch würde die Arbeit des Kabinetts sabotiert. Wenn eine Partei ihren Standort auf der Regierungsseite einmal gewählt hat, muß sie daraus auch die Konsequenzen ziehen. Die parteitaktischen Vorteile der Koalition und der Opposition zugleich einheimen zu wollen, ist unfair. Man muß sich für das eine oder für das andere entscheiden".

So Adenauer, K., zit. in: Die Politische Meinung, 10. Jahrgang 1965, Nr. 108/II, (2. Hjt.) S. 14

433 So Adenauer, K., a.a.O., S. 16

Hier wörtlich zitiert: "Die erforderlichen Reform-Maßnahmen können nicht mehr lange hinausgeschoben werden; sonst bringen wir durch unsere Säumigkeit selbst schweren Schaden über unser Land. Jeder weiß, was wir brechen: eine Notstandsverfassung, die nicht bloß ein Pappschwert ist; strenge Sparsamkeit der öffentlichen Hand, des Bundes, der Länder, der Gemeinden, damit die Kaufkraft der Deutschen Mark nicht verfällt; eine vereinheitlichte und einfache Sozialgesetzgebung, die sich an die Grenzen unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten hält.

Viele Maßnahmen, die dazu nötig sind, können nur getroffen werden, wenn zuvor entsprechende Grundgesetz-Änderungen vorgenommen worden sind. Sie erfordern aber Zweidrittelmehrheit im Parlament, und das bedeutet, daß auch die Sozialdemokraten dafür stimmen müssen. Das gilt, was oft übersehen wird, nicht bloß für die Notstandsverfassung, sondern auch für die Finanzreform. Die Grundlagen unseres Wohlstandes, unsere Position auf den auswärtigen Märkten, ja die geordnete Verwaltung unseres Staatswesens werden binnen kurzem aufs Äußerste bedroht sein, wenn wir uns der Neuordnung unserer öffentlichen Finanzen noch länger entziehen. Sie verlangt eine Selbstbeschränkung der Ausgaben-Kompetenz des Parlaments, aber auch eine bessere gegenseitige Abgrenzung der Bundes- und der Länder-Aufgaben sowie der Aufgaben der Gemeinden - als Voraussetzung dafür, daß die Steuer-Einnahmen besser verteilt werden können. Die erforderlichen Grundgesetzänderungen sind jedoch ohne die SPD nicht möglich. Es ist ferner kaum anzunehmen, daß man ohne Mitwirkung der SPD zu einer vernünftigen Mäßigung der Lohnpolitik und der Sozialausgaben kommen kann".

434 So Adenauer, ebenda S. 15.

Hier wörtlich zitiert: "Wenn die große Regierungspartei mit der großen Oppositionspartei gemeinsam in die Regierung geht und nur eine weit kleinere Partei draußen bleibt, dann ist eine der allerwichtigsten parlamentarischen Spielregeln außer Kraft gesetzt. Das ist nur aus sehr wichtigen Gründen tragbar. Die dritte Partei ist begreiflicherweise viel zu schwach, um ihre Kontrollpflicht richtig ausüben zu können; eine der Demokratie wesentlich eigene, ja sie kennzeichnende Funktion fällt praktisch aus. Dadurch entstehe die Gefahr einer Zweiparteien-Herrschaft, die sich alles erlauben kann, weil sie kaum noch überwacht wird. Wenn dieser Zustand länger andauert, tritt an die Stelle der Kontrolle bald der Proporz: Die regierenden Parteien teilen den Staat, das heißt die Posten und Begünstigungen, die er zu verleihen hat, unter sich auf. Auch in einem solchen System kann es zur Opposition in der Koalition kommen - nur, daß sie die Regierung völlig lahmlegen muß. Man gerät dann in eine Stagnation, in der nur noch verwaltet wird, große politische Entscheidungen aber unmöglich werden. Schließlich wird durch ein Parteienbündnis dieser Art die Ablösung ungeeigneter oder verbrauchter Personen und die Heranziehung von Nachwuchskräften sehr erschwert; es bilden sich besonders leicht Positionen von der Art, die einer meiner politischen Freunde als "Erbböfe" bezeichnet hat.

Die sogenannte Große Koalition ist also keinesfalls die Idealform der parlamentarischen Demokratie. Sie ist von der Möglichkeit schwerer Mißstände bedroht und kann nicht als Dauerlösung empfohlen werden. Aber man darf deswegen auch nicht die Argumente kurzerhand vom Tisch wischen, die für die Große Koalition oder gar die Allparteien-

Koalition sprechen. Die Politiker und Journalisten, die sie vorbringen, tun es nicht, weil sie durch ein CDU-CSU-SPD-Kabinett dem parlamentarischen Streit ein für allemal ein Ende machen wollen; das wäre beinahe schon die Abschaffung der Demokratie überhaupt. Sie tun es, weil sie außergewöhnlichen Umständen Rechnung tragen wollen. In der Tat muß das parlamentarische System anpassungsfähig und elastisch genug sein, um einer außerordentlichen Situation entsprechen zu können. In Fragen der Taktik und Praxis darf man nicht doktrinär werden."

435 So Adenauer, K., ebenda S. 16

436 So Adenauer, K., ebenda S. 17

In diesem Zusammenhang antwortet Erhard in einem Gespräch mit dem "Spiegel" auf die von Adenauer vorgebrachten Argumente:

"Diese Argumente betreffen einen echten Notstand, der nicht gegeben ist. Das Versagen der SPD als Opposition ist zwar bedauerlich, aber gewiß kein nationaler Notstand".

So Erhard, L., zit. in: Der Spiegel, Nr. 37, 6.9.1965, S. 42

In diesem Interview sprach sich Erhard auch deutlich gegen eine Wahlrechtsreform aus.

Vgl. ebenda S. 42

437 Hildebrand, K., a.a.O., S. 147

438 Vgl. Die Welt, 2.9.1965

439 Zum erstenmal erwähnte Adenauer im Wahlkampf Erhards Namen in einer von der CDU verbreiteten Erklärung, in der er die von Erhard, wohl in den Interviews mit "Echo der Zeit" am 5.9.1965 und dem "Spiegel" am 6.9.1965 gegebenen Darstellungen zur Europa-Politik würdigte (vgl. BKB, Die Welt, 7.7.1965).

Allerdings kritisierte Adenauer die Passivität in der deutsch-französischen Politik der Bundesregierung unmittelbar vor dem Wahltag auf einer Wahlveranstaltung in Bonn, an der Adenauer zusammen mit Gerstenmaier auftrat. Vgl. BKB, FR, 18.9.1965

440 In einem Interview mit dem Münchner Merkur anlässlich seines 50. Geburtstags sagte Franz Josef Strauß zum Verhalten der FDP, "daß sie an einer Art Bewußtseinsspaltung leidet, daß sie zum Schein von Herrn Mende, aber weitgehend von Herrn Augstein geführt würde ..." und bezichtigte den FDP-Vorsitzenden Mende, bewußt die Unwahrheit gesagt zu haben.

"Die FDP hat in ihrer Wahlillustrierten versucht, objektiv unwahre Tatsachen über mich zu verbreiten, und mußte deshalb ein Verbot ihrer Wahlillustrierten durch das Landgericht München I hinnehmen. Herr Mende kennt den Sachverhalt, da er ihn aber nicht zugeben kann, hat er gelogen".

So Strauß, F.J., zit. in: Münchner Merkur, 3.9.1965;

vgl. auch FAZ, 6.9.1965

Am 15. September 1965 griffen Adenauer und Strauß, die in Nürnberg erstmals gemeinsam im Wahlkampf als Redner auftraten, die FDP besonders heftig an und bemängelten gleichzeitig, daß die Bundesrepublik bisher nicht ernsthaft versucht habe, den deutsch-französischen Vertrag mit Leben zu erfüllen.

Vgl. Die Welt (dpa/ap), 16.9.1965

- 441 Auf den Aufsatz Konrad Adenauers in der "Politischen Meinung" eingehend, argumentierte Strauß: "Da ich aus eigener Erfahrung weiß, wie solche Sensationsmeldungen und zum Teil dann übertriebene Kommentierungen ausgelöst werden, habe ich von vornherein angenommen, ohne den Artikel des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer in der "Politischen Meinung" gelesen zu haben, daß auch hier eine weitgehend theoretische Aussage in dieser Weise gemeldet und ausgelegt worden ist. Die nachträgliche Lektüre dieses Artikels hat meine Auffassung bestätigt. Adenauer hat etwa dasselbe gesagt wie ich im Politischen Klub der Evangelischen Akademie in Tutzing. Ich habe ja vorher bereits die Vorgeschichte erwähnt und füge deshalb bei, daß ich auf die Frage, ob ich unter diesen Umständen auch eine Große Koalition in Betracht ziehen würde, geantwortet habe, daß für die Durchsetzung von echten Reformen oder für die Entscheidung lebenswichtiger nationaler Fragen auch eine Große Koalition oder Allparteien-Koalition in Betracht käme. Ich möchte aber keinen Zweifel an meiner Meinung lassen, daß ich eine Große Koalition als Dauererscheinung, etwa wie in Österreich, jedenfalls bei den deutschen Verhältnissen für verfehlt, ja eine Sünde wider den Geist der Demokratie und der politischen Klarheit und Verantwortungs-fähigkeit halten würde".
Daraus folgte Strauß: "Ich halte es deshalb auch für verfehlt, von vornherein zu erklären, daß nur eine Koalition mit der FDP in Betracht käme. Weil man damit denselben Fehler nur auf die andere Seite hin begehen würde. Wir sollten uns über diese Frage erst vom 20. September an unterhalten und damit keiner anderen politischen Partei von vornherein schon die Möglichkeit zu irgendwelchen repräsentativen Manövern geben".
So Strauß, F.J., Münchner Merkur, ebenda;
vgl. auch Die Welt (dpa), 2.9.1965
- 442 "Ich habe mehrmals erklärt, daß ich nicht nach einem Ministeramt dränge. Aber ich war jederzeit bereit, Verantwortung zu übernehmen, wenn ich gebraucht wurde, und ich bin es auch in Zukunft".
So Strauß, F.J., in: FAZ, 6.9.1965
- 443 Vgl. BKB, FR, 18.9.1965
- 444 So Adenauer, K., im Gespräch mit Hüpker, W., Was soll aus Deutschland werden?, zit. in: Christ und Welt, 17.9.1965.
- 445 So Adenauer, K., ebenda
- 446 So Adenauer, K., ebenda
- 447 Vgl. Adenauer, K., ebenda
- 448 Vgl. FR, 17.9.1965
- 449 Zit. nach Eschenburg, T., Amt und Meinung des Bundespräsidenten, in: Ders.: Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik, Band II: Kritische Betrachtungen 1961 - 1965, München 1966, S. 262.
Vgl. auch Hohmann, K., Ludwig Erhard (1897 - 1977), a.a.O., S. 242
- 450 Hildebrand, K., a.a.O., S. 148
- 451 Vgl. S. 37 f.

- 452 So beschrieb Hohmann die Stimmung, wie sie unter den im Kanzlerbungalow versammelten Gästen in der Wahlnacht zu beobachten war, im Gespräch mit dem Verfasser am 31.10.1984.
- 453 So Erhard in der Wahlsondersendung des Deutschen Fernsehens am 20.9.1965, zit. nach KÜ, 20.9.1965, Nr. 179, Anhang 2, S. 1.
- 454 Vgl. Hildebrandt, K., a.a.O., S. 148 und S. 150.
Zum Wahlsieg der CSU vgl. auch das Interview von Franz Josef Strauß mit dem ZDF, zit. nach KÜ, 4.10.1965, Nr. 189, Anhang 8, S. 1 f.
- 455 Vgl. Hildebrandt, K., ebenda, S. 154 f.
Vgl. auch "Bis aufs Messer", in: Christ und Welt, 1.10.1965.
- 456 Vgl. Rhein Ruhr Zeitung, 6.10.1965
- 457 So Adenauer, K., zit. in: BKB, FR, 8.10.1965
- 458 Vgl. FR, ebenda
- 459 In der "Bild-Zeitung" sagte Adenauer zur Person Schröders:
"Der Stuhl des Außenministers muß mit dem rechten Mann besetzt werden. Einen neuen Anfang in der Pflege und Verlebendigung des deutsch-französischen Vertrages kann aber nur der leisten, der kein unterkühltes Verhältnis zu unserem Nachbarvolk hat. Das Schicksal unseres Landes hängt davon ab, daß unsere Außenpolitik in die richtigen Hände gelegt wird. In die Hände eines Mannes, der die richtige Konzeption hat und auch in der Lage ist, sie durchzuführen".
So Adenauer, K., zit. in: "Bild-Zeitung", 9.10.1965
Zur Kompetenz des Bundespräsidenten sagte Adenauer in "Welt am Sonntag":
"Ich war Präsident des Parlamentarischen Rates, der das Grundgesetz beschlossen hat und ich erinnere mich der Diskussion über die hier in Frage kommenden Artikel noch sehr genau. Der Bundespräsident kann naturgemäß nur jemanden zur Wahl als Bundeskanzler vorschlagen, wenn er mit dem in Aussicht genommenen Kandidaten Aussprachen über seine Pläne und Absichten als Regierungschef und über diejenigen Männer und Frauen, die er als Bundeskanzler zur Durchführung seiner Absichten heranziehen will, gehabt hat. Denn die Durchführung hängt natürlich jeweils von der Persönlichkeit ab. Bei einem solchen Gespräch müssen auch die Zahl der Ministerien und die Eignung der Ministerkandidaten erörtert werden".
So Adenauer, K., zit. in: Welt am Sonntag, 10.10.1965
Adenauer erklärte in diesem Interview auch, der Satz im Grundgesetz, daß der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimme, werde im allgemeinen vor der deutschen Öffentlichkeit überinterpretiert. "So einfach ist das mit den Richtlinien auch nicht. Die sind dehnbar".
So Adenauer, K., ebenda
- 460 Hier wörtlich zitiert:
Wir haben eine eingehende Debatte über die heißen Eisen unserer Außenpolitik geführt. Ich hielt es für falsch, wenn wir die perschnelle Debatte, wer nun der geeignete Mann für die Führung der deutschen Außenpolitik ist, in der Öffentlichkeit führen würden".
So Strauß, F.J., in einem Interview mit dem Deutschen Fernsehen, zit. nach: KÜ, 11.10.1965, Nr. 194, Anhang III, S. 2

- 461 Hier wörtlich zitiert:
 "Diese Forderung ist zuerst in der CDU-Führung aufgetaucht. Ich habe diese Forderung übernommen und habe sie in einem Interview mit der "Quick" im einzelnen nach der Diskussion, die wir innerhalb der CDU/CSU geführt haben, begründet. Wir glauben, daß einerseits die Amtsführung des Herrn Mende mit der Verteilung von Geschenken aus seinem Haushalt nicht sehr erfreulich ist. Wir glauben zweitens, daß seine Vorstellungen über gesamtdeutsche technische Kommissionen - wie eben erwähnt - von uns nicht akzeptiert werden können. Und wir glauben drittens, daß ein böses Wort im Raume steht, nämlich daß unter der Mehrheit der CDU/CSU die Mauer gebaut worden ist, als ob es zwischen der Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion von damals und dem Bau der Mauer einen Sachzusammenhang gäbe."
 So Strauß, F.J., ebenda S. 2
- 462 NZZ, "Zähe Koalitionsgespräche in Bonn", 14.10.1965
 Strauß selbst äußerte sich im oben genannten Interview zum Problem der Ehrenerklärung wie folgt:
 "Ich brauche keine Ehrenerklärung von der FDP. Dieses Wort ist von anderer Seite, gutmeinender Seite, in die Diskussion geworfen worden. Wir haben niemals angekündigt, daß wir gegen diese oder jene Person im Kabinett seien und falls sie ins Kabinett eintreten würde, unsererseits dann nicht daran teilnehmen könnte. Wir halten das für illoyal, intolerant, unliberal, auch unfrei und undemokratisch, wenn Sie es so hören wollen. Wir äußern unsere Ansicht zur Zweckmäßigkeit wie ich eben zu der Frage, ob Herr Mende gesamtdeutscher Minister werden soll. Wir erwarten von der FDP dieselbe Haltung uns gegenüber, wie wir sie gegenüber der F DP anwenden".
 So Strauß, F.J., ebenda S. 3
- 463 Hildebrand, K., a.a.O., S. 156
- 464 In diesem Diskussionspunkt kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Erhard und Guttenberg, der damit drohte, Erhard werde nicht lange im Amt bleiben, wenn er an Schröder festhalte. So Hohmann in dem Gespräch mit dem Verfasser am 31.10.1984.
 Adenauer meldete während der Personaldiskussion auch erhebliche Bedenken gegen den designierten Finanzminister Rolf Dahlgrün von der FDP an und forderte, das Finanzministerium mit einem CDU-Politiker zu besetzen. "Herrn Dahlgrün in Ehren, aber ein Schäffer ist er nicht".
 So Adenauer, K., zit. in: BKB, SZ, 21.10.1965
- 465 Hildebrand, K., a.a.O., S. 156 f.
- 466 Vgl. Kempski, U., Wo keinem die Bäume in den Himmel wachsen, in: SZ, 21.10.1965.
- 467 So Wuermeling, F.J., zit. in: Hildebrand, K., a.a.O., S. 157
- 468 Insgesamt brachte die Kabinettsbildung wenig Änderungen. Die FDP stellte mit Mende, Bucher, Scheel und Dahlgrün vier Minister. Schröder, Krone, von Hassel, Schmücker, Seebohm, Heck und Elisabeth Schwarzhaupt von der CDU sowie der parteilose Westrick blieben auf ihren Ministerposten. Hans Katzer als Bundesarbeitsminister, Gerhard Stoltenberg als Wissenschaftsminister und Baptist Gradl als Vertriebenminister wurden neu ins Kabinett berufen.
 Paul Lücke übernahm als Nachfolger Höcherls, der den glücklosen Ernäh-

rungsminister Schwarz ablöste, das Innenministerium.

Vgl. Hildebrand, K., ebenda S. 158 f.

Aus Kreisen der CSU verlautete, daß die fünf CSU-Ministerposten nicht darüber hinwegtäuschen könnten, daß praktisch sämtliche Schlüsselministerien von CDU- und FDP-Politikern verwaltet würden.

Vgl. die der CS U nahestehende Demokratisch-konservative Korrespondenz, ref. in: BKB, SZ, 12.11.1965

469 NZZ, Wiederwahl zum Bundeskanzler, 22.10.1965

Die Neue Zürcher Zeitung stellte in diesem Artikel zurecht fest, daß im Vergleich zur ersten Wahl Erhard im Herbst 1963 die Stimmenthaltungen zurückgegangen seien.

470 Vgl. Altmann, R., Gross, J., Gespräch über Erhard, in: Schröder (Hrsg.) u.a., Ludwig Erhard, a.a.O., S. 31.

Vgl. auch Kiesingers Regierungserklärung vom 13.12.1966, zit. in: Stern.Ber., 5. WP, 80. Sitzung, 13.12.1966, S. 3656

471 Vgl. Gross, J., Lauter Nachworte, a.a.O., S. 57

472 Gross, J., Erhard triumphans, in: Der Monat, 17. Jahrgang, Heft 207, S. 17

473 Gross, J., ebenda, S. 18

474 Gross, J., ebenda S. 18

475 Hier wörtlich zitiert: "Warum nutzte Erhard nicht seinen Sieg? Eine andere Antwort steht ihm täglich vor Augen. Es ist der Bundesminister Ludger Westrick, der Chef des Bundeskanzleramtes und eigentlich Erhards Premierminister. Westrick, der die Renaissance der spätantiken Figur des leichtfüßigen Greises (A. Gehlen) wie kein zweiter verkörpert, ist des Kanzlers Mittler. Was der Kanzler will, erfahren die anderen von ihm, was die ändern vom Kanzler fordern, sagt ihm Westrick. Immerfort zugegen, leis, behend, von chinesischer Höflichkeit, mit stetem Lächeln verkündend: alles ist lösbar, eine nicht ganz wirkliche, doch wirksame Gestalt. Er vermittelt den Kanzler außer in einer, allerdings elementaren Beziehung, nämlich zum Volk. Mit dem Volk geht Erhard eigenhändig um. So war Westrick in der Zeit des Wahlkampfes außer als Kanzlei-Vorsteher entbehrlich. Doch sobald Verhandlungen beginnen, die Interessen in ihrer Niedrigkeit sich melden, weiß des Ministers Unerstlichkeit sich zu behaupten; er berät und besänftigt. Zierlich umhüpft er den Kanzler, sichert ihn vor den Widersachern und vor dem eigenen Zorn. Ohne Zweifel ist er unbedingt loyal und würde in jedem Konflikt zu Erhard stehen. Da jedoch seine Natur den Konflikt verabscheut, er, was die Widersacher Erhards angeht, oft ein geheimes Band der Sympathie mit ihnen verapürt, insbesondere zu Adenauer und den Schröder-Feinden, so muß der Streit, das harte "nein", um jeden Preis gemieden werden. Erhard, in der Zeit der Regierungsbildung durch Westrick medialisiert, zahlte den Preis; nutzte nicht seinen Sieg. Der Kanzler hat Recht, wenn er sich auf seines Dieners Loyalität verläßt, aber er hat nicht erkannt, daß diese Loyalität zum guten Teil im Vermeiden des Konflikts besteht, des Zwanges zur Option; daß diese Loyalität ihn dann behindert, wenn er sich nur im Kampf und im Konflikt durchsetzen kann. Das ist natürlich häufig der Fall".

Gross, J., ebenda S. 19

- 476 So Adenauer, K., zit. in: NZZ, 21.10.1965
 "Hat hier nicht eigentlich meine Partei, die CDU, die Kosten bezahlt? Den Finanzminister, mehr denn je ein Schlüsselposten, haben die Freien Demokraten behalten. Mende ist Vertreter des Kanzlers geblieben. Er hat als gesamtdeutscher Minister ein relativ kleines Dezernat, aber er äußert sich Tag für Tag über jedelei Frage. Mende steht jeden Tag in der Zeitung. Wobei daran zu erinnern ist, daß es einen Vizekanzler in unserer Verfassung ja gar nicht gibt. Da ist nur vom Stellvertreter die Rede, weshalb der Kanzler jederzeit sagen könnte: Störe mir meine Kreise nicht!"
 So Adenauer, K., Gedanken eines Neunzigjährigen, in: Christ und Welt, 24.12.1965
- 477 Vgl. Münchner Merkur, 25.10.1965
 "Was den Betrachter der Kabinettsliste nachdenklich werden läßt und ihn mit tiefer Sorge erfüllt, sind zwei ganz andere Feststellungen. Da ist einmal die Tatsache, daß von den gewichtigsten und profiliertesten Persönlichkeiten der drei Parteien, die die Koalition bilden, die meisten außerhalb des Kabinetts zu finden sind. Da fehlen bei der CDU Männer wie Barzel, Gerstenmaier, Dufhues, bei der CSU wie Strauß und Guttenberg und auch Lücke und da sucht man bei der FDP vergebens nach den Namen von Kühlmann-Stumm und, wenn man seine Bedeutung in der Partei, seinen Einsatz im Wahlkampf und bei der Regierungsbildung bedenkt, eigentlich auch nach dem Namen Weyer ... Einige der genannten Politiker erklärten bereits vor der Wahlentscheidung unmißverständlich, gar nicht daran zu denken, in das neue Bundeskabinett einzutreten, andere wiederum lehnten den angebotenen Kabinettsposten ohne Zögern ab. Franz Josef Strauß beispielsweise entsprach dem Wunsch des Kanzlers, als Bundesinnenminister in die Regierung einzutreten, nicht ... Was uns als zweites auffällt und auch ausgesprochen mißfällt, ist die Tatsache, daß die Christlich-Soziale Union, die immerhin als zweitstärkste Koalitionspartei aus der Bundestagswahl hervorging, auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik keine Möglichkeit der unmittelbaren Mitwirkung in der Bundesregierung erhielt."
 Schmüller, C., Sorgen und Bedenken beim Blick nach Bonn, in: Bayern-Kurier, 30.10.1965
 Dies veranlaßte den CSU-Vorsitzenden und Herausgeber des Bayern-Kurier, Franz Josef Strauß, Erhard in einem Brief davon zu unterrichten, daß der gesamte CSU-Landesgruppenvorstand die Angriffe auf den Bundeskanzler mißbilligte. Prominente CSU-Politiker, insbesondere die Regierungsglieder verlangten, daß der Chefredakteur des Bayern-Kurier, Schmüller, stärker kontrolliert oder entlassen werde. Mit dem Brief entsprach Strauß einem Wunsch Erhards, der vor der Fraktion seine "Freunde in der CSU" um eine Stellungnahme zu dem Artikel gebeten hatte.
 BKB, SZ, 12.11.1965
- 478 Strauß war nach seinen eigenen Angaben von Erhard das Innenministerium angeboten worden. Dieses Angebot, so erklärten die zuständigen Bonner Kreise, sei die Konsequenz eines Teils der Verhandlungsstrategie mit der FDP gewesen.
 (Vgl. Ruhr Nachrichten, Dortmund (Eig.Ber./dpa), 25.10.1965).
 In einem Fernsehinterview betonte Strauß, er habe das Angebot Erhards ausgeschlagen und dies auch schriftlich begründet. Vgl. BKB, Die Welt, 23.10.1965
- 479 So Strauß, F.J., zit. in: Dahlberg, T., Franz Josef Strauß, Porträt eines

Politikers, Gütersloh, 1968, S. 235

480 Hier wörtlich zitiert:

"Wir wollen auf dem Weg des bisherigen Erfolges, des Fortschritts, des politischen und sozialen Friedens bleiben, so muß die deutsche Gesellschaft weitere Schritte in jene moderne Ordnung tun, die ich als formierte Gesellschaft charakterisiere. Sie wird nicht durch eine Aktion geschaffen, sondern entfaltet sich aus einem Prozeß. Sie ist auch nicht ständestaatlich gegliedert; vielmehr beruht sie auf der Überzeugung, daß die Menschen nicht nur durch Gesetze, sondern aus Einsicht das ihrem eigenen Wohle Dienende zu tun bereit sind.

Die formierte Gesellschaft ist jedoch alles andere als eine philanthropische Vision. Sie geht also nicht von einem weltfremden idealtypischen Menschenbild aus. Diese moderne Leistungsgesellschaft ist gewiß auch nicht frei von Interessengegensätzen. Aber diese sind nicht mehr Elemente des Zerfalls ihrer Einheit, sondern werden immer mehr Motor eines permanenten Interessenausgleichs unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen Wohls".

So Erhard, L., zit. in: Sten.Ber., 5. WP. 4. Sitzung, 10.11.1965, S. 19

481 Vgl. Erhard, L., ebenda S. 28 ff.

482 Hier wörtlich zitiert:

"Die Freundschaft zwischen unserem Volk und dem französischen ist ein Unterpfand der Hoffnung aller Europäer, daß dieser Kontinent politische Gestalt finde. Auf dieses Ziel hin sind alle Möglichkeiten des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages voll auszuschöpfen".

So Erhard, L., ebenda S. 18

483 Dies zeigte folgender Kommentar:

"So fürchtet man heute, daß sich auch in den kommenden Wochen und Monaten das Bild kaum ändert: ein Bundeskanzler, der alle Probleme vor sich herschiebt und statt einer gelegentlich vielleicht auch schmerzhaften Entscheidung die Dinge mit Trostpflasterchen und halben Sachen zu kurieren versucht. Ein Vizekanzler, der für stärkere innerdeutsche Kontakte eintritt, sie aber nicht anknüpfen darf, weil die Mehrheit von CDU/CSU dagegen ist. Ein Außenminister, der diplomatische Beziehungen mit den kommunistischen Staaten aufnehmen möchte, dies aber nicht tun kann, weil sich eine Regierungserklärung dagegen ausspricht. Ein Innenminister, der öffentlich für eine Regierung der Großen Koalition eintritt. Ein Arbeitsminister, der die erweiterte Mitbestimmung durchführen möchte, dabei aber auf Gegnerschaft des Kanzlers stößt. Wie ein solches Kabinett dazu gebracht werden soll, eine Politik aus einem Guß zu vertreten, die heute für die Bundesrepublik nötiger denn je ist, die zwar schon lange zu erkennen waren, in Bonn aber nicht für möglich gehalten wurden."

"Bonner Unbehagen", zit. in: Augsburgische Allgemeine, 26.11.1965.

484 Vgl. "Erhards Krankheit", in: NZZ, 26.11.1965

Die Behauptung der Neuen Züricher Zeitung, Erhard leide an Depressionen, wurde vom Bundeskanzleramt energisch zurückgewiesen (vgl. BKB, SZ, 27.11.1965).

Hohmann erklärte dem Verfasser in dem Gespräch am 31.10.1984, daß Erhard ernsthaft an einer schweren Grippe erkrankt war. Sein Gesundheitszustand aufgrund des sehr anstrengenden Wahlkampfes und der energieverzehrenden Regierungsbildung war sehr angeschlagen.

485 Vgl. Die Welt, 16.11.1965

486 Vgl. Die Welt (ap), 23.12.1965

487 "Da habe ich Vorstellungen, sagen aber kann ich heute nur, daß die Zahl derer, die in Auswahl kommen, sehr klein ist. Keinesfalls darf der Vorsitzende oder der künftige Generalsekretär noch mit anderen Sachen belastet sein, sie müssen sich dieser Aufgabe ganz widmen können. Sie müssen dafür sorgen, daß die Partei nicht nach links und nicht - wofür es heute viele Prognosen gibt - nach rechts abwandert, daß nicht die Partei durch Radikalisierung ausgehöhlt wird".
So Adenauer, K., zit. in: Christ und Welt, 24.12.1965

"Das 'C', das Christliche, muß wieder stärker zur Geltung kommen. Die Partei muß viel mehr, als dies zur Zeit der Fall ist, wieder auf die Denkungsart gebracht werden, die sie in ihren ersten zehn, zwölf Jahren hatte. Ein Vorsitzender reicht nicht aus, daneben muß der Posten eines Generalsekretärs geschaffen werden. Dieser sollte dafür sorgen, daß auch die Landesparteien kräftig und einheitlich mitziehen. Ehe wir 1950 eine Bundespartei gründen konnten, waren schon seit Jahren die Landesparteien am Werk. Sie wollten von ihren Rechten nichts mehr abgeben. Überhaupt, der Föderalismus in der CDU ... Was wir nie vergessen dürfen: der Föderalismus ist uns seinerzeit von den Besatzungsmächten diktiert worden, um die Zentrale zu schwächen ..."

So Adenauer, K., ebenda
Staub befürchtete, daß, wenn Erhard Parteivorsitzender würde, sich Hohmann der Partei-Geschäfte bemächtigen und Konrad Kraske zum Generalsekretär avancieren würde. Beide galten als Anhänger der Kleinen Koalition.

Vgl. Christ und Welt, ebenda

488 In außenpolitischer Hinsicht stellte sich der Bonner Republik Ende 1965 unmißverständlich das Problem, sich zwischen den USA und Frankreich entscheiden zu müssen. Die USA hatten ihr militärisches Engagement in Südvietnam erheblich verstärkt (1964 waren dort 23.300, 1966 bereits 460.300 Soldaten stationiert), was von de Gaulles Frankreich auf das schärfste bei jeder sich bietenden Gelegenheit kritisiert wurde. (Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 170 ff.)
Die deutschen "Gaullisten", an ihrer Spitze Konrad Adenauer, wiesen immer wieder darauf hin, die USA würden ihre Interessen in Europa vernachlässigen. Die Regierung Erhard steuerte jedoch unverändert den pro-amerikanischen Kurs und beabsichtigte, die Beziehungen zu Großbritannien zu intensivieren.
Letzteres erfuhr Adenauer von Guttenberg, der wiederum seine Informationen von dem damaligen Legationsrat im Auswärtigen Amt und heutigen CSU-Bundestagsabgeordneten, dem Grafen Huyn, erhalten hatte. Die "Affäre Huyn" führte im Herbst 1965 zum Abschied des Grafen aus dem diplomatischen Dienst (vgl. BKB, Die Welt, 13.11.1965). Unter dem sicherheitspolitischen Aspekt rieten in dieser Zeit die pro-französisch orientierten Kreise in der Union, wie z.B. Franz Josef Strauß, von gemeinsamen Atomstreitmächten wie MLF und ANF ab (vgl. BKB, FR, 1.12.1965), während Erhard auf einem solchen Atom-Bündnis bestand.

Vgl. Erhards Interview mit dem Korrespondenten der US News and World Report, Robert A. Haeger, abgedruckt in: Bulletin der Bundesregierung, 15.12.1965, Nr. 195, S. 1574

489 Auf die Frage, aus welchen Gründen der Bundespräsident seine Unterschrift unter die Ernennungsurkunde eines Ministers verweigern könnte, antwortete Lübke:

"Ich habe mich immer dann geweigert, wenn das Verhalten eines Mannes, der für einen solchen Posten vorgeschlagen wurde, ganz klar erkennen ließ, daß er die nötigen Voraussetzungen für sein Amt nicht mitbrachte und daß seine Berufung daher dem deutschen Volk zum Schaden gereichen würde". Über seine politische Kompetenzen führte er aus: "Es steht schließlich nirgends geschrieben, es sei dem Bundespräsidenten verboten, nach besten Wissen und Gewissen dort einzugreifen und seinen Einfluß geltend zu machen, wo er politische Gefahren für das Ganze des Staates sieht. Ich werde immer das Äußerste tun, was in meiner Macht steht, um solche Gefahren abzuwenden. Die Kompetenzen des Bundespräsidenten sind zweifellos viel geringer als die des Reichspräsidenten in der Weimarer Republik. Aber eben deshalb muß er die Einflußmöglichkeiten, die ihm geblieben sind, so weit wie möglich ausnützen - auch dann, wenn er sich dadurch Vorwürfe zuzieht".

Auf die Frage, ob er im Herbst die Bildung einer Großen Koalition vorgezogen hätte, antwortete der Bundespräsident: "Ja, wenigstens für eine Legislaturperiode ... Sie müssen bedenken, daß unsere Situation heute sowohl innen- wie außenpolitisch recht gefährdet ist, ja ich habe manchmal den Eindruck, sie sei mehr gefährdet als je zuvor. Es gibt eine ganze Reihe von wichtigen Fragen, die keinen Aufschub vertragen und die nur gemeinsam von allen politischen Kräften angepackt werden können - denken Sie an die Finanzreform, die Notstandsgesetzgebung und die Vorbereitung des Friedensvertrages.

Theoretisch könnte man sich natürlich auch vorstellen, daß Regierung und Opposition bei diesen Aufgaben von Fall zu Fall zusammenwirken. Aber ich muß zugeben: ich bin diesen Möglichkeiten gegenüber einigermaßen skeptisch. Faktisch wird eine große Partei, wenn sie außerhalb der Regierung steht, immer in Versuchung geraten, die Mitverantwortung von sich abzuschieben und in diesem oder jenem Punkte Unmögliches verlangen. Darum hielte ich allerdings in unserer Lage ein Kabinett auf möglichst breiter Basis für wünschbar, und ich habe schon deshalb keine Angst, daß es zu einem Dauerzustand werden könnte, weil die Deutschen viel zu individualistisch sind, als daß sie bei einem solchen Arrangement bleiben würden. Aber wenigstens für einiges dringend Notwendige hätte eine solche Regierung freiere Hand".

So Lübke, H., im Gespräch mit dem Schweizer Journalisten F.R. Allemann, zit. in: Die Weltwoche, 24.12.1965.

Die Opposition bezeichnete dieses Interview als "Weihnachtsbombe" (vgl. BKB und dpa, Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg, 24.12.1965). Der Sprecher der CDU, Rathke sagte, es sei "zumindest neuartig, daß sich das Staatsoberhaupt in einer ausländischen Zeitung zu brennenden innenpolitischen Fragen äußere (FAZ, 27.12.1965). Lübkes Pressereferent Readerscheidt stellte nach der Interview-Veröffentlichung fest, daß der Bundespräsident über seine Vorstellungen befragt wurde, die er zur Zeit der Bundestagswahlen und der Regierungsbildung gehabt habe, fügte aber hinzu, Lübke sei der Meinung, daß sich die Fakten auch heute noch nicht geändert hätten. Vgl. Eichenburg, T., Wer den Rubikon überschreitet ... in: Die Zeit, 31.12.1965.

- 490 Auf Erhards scharfen Wahlkampf gegen die SPD angesprochen, antwortete Adenauer:
"Schimpfen ist sehr billig, bringt aber wenig ein. Vor allem aber war es mir ganz klar, daß eines Tages der Augenblick kommt, an dem die CDU in irgendeiner Weise mit den Sozialdemokraten zusammengehen muß - auf ein bestimmtes Programm, für eine bestimmte Zeit. Natürlich, wir brauchen eine Opposition. Ich möchte nicht, daß wir zu österreichischen Zuständen kommen. Wir haben jedoch eine Reihe schwerer Aufgaben zu lösen, bei denen eine Zusammenarbeit der beiden großen Parteien unbedingt nötig ist".
So Adenauer, K., zit. in Christ und Welt, 24.12.1965
- 491 Nachlaß Erhard I. 2.21: Erhard an Lübke, 30.12.1965
- 492 So Erhard, L., zit. in: BKB, Münchner Merkur, 5.1.1966
- 493 So Lübke, H., in dpa-Meldung, z.B. in Wasserburger Zeitung, 5.1.1966
- 494 So Gerstenmaier, E., in: BKB, Münchner Merkur, 5.1.1966
- 495 Vgl. "Welt am Sonntag", 9.1.1966
Vgl. "Zurückhaltend kommentiert", in: FAZ, 27.12.1965
Vgl. auch das Interview mit Erhard, L., Schwächen und Sünden von gestern bereinigen, in: Die Welt, 29.1.1966
- 496 Vgl. von Stackelberg, K.G., a.a.O., S. 156 f.
- 497 Vgl. BKB, Stuttgarter Nachrichten, 31.12.1965
Vgl. BKB, FR, 11.1.1966
Vgl. "Kehrt Strauß zurück? Der CSU-Chef setzt auf die Kleine Koalition", in: Die Zeit, 14.1.1966
Mitte Februar rechneten gut unterrichtete Kreise in der Bundeshauptstadt damit, Erhard würde nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden Strauß, der sich zu dieser Zeit für die Kleine Koalition einsetzte, als Bundesfinanzminister ins Kabinett holen und auch Barzel ein Ministeramt anbieten (vgl. BKB, Münchner Merkur, 15.2.1966 und BKB, PR, 17.2.1966). Als Mende jedoch erklärte, eine Ablösung von Bundesfinanzminister Dehlgren "wäre das Ende der Koalition" (so Mende, E., zit. in: Die Welt (dpa), 4.3.1966), warf Strauß diesem vor, er habe gegen "den Geist und das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen verstoßen".
So Strauß, F.J., zit. in: BKB, Die Welt, 7.3.1966
- 498 FAZ, 10.2.1966
- 499 Dufhues begründete seinen Verzicht mit gesundheitlichen und beruflichen Gründen.
BKB, SZ, 1.2.1966
- 500 FAZ, 8.2.1966
- 501 FAZ, 17.2.1966
- 502 Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 183
- 503 Vgl. Hildebrand, K., ebenda S. 184
- 504 So Adenauer, K., zit. in: Stuttgarter Nachrichten (ap/dpa), 7.3.1966

505 Vgl. BKB, Stuttgarter Nachrichten, 8.3.1966

506 Günther, K., a.a.O., S. 119

507 Die SPD stimmte beispielsweise einem Redneraustausch mit der SED zu, der am 14. und am 21.7.1966 mit Repräsentanten der SPD in Chemnitz und solchen der SED in Hannover durchgeführt werden sollte. Über das Problem der Einreise von SED-Politikern kam es zu lebhaften Diskussionen, die in der Frage gipfelten, ob die SED-Repräsentanten bei einer Einreise nach geltender Rechtslage nicht zu verhaften seien. Ein Gesetz über die befristete Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit sollte Abhilfe schaffen, wurde jedoch von Ulbricht als Vorwand genommen, den Redneraustausch am 29.6.1966 abzusagen.
Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 196 f.

Die Meinungen führender Unionspolitiker zum Redneraustausch gingen auseinander. Erhard lehnte den Redneraustausch ab:
"Der Mann auf der Straße sieht die Dinge manchmal klarer als manche klugen Leute. Man kann doch im Ernst nicht erwarten, daß das kommunistische Regime in der Zone, weil es sich mit dem Projekt des Redneraustausches befaßt, seine Grundhaltung gegenüber unserer in Freiheit gegründeten Demokratie ändern würde. Wer solche Erwartungen an den Redneraustausch knüpfte, sollte die Sache lieber gar nicht erst anpacken. Uns kann es doch nur darauf ankommen, bei unseren Landsleuten in der Zone, die Stimme der Freiheit zu Gehör zu bringen. Gelingt das, kann man das Projekt befürworten. Gelingt es nicht, hat es keinen Sinn, es weiter zu verfolgen".
So Erhard, L., zit. in: Welt am Sonntag, 29.5.1966

Franz Josef Strauß äußerte sich skeptisch: "Aber ich denke hier nicht an meine Sicherheit und Freiheit. Ich glaube, im Gegenteil man würde alles tun, um die scheinbare Freiheit des Meinungs-austausches zu beweisen. Aber es geht auch um die Freiheit und freie Meinungsäußerung derer, die an dieser Versammlung teilnehmen. Und es geht darum, ob zu dieser Versammlung freier Zutritt wäre, ob diese Versammlungen von Geheimpolizei überwacht sind usw."
So Strauß, F.J., zit. in: "Zurück ins Kabinett", in: Die Zeit, 8.4.1966

Barzel zeigte sich dem Anliegen der SPD eher aufgeschlossen.
Vgl. ap-Meldung, z.B. in Wasserburger Zeitung, 16.5.1966

Die deutschlandpolitischen Aktivitäten zeigten sich auch in den Gesprächen, die Willy Brandt als Regierender Bürgermeister Berlins mit dem sowjetischen Botschafter in Ostberlin, Abrassimow, führte (vgl. NZZ, "Pankows Verzögerungstaktik im Redneraustausch", 30.6.1966). Schließlich waren da Wehners Vorstellungen, mit der Sowjetzone direkte Kontakte zu pflegen. (Vgl. Gaus, G., Staatsverhaltende Opposition oder Hat die SPD kapituliert?, Gespräche mit Herbert Wehner, Reinbek, 1966, S. 67 ff.), die von Erhard völlig abgelehnt wurden. "Es wird keine Regierungsverhandlungen mit den Verantwortlichen für den Schießbefehl geben".

So Erhard, L., zit. in: Welt am Sonntag, 10.4.1966.

Damit erteilte Erhard auch Mende eine klare Absage, der, ähnlich wie Wehner, für eine Politik der "kleinen Schritte" in der Ostpolitik eintrat. Vgl. "Welt am Sonntag", ebenda.

508 Hildebrand, K., ebenda S. 188

Vgl. vor allem das Interview Erhards mit der "Deutschen Welle" am 29.3.1966, abgedruckt in: Bulletin der Bundesrepublik, 1.4.1966, Nr. 96, S. 1 f.

- 509 In seinem Grundsatzreferat nannte der scheidende Parteivorsitzende die "Sowjetunion eine friedliebende Nation" und appellierte zweimal an Bundeskanzler Erhard, jetzt die Probleme der Einigung Europas mit allem Nachdruck in die Hand zu nehmen und voranzutreiben.
"Und wenn nicht alle sechs mittun wollen und es fünf tun wollen, dann in Gottes Namen mit fünf. Die anderen werden schon nachkommen".
So Adenauer, K., zit. in: BKB, SZ, 22.3.1966
- 510 Vgl. BKB, Die Welt, 24.3.1966
- 511 Vgl. Dalma, A., Die Führung der CDU und die Erneuerung. Nach der Regelung Erhard - Barzel. Ein Prestige-Erfolg und eine Vorentscheidung, in: Bayern-Kurier, 26.2.1966.
- 512 So Erhard in einem Interview mit Reissenberger, D., von der "Kölnischen Rundschau", veröffentlicht durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung am 20.3.1966, Material für die Presse, S. 4 f.
- 513 Hildebrand, K., a.a.O., S. 185
- 514 Vgl. "Adenauer beschwört das Kabinett Erhard: "Nicht mit Paris brechen!", in: Welt am Sonntag, 22.5.1966.
Vor Pressevertretern erklärten der CSU-Bundestagsabgeordnete Guttenberg und der rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende Kohl in Deidesheim, die CDU in den Bundesländern Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland sowie die CSU in Bayern könnten kein Verständnis für die "Anti-Frankreich-Politik" Schröders aufbringen und kündigten deshalb Konsequenzen an.
Vgl. Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg (UPI), 27.6.1966.
- 515 Vgl. Erhards Interview mit dem Südwestfunk, "Tribüne der Zeit", am 7.5.1966, zit. nach KU, 9.5.1966, Nr. 103, Anhang I, S. 1
- 516 Diese Strategie Schröders versuchte, in Übereinstimmung mit den USA, durch Kontaktaufnahme der Bundesrepublik mit osteuropäischen Staaten, die Sowjetzone zu isolieren. So wurden in den Jahren 1963 und 1964 Handelsverträge mit Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien geschlossen. Schröders Kurs, der darauf ausgerichtet war, die "Deutsche Frage" offen zu halten, sah vor, längerfristig diplomatische Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks aufzunehmen und die "Hallstein-Doktrin" flexibler zu handhaben. Dies rief in Teilen der Union tiefes Mißtrauen hervor.
Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 90 ff.
- 517 Vgl. Barzels Rede in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, herausgegeben vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, IV. Reihe, Band 12, Frankfurt a.M., 1978/1981, S. 900 ff.
- 518 "Der Vorsitzende der CDU/CSU berichtete heute vor dem Fraktionsvorstand über seinen Besuch in den Vereinigten Staaten und im besonderen über seine Rede in Washington. Der Fraktionsvorstand hat diese Rede eingehend erörtert. Zum Abschluß der Diskussion erklärte der Fraktionsvor-

sitzende: Meine Rede ist ein Diskussionsbeitrag. Das Nein Moskaus zu meinen Gedankengängen zeigt, daß es gegenwärtig keinen Preis für die Wiedervereinigung Deutschlands aus Moskauer Sicht gibt, weder militärisch noch ökonomisch.

Nach einmütiger Auffassung des Fraktionsvorstandes hat die Rede Dr. Barzels klargelegt und ihr Echo auf sie aus Moskau abermals bestätigt, daß die Wiedervereinigung nicht aus Mangel an deutschem Entgegenkommen, sondern an der Weigerung der Sowjetunion scheitert, dem deutschen Volk die Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit nach völkerrechtlichen und demokratischen Grundsätzen zu ermöglichen. Der Fraktionsvorstand bekräftigt seinen Willen, an der grundsätzlichen Orientierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik festzuhalten." So der Wortlaut des Kommuniqués, abgedruckt in: FAZ, 22.6.1966
Vgl. auch BKB, SZ, 22.6.1966

Barzel, der nach seiner Rückkehr aus den USA gesagt hatte, "Ich werde weiterreden, so laut und solange ich kann", wurde in seiner Auffassung nur von den Abgeordneten Rasner und Majonica unterstützt. Adenauer und Gerstenmaier kritisierten Barzel scharf, Strauß versuchte sich als Schlichter und attestierte Barzel Mut, unkonventionelle Vorschläge zu machen. (Vgl. BKB, SZ, ebenda)

Insgesamt steckte der Fraktionsvorseitende zurück und gestand später "Klassenkeile" bekommen zu haben.

Vgl. FR (UPI), 27.6.1966

Vgl. auch "Barzel von Adenauer scharf zurechtgewiesen", in: BKB, Stuttgarter Nachrichten, 22.6.1966

519 Vgl. BKB, SZ, a.a.O.

Zur mißverständlichen Information Rasners sagte Strauß, er habe für sich erklärt, "daß ich Herrn Barzel trotz meiner abweichenden Meinung in einzelnen Punkten persönlich und politisch das Vertrauen ausspreche, und diese Haltung hat der Vorstand gebilligt".
So Strauß, F.J., zit. in: FAZ, 22.6.1966

520 Vgl. BKB, Stuttgarter Nachrichten, 22.6.1966

521 Hier wörtlich zitiert: "Ich stehe in Treue zum Kanzler der Deutschen, der hier für alle Deutschen spricht".
So Barzel, R., zit. in: FR (UPI), 27.6.1966

522 Erhard hatte im September 1965 gesagt, die Bundestagswahlen seien erst dann gewonnen, wenn die Union auch die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen bestanden habe.
Vgl. Zundel, R., Erhard bis zum bitteren Ende?, in: Die Zeit, 15.7.1966.

523 So Erhard, L., zit. in: FR (UPI), 27.6.1966

524 Hildebrand, K., a.a.O., S. 205

525 So kam es z.B. in Wanne-Eickel, Moers, Ratingen und Bonn zu Mißfallenskundgebungen gegen den Kanzler, wenn dieser an die Einsicht und Mobilität der durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Betroffenen appellierte.
Vgl. FR, 8.7.1966
Vgl. auch Aachener Nachrichten (ap/dpa), 8.7.1966

526 So Erhard, L., zit. in: Die Welt (dpa/ap), 7.7.1966

527 Vgl. Hamburger Abendecho, 8.7.1966

- 528 Vgl. u.a. Mörschbach, F., Der Kanzler läßt sich viel zu schnell in Harnisch bringen, in FR, 7.7.1966; Feddersen, J., Gesindel?, in: Rhein-Ruhr-Zeitung, 8.7.1966; "Schlechter Stil", in: Rheinische Post, 8.7.1966; Schimpfend verließ Erhard die Rednertribüne", in FR, 8.7.1966.
- 529 Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 211
- 530 Die SPD erhielt 49,5 Prozent der Stimmen, die CDU fiel von 46,4 auf 42,8 Prozent zurück, was "als gewaltiges Desaster" empfunden wurde. Baring, A., a.a.O., S. 52
- 531 Vgl. Bölling, K., Kanzler auf Abbruch, in: Westfälische Rundschau, Dortmund, 13.7.1966.
Vgl. auch Zundel, R., Erhard bis zum bitteren Ende?, in: Die Zeit, 15.7.1966 und Allemann, F.R., Das Ende einer Fehlspekulation, in: Die Tat, Zürich, 2.8.1966.
- 532 Dies geschah beispielsweise im Verlauf der CDU-Präsidiumsseitzung, auf der das Wahlergebnis analysiert wurde.
Vgl. BKB, FAZ, 15.7.1966
Der Abgeordnete Even machte den Bundeskanzler auf der Bundesvorstandssitzung am 11.7.1966 pauschal für die Wahlniederlage verantwortlich.
Vgl. Günther, K., a.a.O., S. 103
Der CDU-Abgeordnete Heinrich Gewandt schrieb im Mittelstandsbrief, "Daß die Reaktion der Bevölkerung negativ ist, wenn sich der Regierungskchef - von wem auch immer - auf Wahlreden provozieren läßt." Gewandt forderte Erhard zum Handeln auf: "Der ständige Hinweis auf die Leistungen der Vergangenheit genügt dem Volk nicht. Es will wissen, wie es weitergeht."
So Gewandt, H., Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, in: Mittelstandsbrief, Juli 1966, Heft 7, S. 6.
- 533 Syrus, Warnsignal von der Ruhr, Höchste Alarmstufe, in: Bayern-Kurier, 16.7.1966
- 534 Bayern-Kurier, a.a.O.
- 535 Bayern-Kurier, ebenda
Der Autoritätsverlust Erhards zeigte sich auch darin, daß von Seiten der CSU erörtert wurde, auf dessen Mitwirkung im bayerischen Landtagswahlkampf zu verzichten. Dies wies der CSU-Generalsekretär Anton Jaumann jedoch zurück.
Vgl. Münchner KB, Die Welt, 5.8.1966.
In einem Gespräch mit Erhard am 19. Juli 1966 nannte Strauß die politischen Probleme, die zu lösen seien: wirtschafts- und finanzpolitische Konsolidierung, Neuorientierung gegenüber den USA und Frankreich, einschließlich aller Detailfragen. Strauß beendete das Gespräch mit der Aufforderung: "Das sind die Probleme. Von jetzt ab tickt die Uhr auf ihrem Schreibtisch!".
Von Stackelberg, K.G., a.a.O., S. 172
In einem Interview mit der SZ sagte Strauß Ende Juli, daß er sich die Bildung einer Großen Koalition vorstellen könne.
(Vgl. SZ-Gespräch mit Franz Josef Strauß "Große Koalition - unter drei Voraussetzungen", in: SZ, 23.7.1966)
Strauß nannte in diesem Zusammenhang "Die Liquidation der durch Krieg und Nachkriegszeit entstandenen Fragen in einem Friedensvertrag, ...

die Bewältigung außergewöhnlicher wirtschafts- und sozialpolitischer Notstände" sowie die Bewältigung schwieriger Aufgaben wie "die Finanzreform und die Wirtschaftstabilisierung".

Eine erste Kontaktaufnahme zu Kurt-Georg-Kiesinger im August 1966, die Jaumann im Auftrage vornahm, belegten die Ernsthaftigkeit der Ausführungen des CSU-Vorsitzenden (vgl. Hildebrand, a.a.O., S. 230). Strauß erklärte auch seine Bereitschaft zu einer Aussöhnung mit Bundesaußenminister Schröder (SZ, a.a.O.)

Vgl. auch Noack, P., Schröder und Strauß, in: Münchner Merkur, 28.7.1966.

In der Tat kam es im Rahmen der Bayreuther Festspiele zu einer verböhnlichen Aussprache zwischen den beiden rivalisierenden Unionspolitikern.

- 536 Vgl. Reddemann, G., in: Die Entscheidung, August 1966, Heft 8, S. 17. Strauß lehnte die Aufforderung der Jungen Union, ins Kabinett einzutreten ab und forderte die Versetzung Westricks.

Vgl. Ruhr-Nachrichten, Dortmund, 19.7.1966.

Vgl. auch SZ-Gespräch mit Strauß, in: SZ, 23.7.1966

- 537 Hier wörtlich zitiert:

"Die CDU hat im Gegenteil allen Grund zur Gewissenserforschung. Und ich selbst nehme mich dabei nicht aus. Sie bedarf mehr denn je der Geschlossenheit. Private Extratouren müssen endlich aufhören. Die Parteiorganisation muß gestrafft und verbreitert, die Selbstdarstellung ihrer Arbeit wirksamer werden".

So Erhard, L., in einem Interview mit der "Neuen Revue", veröffentlicht durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung am 28.7.1966, Material für die Presse, S. 1

- 538 Hier wörtlich zitiert: "Alle Kritik, ob berechtigt oder unberechtigt, wird immer an die Adresse des Bundeskanzlers gerichtet. Das ging meinem Vorgänger Adenauer nicht anders."

So Erhard, L., ebenda S. 3

Auf die Frage, wie es um sein Verhältnis zu Konrad Adenauer bestellt sei, antwortete der Kanzler:

"Eigentlich sehr gut ... Mein Amtsvorgänger hat sich vielleicht inzwischen überzeugt, daß sein politisches Erbe bei mir in sicheren Händen ist, als er möglicherweise früher angenommen hat."

So Erhard, L., ebenda S. 3

- 539 So Erhard, L., ebenda S. 1 f.

Vgl. auch "Erhard und die SPD" in: Die Zeit, 5.8.1966.

- 540 Vgl. auch "Entscheidungen werden getroffen", so Erhard, L., in: Das Wirtschaftsbild, 5.8.1966; vgl. "Heute an die Zukunft denken", so Erhard, L., in: Deutschland Unionadienet, 3.8.1966, S. 1 ff.

In diesem Sinne ist auch die Ausarbeitung eines Aktionsprogrammes, mit der das geschäftsführende Präsidiumsmitglied Bruno Heck wohl mit Zustimmung Erhards beauftragt wurde, zu sehen. (vgl. "Der Auftrag der CDU heute und morgen", in: SZ, 8.10.1966).

Am 2. August 1966 wurde nach den scharfen Attacken auf den Kanzler eine durchgreifende personelle Umgestaltung im Bundeskanzleramt durchgeführt, die das Ziel verfolgte, den Kanzler noch enger an die "Brigade Erhard" zu binden.

(So Hohmann im Gespräch mit dem Verfasser am 31.10.1985).

Dies mag Franz Josef Strauß wohl Mitte August 1966 zu einer scharfen

nen Zweifel daran gelassen, daß ich Zusammensetzung, Organisation und Methodik der Regierungsapparatur für erheblich verbesserungswürdig halte. Das ist nicht eine gezielte Kritik etwa gegen das Kabinett Erhard, sondern gegen unser Regierungssystem überhaupt. Ich spreche nicht von Staatsform, nämlich unsere Demokratie, sondern dem Regierungssystem, das noch in keiner Weise den Führungsmethoden des modernen Managements in der Wirtschaft angepaßt ist."

So Strauß im Gespräch mit dem Südwestfunk, "Tribüne", am 14.8.1966.

- 541 Beide Briefe datierten vom 5.7.1966 und waren sehr ausführlich und sachkundig geschrieben. Im ersten Brief (9 Seiten) kritisierte Strauß das Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung und die Situation auf dem Kapitalmarkt, im zweiten Brief (8 Seiten) warnte der CSU-Vorsitzende vor einer "Überfremdung" der deutschen Wirtschaft durch amerikanische Investitionen (vgl. Nachlaß Erhard II. 1.39; Strauß an Erhard 5.7.1966).

Beide Briefe wurden von Erhard sorgfältig durchgearbeitet, mit gründlichen Randbemerkungen wie "das ist richtig", "ist Übertrieben" und dergl. versehen und getrennt sehr ausführlich beantwortet. Vgl. Nachlaß Erhard II. 1.39

- 542 Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 26

- 543 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 6./7.8.1966
Erhard sagte wörtlich: "Wenn die Freiheit mißbraucht wird, gibt es kein anderes Mittel, als die Freiheit einzuengen."

- 544 Hier auszugsweise wörtlich zitiert:
"Johnson hätte diese Kalamität nicht angefangen ... Er hat sie von Kennedy geerbt. Johnson muß die Suppe auslöffeln, die Kennedy ihm eingebrockt hat. Aber wenn eine große Nation entdeckt, daß ein bestimmter Kurs schwieriger ist als erwartet, dann ist es keine Demütigung für sie, wenn sie ihre Politik ändert. Sie müssen sich aus Vietnam zurückziehen. Das ist die einzige Möglichkeit."

So Adenauer, K., im Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten Sulzberger, C.L., in der "New York Times", ref. in: Welt am Sonntag, 7.8.1966.

- 545 Vgl. "Adenauer dringt auf außenpolitische Diskussion in der CDU", in: FAZ, 11.8.1966

- 546 Vgl. Rubin, W., "Koalitionspolitik", in: liberal, August 1966, Heft 8, S. 563.

Rubin bekannte sich noch einmal zu dem Artikel, indem er erklärte: "Was dort gesagt wurde, ist letzten Endes die Meinung von nicht wenigen, die es aus mancherlei Gründen gescheut haben, sich zu äußern."
So Rubin, W., zit. in: Freie Presse, Bielefeld, 15.8.1966

Die Kritik Rubins veranlaßte den Bayern-Kurier, Erhard zu ermahnen, sich auf seine wahren politischen Freunde zu besinnen.

Hier wörtlich zitiert: "Die Lehre, die Ludwig Erhard aus der kaum verhüllten Rücktrittsforderung der FDP zu ziehen hat, ist im Prinzip einfach: Der Bundeskanzler muß in stärkerem Maße als bisher dort seine politischen Freunde sehen, wo sie tatsächlich angesiedelt sind: In den Unionsparteien, in enger Zusammenarbeit mit CDU und CSU, in einem Klima, in dem ernstgemeinte Ratschläge nicht als lästige oder gar böswärtige Kritik abgetan werden, in einer Atmosphäre des internen offenen

Gespräches. Es gilt, das Vertrauen, das die Unionsparteien, die seit Gründung der Bundesrepublik in Bonn ununterbrochen in der Verantwortung stehen, genossen und genießen, zu stärken und zu festigen. Zwangsläufig wird damit die notwendige feste Basis für die Arbeit der Bundesregierung geschaffen."

Scharnagl, W., Entlarvung falscher Freunde, in: Bayern-Kurier, 20.8.1966.

547 So Mende, E., zit. in: Der Stern, 14.8.1966, Nr. 33, S. 78

548 So Erhard, L., zit. in: Welt am Sonntag, 14.8.1966

549 So Heck, B., zit. in: Rundschau am Sonntag (Kölnische und Bonner Rundschau), 14.8.1966

550 Der Brief datierte vom 21.7.1966 und wurde auszugsweise in der FAZ am 16.8.1966 veröffentlicht.

551 Der Fraktionsvorsitzende äußerte, es sei ihm unerklärlich, wie der Brief in die Öffentlichkeit gelangen konnte, und wies den in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck zurück, er habe Kritik am Kanzler geübt. "Mein Brief vom 21. Juli betrifft die Zukunft. Es sei üblich, in Briefen Gespräche festzuhalten und Auffassungen zu präzisieren (so Barzel in einem Interview in: Rheinische Post, 27.8.1966). Barzel war am Abend des 20. Juli in Düsseldorf mit führenden Wirtschaftlern, unter anderem mit dem früheren Bundesfinanzminister Etzel, zusammengetroffen. (Vgl. Handelsblatt, Düsseldorf, 7.8.1966)

In Bonn wurde gemutmaßt, Barzel habe in dem Brief an Erhard die Meinung der Wirtschaftler wiedergegeben, was Barzel jedoch indirekt abstritt. (Vgl. Rheinische Post, a.a.O.)

Barzel hatte, so berichtete die Allgemeine Zeitung Mainz, das Briefdokument in mehr als einem halben Dutzend Durchschlägen an CDU-Funktionäre, CD U-Dienststellen und an Etzel gesandt, dem er auch angeboten haben soll, in einer späteren Bundesregierung wieder das Amt des Bundesfinanzministers zu übernehmen.

(Vgl. Allgemeine Zeitung, Mainz, 17.8.1966).

Erhard beantwortete am 12. August den Brief Barzels ausführlich.

Vgl. Nachlaß Erhard II. 1/38

552 Nachlaß Erhard, ebenda

553 In dem Brief kritisierte Barzel, es fehle an phantasiebeflügelten Perspektiven. So lange die Bevölkerung nur Schlagzeilen wie "Streichquartett", "Sparprogramm" oder "Stabilisierungsgesetz" lese, werde es bei einer pessimistischen Grundstimmung bleiben und möglicherweise "sogar eine Krise daraus folgen." Als "Stichpunkte", die die Regierung in ihre Planungen einbeziehen müsse, nannte Barzel: "Politik der Bundesbank, Exportförderung, Kapitalmarkt, Kuponsteuer, Stahl-Kohle, Textil, Überfremdung, vermehrte wissenschaftliche technologische und ökonomische Zusammenarbeit in Europa".

Nachlaß Erhard, ebenda

554 Vgl. S. 120

555 So Hauser, A., zit. in: Die Entscheidung; 14. Jahrgang, August 1966, Nr. 8, S. 5

556 So Hauser, A., ebenda S. 5

- 557 In dem in Augsburg erscheinenden Monatsmagazin hieß es, daß die deutschen Wähler seit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen unzufrieden seien und sich stärkere, dynamischere und entschlosseneren Leute an der Spitze des Staates wünschten. Die Bundesrepublik brauche einen Kanzler der "weniger appelliert und mahnt, als handelt und regiert". Barzel, Schröder, Lücke und Strauß gab der unbekannte CSU-Prominente keine Chance für eine Nachfolge im Bundeskanzleramt, weil eine ehmütige Zustimmung für einen der drei Kandidaten gegenwärtig noch nicht gefunden sein dürfte. Gerstenmaier sei dagegen derzeitig der aussichtsreichste Kandidat.
So der unbekannte prominente CDU-Politiker in: "Mann in der Zeit", Nr. 9, Sept. 1966, S. 8
- 558 Bei dem Treffen, das auf Einladung des Kanzlers erfolgte, ging es neben allgemeinen Fragen vor allem um wirtschafts-, finanz- und konjunkturpolitische Probleme. (Vgl. "Tegernsee und abseits", in: FAZ, 20.8.1966)
- In einem Interview mit dem ZDF urteilte Erhard am 19.8.1966 über das Treffen:
"Wir hatten keine gewittrige Atmosphäre in unseren Gesprächen, sondern wir haben in voller Ruhe und Sachlichkeit einmal einen Überblick uns verschafft über die derzeitige wirtschaftliche und finanzielle Situation, die innere Stabilität, aber auch die äußere. Wir werden unser Gespräch fortsetzen. Wir werden auch noch außenpolitische Themen berühren. Aber ich kann mit großer Genugtuung feststellen, daß wir zu einer weitestgehenden Übereinstimmung gekommen sind. Und aus diesem Grund begrüße ich es besonders, daß ich die Gelegenheit hatte, Kollegen Strauß hier in einer ruhigen Atmosphäre zu empfangen."
Strauß erklärte in demselben Interview:
"Die Kritik der CSU hat sich vor allen Dingen aller persönlichen Angriffe enthalten. Sie hat sich darauf beschränkt, wenn überhaupt Kritik, dann sie in Form von Anregungen und Vorschlägen zu geben. Das Stabilisierungsgesetz ist der jetzt vorgesehene und hoffentlich auch in Erfüllung gehende Weg, der allerdings noch, wie ich eben dargelegt habe, durch weitere Maßnahmen ergänzt werden muß. Auch darüber, glaube ich, nicht nur Verständnis, sondern weitestgehend Zustimmung gefunden zu haben."
So Strauß, F.J., ebenda
- 559 So Erhard, L., im Gespräch mit H.W. Graf von Finckenstein, zit. in: Die Welt, 20.8.1966.
- 560 Vgl. Erhard, L., ebenda
Es war auch zu lesen, daß Erhard beabsichtigte, Bundeswirtschaftsminister Schmücker durch Strauß und Bundesverteidigungsminister von Hassel durch Barzel zu ersetzen. (Vgl. Vielain, H., Erhard denkt an Kabinetts-umbildung, Strauß als Retter in der Not, in: Echo der Zeit, 11.9.1966).
Auf eine Kabinetts-umbildung angesprochen antwortete Gerstenmaier in einem Interview in "Welt am Sonntag": "Ich glaub, ich würde es tun."
Zu den Schwächen der Regierung Erhard sagte Gerstenmaier:
"Ich will nicht sagen, daß die am Bundeskanzler geübte Kritik einfach unberechtigt sei. Ich glaube jedoch, daß es ungerecht ist, Erhard schlichtweg zum Sündenbock für Entwicklungen zu machen, die in einem modernen Versorgungsstaat wahrscheinlich unvermeidlich sind und denen er selber seit Jahr und Tag widersprochen hat. Jetzt wird dem Kanzler

zum Vorwurf gemacht, daß er nicht hart genug sei. Wahrscheinlich mit Recht. Aber wir werden erleben, wie groß das Geschrei erst werden wird, wenn er wirklich die Härte an den Tag legt, die ich ihm wünsche, weil ich sie für notwendig halte."

(So Gerstenmaier, E., zit. in: Welt am Sonntag, 21.8.1966).

Eine Große Koalition, so Gerstenmaier, sei allerdings nicht aktuell. Vgl. Gerstenmaier, E., ebenda

- 561 So Shub, A., zit. in: Die Welt, 3.8.1966 (im Auszug abgedruckte Übersetzung eines Artikels in der "Washington Post").
Vgl. auch Gross, J., "Erhard triumphans", a.a.O., S. 19
- 562 Roeggele, O.B., Saure Gurken vom Tegernsee, in: Rheinischer Merkur, 19.8.1965
- 563 So Adenauer, K., zit. in: Bild-Zeitung, 23.8.1966
Die Vermutung des Korrespondenten des Wiesbadener Kurier vom 18.8.1966, bei dem anonymen prominenten CDU-Politiker, der Gerstenmaier als Kanzler vorgeschlagen hatte, handele es sich um Konrad Adenauer, war deshalb sehr wahrscheinlich.
In demselben Artikel gab der Altbundeskanzler auch eine Begründung für seinen Vorschlag ab: "Der Herr Erhard ist nämlich nicht gesund, er müsse mitunter einen "Heilschlaf" absolvieren."
So Adenauer, K., ebenda
Wenige Tage später würdigte Adenauer die politische Persönlichkeit und das politische Wirken des Bundestagspräsidenten in einem groß aufgemachten Artikel zu dessen sechzigstem Geburtstag.
Adenauer, K., Begegnungen mit Gerstenmaier, in: Christ und Welt, 26.8.1966.
- 564 Vgl. FR, 26.8.1966
- 565 Vgl. "Erhards Glück im Unglück", in: Die Zeit, 2.9.1966
- 566 Hildebrand, K., a.a.O., S. 213
- 567 Hildebrand, K., ebenda S. 213
Die Gewerkschaft "Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr" hatte mit dem Hinweis auf die Aktivitäten des Bundeswehrverbandes eine gewerkschaftliche Betätigung gefordert und vom Bundesverteidigungsministerium erhalten.
- 568 Vgl. Hildebrand, K., ebenda S. 213 f.
Von Hassel, der auch innerhalb der Union umstritten war, wurde von der Opposition als der Hauptschuldige für die Bundeswehrmisere angesehen. Ein Mißtrauensantrag der SPD gegen von Hassel wurde am 21.9.1966 abgelehnt. Für den Antrag stimmten 199 Abgeordnete, 236 lehnten ihn ab, ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme.
Vgl. FA Z, 22.9.1966
- 569 Bereits auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU am 8./9.7.1965 in Düsseldorf mahnte Altbundeskanzler Adenauer, die Finanzen des Bundes wieder in Ordnung zu bringen. (So Strauß in einem Brief vom 12.3.1984 an den Verfasser). Erhard, der die Gefahr im Verzuge erkannt hatte, stellte die Haushaltsanierung in seiner Regierungserklärung am 10.11.1965 als dringlichstes Problem heraus. (Vgl. Sten.Ber., 5. WP, 4. Sitzung, 10.11.1965, S. 20 ff.)

Erhard schlug seinerzeit sogar vor, "die tariflich vereinbarte wüchentliche Arbeitszeit um eine Stunde zu erhöhen." (So Erhard, L., zit. in: Sten.Ber., ebenda S. 20). Zum Jahresende 1965 kritisierte Adenauer in einem Interview die vor der Bundestagswahl beschlossenen Gesetze, die danach wegen fehlender Finanzmittel nicht eingehalten werden konnten.

"Die Bundesregierung hat doch einen Finanzminister, der seinen Chef hätte warnen müssen, daß dies einfach nicht zu machen war, und der, als es dann doch geschah, hätte seinen Hut nehmen und gehen müssen. Nach meiner Auffassung vom Staat muß die Regierung dem Parlament, wenn es eine abschüssige Bahn betritt, ein warnendes Halt zurufen und von den Mitteln Gebrauch machen, die ihr das Grundgesetz in Artikel 113 in die Hand gibt, und eben das ist nicht geschehen."

So Adenauer, K., Gedanken eines Neunzigjährigen, zit. in: Christ und Welt, 24.12.1965

Um das schwierige Haushaltsproblem in den Griff zu bekommen, plädierte Erhard anlässlich der Einbringung des Haushaltsgesetzes 1966 im März 1966 für einen "mehrjährigen Finanzplan mit Schwerpunkten und Prioritäten." (So Erhard, L., zit. in: Sten.Ber., 5. WP, 25. Sitzung, 3.3.1966, S. 1129).

Am 9.3.1966 scheiterte eine von Erhard beauftragte Kommission, das sogenannte "Streichquintett", bestehend aus den Bundesministern Dahlgrün, Schmücker, Niederalt, Stoltenberg und Katzer am Problem der Etatsparungen. (Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 208 f.). Im Sommer 1966 entschied sich Erhard für das Stabilitätsgesetz, gegen das er sich lange gestäubt hatte, weil "mit einem solchen Gesetz zugleich ein Teil der Freiheit verlorengeht oder wenigstens verlorenzugehen droht."

(So Erhard, L., auf der Kundgebung des BDI am 8.6.1966 in München, zit. in: Bulletin der Bundesregierung, 15.6.1966, Nr. 79, S. 621). In der Kabinettsitzung am 28.8.1966 war der Kanzler entschlossen, Einsparungen vorzunehmen, scheiterte nach einer über vierzehnstündigen Debatte aber am Ressortegoismus der CDU-Minister Heck und Katzer, die sogar im Falle von Streichungen im Sozialetat mit Rücktritt drohten. Vgl. Dreher, K., Die Gegner Erhards warten auf den "dritten Mann", in: SZ, 6.9.1966; vgl. auch die rückblickende Analyse von Spree, H.U., Der Juliusturm wirft noch immer seine Schatten, in: SZ, 26.1.1967.

570 Hier wörtlich zitiert:

"Ja, ich glaube, der unmittelbare Ansatzpunkt liegt in der Kennedy-Runde. Denn je besser und je mehr es uns gelingt, die Zollbarrieren niederzulegen, um so geringer wird je der diskriminierende Effekt, der heute noch zwischen EWG-Ländern und EFTA-Ländern besteht. Aber das soll nicht alles sein; ich glaube, wir sollten ernsthaft prüfen, welche unmittelbaren Möglichkeiten einer praktischen Fortführung der seinerzeit durch die gescheiterten Verhandlungen mit Großbritannien unterbrochenen Gespräche möglich erscheinen."

So Erhard, L., zit. nach KÜ, 29.8.1966, Nr. 117, Anhang I, S. 1

571 So Wehner, H., zit. in: Westfälische Rundschau, Dortmund, 29.8.1966

Erhards Replik darauf lautete: "Das hat mich überhaupt nicht getroffen, wenn ich ganz ehrlich sein soll. Denn im allgemeinen ist kein Tisch Tuch zwischen uns, sondern wir begegnen uns regelmäßig oder regelmäßig, wenn schon überhaupt, am Verhandlungstisch."

So Erhard, L., zit. nach KÜ, 12.9.1966, Nr. 122, Anhang I, S. 2

572 So Adenauer, K., zit. in: "Neue Bildpost", ref. in: NZZ, 5.9.1966

- 573 So Dräger, H., im Saarländischen Rundfunk, ref. in: Neue Ruhr Zeitung (NRZ-Nachrichtendienst), 5.9.1966
- 574 Vgl. "Erhard rügt "Inzucht" bei EWG und EFTA", in:FR, 3.9.1966
- 575 So Erhard, L., zit. in: BKB, Die Welt, 7.9.1966
- 576 Vgl. Augsburg Allgemeine, 10.9.1966
In der Fraktionsvorstandssitzung am 8.9.1966 lehnte Strauß Erhards Idee einer "Großen Freihandelszone" völlig ab (vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 186).
In der Fraktionssitzung am 12.9.1966 belehrte Strauß den Bundeskanzler, daß es keine deutsch-schwedische Sicherheitspolitik gebe, räumte in diesem Zusammenhang allerdings ein, daß Erhard vielleicht gemeinsame idealistische Ziele meine.
Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 29
- 577 So Erhard, L., in der Fernsehsendung "Monitor", zit. nach KU, 12.9.1966, Nr. 122, Anhang I, S. 1
Wie arglos Erhard seinerzeit war, zeigte sich in seiner Einschätzung der innerparteilichen Gegner: "Ich weiß nicht, wieviele Einzelgänger es sind, aber sicher ist es keine Fronde."
So Erhard, L., ebenda S. 1
- 578 Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 1
- 579 Vgl. ebenda S. 2
- 580 Vgl. ebenda S. 9
Die Fraktion einigte sich auf folgendes Sachprogramm: "1. Die Sicherung der Stabilität von Währung und Wirtschaft, 2. die Verabschiedung eines konjunkturgerechten Haushalts für 1967, 3. die Verdeutlichung unserer außenpolitischen Leitlinien, insbesondere in der Europa-Politik, 4. die Lösung der in der Bundeswehr sichtbar gewordenen Sachprobleme, 5. die Fortsetzung der Politik sozialer Gerechtigkeit."
Barzel, R., Politik für morgen, in: Deutschland Unionsdienst, 27.9.1966, Nr. 184, 20. Jahrgang, S. 1
- 581 Erhard schloß in seinem Beitrag nicht aus, daß die Auswirkungen des Vatikanischen Konzils auf die katholischen Wähler das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen beeinflußt haben könnten.
Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 10
- 582 Vgl. ebenda S. 20
- 583 Vgl. ebenda S. 20 f.
- 584 Vgl. ebenda S. 23
Prinz Konstantin wurde in seinen Ausführungen vor allem von Guttenberg unterstützt. Vgl. ebenda S. 63
- 585 Vgl. ebenda S. 24 f.
- 586 Vgl. ebenda S. 25

- 587 Vgl. ebenda S. 26
- 588 Die Ursachen für das schlechte Abschneiden der Union in Nordrhein-Westfalen erklärte Strauß mit dem Bonmot: Ungewißheit, Unbehagen, Unsicherheit, Unruhe und Unzufriedenheit.
Vgl. ebenda S. 27
- 589 Vgl. ebenda S. 34
- 590 Vgl. ebenda S. 35
- 591 Vgl. ebenda S. 36
Weiterhin forderte Strauß Beraterstäbe für den Kanzler, die mit wissenschaftlichen Methoden Einfluß auf die Richtlinienbestimmung nehmen sollten.
Vgl. ebenda S. 35
- 592 Vgl. ebenda S. 42
- 593 Vgl. ebenda S. 55 f.
- 594 Vgl. ebenda S. 36.
- 595 So wiesen beispielsweise die Abgeordneten von Merkatz, von Eckart, Struve u.a. die scharfe Kritik am Kanzler zurück.
- 596 Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 77 f.
- 597 Vgl. ebenda S. 81 f.
- 598 Vgl. ebenda S. 83
In einem Interview mit der "Schweizer Illustrierten" begründete Erhard gegenüber dem Journalisten Michael K. Caro nach seinem Sturz seine ablehnende Haltung mit dem Argument: "Ich hätte nur Aufpasser ins Kabinett bekommen."
So Erhard, L., in einem Gespräch mit Caro, M.K., Erhard bricht sein Schweigen, in: Schweizer Illustrierte, 6.3.1967.
Strauß war zu diesem Zeitpunkt nicht bereit, in das Kabinett einzutreten. Er dementierte in der Sitzung am 13.9.1966 Gerüchte, nach denen er Schmücker ablösen solle.
Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 85.
- 599 Vgl. ebenda S. 83
- 600 Erhard sagte, daß er geradezu entsetzt über den Vorschlag sei und führte weiter aus, daß er von diesem Ausschuß keine Notiz nehmen werde.
Vgl. ebenda S. 84
- 601 Vgl. Flach, K.H., Das Ende der Brigade Erhard, in: FR, 17.9.1966
- 602 Hier wörtlich zitiert:
"Meine Damen und Herren, die Gründe, die Herrn Minister Westrick veranlaßt haben, diesen Wunsch auszusprechen, sind mir persönlich wohl bekannt. Aber Sie werden von mir nicht verlangen können, daß ich hier vor diesem Kreise auch nur ein einziges Wort sage. Ich kann Ihnen jedenfalls versichern, der Grund liegt keineswegs, aber in gar keiner Weise in den persönlichen menschlichen Beziehungen zwischen Herrn We-

strick und mir und in der Art der sachlichen Zusammenarbeit. Wenn ich nicht wie Kollege Schiller Herrn Westrick hier das Vertrauen und Dank ausspreche, weil das sozusagen wie ein Hohn mir vorkäme und weil ich nicht den Eindruck erwecken wollte, als ob hier Entscheidungen gefallen wären. Ich habe ausdrücklich gesagt, die Entscheidung ist noch nicht gefallen, und ich werde in sorgfältigen Besprechungen und Erwägungen vor allen Dingen mit Herrn Westrick einmal die Dinge soweit klären, um dann zu einer endgültigen Entscheidung zu kommen."

So Erhard, L., zit. nach KÜ, 16.9.1966, Nr. 511, Anhang I, S. 1

- 603 Als Kritikpunkte gegen Westrick wurden aufgeführt, daß dieser ein "unpolitischer Minister" sei (vgl. die Kritik des Abgeordneten Mick), der nur in engen wirtschaftspolitischen Kategorien denke (vgl. das Interview des rheinischen CDU-Vorsitzenden Grundmann, in: Neue Rhein-Ruhr-Zeitung, 10.9.1966) und wenig verwaltungstechnisches Geschick besitze (vgl. F.J. Strauß S. 241 f. Anm. 540)
- 604 Dies bestätigte Hohmann dem Verfasser im Gespräch am 31.10.1984. Bereits Anfang September 1966 kursierten in der Bundeshauptstadt Gerüchte, daß sich ein Wechsel an der Spitze des Bundeskanzleramtes andeute. Am 9.9.1966 antwortete Erhard in der Fernsehsendung "Monitor" auf die Frage, ob er sich von Westrick trennen wolle: "Ich möchte in diesem Zusammenhang keine Fragen beantworten, die personenbezogen sind."
- So Erhard, L., zit. nach KÜ, 12.9.1966, Nr. 122, Anhang I. S. 3
- 605 Vgl. Westrick, L., in dem Brief vom 3.12.1977 an den Verfasser.
- 606 Vgl. Westrick, L., ebenda
- 607 Westrick merkte an, daß der sehr kollegiale und rücksichtsvolle Führungsstil Erhards in den Kabinettsberatungen häufig zu langwierigen Auseinandersetzungen geführt und manches Mal schnelle, harte und klare Entscheidungen erschwert habe. Eine intensive Ausschöpfung der Richtlinienkompetenz durch den Bundeskanzler Erhard hätte manche Kritik im Keime erstickt.
- Vgl. Westrick, L., ebenda
- Der sensible Erhard sprach in dieser für ihn so bedrückenden Phase seiner Amtszeit dem Alkohol wohl mehr als sonst zu; dies war wohl seiner Spannkraft und kommunikativen Kompetenz wenig förderlich und mag einige Politiker dazu verleitet haben, diesen Umstand auszunutzen. Dies sagte Hohmann dem Verfasser indirekt in dem Gespräch am 10.4.1985.
- 608 Erhard begründete seine Entscheidung damit, daß Westrick die Reise sorgfältig vorbereitet habe und deshalb für ihn als Berater von größtem Wert sei.
- Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 97
- 609 Dies taten sowohl seine Berater, als auch Politiker anerkannter Provenienz wie Franz-Josef Strauß (vgl. FR, 19.9.1966) und junge unerfahrene Abgeordnete, wie z.B. Peter Petersen, der in der "Bild-Zeitung" äußerte: "Nach einem Jahr Bundestag wäre es vielleicht größtensinnig von mir, dem Kanzler etwas vorschreiben zu wollen. Doch würde ich mich wohler fühlen, wenn Erhard erst nach den Kongreßwahlen reist."
- So Petersen, P., zit. in: Bild-Zeitung, 19.9.1966

- 610 "Bei diesen in den Offset-Abkommen seit 1961 ausgehandelten Leistungen ging es nicht, wie in der Öffentlichkeit fälschlicherweise oft angenommen wurde, um eine Entschädigung für die Anwesenheit der amerikanischen Truppen in Deutschland, also um Sold für fremde Legionäre. Vielmehr wurden mit diesen Beträgen lediglich die durch die Stationierung amerikanischer Soldaten und ihrer Angehörigen im Ausland für die Zahlungsbilanz der USA auftretenden Devisenverluste ausgeglichen." Hildebrand, K., a.a.O., S. 175
Die finanzpolitische Situation in diesen beiden reichen Industrieländern war Mitte 1966 angespannt. Die durch den Vietnamkrieg finanziell stark belasteten Amerikaner benötigten Geld, das den Deutschen aufgrund der schwierigen Haushaltssituation fehlte.
- 611 Als ihn Günter Gaus in einem Interview für die Fernsehsendung "Report" fragte: "Erlauben Sie mir eine letzte Frage, Herr Bundeskanzler. Sind Sie im Hinblick auf Ihren bevorstehenden Besuch in Washington darauf gewappnet, eine Enttäuschung zu erleben - sowohl was angeht die Forderung der Amerikaner auf dem Gebiete der Devisenverhandlungen, Einkäufen, als auch die Vorstellungen Bonn im Bereich der atomaren Mitsprache, als auch in der Frage eines etwaigen Truppenabzugs aus Europa?" antwortete Erhard: "Soweit es Differenzierungen der Auffassungen gibt, und die gibt es natürlich, sind sie zu bekannt, als daß mein Besuch in Washington Überraschungen auslösen oder eine neue Situation schaffen könnte. Das ist nicht der Fall, und ich vertraue auch, daß das freundschaftliche Verhältnis, das mich mit dem amerikanischen Präsidenten verbindet, die Unterredungen in einem Geiste vor sich gehen läßt, die keine echte Sorge gerechtfertigt erscheinen läßt." So Erhard, L., zit. nach KU, 19.9.1966, Nr. 123, Material für die Presse, S. 13.
In einem Interview mit dem Grafen H.W. Finckenstein von der "Welt" begründete der Bundeskanzler seinen Optimismus mit den Worten: "Herr Johnson liebt mich, und ich liebe ihn." So Erhard, L., zit. in: Hildebrand, K., ebenda S. 177
Etwa fünf Monate später bestätigte Erhard seine optimistische Erwartung in den USA-Besuch: "Ich hatte gedacht, Präsident Johnson würde mit den Zahlungszielen entgegenkommen, so wie bei einer Wechselprolongation für gute Bankkunden. Der Präsident konnte sich das aber angesichts der bevorstehenden Wahlen offenbar nicht leisten." So Erhard, L., im Gespräch mit M.K. Caro, zit. in: Schweizer Illustrierte, 6.3.1967.
- 612 So Krause, A., zit. in: ap-Meldung, z.B. in Wasserburger Zeitung, 23.9.1966
- 613 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 23.9.1966
Erhard hatte eine fünfseitige Rede verfaßt, in der er seine innenpolitischen Ziele darlegte, sich aber auch aufgeschlossen für die Besoldungsforderungen der Beamten zeigte: "Trotz allem will die Bundesregierung weiter versuchen, im Rahmen des Möglichen und in Abwägung aller anderen öffentlichen Verpflichtungen das Besoldungsgefüge der Beamten zu verbessern. Ich möchte Sie bitten, dieses Bemühen bei Ihren Überlegungen und Beratungen auf dem diesjährigen Bundesvertretertag in dieser Bezogenheit gerecht zu würdigen."
Die Rede wurde später an die Presse verteilt.
(Material für die Presse, 22.9.1966, veröffentlicht durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.)

Auf dem Bundesvertretertag sprechen von der Union Innenminister Lücke, der zuerst mit Erhard gegangen, später jedoch zurückgekehrt war, Rainer Barzel, der SPD-Abgeordnete Schmitt-Vockenhausen und der stellvertretende FDP-Vorsitzende Weyer. Vgl. BKB, Die Welt, 23.9.1966.

- 614 Krause sagte wörtlich: "Wir nehmen den Vorwurf, über das zulässige Maß der Kritik hinausgegangen zu sein, in Kauf."
So Krause, A., zit. in: BKB, Die Welt, ebenda

- 615 Bis Mitte des Jahres 1967 waren noch insgesamt 3,6 Milliarden DM zu zahlen. Mit Nachdruck hatte McNamara, unterstützt von Präsident Johnson, im Sommer 1966 darauf hingewiesen, daß die im Vietnamkrieg entwickelten Amerikaner keinen Zahlungsaufschub gewähren würden (vgl. Washingt. KB, Die Welt, 23.6.1966).

Bei Nichteinhaltung der Verpflichtungen drohten die Amerikaner damit, ihre Truppen in Deutschland zu reduzieren (vgl. Washingt. KB, FAZ, 2.7.1966). Da die von Franz Josef Strauß 1961 ins Devisenausgleichsabkommen eingebrachte Vorbehaltsklausel, die besagte, daß die Verpflichtungen nur bei deutscher Zahlungsfähigkeit eingehalten werden könnten, 1964 von Erhard nicht ausdrücklich erneuert worden war (vgl. NZZ, Die deutschen Devisenausgleichsabkommen mit Amerika und Großbritannien, 9.9.1966), blieb dem Bundeskanzler im Abschlußkommunique nur die Versicherung, "die Bundesrepublik werde ihr Bestes tun, um den laufenden Devisenausgleichsabkommen nachzukommen, soweit zahlungsbilanzwirksame Finanzregelungen in Frage kommen." (Zit. in: Bulletin der Bundesregierung, 30.9.1966, Nr. 128, S. 1018).

In der Fraktionssitzung am 4.10.1966 mußte sich Erhard von Strauß den harten Vorwurf gefallen lassen, die deutschen Interessen 1964 vernachlässigt zu haben. Strauß hielt dem Bundeskanzler vor, daß die Fortsetzung der Devisenzahlungen in genereller Absprache bei einer früheren Reise innerhalb von drei Minuten vereinbart wurde und zog daraus den Schluß, daß dies eine Vernachlässigung der Sorgfaltspflicht des Bundeskanzlers gewesen sei.

Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 130

- 616 Dies wurde auch deutlich in der Erklärung des Bundeskanzlers über seine Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten vor dem Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1966 (vgl. Bulletin der Bundesregierung, 7.10.1966, Nr. 133, S. 1041 ff.).

Vgl. auch Erhards Interview mit dem Südwestfunk, das deutlich machte, daß hart aber erfolglos verhandelt wurde. Hier wörtlich zitiert: "Das politische Ergebnis liegt darin, daß sich aufs neue die Freundschaft zwischen den beiden Ländern, und ich kann dazu sagen auch zwischen dem amerikanischen Präsidenten und mir persönlich, bekräftigt hat. Und das gerade deshalb, weil bei dieser Reise nicht von vornherein zu erwarten war, daß wir in allen einzelnen Punkten gleicher Auffassung sind. Die Standpunkte waren kontrovers. Sie sind auch z.T. kontrovers geblieben. Aber ich glaube, die Offenheit, mit der wir diesen Gegenstand behandelt haben, ohne Trübung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und ohne Gefährdung des festen Zusammenhalts zwischen unseren beiden Ländern und innerhalb der NATO, ist der beste Beweis dafür, daß man es wagen kann, Fragen zu erörtern, wo die amerikanischen Interessen, die amerikanischen Möglichkeiten, die amerikanische Betrachtungsweise und unsere Beurteilung der Lage über unsere Leistungsfähigkeit eben von vornherein nicht voll übereinstimmen."

So Erhard, L., zit. nach KU, 29.9.1966, Nr. 125, Anhang I, S. 1

- 617 Günther, K., a.a.O., S. 145
- 618 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 27.9.1966
- 619 Vgl. BKB, Münchner Merkur, ebenda
- 620 Vgl. BKB, Die Welt, 30.9.1966
Ursprünglich sollte auch Kiesinger teilnehmen, der zu dieser Zeit jedoch zur Ministerpräsidentenkonferenz nach Berlin fahren mußte. Vgl. Weser-Kurier, Bremer Tageszeitung, 30.9.1966
- 621 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 30.9.1966
- 622 Vor allem der rheinland-pfälzische CDU-Chef Helmut Kohl habe sich, so berichtete die Saarbrücker Zeitung, seit einiger Zeit Gedanken um die "Vorsorge für den Fall einer Ablösung Erhards" gemacht, die er auch freimütig mit Konrad Adenauer diskutiert habe. (Vgl. BKB, Saarbrücker Zeitung, 29.9.1966)
Der damalige Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen CDU und heutige Bundeskanzler Helmut Kohl bezeichnet sich gern als der "Enkel Konrad Adenauers" (Anm. d. Verfassers).
- 623 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 30.9.1966
Gerstenmaier erwähnt in seinem Lebensbericht dieses so bedeutsame Treffen in seinem Jagdhaus nicht und kann sich nicht erinnern, von Konrad Adenauer aufgefordert worden zu sein, als Bundeskanzler zu kandidieren. "Erst zehn Jahre später erfuhr ich zuverlässig, daß er (Adenauer, Anm. d. Verf.) mit Globke, Krone, Heck und anderen der Meinung war, ich müsse Erhard schleunigst ablösen." Gerstenmaier, E., Streit und Friede hat seine Zeit, Frankfurt 1981, S. 535
- 624 Vgl. BKB, Saarbrücker Zeitung, 29.9.1966
- 625 Zit. in: BKB, Münchner Merkur, 30.9.1966
- 626 So Gerstenmaier, E., zit. in: Eugen Gerstenmaier hält sich als Kanzler bereit, abgedruckt in: Rheinischer Merkur, 30.9.1966
- 627 Rheinischer Merkur, a.a.O.
- 628 Vgl. Rheinischer Merkur, ebenda
- 629 Hier wörtlich zitiert: "Der Posten des Verteidigungsministers steht für mich auch deshalb außer Diskussion, weil das, was mir am interessantesten ist und wo ich mir auch am ehesten ein sicheres, eigenes Urteil zutrauen würde, ja nicht beim Verteidigungsminister, sondern beim Außenminister liegt. Wie soll man zum Beispiel als Verteidigungsminister einem Grundschemata wie meiner Ellipsentheorie nähertreten? Dazu hat zunächst gar nicht der Verteidigungsminister das Wort, sondern der Außenminister. Ob der Starfighter zum Beispiel damals das einzig richtige Kampfflugzeug für uns war oder welcher Panzertyp der beste war, das kann ich nicht beurteilen. Anders verhält es sich jedoch mit den eigentlichen politischen Problemen; die aber liegen beim Außenminister ..."
So Gerstenmaier, E., zit. ebenda.
Vgl. auch Merten, P., Loyalität gegenüber dem Land, in: Die Weltwoche, 7.10.1966

Das Interview Gerstenmaiers im Rheinischen Merkur wurde in fast allen Tageszeitungen mit zum Teil provozierenden Schlagzeilen auszugsweise wiedergegeben und kommentiert. Hier eine Auswahl:

"Gerstenmaier pocht an die Kanzler-Tür", Die Rheinpfalz, Ludwigshafen, 29.9.1966

"Gerstenmaier will Kanzler werden", Weser-Kurier, Bremen, 29.9.1966

"Gerstenmaier bereit zur Nachfolge Erhards", Westdeutsche Allgemeine, 29.9.1966

"Ich bin der neue Kanzler!", Hamburger Abendecho, 29.9.1966

"Offene Diskussion in Bonn über einen neuen Bundeskanzler", Die Welt, 30.9.1966.

629a Vgl. S. 135 Fußnote 638

630 Vgl. Münchner Merkur, 1./2.10.1966.

Das Echo auf das Gerstenmaier-Interview reichte von Verlautbarungen wie: "Wir haben jetzt eine Alternative", bis: "Diese Art, sich selbst anzubieten, ist in unserer Partei nicht beliebt". Zit. in: Neue Ruhr-Zeitung, Neue Rhein Zeitung, 30.9.1966

631 So Adenauer, K., zit. in: Welt am Sonntag, 2.10.1966.

In einem weiteren Interview mit der "Welt" kritisierte Adenauer erneut heftig die Außenpolitik der Vereinigten Staaten und wertete die USA-Reise Erhards als Fehlschlag. Seinen Interview-Elfer begründete Adenauer folgendermaßen: "Ich hatte mir absolut vorgenommen, politisch nicht mehr irgendwie hervorzutreten. Aber ich halte es damit, was Herr Gerstenmaier gesagt hat. Wenn die Not des Vaterlandes so groß ist, wie sie nach meiner Meinung ist, die Gefahr für Deutschland, dann werde ich auch für meine politischen Ansichten öffentlich eintreten. Ich tue es ja ..."

So Adenauer, K., zit. in: Die Welt, 3.10.1966

632 So Strauß, F.J., zit. in: Welt am Sonntag, 2.10.1966

633 So die Erklärung, auszugsweise zit. in: Ruhr-Nachrichten, Dortmund, 3.10.1966

634 Vor allem Barzel und Strauß, der von Hassel vorwarf, die "Vorbehaltsklausel" im Devisenausgleichsabkommen nicht erneuert zu haben, äußerten ihre Besorgnis darüber, wie die 3,6 Milliarden DM Devisenausgleich an die USA gezahlt werden sollten, ohne daß der Haushalt 1967 unrealistisch wird.

Vgl. BKB, Die Welt, 4.10.1966

Vgl. auch ACDP, a.a.O., S. 107 f.

635 BKB, Die Welt, ebenda

636 Die FAZ wählte in ihrer Ausgabe am 4.10.1966 die Schlagzeile "Barzel: Erhard ist und bleibt Bundeskanzler". Die Schlagzeile der "Welt" lautete: "Führende CDU-Politiker fordern Kanzlerwechsel bis zum Frühjahr."

637 Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, S. 110

Der CDU-Abgeordnete Heiner Geißler aus Rheinland-Pfalz, der im übrigen die öffentliche Personaldiskussion in der Union begrüßte (vgl. ebenda S. 126), wollte von Barzel wissen, wie dieser "faux pas" entstanden sei. Barzel antwortete, daß er in den späten Abendstunden einen Anruf erhalten hatte. Der Anrufer teilte ihm mit, daß "Die Welt" mit einer ganz anderen Story und Aufmachung herauskommen werde. Er, Bar-

zel, habe daraufhin die Chefredaktion der "Welt" informiert, daß der Inhalt des Artikels falsch sei. Barzel erhielt als Antwort, daß der Andruck fast abgeschlossen und die Veröffentlichung nicht mehr zu verhindern sei.
Vgl. ebenda S. 128

- 638 Der Bundestagspräsident erklärte, daß er nicht zu der Schlagzeile, aber sonst zu jedem einzelnen Wort des Interviews stehe. Er fuhr fort, daß er von seinen Ausführungen keinen Schritt zurückgehe, obwohl die Schlagzeile die ganze Intention dessen, was er gemeint und gewollt habe, verkehre.
Vgl. ebenda S. 120
- 639 Vgl. ebenda S. 121
- 640 Vgl. ebenda S. 121
- 641 Vgl. ebenda S. 128
- 642 Vgl. ebenda S. 128 ff.
- 643 Vgl. ebenda S. 139
- 644 Wuermeling lehnte den Beschluß mit der Begründung ab, daß dieser ungläubwürdig sei und nur dazu diene, den Bundeskanzler so lange hinzuhalten, bis einzelne Präbidenten den für sie richtigen Zeitpunkt für gekommen halten.
Vgl. ebenda S. 144 ff.
- 644 Hauser, der eine namentliche Abstimmung forderte, erklärte, ihm hätten mehrere Fraktionsvorstandsmglieder persönlich gesagt, daß Erhard für die Union nicht der richtige Kanzler sei. Er halte es deshalb für einen Selbstbetrug, über eine Einigungsformel abzustimmen.
Vgl. ebenda S. 150
- 645 Vgl. ebenda S. 107
- 646 Vgl. ebenda S. 169
- 647 Vgl. ebenda S. 173
- 648 Vgl. BKB, SZ, 5.10.1966
- 649 Die EntschlieBung hatte folgenden Wortlaut: "1. Der Bundeskanzler hat die Bundestagswahlen gewonnen. Er ist und bleibt Bundeskanzler.
2. Bundestagspräsident Gerstenmaier erklärt: Erhard bleibt Bundeskanzler bis 1969 (den nächsten Bundestagswahlen). Gerstenmaier strebt keinen Posten in der Bundesregierung an.
3. Eine Kabinettsumbildung ist zur Zeit nicht aktuell.
Zit. in: BKB, SZ, ebenda
- 650 Dies teilte Barzel der Fraktion am 11.10.1966 mit.
Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 176
- 651 Dies tat der CSU-Vorsitzende beispielsweise selbst in dem Artikel "Bayerns deutsche Aufgaben für Sicherheit und Wohlstand", in: Bayern-

Kurier, 8.10.1966. In diesem Aufsatz stellte Strauß ein Sachprogramm, das sich von dem der Bundesregierung deutlich abhob, vor.

- 652 Auf die Frage, ob Mitglieder des Landesausschusses der CSU gefordert hatten, damit zu drohen, die CSU-Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen, antwortete Strauß: "Wie es in einem solchen Gremium der Fall ist, treten immer sehr verschiedene, ich darf sagen, auch oft entgegengesetzte Meinungen auf; es ist richtig, daß ein Teil der Mitglieder dieser Gremien eine sehr harte Meinung vertreten haben und um mich ganz vorsichtig auszudrücken, eine sichtbare Distanzierung der CSU von gewissen Seiten der Bonner Politik verlangt haben."
- So Strauß, F.J., im Deutschen Fernsehen, zit. nach KÜ, 10.10.1966, Nr. 174, Anhang I. S. 1
- Die CSU kam letztlich von diesem Ansinnen ab, weil sie sich nicht dem Vorwurf der Obstruktion aussetzen wollte. Dies bestätigte der damalige stellvertretende Landesgruppenaprecher Bauer dem Verfasser in dem Gespräch am 23.12.1984.
- Besonders Freiherr von und zu Guttenberg versuchte, mit beschwörenden Appellen die zögernden CSU-Vorstandsmitglieder für eine Blitzaktion gegen Erhard zu gewinnen. "Gewiß, es gab die Abstimmung in der Fraktion, die am Ende zu einem Votum für Erhard mit sieben oder neun Stimmen gegen ihn und drei Enthaltungen führte ... Daß man nicht zu einer anderen Lösung gekommen ist als zu dieser verlogenen Abstimmung: Der Kanzler bleibt Kanzler. Die Leute wissen, daß er nicht Kanzler bleiben darf. Das, was die Leute dazu bringt, so abzustimmen ist, daß bisher niemand handeln konnte, weil - unser Vorsitzender drückt es so aus - der Kollektivclinch herrscht, wo man sich noch nicht auf irgendjemand geeinigt hat ...
- Nach meinem Begriff heißt das Problem nicht Kabinettsumbildung - ich glaube, daß Erhard nicht in der Lage ist, das Kabinett umzubilden - das Problem heißt nicht Regierungsumbildung, sondern Erhard ...
- Ich muß ihnen sagen, in der CDU gibt es einen geradezu stürmisch wachsenden Kreis, der seine Hoffnung auf die bayerische CSU setzt und sagt: Ihr dort oben in Bayern habt ein Konzept ...
- Ich frage: Können wir rechtzeitig handeln? Wenn wir es können, müssen wir es tun, denn dann würde die CSU in Deutschland der Kern der Erneuerung werden. Meines Erachtens können wir handeln und zwar nicht gegen die Minister, sondern mit ihnen in Fortführung und selbstverständlich solidarisch, parallel mit ihnen. Der Herr Bundeskanzler wird nie durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gestürzt werden können. Das wird kein Mensch von dieser Fraktion verlangen, das wird auch nicht geschehen. Aber wenn in diesem Kabinett die CSU sagt, mit uns leider nicht mehr, frage ich mich, ob das nicht der Zwang zum Handeln bedeutet (Beifall). Und daß bis heute nicht gehandelt wurde, hat nur einen Grund: Niemand hat bisher die Aktion gesetzt, die die Situation nötig macht. Wenn wir das Handeln setzen, wenn wir das Gesetz des Handelns in unsere Hand nehmen und sagen, wir machen nicht mehr mit, wir sind der Auffassung, daß eine Änderung in capite et membris notwendig ist, unsere Minister handeln mit uns, sind wir diejenigen, die das stärkste Gewicht dieser Lösung haben und bestimmen, wie es notwendig ist."

So Guttenberg, K.Th., zit. in: Mintzel, A., a.a.O., 388 f.

- 653 So Strauß, F.J., zit. ebenda S. 386 f.
- Auf einen Einwand der CSU-Abgeordneten Maria Probat entgegnete Strauß: "Wir sind nicht mehr dazu zu bringen, sage ich im vollen Ernst und in aller Deutlichkeit, daß wir uns um einer vorgetäuschten Einheit willen

hinter alle wesentlichen Einzelheiten einer im Übrigen guten Sache stellen und zwar hinter wesentliche Einzelheiten, die wir um der Staatsräson und auch um unserer Stellung in der Welt und unserer Orientierung zur Umwelt willen einfach nicht mehr hinnehmen können Wir haben sogar Chancen, in Bayern hinter die SPD gedrängt zu werden ... Der Weg enthält ungeheure Risiken, aber es gibt jetzt überhaupt keinen Ausweg mehr. Entweder Risiken mit der Chance, in der klaren Mehrheit zu bleiben, oder weitermachen in dem vorher erwähnten Sinn, dann müssen wir mit einer großen Wahrscheinlichkeit in Kauf nehmen, á la baisse spekulieren zu müssen, auf dem Hintergrund weniger erfreulicher Landtagswahlen zu sehen, so geht es nicht weiter."

So Strauß, F.J., zit. ebenda S. 387

Im Gegensatz zu Strauß vertrat Kiesinger die Auffassung, daß der "notwendige Auseinandersetzungsprozeß", d.h. die Denominierung Erhards, noch etwa "ein halbes Jahr dauern" würde.

Nachlaß Erhard 347: Notiz von Bebermeyer für Hohmann vom 18.10.1966. "Betr. Gespräch Prof. Wildenmann mit Ministerpräsident Kiesinger und Termin Prof. Wildenmann beim Herrn Bundeskanzler." Die Ansicht Kiesingers stimmte mit den Gedanken führender CDU-Kreise überein, Erhard zu dessen siebzigsten Geburtstag abzulösen und ihn 1969 für das Amt des Bundespräsidenten vorzuschlagen. Vgl. BKB, Allgemeine Zeitung, Mainz, 10.9.1966.

654 So Strauß, F.J., zit. in: Rheinische Post, 10.10.1966.

Vgl. auch von Uslar, T., Strauß-Attacke mit Platzpatronen, in: Die Zeit, 14.10.1966

655 Vgl. FAZ, 14.10.1966

656 Vgl. Rheinische Post, a.a.O.

657 Bundespräsident Heinrich Lübke hatte nach der ausgesprochenen Berufung Pfitzners eine Überprüfung der Vergangenheit des Beamten angeordnet. Pfitzner blieb allerdings Bundesratsdirektor.

Vgl. Münchner Merkur (ap/dpa), 12.10.1966

Am 25.10.1966 meldete der Bonner General-Anzeiger, daß Erhard bis dato achtzehn Absagen für die Westrick-Nachfolge erhalten hatte.

Ihr Desinteresse bekundeten: Bundesratsdirektor Pfitzner, EWG-Präsident Hallstein, NATO-Botschafter Grewe, die Minister Stoltenberg und Nideralt, die CDU-Abgeordneten Rasner und Benda, die Staatssekretäre Ernst, Langer, Mercker und Gumbel, die Ministerialdirektoren Wirmer und Rebmann (Stuttgart), Friesenhahn, der Fuldaer Oberbürgermeister Dregger, der baden-württembergische Bundesbeauftragte, Staatssekretär Seifritz, sowie die ehemaligen Bonner Staatssekretäre Rust und Hettlage.

Vgl. General-Anzeiger, Bonn, 25.10.1966.

658 Vgl. Der Spiegel, Nr. 44, 24.10.1966, S. 27

659 Hildebrand, K., a.a.O., S. 199

660 Hildebrand, K., ebenda S. 199 f.

Erhard hielt jedoch am traditionellen Wiedervereinigungsgedanken fest: "Unsere Auffassung bleibt bestehen, daß es ohne die Wiedervereinigung einen echten und dauerhaften Frieden nicht geben wird. Da wir aber den Frieden nicht erst in Generationen brauchen, bleibt das Problem der Wiedervereinigung als vordringlich auf der Tagesordnung. Gewiß ist die

Bundesregierung zu Aktivität aufgerufen, aber wir schaden der Sache, wenn wir den falschen Eindruck erwecken, als ob uns jeden Tag etwas Neues und Spektakuläres einfallen könnte und der schmale Bewegungsspielraum aus deutscher Schuld erwachse."

So Erhard, L., in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, zit. nach KÜ, 24.10.1966, Nr. 129, Anhang II, S. 2

Diese Auffassung stand im Widerspruch zu den deutschlandpolitischen Gedanken der FDP und trug im Oktober 1966 zur Verschärfung der Koalitionskrise bei.

Vgl. BKB, Münchner Merkur, 21.10.1966

- 661 So Furler, H., zit. in: Badische Volkszeitung, Karlsruhe, 24.10.1966

Furler wies die Unterstellung, er habe gesagt, daß die von ihm skizzierte Lösung im Einvernehmen mit Erhard selbst getroffen worden sei, zurück. Vgl. BKB, Stuttgarter Nachrichten, 25.10.1966

- 662 Vgl. General-Anzeiger, Bonn, 25.10.1966

- 663 Die Koalitionsparteien konnten keine Einigung über den Haushaltsausgleich erzielen. Vgl. Der Spiegel, Nr. 44, 14.10.1966, S. 28

- 664 Hildebrand, K., a.a.O., S. 220

Es wurde in der Union diskutiert, die Steuern für Mineralöl, Tabak und Branntwein zu erhöhen, notfalls sogar eine sechsprozentige Ergänzungsabgabe zur Einkommens-, Lohn- und Körperschaftsteuer einzuführen. Die FDP forderte Einsparungen im Verteidigungs- und Sozialetat.

Vgl. Der Spiegel, Nr. 45, 31.10.1966, S. 31

- 665 Vgl. Hildebrand, K., ebenda S. 219

- 666 Strauß hatte am 6. Oktober 1966 vor der christlich-demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments seine außenpolitische Konzeption erläutert und sich für eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich ausgesprochen. Gerade nach dem Staatsbesuch de Gaulles im Juni/Juli 1966 in Moskau sei dies angezeigt. Er empfahl damals, den Sitz des Natorates in Paris zu belassen.

Vgl. FAZ, 7.10.1966

- 667 Vgl. Der Spiegel, Nr. 45, a.a.O., S. 31

- 668 Das Gespräch war geprägt von der resoluten Verhandlungsführung Barzels, der dem Koalitionspartner erklärte, er wolle der Fraktion am kommenden Tag ein respektables Arbeitsergebnis präsentieren. (Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, S. 237) Dabei wurde er vor allem von Theodor Blank unterstützt, der auch vor persönlichen Angriffen auf die FDP-Politiker nicht zurückschreckte. (Vgl. Der Spiegel, Nr. 45, ebenda S. 32). Als der Verhandlungsführer der Freien Demokraten, Siegfried Zoglmann, unterstützt von Hans Dietrich Genscher, provozierend die gesamte Unionspolitik der letzten 10 Jahre in Frage stellte, wiesen die Unionspolitiker dies mit dem Hinweis zurück, die FDP habe diese Politik schließlich fünf Jahre lang mitgetragen. Barzel drohte sogar mit dem Ende der Koalition für den Fall, daß der Vorwurf nicht zurückgenommen werde. Auch eine von den besonnenen Teilnehmern verlangte Gesprächspause konnte die Gemüter nicht mehr beruhigen, so daß früh morgens um zwei Uhr die Verhandlungen vertagt werden mußten.

Vgl. ACDP, ebenda S. 238

- 669 Vgl. Der Spiegel, Nr 45, a.a.O., S. 33
- 670 Vgl. ACDP; Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 236 ff.
- 671 So verurteilten beispielsweise die Abgeordneten Althammer und Mick sowie Bundesinnenminister Lücke das Verhalten der FDP. Der Ummut gipfelte in der Forderung, die FDP-Minister zu entlassen und eine Große Koalition zu bilden. (Vgl. ebenda S. 246 f.)
- Gegen Mittag vermeldete Barzel den wartenden Pressevertretern: "Es bricht und brennt."
- So Barzel, R., zit. in: Der Spiegel, Nr. 45, a.a.O., S. 347
- 672 Der Bundeskanzler empfahl nachdrücklich auf Vorschlag des Bankiers Abs, den Bundeshaushalt durch eine Ergänzungsabgabe auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer, die allein dem Bund zusteht, auszugleichen.
- Vgl. Der Spiegel, Nr. 45, ebenda S. 34
- 673 So Mende, E., zit. in: Der Spiegel, Nr. 45, ebenda S. 34
- 674 Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 257 f.
- 675 Vgl. ebenda S. 260
- 676 Vgl. ebenda S. 261
- 677 Vgl. ebenda S. 261
- 678 In der FDP, die intensiv um ein eigenes politisches Profil bemüht war, zeichneten sich im Sommer/Herbst 1966 drei Strömungen ab: Die sich noch in der Minderheit befindlichen Anhänger einer sozial-liberalen Koalition, wie z.B. Mischnik und Scheel, die Gruppe der Neutralisten, der z.B. Weyer und Genscher angehörten, und die Erhard-Anhänger, deren prominenteste Repräsentanten Mende und Kühlmann-Stumm waren.
- Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 67
- Im Laufe der fortschreitenden vorwiegenden intraparteilich bedingten Kanzlerkrise setzen sich die Kräfte in der FDP durch, die einer Koalition mit der Union ablehnend gegenüberstanden. Dies zeigte sich deutlich in dem Fraktionsbeschuß vom 26.1.1966, dessen letzter Satz lautete: "Die FDP-Fraktion ist in Übereinstimmung mit dem Bundesfinanzminister und anderen Kabinettsmitgliedern der FDP der Auffassung, daß der Bundeshaushalt 1967 ohne die von der CDU/CSU gewünschte Ergänzungsabgabe auf die Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer und ohne die von der CDU/CSU gewünschte Erhöhung von Verbrauchersteuern ausgeglichen werden kann."
- Zit. in: Knorr, H., Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition, Meisenheim a.G., 1975, S. 60
- 679 Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 274
- 680 So Barzel, R., in einem Interview mit dem WDR, "Mittagsmagazin", zit. nach KÜ, 27.10.1966, Nr. 187, Übersicht S. 3

- 681 So Barzel, R., ebenda S. 4
- 682 So Zoglmann, S., ebenda S. 4
- 683 So Zoglmann, S., ebenda S. 4
- 684 So Zoglmann, S., ebenda S. 6
- 685 So Barzel, R., ebenda S. 4
- 686 So Mende, R., zit. in: Der Spiegel, Nr. 45, a.a.O., S. 34
- 687 Der Spiegel, Nr. 45, ebenda S. 34
Die intraparteilichen Querelen in der Union veranlaßten Erich Mende, vor der gesamten Kabinettsrunde zu erklären: "Es geht hier in Wirklichkeit gar nicht mehr um den Haushalt, Herr Bundeskanzler. Es gibt Leute, die auf Ihren Platz wollen."
So Mende, E., zit. in Der Spiegel, Nr. 45, ebenda
Der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Walter Grund legte den Kabinettsmitgliedern an diesem Tag die Finanzmisere des Bundes, die weit größer als angenommen war, offen. Sie machte auch den FDP-Bundesministern deutlich, daß zur Konsolidierung der Staatsfinanzen Steuererhöhungen letztendlich unumgänglich waren.
Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 223 f.
- 688 Der Spiegel, Nr. 45, a.a.O., S. 37
- 689 Der Spiegel, Nr. 45, ebenda
Auch Bucher wertete den Kompromiß als Erfolg und erklärte am späten Abend im Deutschen Fernsehen auf die Frage, ob die FDP in ihren bisherigen Auffassungen zurückgesteckt habe: "Nein, die FDP hat immer erklärt, daß sie sich nicht wehrt, auch über die Möglichkeit von Steuererhöhungen zu diskutieren, daß sie es nur im jetzigen Augenblick für nicht notwendig hält."
So Bucher, E., zit. nach KÜ, 27.10.1966, Nr. 187, Übersicht S. 7
- 690 Der Spiegel, Nr. 45, ebenda S. 37
- 691 So Scheel, W., zit. in: Der Spiegel, Nr. 45, ebenda S. 37
Die Bild-Zeitung informierte beispielsweise am 27.10.1966 auf der ersten Seite in großer Aufmachung mit der Schlagzeile: "FDP fiel wieder um." Walter Scheel, der seine persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten in einer anderen politischen Konstellation sah, befand sich zur Zeit der Kabinettsitzung als zuständiger Bundesminister auf einer UNESCO-Tagung in Paris.
- 692 Vgl. Der Spiegel, Nr. 45, ebenda S. 37
Strauß, so "Der Spiegel", kommentierte das Ende der Kleinen Koalition gegenüber einem Spiegel-Reporter mit einem erlösten "endlich".
- 693 Hildebrand, K., a.a.O., S. 224
Ehard ließ dies durch Reglergespräche von Hase dementieren: "Meine Damen und Herren, ich möchte damit beginnen, daß ich hier erkläre im Namen des Bundeskanzlers: Es hat Pressemitteilungen gegeben, wonach in dem Gespräch, was der Bundeskanzler und der Bundespräsident am Donnerstagsabend geführt haben, der Herr Bundespräsident den Bundeskanzler zum Rücktritt aufgefordert habe. Der Bundeskanzler hat mich autorisiert, zu

erklären, daß diese Pressemeldungen nicht zutreffen. Es ist keine Aufforderung des Bundespräsidenten an den Bundeskanzler gegangen." Zit. nach KÜ, 2.11.1966, Nr. 191, Anhang III, S. 1

- 694 Vor allem Barzel drängte darauf, daß in die Erklärung des Bundeskanzlers der Passus über das endgültige Ausscheiden der FDP-Minister eingefügt wurde. Dies betonte Hohmann im Gespräch mit dem Verfasser am 31.10.1964. Die Erklärung des Bundeskanzlers hatte folgenden Wortlaut: "Die der Bundesregierung angehörenden Minister der Freien Demokratischen Partei, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Dr. Mennde, Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau, Dr. Bucher, Bundesminister für Finanzen, Dr. Dahlgrün, und Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Scheel, haben am 27. Oktober 1966 Bundeskanzler Prof. Erhard ihren Rücktritt erklärt.
Der Bundeskanzler erklärte hierzu:
1. Er werde noch heute den Entlassungsgesuchen der FDP-Minister entsprechen und den Herrn Bundespräsidenten bitten, die Entlassungen zu verfügen.
2. Er beabsichtige nicht, die ausscheidenden Minister der Freien Demokratischen Partei zu ersuchen, ihre Geschäfte weiterzuführen.
3. Er werde Bundesminister der CDU/CSU beauftragen, neben ihren Ressorts die Geschäfte der freigewordenen Ministerien vorübergehend wahrzunehmen.
4. Er werde bemüht sein, sobald als möglich wieder eine parlamentarische Mehrheit für die Bundesregierung zu schaffen."
Abgedruckt in: Bulletin der Bundesregierung, 28.10.1966, Nr. 542, S. 1
- 695 Hildebrand, K., a.s.O., S. 224
- 696 Vgl. Hildebrand, K., ebenda S. 224
- 697 Vgl. BKB, SZ, 31.10.1966
- 698 So Barzel, R., in einem Interview mit G. Muggenburg im Deutschen Fernsehen ("Bericht aus Bonn"), zit. nach KÜ, 31.10.1966, Nr. 189, Anhang III, S. 2
- 699 So Barzel, R., ebenda S. 3 f.
- 700 In Menringshausen sagte Erhard am 30.10.1966:
"Sie sehen mich nicht erschüttert ob der Ereignisse in Bonn ... Sie könnten vielleicht meinen, ich hätte Zuspruch nötig. Aber ich bin zu Ihnen gekommen, um Ihnen Mut zu machen ... Seien Sie nicht kleinläufig ... Ich fühle mich sehr sicher ... Ich habe eine Aufgabe zu erfüllen, und ich bin nicht bereit zu kapitulieren. Ich habe keinen anderen Ehrgeiz, als dem deutschen Volk zu dienen, auf daß es auf der rechten Bahn bleibe. Ich bin bereit, mich zu stellen und vor jedermann Rechenschaft abzulegen! ... Ich werde die Macht, die dem Bundeskanzler vom Grundgesetz gegeben ist, bis zum letzten ausnutzen. ... Ich habe das zu halten gewußt, was ich dem deutschen Volk versprochen habe. Man habe ihm zwar den Rat erteilt, das Handtuch zu werfen. Aber ich brauche kein Handtuch. Meine Hände sind sauber. Das Handtuch sollen die nehmen, die sich die Hände schmutzig gemacht haben."
So Erhard, L., zit. in: Die Welt, 31.10.1966
Vgl. auch BKB, SZ, 31.10.1966
- 701 So Barzel, R., zit. in: Die Welt, 31.10.1966

- 702 Vgl. BKB, SZ, 31.10.1966
Vgl. auch Hildebrand, K., a.a.O., S. 226
- 703 Vgl. BKB, Stuttgarter Zeitung, 2.11.1966
- 704 Vgl. BKB, FAZ, 2.11.1966
- 705 So Dufhues, H.J., zit. in: Bild-Zeitung, 2.11.1966
Auch der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel hatte tags zuvor auf einer Wahlkampfkundgebung der CSU in Oberfranken dafür plädiert, daß Erhard einem neuen Mann Platz machen sollte. In schwierigen, politischen Situationen, so hatte Goppel argumentiert, gelte der Grundsatz, daß neue Männer auch neue Wege fänden.
Vgl. BKB, Stuttgarter Zeitung, 2.11.1966
- 706 Dies bestätigte Hohmann dem Verfasser in dem Gespräch am 31.10.1985
Vgl. auch von Stackelberg, K.G., a.a.O., S. 210
- 707 Zit. in: Knorr, H., a.a.O., S. 66
- 708 Diese Erklärung wurde insofern im Fraktionsvorstand modifiziert, als Erhard darauf bestand, den Passus in die Erklärung einzufügen, daß er an der Mehrheitsbeschaffung für die Bundesregierung nach wie vor beteiligt sei.
Vgl. auch ACDP, Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 296
- 709 Vgl. ebenda Bundestagsfraktion, S. 281 f.
- 710 Vgl. ebenda S. 283 f.
- 711 Vgl. ebenda S. 286
- 712 Gerstenmaier erklärte, daß die Union Erhard, solange er Bundeskanzler sei, die Möglichkeit geben müsse, Initiativen zu ergreifen. Ferner warnte der Bundestagspräsident vor Hektik und Nervosität, die sich in Telegrammen, öffentlichen Stellungnahmen und Beschlüssen der Landesverbände zeigten.
Vgl. ebenda S. 287 ff.
- 713 Vgl. ebenda S. 297 f.
- 714 Vgl. BKB, Münchner Merkur, 2.11.1966
- 715 So Strauß, F.J., zit. nach KU, 7.11.1966, Nr. 193, Anhang VIII, S. 6
- 716 Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 281
Vgl. auch Dreher, K.R., Der Beginn von Erhards Nachruhm, in: SZ, 4.11.1966
- 717 Günther, K., a.a.O., S. 41
- 718 Die CDU büßte 2,5 Prozent ein und erhielt 26,4 Prozent der Stimmen; die SPD erreichte 51 Prozent, die FDP 10,4 Prozent, die NPD 7,9 Prozent.
Hildebrand, K., a.a.O., S. 475

- 719 So wurde am 7.11.1966 in der Präsidiumssitzung der CDU eine Erklärung verabschiedet, die dem am 8.11.1966 tagenden Bundesvorstand vorgelegt werden sollte. In dieser Erklärung stand, daß das Präsidium auf Vorschlag Erhard's beschlossen habe, dem Bundesvorstand zu empfehlen, der Erklärung der Fraktion vom 2.11.1966 zuzustimmen. Ferner stimme das Präsidium dem Vorschlag des Bundeskanzlers zu, im Einvernehmen mit der CDU/CSU-Fraktion Verhandlungen mit der FDP und der SPD zu führen, um die Voraussetzungen für eine neue Regierungsbildung zu klären. Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 317
- 720 In der Fraktionssitzung am 8.11.1966 teilte Barzel der Fraktion endgültig mit, daß der SPD-Antrag auf der Tagesordnung stehe. Vgl. ACDP, ebenda S. 351
- 721 Hildebrand, K., a.a.O., S. 229
- 722 Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, a.a.O., S. 351
- 723 Vgl. ebenda S. 352
- 724 Der Fraktionsvorsitzende betonte, daß die Bedingungen der deutschen Politik objektiv schwerer geworden seien. Die CDU/CSU habe daraus die Konsequenz gezogen mit allen demokratischen Parteien offen und vorurteilslos über den weiteren Weg der Bundesrepublik Deutschland zu sprechen. Vgl. ebenda S. 353
- 725 So Erhard, L., zit. ebenda S. 318 f.
- 726 So Mommer, E., zit. in: Sten.Ber., 5. WP, 70. Sitzung, 8.11.1966, S. 3280 f.
- 727 Rausch, H., a.a.O., S. 279
Es wurde auch ein zweiter Weg diskutiert, um Erhard zu denominieren: "In der Opposition wären nämlich darauf Bestrebungen im Gange, im Wege des konstruktiven Mißtrauens einen Strohmann zum Kanzler zu wählen (Strohmann deshalb, weil bei einem Mißlingen des Mißtrauensvotums das Ansehen des wirklichen Kanzlerkandidaten nicht geschwächt werden sollte). Dieser Strohmann sollte dann als erste und einzige Amtshandlung die Vertrauensfrage nach Art. 68 GG stellen. In der darauf folgenden Abstimmung über die Vertrauensfrage hätten dann auch diejenigen, die ihn bei der Kanzlerwahl gestützt hatten, mit "nein" gestimmt, um sicherzugehen, daß der Kanzler nicht etwa durch Stimmen aus der bisherigen Mehrheitspartei das Vertrauen erhält. Nach der Verweigerung des Vertrauens hätte dann dieser "Stroh-Kanzler" den Bundespräsidenten ersuchen sollen, das Parlament aufzulösen." Rausch, H., ebenda S. 280
- 728 Vgl. von Stackelberg, K.G., a.a.O., S. 201
- 729 Vgl. Günther, K., a.a.O., S. 41
- 730 Vgl. Kommunique der Bundespartei Vorstandssitzung am 8.11.1966, in: Deutschland Unionsdienst, 9.11.1966, Nr. 213, S. 1
Eben diese Namen hatte Franz Josef Strauß ebenfalls in alphabetischer Reihenfolge bereits am 4.11.1966 in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk genannt.
Vgl. KÜ, 7.11.1966, Nr. 193, Anhang VIII, S. 3

- 731 Vgl. Gerstenmaier, E., a.a.O., S. 538
- 732 Unter der Wahlleitung von Franz Josef Strauß stimmten 244 von 251 Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion ab. Im ersten Wahlgang bekamen Kiesinger 97, Schröder 76, Barzel 56 und Hallstein 14 Stimmen. Im zweiten Wahlgang entfielen von 244 gültig abgegebenen Stimmen 118 auf Kiesinger, 80 auf Schröder, 43 auf Barzel und 3 auf Hallstein. Im dritten Wahlgang erhielten Kiesinger 137, Schröder 81 und Barzel 26 Stimmen.
Vgl. ACDP, Bundestagsfraktion, S. 370 f.
Gerstenmaier zog seine Kandidatur zurück, konnte sich aber unter einer Kanzlerschaft Kiesingers, das war zwischen den beiden Parteil Freunden vereinbart, Hoffnungen auf das Außenministerium machen.
Vgl. Gerstenmaier, E., ebenda S. 538 f.
- 733 So Schuster, H., Besser blau-rot als schwarz-rot, in: SZ, 16.11.1966
- 734 Vgl. Sten.Ber. der Sitzung am 1.12.1966, abgedruckt in: Bulletin der Bundesregierung, 3.12.1966, S. 1231 f.
- 735 Vgl. Westfälische Rundschau, Dortmund, 7.12.1966
Am 18. Oktober 1965 hatte Barzel von 238 abgegebenen Stimmen 226 Ja-Stimmen bekommen. Es gab seinerzeit 11 Enthaltungen und keine Gegenstimmen. Eine Stimme war ungültig.
- 736 So Erhard, L., zit. in: FR, 5.12.1966
- 737 Vgl. Hohmann, K., Ludwig Erhard, Erbe und Auftrag, a.a.O., S. 499
- 738 Vgl. Hohmann, K., ebenda S. 499 f.
- 739 Die Bild-Zeitung berichtete am 1.10.1966, daß Erhard nur noch bei 25 % der Wähler in der Gunst stehe.
Vgl. auch Stackelberg, K.G., a.a.O., S. 155 f.
- 740 Syrus, Die Kerze brennt ab - Der Staat in Gefahr, in: Bayern-Kurier, 5.11.1966
- 741 In diesem Sinne äußerte sich Strauß indirekt in einem Brief vom 12.3.1984 an den Verfasser. Hier wörtlich zitiert:
"Allerdings hielten sie (die Sozialdemokraten, Anm. des Verfassers) ihr Versprechen nicht, die Zeit der Großen Koalition für die Einführung des Mehrheitswahlrechts zu nutzen."
- 742 Dies ließ die SPD nicht zu. "Kiesingers Möglichkeiten waren also begrenzt. So blieb ich wo ich war. Aber es gefiel mir nicht mehr. Ich wurde die Sache leid. Ein Zustand, den ich seit meiner Zeit als kaufmännischer Angestellter nie mehr kannte, überkam mich mehr und mehr. Frustration. Ich mag die Vokabel nicht. Aber sie traf zu."
Gerstenmaier, E., a.a.O., S. 539 f.
- 743 Vgl. Hildebrand, K., a.a.O., S. 217 f.
- 744 Dies erklärte Hohmann dem Verfasser im Gespräch am 4.9.1985
- 745 Erhard selbst äußerte sich dazu anlässlich seines achtzigsten Geburtstags wie folgt:

"All denen (den Erhard-Kritikern, Anm. d. Verf.) sei verziehen. Sie haben mich nicht getroffen. Ich kämpfe nur der Sache willen für das richtige Verständnis und Verstehen."
So Erhard, L., zit. in: Hohmann, K., (Hrsg.), Ludwig Erhard, Erbe und Auftrag, a.a.O., S. 462

746 So Hohmann im Gespräch mit dem Verfasser am 4.9.1985

Bibliographie

I. Tageszeitungen (Inland)

Aachener Nachrichten
Augsburger Allgemeine
Allgemeine Zeitung, Mainz
Badische Volkszeitung, Karlsruhe
Berliner Morgenpost
Bild-Zeitung
Der Mittag, Düsseldorf
Deutsche Tagespost Würzburg
Die Freiheit, Mainz
Die Rheinpfalz, Ludwigshafen
Die Welt
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Frankfurter Rundschau
Freie Presse, Bielefeld
General Anzeiger Bonn
Hamburger Abendecho
Hamburger Echo
Handelsblatt, Düsseldorf
Kieler Nachrichten
Kölner Stadtanzeiger
Kölnische Rundschau
Neue Ruhr Zeitung / Neue Rhein Zeitung, Essen
Neue Tagespost Osnabrück
Mannheimer Morgen
Münchner Merkur
Neuer Mainzer Anzeiger
Passauer Neue Presse
Rheinische Post, Düsseldorf
Rhein-Neckar-Zeitung Heidelberg
Ruhr-Nachrichten, Dortmund
Saarbrücker Zeitung
Spandauer Volksblatt
Stuttgarter Nachrichten
Stuttgarter Zeitung
Süddeutsche Zeitung

Südwest-Merkur, Stuttgart
Wasserburger Zeitung
Weser-Kurier, Bremer Tageszeitung
Westdeutsche Allgemeine, Essen
Westfälische Nachrichten, Münster
Westfälische Rundschau, Dortmund
Wiesbadener Kurier

II. Tageszeitungen (Ausland)

Die Tat, Zürich
Der Bund, Bern
France Soir, Paris
National Zeitung, Basel
Newsday
New York Times
Neue Züricher Zeitung

III. Wochenzeitungen und Illustrierten (Inland und Ausland)

Bunte Illustrierte
Bild am Sonntag
Christ und Welt
Der Spiegel
Der Stern
Die Weltwoche, Zürich
Deutsche Zeitung, Stuttgart
Die Zeit
Echo der Zeit, Recklinghausen
Neue Illustrierte
Neue Revue
Rheinischer Merkur
Rundschau am Sonntag (Kölnische und Bonner Rundschau)
Schweizer Illustrierte
Sonntagsblatt, Hamburg
Welt am Sonntag

IV. Parteiveröffentlichungen

CDU/CSU

1. Organe von Parteivereinigungen

Die Entscheidung, Junge Union

Der Mittelstandsbrief, Nachrichten und Kommentare aus
der Mittelstandspolitik der CDU/CSU

Soziale Ordnung, Christlich-Demokratische Blätter der
Arbeit

2. Presse- und Informationsdienste

Deutschland-Union-Dienst, Pressedienst der CDU/CSU
Deutschlands

Das Wirtschaftsbild, Wochenschrift für Wirtschaft und
Sozialpolitik

3. Sonstige Veröffentlichungen

Bayern-Kurier, München

Politisch-Soziale Korrespondenz, Organ der Gemeinschaft
für Christlich-Soziale Schulung und öffentliche Mei-
nungsbildung e.V.

SPD

Parlamentarisch-Politischer Pressedienst

Pressemitteilungen und Informationen/SPD

SPD-Pressedienst

FDP

liberal

V. Zeitschriften

Civis

Der Monat

Die Politische Meinung

Mann in der Zeit, Augsburg

Neue Bildpost

Literatur

- Ackermann, W., Protzner, W.,** Wurzeln unserer Gegenwart, München 1982
- Adenauer, K.,** Erinnerungen II, Stuttgart 1967
- Altmann, R.,** Das Erbe Adenauers, Stuttgart 1960
- Baring, A.,** Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982
- Behrendt, G.,** Das Bundeskanzleramt, Bonn 1967
- Beilner, H.,** (Hrsg.) Geschichte für die Hauptschule, Donauwörth 1982
- Besson, W.,** Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe. München 1970 (Nachdruck: Frankfurt a. M. 1973)
- Blankenhorn, H.,** Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979. Frankfurt a.M. - Berlin - Wien 1980
- Blumenwitz, D., Gotto, K., Maier, H., Repgen, K., Schwarz, H.-P.,** (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit, Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, Stuttgart 1976
- Bracher, K.,** Nach 25 Jahren. Eine Deutschland-Bilanz, München 1970
- Brandt, W.,** Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960 bis 1975. Hamburg 1976.
- Bucerius, G.,** Der Adenauer. Subjektive Beobachtungen des unbequemen Weggenossen. Hamburg 1976
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen,** Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 12, Frankfurt a.M., 1978/1981
- Caro, M.K.,** Der Volkskanzler Ludwig Erhard, Köln-Berlin 1965
- Oahlberg, Th.,** Franz Josef Strauß, Porträt eines Politikers, Gütersloh 1968
- Deuerlein, E.,** Deutschland 1963 - 1970 (Edition Zeitgeschehen). Hannover 1972
- Dexheimer, W.,** Koalitionsverhandlungen in Bonn 1961 - 1965 - 1969. Zur Willensbildung in Parteien und Fraktionen. Bonn 1973
- Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland,** Köln 1972
- Die Formierte Gesellschaft.** Ludwig Erhards Gedanken zur politischen Ordnung Deutschlands. Reden und Interviews des Bundeskanzlers und bemerkenswerte Stellungnahmen. Hrsgg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. o.O.o.J.
- Domes, J.,** Mehrheitsfraktion und Bundesregierung, Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer, Köln und Opladen 1964

- 30 Jahre Deutscher Bundestag.** Dokumentation, Statistik, Daten, Bearbeitet von Peter Schindler. Herausgegeben vom Deutschen Bundestag. Bonn 1979.
- Erhard, L.,** Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg zur Sozialen Marktwirtschaft. Frankfurt a.M. - Düsseldorf - Wien 1962
- Ders.:** Ein Leben für den Wiederaufbau Deutschlands. Zusammenstellung: Rolf Osang. München 1967
- Eschenburg, T.,** Zur Politischen Praxis in der Bundesrepublik. Band II: Kritische Betrachtungen 1961 - 1965. München 1966
- Ders.:** Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik. Band III: Kritische Betrachtungen 1966 - 1970. München 1972.
- Flach, K.H.,** Erhards schwerer Weg, Stuttgart 1963
- Gaus, G.,** Bonn ohne Regierung? Kanzlerregiment und Opposition. Bericht, Analyse, Kritik. München 1965
- Ders.:** Staatserhaltende Opposition oder Hat die SPD kapituliert? Gespräche mit Herbert Wehner, Reinbek 1966
- Ders.:** Zur Person, Porträts in Frage und Antwort, München 1965
- Gerstenmaier, E.,** Streit und Friede hat seine Zeit, Frankfurt a.M. 1981
- Gesellschaft für fränkische Geschichte,** Pfeiffer, G., Wendorst, A., (Hrsg.), Fränkische Lebensbilder, Bd. 11, Neustadt/Aisch, 1984
- Gross, J.,** Lauter Nachworte. Innenpolitik nach Adenauer, Stuttgart 1965
- Ders.:** Die Deutschen. Frankfurt a.M. 1967
- Grosser, A.,** Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945. München 1970
- Grosser, A.,** Seifried J., Die Spiegelaffäre I (Die Staatsmacht und ihre Kontrolle), Olten 1966
- Günther, K.,** Der Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik, Adenauer-Erhard-Kiesinger. Hannover 1970
- Hahn, G.,** Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1945 - 1980. Stuttgart 1982
- Henkels, W.,** Lokaltermin in Bonn. Der "Hofchronist" erzählt. Düsseldorf - Wien 1968
- Ders.:** "111 Bonner Köpfe". Düsseldorf - Wien 1968
- Hennis, W.,** Richtlinienkompetenz und Regierungstechnik, Tübingen 1964
- Hildebrand, K.,** Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4, Von Erhard zur Großen Koalition, Stuttgart 1984
- Hohmann, K.,** (Hrsg.) Erbe und Auftrag, Aussagen und Zeugnisse, Düsseldorf - Wien 1977
- Hübner, E.,** Oberreuther, H., Parlament und Regierung, München 1977
- Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1952 - 1964.** Herausgegeben von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann. Institut für Demoskopie. Allensbach - Bonn 1965. Dass. 1965 - 1967, ebd. 1967. Dass. 1968 - 1973. ebd. 1974.

- Knorr, H.**, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition, Meisenheim a.G. 1975
- (Keesing's)** Archiv der Gegenwart. Bonn u.a. 1963 - 1969
- Lehr, R.**, Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934 - 1974, Hamburg 1981
- Luchsinger, F.**, Bericht über Bonn. Deutsche Politik 1955 - 1965. Zürich - Stuttgart 1966
- Lukowski, J.**, Ludwig Erhard, Der Mensch und Politiker, Düsseldorf - Wien 1965
- Meissner, B.**, Die deutsche Ostpolitik 1961 - 1970. Kontinuität und Wandel. Dokumentation. Köln 1970
- Mende, E.**, Die FDP. Daten, Fakten, Hintergründe. Stuttgart 1972
- Mickel, W.**, Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1983
- Mintzel, A.**, Die CSU-Anatomie einer konservativen Partei 1945 - 1972. Opladen 1975
- Ders.:** Geschichte der CSU. Ein Überblick. Opladen 1977
- Opitz, R.**, Der große Plan der CDU: die "Formierte Gesellschaft". Köln 1965
- Prittle, T.**, Kanzler in Deutschland, Stuttgart 1981
- Rausch, H.**, Parlament und Regierung, München 1975
- Schneider, F.**, Große Koalition, Ende oder Neubeginn, München 1969
- Ders.:** Politik und Kommunikation, Mainz 1967
- Schwarz, H.-P.**, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, Die Ära Adenauer, Stuttgart 1983
- Ders.:** Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957 - 1963. Stuttgart - Wiesbaden 1983
- Schröder, G.**, Müller-Armack, A., Hohmann, K., Gross, J. und Altmann, R., (Hrsg.), Ludwig Erhard, Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum 75. Geburtstag, Berlin 1972
- Stackelberg, K.G. von**, Attentat auf Deutschlands Talisman. Ludwig Erhards Sturz. Hintergründe, Konsequenzen. Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1967
- Verhandlungen** des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte. Bonn 1963 - 1969

Archivalien

Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer Stiftung (ACDP)

Sitzungsprotokolle der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, VIII-001-1011/1

Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung

Ausgewählte Schriftstücke aus dem Nachlaß Ludwig Erhards (1966)

Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Archiv des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

SPD-Pressedienst

Pressearchiv des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

Presseauschnittsammlungen, Einzelnummern, Kommentarübersicht

Lebenslauf

Ich, Peter Göllner, wurde am 29. Juli 1944 als Sohn des Regierungsamtmannes Paul Göllner und seiner Ehefrau Maria, geb. von Lewinski, in Radolfzell am Bodensee geboren.

Noch in demselben Jahr siedelten meine Eltern nach Wilhelmshaven über, wo ich von 1951 bis 1955 die Grundschule besuchte.

Nach Versetzung meines Vaters in das Auswärtige Amt zog unsere Familie nach Bonn. Dort besuchte ich das neusprachliche Friedrich-Ebert-Gymnasium, an dem ich 1965 die Reifeprüfung ablegte.

1965 begann ich an der Pädagogischen Hochschule in Bonn das Studium der Erziehungswissenschaften. Im Jahre 1966 siedelte ich nach München über und schloß 1968 an der Pädagogischen Hochschule das Studium mit der 1. Lehramtsprüfung erfolgreich ab.

Nach bestandener 2. Lehramtsprüfung arbeitete ich als Lehrer an der Hauptschule in Edling bei Wasserburg am Inn.

Im Jahre 1972 wurde ich zum ehrenamtlichen Leiter der Volkshochschule Wasserburg gewählt, ein Amt, das ich bis heute bekleide.

1978 ernannte mich die Regierung von Oberbayern zum Seminarrektor für die Ausbildung der Lehramtsanwärter im Landkreis Traunstein.

Ab dem Sommersemester absolvierte ich ein Zweitstudium in den Fächern Politikwissenschaft, Schulpädagogik und Sozialkunde an der Universität München, das ich am 19. Februar 1986 mit der Promotion abschloß.

15.5.1986
.....
Datum

P. Göllner
.....
Unterschrift

